

# 16. Sitzung

am Mittwoch, dem 18. März 1987, 9.00 Uhr,  
in München

Geschäftliches . . . 812, 843, 854, 869, 882, 896, 903,  
906, 910

Geburtstagswünsche für Abg. **Jetz** . . . . . 812

**Mündliche Anfragen gem. § 73 Abs. 1 Gescho**

1. Schwangerschaftsabbruch HIV-positiver  
Frauen  
Schramm (DIE GRÜNEN) . . . . . 812  
Staatsminister Dr. Hillermeier . . . . . 812

2. Ratgeber in Fällen von Gewalt gegen  
Frauen  
Dr. Merkl (CSU) . . . . . 812, 813  
Staatsminister Dr. Hillermeier . . . . . 812, 813

3. Quarantäne für uneinsichtige HIV-Positive  
Frau Scheel (DIE GRÜNEN) . . . . . 813  
Staatsminister Dr. Hillermeier . . . . . 813

4. Vorgehen der Staatsregierung bei der Be-  
kämpfung von AIDS  
Frau Wax-Wörner (DIE GRÜNEN) . . . . . 814  
Staatsminister Dr. Hillermeier . . . . . 814  
Langenberger (SPD) . . . . . 814  
Schramm (DIE GRÜNEN) . . . . . 814

5. Abgabe von Nahrungsmitteln an bedürftige  
Personengruppen  
Lechner (CSU) . . . . . 815, 816  
Staatsminister Dr. Hillermeier . . . . . 815, 816  
Geisperger (SPD) . . . . . 816

6. Anhebung des Fettgehalts von Milch und  
Schlagrahm  
Freiherr von Redwitz (CSU) . . . . . 816  
Staatsminister Dr. Eisenmann . . . . . 816  
Geisperger (SPD) . . . . . 816

7. Gleichbehandlung des alternativen Land-  
baus; Pflanzenbautagung am 27.01.1987 in  
Peißenberg

Frau Rothe (DIE GRÜNEN) . . . . . 817  
Staatsminister Dr. Eisenmann . . . . . 817

8. Maßnahmen gegen eine mögliche Gefähr-  
dung durch Borkenkäferbefall aufgrund des  
Eisbruchs in den ostbayerischen Wäldern  
Huber Erwin (CSU) . . . . . 817, 818  
Staatsminister Dr. Eisenmann . . . . . 817, 818  
Lechner (CSU) . . . . . 817  
Rosenbauer Georg (CSU) . . . . . 818  
Heinrich (SPD) . . . . . 818

9. TÜV-Untersuchung von Kraftfahrzeugen  
auf die Verträglichkeit von bleifreiem Ben-  
zin  
Dr. Kempfler (CSU) . . . . . 818  
Staatsminister Jaumann . . . . . 818

10. Ausweisung eines Standorts für einen Ver-  
kehrslandeplatz im Gesamtverkehrsplan  
Bayern 1985 für den Raum Schweinfurt/  
Würzburg  
Mehrlich (SPD) . . . . . 818, 819  
Staatsminister Jaumann . . . . . 819, 820  
Franz (SPD) . . . . . 819, 820  
Will (CSU) . . . . . 819

11. Planungen der Firma Saarberg-Interplan-  
Uran in Großschloppen in der Stadt Kir-  
chenlamitz  
Frau Memmel (DIE GRÜNEN) . . . . . 820  
Staatsminister Jaumann . . . . . 820, 821  
Dr. Weiß Armin (DIE GRÜNEN) . . . . . 820, 821  
Müller Willi (CSU) . . . . . 821

12. Aufnahme der Gemeinden Ramsthal und  
Sulzthal in das 15. Regionale Aktionspro-  
gramm „Nordbayerisches Fördergebiet“  
Neder (CSU) . . . . . 821  
Staatsminister Jaumann . . . . . 821

13. Restfinanzierung behindertengerechter Zu-  
gänge im Bereich der S-Bahn-Haltestelle  
Haar

Dr. Gantzer (SPD) . . . . .	821, 822	gung des Seßlacher Gemeindeteils Lechenroth; hier weitere Ermittlungsverfahren in ähnlichen Fällen	
Staatsminister Jaumann . . . . .	821, 822	Schuhmann Otto (SPD) . . . . .	911
14. Einfuhr von Holz in die Bundesrepublik Deutschland an unkontrollierten Übergängen		22. Bericht im Januar-Heft „GEO“ über die Lebensqualität in Bayern; hier: schlechte Einstufung der Oberpfälzer Wahlkreise	
Dr. Kempfler (CSU) . . . . .	822	Dandorfer (CSU) . . . . .	912
Staatsminister Jaumann . . . . .	822, 823	23. Modellprojekt des Müllzweckverbandes Nordwestoberfranken „Grüne Tonne“ und „Sortieranlage Blumenrod“; Übernahme der Defizite	
Lechner (CSU) . . . . .	822, 823	Knauer (SPD) . . . . .	913
15. Möglichkeiten eines Linienvverlaufs der geplanten ICE-Strecke Nürnberg–München über Roth–Weißenburg–Treuchtlingen–Donauwörth ohne Neutrassierung		24. Bodenkarte für den Regierungsbezirk Unterfranken; Fertigstellungstermin	
Rosenbauer Georg (CSU) . . . . .	823, 824	Franz (SPD) . . . . .	913
Staatsminister Jaumann . . . . .	823, 824	25. Rücknahme des Antrags der DWK auf Teilgenehmigung der Wiederaufarbeitungsanlage bzw. auf Änderung des WAA-Hauptprozeßgebäudes	
Dr. Götz (SPD) . . . . .	823	Kolo (SPD) . . . . .	914
Langenberger (SPD) . . . . .	823	26. Ausweisung der Rotwand als Naturschutzgebiet durch die Staatsregierung; hier: Erlaß einer Landschaftsschutzverordnung durch den Kreistag Miesbach	
Heinrich (SPD) . . . . .	824	Starzmann (SPD) . . . . .	914
16. Forderung der Staatsregierung nach „mehr Bezug zu den wirtschaftlichen Vorgängen“ der Goethe-Institute		27. Städtepartnerschaft zwischen Hof und Plauen nach den Gesprächen des Ministerpräsidenten mit dem Staatsratsvorsitzenden Honecker anläßlich der Leipziger Messe	
Straßer (SPD) . . . . .	824	Kopka (CSU) . . . . .	914
Staatsminister Dr. Stoiber . . . . .	824, 825	28. Interview des „Spiegel“ mit Staatssekretär Dr. Gauweiler vom 12.01.1987; Haltung der Staatsregierung	
Frau Jungfer (SPD) . . . . .	825	Frau Burkei (SPD) . . . . .	915
Schmitt Hilmar (SPD) . . . . .	825	29. Finanzierung des Baus von zwei Donaubrücken und des Tunnels in Landshut im Rahmen des Kreisstraßenbaus; Auswirkungen auf den Straßenbau in Niederbayern	
17. Kritik an der Arbeit der Goethe-Institute		Franzke (SPD) . . . . .	916
Hering (SPD) . . . . .	825, 826	30. Anteil der Ablehnungen bei Anträgen von Bediensteten des Freistaates Bayern auf Jugendleiter-Sonderurlaub 1986; Hauptablehnungsgründe	
Staatsminister Dr. Stoiber . . . . .	825, 826, 827	Trapp (SPD) . . . . .	916
Schmitt Hilmar (SPD) . . . . .	826, 827	31. Forderung des Landkreises Aschaffenburg auf Rückzahlung von Gastschulbeiträgen gegenüber der Stadt Aschaffenburg	
Frau Jungfer (SPD) . . . . .	827	Schmitt Hilmar (SPD) . . . . .	916
Dr. Kestel (DIE GRÜNEN) . . . . .	827		
18. Aufgabe der Goethe-Institute; Bild der Bundesrepublik Deutschland aus der Sicht der Staatsregierung			
Frau Jungfer (SPD) . . . . .	828, 829		
Staatsminister Dr. Stoiber . . . . .	828, 829		
Huber Erwin (CSU) . . . . .	828, 829		
Klasen (SPD) . . . . .	828		
Dr. Matschl (CSU) . . . . .	829		
<b>Mündliche Anfragen gem. § 73 Abs. 2 Satz 2 GeschO (Anlage)</b>			
19. Beteiligung des Bundes an der Sanierung von Gebäuden zur Errichtung einer wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät in Ingolstadt; Erklärung des Oberbürgermeisters von Ingolstadt			
Dr. Götz (SPD) . . . . .	911		
20. Widersprüchliche Urteile in Fällen von Sitzblockaden; gesetzgeberische Initiativen			
Dr. Merkl (CSU) . . . . .	911		
21. Ermittlungsverfahren gegen Bürgermeister Hendrik Dressel wegen zu hoher Nitratbelastung im Trinkwasser der Wasserversor-			

32. Erhöhung der Kilometergeldpauschale für Arbeitnehmer		des Verfassungsausschusses (Drs. 11/250, 11/788)	
Brandl Max (Passau) (SPD) . . . . .	917	Dr. Braun (SPD), Berichterstatter . . . . .	896
		Dr. Braun (SPD) . . . . .	896
33. Behandlung von Mitgliedern und Bewerbern für den öffentlichen Dienst; Konsequenzen aus dem Ergebnis des Untersuchungsausschusses der ILO		Jetz (CSU) . . . . .	898
Frau Haas (SPD) . . . . .	917	Hiersemann (SPD), zur Abstimmung . . . . .	899
<b>Haushaltsplan 1987/1988 des Einzelplans 05 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus und</b>		Namentliche Abstimmung . . . . .	899
<b>Änderungsantrag</b> der Abg. Michl, Wengenmeier u. a. betr. <b>Sportförderung</b> (Drs. 11/847)		<b>Antrag</b> der Abg. Naumann, Harrer betr. <b>Verbesserung des Bezirksverkehrs (Regionalverkehrs) der DB</b> (Drs. 11/40)	
Beschlußempfehlungen des Haushaltsausschusses (Drs. 11/853, 11/879)		Beschlußempfehlungen des Kulturpolitischen, des Sozialpolitischen und des Bundesangelegenheitenausschusses (Drs. 11/361, 11/434, 11/797)	
Werkstetter (CSU), Berichterstatter . . . . .	830	Beschluß . . . . .	899
Staatsminister Zehetmair . . . . .	830, 886	<b>Dringlichkeitsantrag</b> der Abg. Tandler, Dr. Schosser, Otto Meyer u. Frakt. CSU betr. <b>Verbesserung des Technologie- und Wissenstransfers</b> (Drs. 11/42)	
(Unterbrechung)		Beschlußempfehlungen des Kulturpolitischen, des Wirtschafts-, des Dienstrechts- und des Haushaltsausschusses (Drs. 11/94, 11/259, 11/321, 11/837)	
Frau Meier Christa (SPD) . . . . .	843	Dr. Schosser (CSU), Berichterstatter . . . . .	899
Meyer Otto (CSU) . . . . .	851	Beschluß . . . . .	900
Frau Paulig (DIE GRÜNEN) . . . . .	858, 879	<b>Dringlichkeitsantrag</b> der Abg. Wax-Wörner, Bause u. Frakt. DIE GRÜNEN betr. <b>Einsatz von Lehrern und Schülern bei der Volkszählung 1987</b> (Drs. 11/423)	
Werkstetter (CSU) . . . . .	863	Beschlußempfehlungen des Kulturpolitischen und des Verfassungsausschusses (Drs. 11/522, 11/875)	
Dr. Schuhmann (SPD) . . . . .	864	Warnecke (SPD) . . . . .	900
Dr. Vogele (CSU) . . . . .	867	Frau Wax-Wörner (DIE GRÜNEN) . . . . .	901
Frau Fischer (CSU) . . . . .	869	Dr. Matschl (CSU) . . . . .	901
Hiersemann (SPD) . . . . .	869	Bäumer (DIE GRÜNEN) . . . . .	902
Trapp (SPD) . . . . .	871	Staatsminister Zehetmair . . . . .	903
Traublinger (CSU) . . . . .	873	Hiersemann (SPD) . . . . .	903
Frau Wax-Wörner (DIE GRÜNEN) . . . . .	874	Beschluß . . . . .	904
Eykmann (CSU) . . . . .	875	<b>Dringlichkeitsantrag</b> der Abg. Rothe, Wax-Wörner u. Frakt. DIE GRÜNEN betr. <b>Belastung von Milch, Fleisch und Getreideprodukten</b> (Drs. 11/85)	
Leichtle (SPD) . . . . .	877	Beschlußempfehlungen des Landwirtschafts- und des Landesentwicklungsausschusses (Drs. 11/232, 11/635)	
Frau Würdinger (CSU) . . . . .	878	Frau Rothe (DIE GRÜNEN), Berichterstatterin . . . . .	904
Freller (CSU) . . . . .	880	Beschluß . . . . .	904
Langenberger (SPD) . . . . .	882	<b>Dringlichkeitsantrag</b> der Abg. Hiersemann, Herbert Müller, Starzmann u. Frakt. SPD betr. <b>gestaffelte Milchpreise anstatt Quotenregelung bei der EG</b> (Drs. 11/125)	
Schultz (SPD) . . . . .	882		
Dandorfer (CSU) . . . . .	885		
Abstimmung . . . . .	888		
Schlußabstimmung . . . . .	895		
<b>Dringlichkeitsantrag</b> der Abg. Hiersemann, Kolo, Starzmann u. Frakt. SPD betr. <b>Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten</b> (Drs. 11/9)			
Beschlußempfehlungen des Landesentwicklungs-, des Wirtschafts- und des Bundesangelegenheitenausschusses (Drs. 11/116, 11/264, 11/803)			
Vertagung . . . . .	896		
<b>Antrag</b> des Abg. Wirth u. a. betr. <b>Widerspruch des Präsidialrats der ordentlichen Gerichtsbarkeit gegen Personalentscheidungen des Staatsministeriums der Justiz</b> (Drs. 11/39)			
Beschlußempfehlungen des Dienstrechts- und			

Beschlußempfehlungen des Landwirtschafts- und des Bundesangelegenheiten Ausschusses (Drs. 11/231, 11/802)

Starzmann (SPD), Berichterstatter . . . . . 904  
Beschluß . . . . . 905

**Antrag** der Abg. Jungfer, Christa Meier u. a. betr. **Frauenbild in bayerischen Schulbüchern** (Drs. 11/130)

Beschlußempfehlungen des Kulturpolitischen und des Sozialpolitischen Ausschusses (Drs. 11/326, 11/808)

Schultz (SPD), Berichterstatter . . . . . 905  
Frau Jungfer (SPD) . . . . . 905  
Eykmann (CSU) . . . . . 906  
Frau Würdinger (CSU) . . . . . 907  
Frau Bause (DIE GRÜNEN) . . . . . 908  
Schultz (SPD) . . . . . 909  
Beschluß . . . . . 910  
Schluß der Sitzung . . . . . 910

Beginn der Sitzung: 9 Uhr 02 Minuten

**Erster Vizepräsident Möslein:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 16. Vollsitzung des Bayerischen Landtags.

Hörfunk und Fernsehen des Bayerischen Rundfunks sowie das ZDF haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Sie wurde, Ihre Zustimmung vorausgesetzt, erteilt.

Meine Damen und Herren! Bevor wir die Beratungen fortsetzen, darf ich einen Glückwunsch aussprechen. Unser Kollege Stephan **Jetz** feiert heute seinen 40. Geburtstag.

(Allgemeiner Beifall)

Herr Kollege Jetz, ich gratuliere Ihnen herzlich im Namen des Hohen Hauses und persönlich und wünsche Ihnen für das erste Jahr Ihres neuen Lebensjahrs zehnts Gesundheit und Erfolg für Ihre weitere parlamentarische Arbeit.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 5:

**Mündliche Anfragen gemäß § 73 der Geschäftsordnung**

Ich bitte zunächst den Herrn Staatsminister für Arbeit und Sozialordnung um die Beantwortung der ersten Frage.

Erster Fragesteller ist der Kollege Schramm. Herr Kollege, Sie haben das Wort!

**Schramm (DIE GRÜNEN), Fragesteller:**

**Herr Staatsminister, gibt es von selten der Staatsregierung Überlegungen, schwangeren Frauen, die HIV-positiv sind, zum Schwangerschaftsabbruch zu raten?**

**Staatsminister Dr. Hillermeier:** Herr Präsident, Hohes Haus! Für die Staatsregierung hat der Schutz des ungeborenen Lebens, aber auch die Sorge für Schwangere absoluten Vorrang. Allgemeine Ratsschläge und Empfehlungen zum Schwangerschaftsabbruch kann es nicht geben. Ein Schwangerschaftsabbruch ist nur innerhalb der gesetzlich vorgesehenen Indikation nach § 218 a Strafgesetzbuch möglich. Bei nachgewiesener HIV-Infektion der Schwangeren kann eine medizinische oder eventuell eugenische Indikation in Betracht kommen. Ob eine Indikation vorliegt, muß jeweils im Einzelfall vom behandelnden Arzt geprüft und festgestellt werden. Die staatlich anerkannten Beratungsstellen für Schwangerschaftsfragen sind mit der Feststellung von Indikationen zum Schwangerschaftsabbruch nicht befaßt. Ihre Aufgabe ist ausschließlich die soziale Beratung der Schwangeren und die Vermittlung von praktischen Hilfen, die bei Austragung der Schwangerschaft für Mutter und Kind in Betracht kommen.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Zusatzfrage, der Fragesteller!

**Schramm (DIE GRÜNEN):** Wie sind Pressemeldungen zu verstehen, die von Empfehlungen Ihres Hauses berichten, Schwangeren, die HIV-positiv sind, zum Abbruch zu raten?

**Staatsminister Dr. Hillermeier:** Eine Stellungnahme meines Hauses in dieser ausdrücklichen Form ist mir nicht bekannt. Es bleibt den Betroffenen freigestellt, ob sie einen Abbruch vornehmen lassen wollen oder nicht. Es werden ihnen natürlich die Gefahren, die durch die Schwangerschaft möglicherweise für Mutter und Kind entstehen, klargemacht.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Keine weitere Zusatzfrage.

Nächster Fragesteller ist der Kollege Dr. Merkl!

**Dr. Merkl (CSU), Fragesteller:**

**Herr Staatsminister!** Nachdem die Leitstelle für Frauenfragen beim Sozialministerium des Landes Baden-Württemberg im Juni 1986 in einem Faltblatt mit dem Titel „Gewalt gegen Frauen“ einen Ratgeber über Vorbeugungsmaßnahmen, Ansprechpartner für den Notfall, Rechtsbeistand, Entschädigung und dergleichen herausgegeben hat, frage ich die Staatsregierung, ob sie eine ähnliche Aktion beabsichtigt?

**Vizepräsident Möslein:** Herr Staatsminister!

**Staatsminister Dr. Hillermeier:** Herr Präsident, Hohes Haus! Das vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit, Familie und Sozialordnung Baden Württembergs im Sommer 1986 herausgegebene Faltblatt „Gewalt

(Staatsminister Dr. Hillermeier)

gegen Frauen" ist ein Ratgeber, der sich speziell mit den Problemen der Vergewaltigung von Frauen befaßt.

Das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung prüft derzeit, ob und in welcher Form durch entsprechende Aufklärungsaktivitäten auch in Bayern zur Vorbeugung und Bekämpfung entsprechender Delikte beigetragen werden kann.

Hierzu bedarf es nicht nur der Abstimmung mit den Staatsministerien des Innern und der Justiz, sondern auch der Einschaltung der mit diesen Fragen sonst befaßten Stellen, der Frauenorganisationen, Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen.

Im Staatsministerium des Innern wird geprüft, ob zu den angesprochenen Fragen die Herstellung eines Faltblattes für Polizeibeamte und dessen Verteilung an alle Polizeidienststellen sinnvoll und hilfreich ist.

Das Staatsministerium der Justiz befaßt sich mit der Frage, ob in Bayern eine Informationsschrift zur Vorbeugung gegen Sexualdelikte herausgegeben werden soll. Es hat sich zunächst mit den Staatsanwaltschaften in Verbindung gesetzt, die sowohl Vor- als auch Nachteile einer entsprechenden Veröffentlichung aufgezeigt haben.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Zusatzfrage, der Fragesteller!

**Dr. Merkl (CSU):** Herr Staatsminister, nachdem Sie eben gesagt haben, daß dieser Ratgeber, dieses Faltblatt bei den Polizeidienststellen ausgelegt werden soll, frage ich Sie:

Wäre es nicht sinnvoller, diesen Ratgeber, der doch in erster Linie der Vorbeugung dienen soll, dort aufzulegen, wo sich die gefährdeten Personen, nämlich jüngere Frauen, aufhalten, zum Beispiel in Diskotheken oder in Schulen, als bei Polizeidienststellen, wo der Inhalt erst in Erfahrung gebracht wird, wenn das Kind schon in den Brunnen gefallen ist?

**Staatsminister Dr. Hillermeier:** Wenn sich die eben von mir genannten Staatsministerien der Justiz, des Inneren und für Arbeit und Sozialordnung abgestimmt haben und es zu einem einheitlichen Merkblatt kommt, wird die Auslegung natürlich nicht auf Polizeidienststellen beschränkt werden. Damit wäre ein viel zu kleiner Kreis von Betroffenen und damit Befäßen angesprochen. Ein solches Merkblatt müßte umfassend ausgelegt werden.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Keine weitere Zusatzfrage.

Nächste Fragestellerin ist die Frau Abgeordnete Scheel!

Frau **Scheel (DIE GRÜNEN)**, Fragestellerin:

**Herr Staatsminister, werden Überlegungen, „uneinsichtige Menschen“, die HIV-positiv sind, in Quarantäne zu schicken oder abzusondern, wie von Ihnen vorgeschlagen wurde, von der Bayerischen Staatsregierung unterstützt?**

**Erster Vizepräsident Möslein:** Herr Staatsminister, bitte!

**Staatsminister Dr. Hillermeier:** Die Fragestellung gibt meinen Vorschlag, auf den Sie, Frau Kollegin Scheel, Bezug nehmen, nur verkürzt wieder.

Im Zusammenhang mit der von mir vorgeschlagenen AIDS-Gesamtstrategie, deren wesentliche Schwerpunkte in den Bereichen Aufklärung und Beratung gesetzt sind, habe ich davon gesprochen, daß zum Schutz der Bevölkerung auch Zwangsmaßnahmen eingesetzt werden müßten, wenn in Einzelfällen freiwillig ein verantwortungsbewußtes Verhalten nicht zu erreichen ist. Dabei erwähnte ich als spezielle Zwangsmaßnahmen, ich zitiere: „Zwangsmaßnahmen bis hin zur Quarantäne bzw. Absonderung für uneinsichtige Personen, die eine Ansteckung Dritter bewußt in Kauf nehmen“.

Die Staatsregierung vertritt die Auffassung, daß ihre Anstrengungen der Bekämpfung der Krankheit AIDS gelten und nicht gegen HIV-Positive gerichtet sind.

Es besteht daher auch Übereinstimmung, daß angesichts der tödlichen Bedrohung Individualinteressen von Betroffenen dort zurückstehen müssen, wo diese Interessen mit dem Ziel des Schutzes der Bevölkerung kollidieren.

In bezug auf die mögliche Maßnahme der Absonderung ist darauf hinzuweisen, daß es sich dabei lediglich um die Anwendung derzeit geltenden Rechts handelt. Die Staatsregierung ist der Auffassung, daß eine solche Maßnahme bei der Bekämpfung der Krankheit AIDS als Ultima ratio in begründeten Einzelfällen im Rahmen einer Gesamtstrategie auch künftig möglich sein muß.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Zusatzfrage die Fragestellerin. Bitte!

Frau **Scheel (DIE GRÜNEN):** Herr Minister, was versteht die Bayerische Staatsregierung unter dem Begriff „uneinsichtige Menschen“?

**Staatsminister Dr. Hillermeier:** Dieser Begriff ist im Bundesseuchengesetz, Frau Kollegin, eindeutig definiert.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Weitere Zusatzfrage die Fragestellerin. Bitte!

Frau **Scheel (DIE GRÜNEN):** Herr Minister, falls Menschen ausgesondert werden, wo und wie lange sollen sie in Quarantäne bleiben?

**Staatsminister Dr. Hillermeier:** Wie Sie sicherlich einer Pressemitteilung aufgrund des Ministerratsbeschlusses vom 25. Februar 1987 entnommen haben, werden darüber vom Innenministerium und den anderen beteiligten Ministerien augenblicklich Überlegungen angestellt, die die Einzelheiten festlegen und den Gesamtrahmen abstecken.

Um einer möglichen weiteren Zusatzfrage gleich vorzubeugen, möchte ich darauf verweisen, daß wir

(Staatsminister Dr. Hillermeier)

daran denken, HIV-Infizierten beziehungsweise HIV-Kranken unter Mitwirkung der Selbsthilfeeinrichtungen auch ein besonderes Wohnumfeld in dafür geeigneten Wohnungskomplexen zu verschaffen.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Keine weiteren Zusatzfragen.

Nächste Fragestellerin ist Frau Abgeordnete Wax-Wörner!

Frau Wax-Wörner (DIE GRÜNEN), Fragestellerin:

**Herr Staatsminister! Gibt es inzwischen, da die Aussagen der einzelnen Ministerien, welche Maßnahmen zur AIDS-Bekämpfung vorgesehen sind, sehr unterschiedlich sind, eine einheitliche Vorgehensweise der Bayerischen Staatsregierung?**

**Erster Vizepräsident Möslein:** Herr Staatsminister, bitte!

**Staatsminister Dr. Hillermeier:** Der Bayerische Ministerrat hat in seiner Sitzung am 25. Februar 1987 – ich habe darauf soeben bei der vorangegangenen Frage Bezug genommen – ein umfassendes und abgestuftes Programm zur Bekämpfung der Immunschwächekrankheit AIDS beschlossen. Dieses Programm faßt alle sachlich notwendigen und rechtlich zulässigen Maßnahmen im Sinne einer Gesamtstrategie zusammen. Dazu gehören

1. die umfassende, gezielte und deutliche Aufklärung in ethisch und moralisch verantwortbarer Weise, um risikobehafteten Verhaltensweisen vorzubeugen beziehungsweise eine Abkehr davon zu erreichen,
2. die intensive persönliche Beratung und Betreuung HIV-positiver und AIDS-kranker Personen,
3. vorbeugende Maßnahmen, um zu verhindern, daß bestimmte Personengruppen, vor allem aus dem risikobehafteten Milieu der Prostitution, Risikoverhalten geradezu vermarkten und
4. Zwangsmaßnahmen gegenüber einzelnen uneinsichtigen Personen, die bewußt eine Ansteckung Dritter herbeiführen oder in Kauf nehmen.

Dieses Gesamtkonzept belegt, daß die Staatsregierung entschlossen ist, der Bedrohung durch AIDS durch ein einheitliches Vorgehen zu begegnen.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Zusatzfrage, die Fragestellerin!

Frau Wax-Wörner (DIE GRÜNEN): Herr Staatsminister! Ab wann und aufgrund welcher Verordnungen wird die Bayerische Staatsregierung diesen Maßnahmenkatalog realisieren?

**Staatsminister Dr. Hillermeier:** Die Bayerische Staatsregierung greift zurück auf die bestehenden Regelungen des Bundesseuchengesetzes beziehungsweise des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Sie überlegt, ob weitere Maß-

nahmen zur Ergänzung dieser beiden Gesetze erforderlich sind.

(Frau Abg. Wax-Wörner: Ab wann?)

**Erster Vizepräsident Möslein:** Weitere Zusatzfrage, der Abgeordnete Langenberger!

**Langenberger (SPD):** Herr Staatsminister, sind Ihnen die heutigen Pressemeldungen bekannt, wonach die Weltgesundheitsorganisation den bayerischen Maßnahmenkatalog scharf verurteilt hat?

**Staatsminister Dr. Hillermeier:** Die Pressemeldungen sind mir bekannt. Die Meinungen über diese oder jene Maßnahme im gesamten Bereich AIDS sind augenblicklich, wie Sie sicherlich wissen, noch nicht auf einen gemeinsamen Nenner gebracht. Die Staatsregierung wird deshalb ihren Beschluß vom 25. Februar 1987 noch einmal in Einzelüberlegungen auf seine Vor- und Nachteile untersuchen und daraus die entsprechenden Konsequenzen ziehen.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Weitere Zusatzfrage, die Fragestellerin!

Frau Wax-Wörner (DIE GRÜNEN): Herr Staatsminister, Sie haben den ersten Teil meiner Zusatzfrage nicht beantwortet, nämlich die Frage, ab wann dieser Maßnahmenkatalog realisiert werden soll.

**Staatsminister Dr. Hillermeier:** Diese Frage kann nicht beantwortet werden. Wenn ich erst Überlegungen anstelle, kann ich nicht sagen, wann diese Überlegungen abgeschlossen sind und wann daraus entsprechende gesetzliche Konsequenzen gezogen werden.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Weitere Zusatzfrage, Herr Abgeordneter Schramm!

**Schramm (DIE GRÜNEN):** Herr Staatsminister, sind Sie mit mir darin einig, daß der Maßnahmenkatalog dann etwas voreilig beschlossen worden ist?

(Abg. Tandler: Nein!)

**Staatsminister Dr. Hillermeier:** Dieser Meinung bin ich absolut nicht. Bei der bestehenden Bedrohung darf und kann keine Minute versäumt werden, um die entsprechenden Maßnahmen in Gang zu bringen.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Möslein:** Letzte Zusatzfrage, die Fragestellerin!

Frau Wax-Wörner (DIE GRÜNEN): Herr Staatsminister, werden heute bereits mit oder ohne Information der Betroffenen Teile des Maßnahmenkatalogs durchgeführt, zum Beispiel bei Blutuntersuchungen in Krankenhäusern oder bei vorgeschobenen Alkoholtests?

**Staatsminister Dr. Hillermeier:** In diesem Bereich sind, wenn ich Ihre Frage richtig verstanden habe,

(Staatsminister Dr. Hillermeier)

alle Vorkehrungen getroffen, um eine Übertragbarkeit und Übertragung von AIDS hintanzusetzen.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Nächster Fragesteller ist Herr Kollege Ewald Lechner!

**Lechner (CSU), Fragesteller:**

**Herr Staatsminister! Welche Nahrungsmittelmengen wurden beziehungsweise werden derzeit vergünstigt an bedürftige Personengruppen in Bayern abgegeben, welche Finanzmittel stehen im Vergleich zu anderen Bundesländern für diese Aktion zur Verfügung, und wie ist die Aktion bei der Bevölkerung angekommen?**

**Erster Vizepräsident Möslein:** Herr Staatsminister, bitte!

**Staatsminister Dr. Hillermeier:** Herr Präsident, Hohes Haus! Mit der Verteilung überschüssiger Lagerbestände der EG sind die Verbände der freien Wohlfahrtspflege betraut. Staatliche oder kommunale Behörden wirken nicht mit. Von Erhebungen bei den Trägern der freien Wohlfahrtspflege hat das Sozialministerium bisher abgesehen, um die Verteilungsaktion nicht mit unverhältnismäßigem Verwaltungsaufwand zu belasten. Deshalb können im gegenwärtigen Zeitpunkt die gestellten Fragen nur teilweise beantwortet werden:

Die Aktion ist schleppend angelaufen. Da sie für die Mitgliedsländer der EG überraschend kam, war eine rechtzeitige organisatorische Vorbereitung nicht möglich.

Gegenwärtig werden in der Bundesrepublik Butter, Milch, Joghurt, Mehl und – für die Wohltätigkeitsküchen – auch Rindfleisch verteilt.

Nach Auskunft der Bundesanstalt für landwirtschaftliche Marktordnung in Frankfurt am Main, die als Verteilerstelle fungiert, sollen in diesen Tagen auch Zucker und Olivenöl ausgeliefert werden.

Die Winterhilfe ist, abgesehen von Zucker und Olivenöl, mengenmäßig nicht begrenzt. Länderkontingente sind nicht festgelegt. Faktisch entscheiden die Wohlfahrtsverbände darüber, wer als bedürftig gilt. Außer den Sozialhilfeempfängern kommen Bezieher sonstiger einkommensabhängiger Sozialleistungen in Betracht. Die Abgabemenge pro Person ist allerdings durch Richtlinien der Bundesanstalt für landwirtschaftliche Marktordnung eingeschränkt.

Vom Bundeslandwirtschaftsminister wird zur Zeit der Wert der für die Bundesrepublik vorgesehenen Nahrungsmittel auf rund 100 Millionen DM geschätzt. Näheres hierüber und zur Frage, welche Mengen in die einzelnen Bundesländer geflossen sind, wird erst nach Abschluß der Aktion zu erfahren sein.

Ich habe mit Schreiben vom 10. März an den Bundeslandwirtschaftsminister appelliert, auf eine Verlängerung der zunächst bis 31. März befristeten Hilfsaktion

zumindest bis Ostern hinzuwirken. Eine Antwort erwarte ich in den nächsten Tagen.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Zusatzfrage, der Fragesteller!

**Lechner (CSU):** Herr Staatsminister! Sind Klagen aus der Bevölkerung berechtigt, daß diese überraschende Aktion seitens der Behörden zu wenig vorbereitet war, daß insbesondere viel zu große Packungen auf den Markt kamen und daß die Güter nicht im aufgetauten und damit verteilungsfähigen Zustand ausgegeben werden konnten?

**Staatsminister Dr. Hillermeier:** Die Klagen mögen berechtigt sein. Die Winterhilfe kam spontan nach einer Entscheidung der EG, wie ja auch der Winter immer spontan zu kommen pflegt. Deshalb kann man die Dinge nicht von vornherein in allen Einzelheiten regeln.

Ich halte es für gut, daß nicht lange nach Reglementierungen und Vorschriften Ausschau gehalten wurde, sondern daß das Ganze unkompliziert und unbürokratisch in die Wege geleitet wurde. Ich glaube, daß unsere Wohlfahrtsverbände aufgrund ihrer Erfahrung in der Lage sind, von diesen Hilfen auch entsprechend Gebrauch zu machen.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Weitere Zusatzfrage, der Fragesteller!

**Lechner (CSU):** Herr Minister! Nach der Sozialhilfegesetzgebung ist es möglich, daß Sachleistungen nicht den Bedürftigen angerechnet werden. Was wollen Sie tun, damit dies nicht passiert? Nach Ihren Ausführungen handelt es sich um eine erhebliche Sachleistung in Höhe von 100 Millionen DM, allerdings für die ganze Bundesrepublik.

**Staatsminister Dr. Hillermeier:** Es ist dafür gesorgt, daß diese Leistungen nicht auf die Sozialhilfeleistungen angerechnet werden.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Weitere Zusatzfrage, der Fragesteller!

**Lechner (CSU):** Herr Minister! Kann man heute schon sagen, daß es sich nicht um eine einmalige Aktion handelt, da die Überschüsse immer mehr und die Lager immer voller werden, so daß Pannen, wie sie beim ersten Mal nun einmal passiert sind, in Zukunft ausgeschlossen werden können?

**Staatsminister Dr. Hillermeier:** Herr Kollege, hier möchte ich der Weisheit der EG-Kommission und aller mit diesen schwierigen Fragen Befassten nicht vorgreifen.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Weitere Zusatzfrage, Kollege Geisperger!

**Geisperger (SPD):** Herr Minister! Ist Ihnen bekannt, daß es sich bei diesen Hilfsaktionen, so erfreulich sie sind, im Grunde genommen um politische Maßnahmen

(Geisperger [SPD])

men handelt, weil die dafür notwendigen Finanzaufwendungen in keinerlei vernünftigem Verhältnis zu dem dadurch erzielten Effekt stehen?

**Staatsminister Dr. Hillermeier:** Die Hintergründe sind mir bekannt. Meine persönliche Meinung ist, daß diese Winterhilfe, die kostenlose Abgabe dieser überschüssigen Produkte, jedenfalls sinnvoller ist, als sie in anderer Weise zu verwenden, zum Beispiel für Käbermast und was da noch alles im Raume steht.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Nächste Zusatzfrage, der Fragesteller!

**Lechner (CSU):** Herr Minister! Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, daß mit diesen Lebensmitteln auch Kantinen, insbesondere die Mensen der Universitäten, aber auch Altersheime, beliefert werden?

**Staatsminister Dr. Hillermeier:** Ich brauche mich nicht dafür einzusetzen, denn es ist bekannt, daß die Lebensmittel erhält, wer die Chance nutzt, sich zu melden und sie anzufordern. Ich bin der festen Überzeugung, daß davon reichlich Gebrauch gemacht wird.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Zur Beantwortung der weiteren Fragen bitte ich den Herrn Staatsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Nächster Fragesteller ist Kollege von Redwitz!

**Freiherr von Redwitz (CSU), Fragesteller:**

**Herr Staatsminister! Da durch eine Anhebung des Fettgehaltes der Milch und des Schlagrahms in der Bundesrepublik zwischen 8000 und 10000 t Fettüberschüsse gespart werden könnten, damit zugleich auch Geschmacks- und Qualitätseigenschaften verbessert werden können, frage ich Sie, welche rechtlichen Grenzen nach deutschem Recht und nach EG-Recht einer solchen Maßnahme entgegenstehen.**

**Staatsminister Dr. Eisenmann:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Herstellung und der Fettgehalt der verschiedenen Konsummilchsorten sind EG-einheitlich abschließend geregelt. Danach ist es bereits jetzt zulässig, Milch mit unterschiedlichem Fettgehalt in den Verkehr und damit zum Verzehr zu bringen.

Nach der Verordnung über Milcherzeugnisse des Bundes vom 15. Juli 1970 muß der Fettgehalt des Schlagrahms mindestens 30 Prozent betragen. Eine Erhöhung des Mindestfettgehaltes wurde bereits im Zusammenhang mit einer Änderungsverordnung ausführlich diskutiert, fand aber leider keine Mehrheit.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Zusatzfrage der Fragesteller. Bitte!

**Freiherr von Redwitz (CSU):** Herr Staatsminister! Was spricht dagegen, jetzt bei der anstehenden Fünften Verordnung zur Änderung der Milcherzeugnis-

verordnung eine Erhöhung des Mindestgehalts an Fett in der Schlagsahne von 30 auf 32 Prozent anzustreben?

**Staatsminister Dr. Eisenmann:** Einige Kreise befürchten durch die damit verbundene Verteuerung des Rahmes einen Rückgang des Verzehrs. Das ist der ganze Hintergrund. Sonst würde gar nichts dagegen sprechen.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Weitere Zusatzfrage, der Fragesteller!

**Freiherr von Redwitz (CSU):** Herr Staatsminister! Da nach mir vorliegenden Informationen nur etwa 26 Prozent des Fettes, das die Bundesbürger verzehren, aus Milch und Milchprodukten stammen, frage ich Sie, ob die Staatsregierung bereit ist, sich aufgrund dieser Erkenntnis noch einmal mit den Ernährungsphysiologen über die Frage der Schädlichkeit eines höheren Fettgehalts auseinanderzusetzen und ihren Standpunkt zu überprüfen.

**Staatsminister Dr. Eisenmann:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben vor vielen Jahren einen Forschungsauftrag der Milchwirtschaft zur Frage der gesundheitlichen Wertigkeit von Milchlaktose im Vergleich zu Pflanzenfett unterstützt, vor allen Dingen bezüglich des Einflusses auf Herzkrankheiten. Dabei hat sich herausgestellt, daß der Verzehr von Milch und Milchlaktose bei einem vernünftigen Fettverzehr überhaupt keinen negativen Einfluß auf die Gesundheit ausübt. Es ist also nachgewiesen, daß dadurch keine Probleme entstehen.

Sollten irgendwelche neuen Fragestellungen entstehen, bin ich gern bereit, einen neuen Forschungsauftrag zu unterstützen. Im Moment sehe ich dafür aber kein Bedürfnis.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Nächste Zusatzfrage, Herr Abgeordneter Geisperger!

**Geisperger (SPD):** Herr Minister! So richtig die Bemerkungen des Herrn Kollegen sind, aber sind Sie nicht auch mit mir der Meinung, daß man in einer freiheitlichen Gesellschaft niemandem vorschreiben kann, welche Milch mit welchem Fettgehalt er verzehren will? Glauben Sie, daß noch mehr fettarme Milch verbraucht würde, wenn Milch und Schlagrahm einen höheren Fettgehalt hätten?

**Staatsminister Dr. Eisenmann:** Ich kann die Antwort, die Sie auf Ihre Frage gegeben haben, nur bestätigen. Der Fettgehalt der Milch ist freigestellt, so daß die Molkereien entsprechende Milch verkaufen können.

Es ist erstaunlich, daß der Konsum von fettarmer Milch in den letzten Jahren zugenommen hat, obwohl ich der Meinung bin, daß die fettere Milch wesentlich besser schmeckt und vor allen Dingen bei entsprechendem Verzehr genauso gesund ist wie bei normalem Fettgehalt.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Keine weiteren Zusatzfragen.

(Erster Vizepräsident Möslein)

Nächste Fragestellerin ist Frau Abgeordnete Rothe. Bitte, Frau Rothe!

Frau **Rothe** (DIE GRÜNEN), Fragestellerin:

**Herr Staatsminister!** Nachdem sich die Referenten der Pflanzenbautagung in Peißenberg am 27. Januar 1987 in den gesamten Vorträgen hauptsächlich mit den chemischen Methoden des Pflanzenbaus beschäftigt haben, frage ich die Staatsregierung, ob sie den Grundsatz der Gleichberechtigung und der Gleichbehandlung des biologischen Landbaus noch als gewahrt ansieht?

**Staatsminister Dr. Eisenmann:** Ich kann diese Frage eigentlich ganz kurz mit ja beantworten. Jeder Landbau, auch der konventionelle Landbau, ist ein biologischer Landbau.

(Frau Abg. Rothe: Ich meine den alternativen Landbau!)

– Sie meinen den alternativen Landbau, natürlich, davon gehe ich aus. Auf der genannten Tagung ging es in erster Linie um den konventionellen Landbau. Wie mir berichtet wurde, ist auch der integrierte Pflanzenbau, ein Ziel der bayerischen Agrarpolitik, sehr stark behandelt worden. Ich sehe hier keine Benachteiligung des von Ihnen angesprochenen alternativen Landbaus, der von uns ohnehin sehr wesentlich unterstützt wird.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Zusatzfrage die Fragestellerin. Bitte!

Frau **Rothe** (DIE GRÜNEN): Herr Staatsminister! Ist es üblich, daß auf Informationsveranstaltungen der Landwirtschaftsämter Vertreter der Düngemittelindustrie sprechen und ihr Werbematerial auslegen?

**Staatsminister Dr. Eisenmann:** Das ist sicherlich nicht üblich. Warum aber soll man das um jeden Preis verhindern? Es ist dadurch sogar möglich, sich mit den Leuten sehr kritisch auseinanderzusetzen. Dagegen habe ich gar nichts.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Keine weiteren Zusatzfragen.

Nächster Fragesteller ist Kollege Erwin Huber. Bitte!

Huber Erwin (CSU), Fragesteller:

**Herr Staatsminister,** gibt es in diesem Jahr besondere Befürchtungen eines Borkenkäferbefalls in Ostbayern, und wie kann man möglichen Gefahrenherden aus dem Eisbruch in den Wäldern entgegenwirken?

**Staatsminister Dr. Eisenmann:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Aufgrund des Witterungsverlaufes des vergangenen Jahres besteht für den ostbayerischen Raum für das Jahr 1987 keine besondere Borkenkäfergefahr. In den vom Eisbruch Anfang

März dieses Jahres betroffenen Wäldern sind jedoch Massenvermehrungen von Nadelholzborkenkäfern bei warm-trockenem Witterungsverlauf im Frühjahr und Sommer nicht auszuschließen.

Wichtigste Gegenmaßnahmen sind, das Bruchmaterial von Nadelhölzern möglichst rasch aufzuarbeiten und zu entrinden oder aus dem Wald abzufahren sowie das schwache Material als Brutraum für die Borkenkäfer unschädlich zu machen, d. h. zu verbrennen oder zu zerhackeln.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Der Fragesteller, bitte!

**Huber Erwin** (CSU): Herr Minister, können im Zusammenhang mit der Aufarbeitung des Holzes nach dem Eisbruch die von der CSU in ihrem Dringlichkeitsantrag geforderten Maßnahmen schnellstmöglich eingeleitet werden, und können dabei auch Maschinen zum Schälen von Baumstämmen zur Verfügung gestellt werden?

**Erster Vizepräsident Möslein:** Herr Staatsminister!

**Staatsminister Dr. Eisenmann:** Ich kann die Frage grundsätzlich mit ja beantworten. Ich sage „grundsätzlich“; denn wir müssen uns natürlich noch kurz über die Kosten unterhalten, die der Antrag verursacht. Wir sind zur Zeit dabei, entsprechende Richtlinien zu erlassen und den Forstämtern zuzuleiten. In ihnen ist folgendes vorgesehen:

Es sollen Zuschüsse gewährt werden, damit das Entrinden und der Abtransport des vom Borkenkäfer gefährdeten Holzes möglichst rasch vor sich gehen kann. Maschinen der Staatsforstverwaltung sollen zum Aufarbeiten des geschädigten Holzes kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Erfahrene Forstwirte aus dem Staatsforst werden zur Aufarbeitung des Bruchholzes gegen verminderte Bezahlung zur Verfügung gestellt. Wir wollen die Reise- und Unterbringungskosten für Betriebs Helfer von auswärtigen Maschinenringern übernehmen, die notwendig sind, weil die einheimischen allein nicht ausreichen werden.

Wir haben uns bereits mit der Arbeitsverwaltung in Verbindung gesetzt, um ABM-Kräfte einsetzen zu können. Diese müssen allerdings geschult sein, weil die Arbeit nicht ganz ungefährlich ist.

Wir haben uns auch bereits mit der Wehrbereichsverwaltung in Verbindung gesetzt, damit die Söhne von Waldbesitzern, die für die Aufarbeitung dringend benötigt werden, hierfür Sonderurlaub erhalten. Außerdem ist es selbstverständlich, daß wir die Waldbesitzer bei der Aufarbeitung des Holzes beraten.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Nächste Zusatzfrage, Kollege Lechner!

**Lechner** (CSU): Herr Minister, Sie haben in Ihr forstliches Förderprogramm unter anderem auch die Förderung von Maßnahmen zur Borkenkäferbekämpfung aufgenommen. Wenn der Borkenkäfer durch den Eisbruch tatsächlich sehr überhand nehmen sollte, was nicht gewünscht wird, dann könnte unter Umständen

(Lechner [CSU])

die Gefahr bestehen, daß hierfür nicht genügend Geld zur Verfügung steht. Was wollen Sie tun, damit Mittel aus dem Programm während des ganzen Jahres für alle Maßnahmen im forstwirtschaftlichen Bereich zur Verfügung stehen?

**Erster Vizepräsident Möslein:** Herr Staatsminister, bitte!

**Staatsminister Dr. Eisenmann:** Da die Mittel des Programms, das im Haushaltsplan mit 29 Millionen DM dotiert ist, schwerpunktmäßig für diese Maßnahmen eingesetzt werden, hoffe ich, daß sie ausreichen werden. Sollte das nicht der Fall sein, bin ich gerne bereit, im Laufe der Haushaltsberatungen – unser Haushalt wird voraussichtlich im Mai vom Parlament beraten – entsprechende Wünsche anzumelden.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Weitere Zusatzfrage, der Abgeordnete Rosenbauer!

**Rosenbauer Georg (CSU):** Herr Minister, Sie haben Ihre Aussagen auf den ostbayerischen Raum beschränkt. Können Sie für den Fall eines Käferbefalls im mittelfränkischen und nordschwäbischen Raum die gleichen Aussagen machen?

**Erster Vizepräsident Möslein:** Herr Staatsminister!

**Staatsminister Dr. Eisenmann:** Überall in Bayern, wo der Borkenkäfer auftritt und eine Gefahr besteht, werden wir entsprechende Mittel einsetzen.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Nächste Zusatzfrage, der Fragesteller!

**Huber Erwin (CSU):** Herr Minister, es ist zu befürchten, daß infolge des Eisbruchs auf dem gesamten Holzmarkt ein Preisdruck entsteht. Kann der Staat hier Hilfe leisten, indem er sich mit seinem Angebot zurückhält?

**Staatsminister Dr. Eisenmann:** Das haben wir bereits vor.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Letzte Zusatzfrage, der Abgeordnete Heinrich!

**Heinrich (SPD):** Herr Staatsminister, kann für den Fall, daß aufgrund der von Ihnen geschilderten Maßnahmen der Borkenkäferbefall nicht so stark eintritt, wie dies befürchtet wird, ausgeschlossen werden, daß chemische Mittel eingesetzt werden?

**Erster Vizepräsident Möslein:** Herr Staatsminister!

**Staatsminister Dr. Eisenmann:** Das können wir grundsätzlich nicht ausschließen. Wenn eine Katastrophe droht, müssen wir gegen sie mit allen Mitteln vorgehen, um größere Schäden zu verhindern.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Danke schön, Herr Staatsminister!

Zur Beantwortung der folgenden Fragen bitte ich den Herrn Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr.

Erster Fragesteller ist der Kollege Dr. Kempfler.

**Dr. Kempfler (CSU), Fragesteller:**

**Herr Staatsminister, ist es bei allen Dienststellen des Technischen Überwachungsvereins im Freistaat Bayern möglich, Kraftfahrzeuge auf die Verträglichkeit von bleifreiem Benzin untersuchen zu lassen?**

**Staatsminister Jaumann:** Herr Präsident, Hohes Haus! Es ist bei allen zirka 120 Kraftfahrzeugprüfstätten des TÜV Bayern möglich, Kraftfahrzeuge auf die Verträglichkeit von bleifreiem Benzin untersuchen zu lassen. Der TÜV Bayern bietet diesen Service kostenlos an. Die Auskünfte werden mündlich erteilt. Diese Dienstleistung des TÜV Bayern kann zum Beispiel bei der regelmäßigen Fahrzeuguntersuchung nach § 29 der Straßenverkehrszulassungs-Ordnung, bei der Abgassonderuntersuchung oder bei anderen Fahrzeugbegutachtungen in Anspruch genommen werden. Dieser Service wurde im Oktober 1986 mit entsprechender Information an die Presse intensiviert.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Zusatzfrage, der Fragesteller!

**Dr. Kempfler (CSU):** Herr Staatsminister, teilen Sie die vielfach geäußerte Ansicht, daß durch eine stärkere Aufklärung des TÜV über die gegebenen Möglichkeiten die Zahl der Pkw-Fahrer, die bleifreien Treibstoff tanken, erhöht werden könnte?

**Erster Vizepräsident Möslein:** Herr Staatsminister, bitte!

**Staatsminister Jaumann:** Ich teile diese Auffassung. Der TÜV denkt zur Zeit daran, seinen Bleifrei-Informationsservice noch durch eine Plakataktion zu unterstützen. Daneben gibt es im Automobilbereich vielfältige Anstrengungen zur Bleifrei-Beratung, z. B. durch den Verband der Automobilindustrie, den Zentralverband des Kraftfahrzeuggewerbes, die Deutsche Automobiltreuhand GmbH, den ADAC und die großen Mineralölgesellschaften. Die großen Mineralölgesellschaften stellen seit September letzten Jahres an ihren Tankstellen individuell für den einzelnen Pkw sogenannte Bleifrei-Pässe aus.

Im übrigen hat die Aufklärungsaktion schon nachhaltigen Erfolg gehabt. Der Absatz an unverbleitem Benzin weitet sich in der Bundesrepublik kontinuierlich aus; der Anteil des bleifreien Normalbenzins lag im Januar 1987 bereits bei 32 Prozent.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Keine weiteren Zusatzfragen.

Nächster Fragesteller ist der Abgeordnete Mehrlich!

**Mehrlich (SPD), Fragesteller:**

**Herr Staatsminister, was hat die Staatsregierung dazu bewogen, trotz der mit Beschuldigung des Staatsministeriums für Landesentwicklung und**

(Mehrlich [SPD])

**Umweltfragen vom 28. März 1985 erfolgten Rechtsverbindlichkeit des Regionalplanes für die Region 2, der eine zivile Mitbenutzung eines der Militärflugplätze in Giebelstadt oder in Kitzingen vorsieht, im Gesamtverkehrsplan Bayern 1985 für den Raum Schweinfurt/Würzburg einen Verkehrslandeplatz an einem neuen Standort als erforderlich anzusehen, und auf welche Weise wurden dabei die Neu- und Ausbaupläne der Deutschen Bundesbahn berücksichtigt?**

**Erster Vizepräsident Möslein:** Herr Staatsminister!

**Staatsminister Jaumann:** Im Rahmen der Fortschreibung des Gesamtverkehrsplanes Bayern 1985 habe ich trotz der ablehnenden Haltung der US-Streitkräfte gegenüber einer zivilen Mitbenutzung der Militärflugplätze Kitzingen und Giebelstadt nochmals eine eingehende Prüfung dieser Frage veranlaßt.

In einer daraufhin anberaumten Besprechung zwischen der Bayerischen Staatskanzlei, den US-Streitkräften, dem Staatsministerium für Umweltfragen, der Regierung von Unterfranken, der Wehrbereichsverwaltung und dem Wirtschaftsministerium mußte zur Kenntnis genommen werden, daß die US-Streitkräfte infolge militärischer Erfordernisse an ihrer ablehnenden Stellungnahme festhalten müssen.

Angesichts dieser Sachlage wurde für den Raum Schweinfurt/Würzburg ein neuer Verkehrslandeplatz für erforderlich gehalten. Die Regierung von Unterfranken wurde um Entwicklung geeigneter Lösungsvorschläge gebeten. Im Rahmen dieser Untersuchung hat es die Stadt Würzburg übernommen, nochmals die Möglichkeit des Ausbaues des Flugplatzes Würzburg-Schenkenturm zu überprüfen. Das Ergebnis dieser Überprüfung bleibt abzuwarten.

Durch die Neu- und Ausbaupläne der Deutschen Bundesbahn wird ein Verkehrslandeplatz im Raum Würzburg/Schweinfurt nicht tangiert.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Zusatzfrage der Fragesteller. Bitte!

**Mehrlich (SPD):** Herr Staatsminister, ist Ihnen bekannt, daß neben dem Regionalen Planungsverband 2 auch der Kreistag des Landkreises Würzburg beschlossen hat, nur eine zivile Mitbenutzung vorzusehen, daß dieses Gremium die Anlage eines neuen Verkehrsflugplatzes im Landkreis Würzburg ablehnt und daß auch das Landratsamt Main-Spessart keinen Bedarf für einen neuen Verkehrslandeplatz sieht?

**Erster Vizepräsident Möslein:** Herr Staatsminister, bitte!

**Staatsminister Jaumann:** Das ist mir bekannt. Ein Kreistag sagt, wir brauchen keinen Verkehrslandeplatz, andererseits gibt es aber übergeordnete Gesichtspunkte ganz Unterfrankens, und aus diesen Gesichtspunkten heraus muß ich es untersuchen lassen. Mehr ist hier bisher noch nicht geschehen.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Nächste Zusatzfrage, Herr Abgeordneter Franz!

**Franz (SPD):** Herr Staatsminister, teilen Sie meine Auffassung, daß sich aufgrund der Nähe und der Dichte der Wohnbebauung für den bisherigen Flugplatz Schenkenturm in Würzburg keine Möglichkeit für eine Erweiterung ergibt und unverändert an der zivilen Mitbenutzung der US-Flugplätze Kitzingen und Giebelstadt außerhalb von Krisenzeiten festgehalten werden muß, weil einfach aufgrund der Nähe zu Frankfurt keine vernünftigen Argumente ersichtlich sind, für einen solchen weiteren Regionallughafen 50 bis 60 Hektar Land zusätzlich zu verbrauchen?

**Erster Vizepräsident Möslein:** Herr Staatsminister, bitte!

**Staatsminister Jaumann:** Ich neige zu der Auffassung, wie Sie gesagt haben, daß Würzburg-Schenkenturm eigentlich kaum in Betracht kommen kann. Bitte, das ist eine Sache, die jetzt in den Untersuchungen noch mit berücksichtigt werden muß. Im Grunde setze ich aber nicht darauf.

Zu der anderen Frage, wie die zivile Mitbenutzung der Militärflugplätze zu bewerten ist, kann ich nur sagen: Wenn die Amerikaner sagen, daß das nicht in Frage kommt, dann ist dies ein absolutes Nein zu unseren Absichten. Wir sind dabei, die amerikanische Besatzungsmacht ganz bewußt zu drangsalieren, um doch noch eine Chance zu bekommen.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Weitere Zusatzfrage, der Fragesteller!

**Mehrlich (SPD):** Ist die Staatsregierung bereit, bei einer neuen Bedarfsprüfung, die bei der Anlage eines neuen Verkehrslandeplatzes vorgenommen werden muß, auch den Regionalen Planungsverband zu beteiligen?

**Staatsminister Jaumann:** Natürlich, er wird selbstverständlich beteiligt.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Weitere Zusatzfrage, der Kollege Will!

**Will (CSU):** Herr Staatsminister, kann man nicht davon ausgehen, daß die neue, verbesserte Verkehrslage im Straßenverkehr die Überlegung nahelegt, eine Mitbenutzung, wenn nicht in Giebelstadt und wenn nicht in Kitzingen, dann in Schweinfurt anzupfeilen?

**Erster Vizepräsident Möslein:** Herr Staatsminister, bitte!

**Staatsminister Jaumann:** Auch diese Möglichkeit haben wir sehr genau erörtert und überlegt. Die Amerikaner sind nicht bereit, hier nachzuprüfen.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Letzte Zusatzfrage, der Kollege Franz!

**Franz (SPD):** Herr Staatsminister, teilen Sie meine Auffassung, daß die ablehnende Haltung der US-Militärbehörden gegenüber einer zivilen Mitbenutzung bei der geringen Frequenz der beiden Flugplätze Giebelstadt und Kitzingen der Öffentlichkeit überhaupt nicht verständlich ist und daß dies weniger für ein partnerschaftliches Miteinander innerhalb des Verteidigungsbündnisses spricht, sondern mehr dem Verhalten einer Besatzungsmacht entspricht?

**Erster Vizepräsident Möslein:** Herr Staatsminister, bitte!

**Staatsminister Jaumann:** Gut, natürlich ist das nicht unbedingt verständlich. Andererseits kann ich und möchte ich hier auch nichts den Amerikanern, die hier ihre ganz bewußten Interessen haben und dies auch sagen, entgegensetzen. Sie haben natürlich recht, es wäre sehr viel besser, wenn hier ein vernünftiges Miteinander gefunden werden könnte.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Nächster Fragesteller, Frau Abgeordnete Memmel!

Frau Memmel (DIE GRÜNEN), Fragestellerin:

**Was ist der Staatsregierung über die Ziele und Absichten der Firma Saarberg-Interplan bekannt, die in Großschloppen in der Stadt Kirchenlamitz Uranerz-Prospektion betreibt und seit einiger Zeit dabei sein soll, in der Nähe der jetzigen Probe-Abbaustelle zusätzliche Grundstücke, vor allem im Hinblick auf Planungen für eine Uranerz-Aufbereitungsanlage, zu kaufen?**

**Erster Vizepräsident Möslein:** Herr Staatsminister, bitte!

**Staatsminister Jaumann:** Die Saarberg-Interplan-Uran, Saarbrücken, betreibt im Rahmen einer bergrechtlichen Aufsuchungserlaubnis untertägige Explorationsarbeiten nach Uranerz bei Großschloppen. Ziel der Untersuchungen ist der Nachweis einer wirtschaftlichen, abbauwürdigen Uranerzlagerstätte. Bei positivem Verlauf der weiteren Exploration ist der Abbau des Uranerzes vorgesehen. Konkrete Planungen der Gewinnung und der notwendigen übertägigen und untertägigen Anlagen sind erst nach Abschluß der Exploration möglich. Die für die Untersuchungsarbeiten notwendigen Grundstücke sind gepachtet. Die Firma hat bisher keine Grundstücke gekauft.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Zusatzfrage, die Fragestellerin!

**Frau Memmel (DIE GRÜNEN):** Herr Staatsminister Jaumann, welche Kenntnis hat die Staatsregierung von vertraglichen Abmachungen, nach denen die Aufbereitung des in Großschloppen probeweise abgebauten Uranerzes in der ČSSR durchgeführt worden sein soll?

**Erster Vizepräsident Möslein:** Herr Staatsminister, bitte!

**Staatsminister Jaumann:** Wir haben im Explorationsvertrag, der die Firma zu bestimmten Leistungen verpflichtet und ihr auch Rechte gibt, sehr genau festgelegt, welche Maßnahmen sie ergreifen darf und was sie mit dem auf diese Weise gewonnenen Uran machen kann. Weitere Maßnahmen können vertraglich erst dann sichergestellt werden, wenn das Explorationsergebnis vorliegt. Es muß erst in Verhandlungen geklärt werden, auf welche Weise das gewonnene Uran eingesetzt werden kann.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Zweite Zusatzfrage, Herr Abgeordneter Professor Dr. Weiß!

(Frau Abg. Memmel: Nein, ich habe noch eine Zusatzfrage!)

– Es wird gewünscht, daß zunächst die zweite Zusatzfrage die Fragestellerin stellt. Bitte schön!

**Frau Memmel (DIE GRÜNEN):** Herr Staatsminister Jaumann, sind der Staatsregierung andere Fälle von West-Ost-Kooperationen im Bereich des atomaren Brennstoffkreislaufes bekannt, an denen in Bayern ansässige oder mit Zweigstellen vertretene Firmen beteiligt sind? Wenn ja, welche, und welche Arbeitsbereiche sind davon betroffen?

**Erster Vizepräsident Möslein:** Herr Staatsminister, bitte!

**Staatsminister Jaumann:** Ich bin da überfordert. Ich kann Ihnen jetzt im einzelnen nicht sagen, welche Maßnahmen ansonsten etwa mit der Tschechoslowakei oder mit der DDR --

(Abg. Kolo: Was heißt „jetzt“?)

– Bitte?

**Erster Vizepräsident Möslein:** Bitte keine Zwischenrufe! Sie können Zusatzfragen stellen, Herr Abgeordneter Kolo!

Herr Minister, Sie haben das Wort zur Beantwortung!

**Staatsminister Jaumann:** Ich habe die Antwort bereits gegeben.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Nächste Zusatzfrage, Herr Abgeordneter Professor Dr. Weiß!

**Dr. Weiß Armin (DIE GRÜNEN):** Herr Staatsminister, hat die Staatsregierung bei den bisherigen Genehmigungen für die Firma Saarberg-Interplan im Raum Kirchenlamitz von den Ermächtigungsvorschriften – Schutzmaßnahmen –, des § 12 des Atomgesetzes Gebrauch gemacht, und in welcher Weise wurden in diesem Zusammenhang Gemeinde und Öffentlichkeit beteiligt?

(Zurufe von der CSU: Warum lesen sie alle ab?)

**Erster Vizepräsident Möslein:** Herr Staatsminister, bitte!

**Staatsminister Jaumann:** Die rechtlichen Möglichkeiten sind bei der Vergabe der Lizenz mit Sicherheit in vollem Umfang gewahrt worden. Ich sage noch einmal: Zuerst ist das Ergebnis der Exploration abzuwarten, dann kann man sehen, was mit auf diese Weise erworbenen Naturalien und Materialien im einzelnen geschieht.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Weitere Zusatzfrage, Herr Kollege Müller!

**Müller Willi (CSU):** Herr Staatsminister, muß man angesichts der weltweit hohen Vorkommen an Uranerz und des relativ geringen Weltmarktpreises nicht davon ausgehen, daß ein Uranerzabbau in Kirchenlamitz in absehbarer Zeit nicht in Frage kommt?

**Erster Vizepräsident Möslein:** Herr Staatsminister, bitte!

**Staatsminister Jaumann:** Das drückt sich bereits darin aus, daß die Firma nicht Grundstücke aufkauft.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Letzte Zusatzfrage, Herr Abgeordneter Professor Dr. Weiß!

**Dr. Weiß Armin (DIE GRÜNEN):** Herr Staatsminister, hat die Staatsregierung die im Zusammenhang mit dem Probeabbau aufgetretene Strahlenbelastung der Arbeiter und der Zivilbevölkerung in diesem Raum gemessen und bekanntgegeben, und sieht sie auf Grund dieser Werte eine Veranlassung, die Genehmigung Ende 1987 nicht mehr zu verlängern?

**Erster Vizepräsident Möslein:** Herr Staatsminister, bitte!

**Staatsminister Jaumann:** Das ist mit Sicherheit geschehen. Es wird auch vom Umweltministerium sehr genau überwacht. Sobald sich eine Gefährdung ergeben sollte, wird die Genehmigung, die das Wirtschaftsministerium gegeben hat, selbstverständlich abgewandelt. Das ist gar keine Frage.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Nächster Fragesteller der Kollege Neder. Bitte schön!

**Neder (CSU), Fragesteller:**

**Herr Staatsminister! Sind der Staatsregierung die Gründe bekannt, weshalb bei der Festlegung des Gebietes für das 15. Regionale Aktionsprogramm „Nordbayerisches Fördergebiet“ – siehe Rundschreiben Nr. 3/87 vom 27. Februar 1987 der Bayerischen Landesanstalt für Aufbaufinanzierung – unter anderem alle Gemeinden im Landkreis Bad Kissingen, nur nicht die beiden Gemeinden Ramsthal und Sulzthal, aufgenommen wurden, und sieht sie die Chance für eine Hereinnahme dieser Gemeinden ins Fördergebiet?**

**Erster Vizepräsident Möslein:** Herr Staatsminister!

**Staatsminister Jaumann:** Herr Präsident, Hohes Haus! Die Gemeinden Ramsthal und Sulzthal gehören in der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur zur Arbeitsmarktregion Schweinfurt. Die Arbeitsmarktregion Schweinfurt konnte aufgrund ihrer günstigen Entwicklung bei der Neuabgrenzung der Fördergebiete den Schwellenwert für die Einbeziehung in die Fördergebietskulisse der Gemeinschaftsaufgabe nicht erreichen. Allerdings gehören gemäß dem Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe diejenigen Teile der Arbeitsmarktregion Schweinfurt, die im Zonenrandgebiet liegen, kraft Gesetzes zu den Fördergebieten der Gemeinschaftsaufgabe. Die beiden Gemeinden Ramsthal und Sulzthal liegen nicht im Zonenrandgebiet.

Bereits bei der letzten Neuabgrenzung der Fördergebiete zum 1. Januar 1981 wurde nur der im Zonenrandgebiet gelegene Teil der Arbeitsmarktregion Schweinfurt in die Fördergebietskulisse der Gemeinschaftsaufgabe aufgenommen. Auch seinerzeit war eine Aufnahme der beiden Gemeinden Ramsthal und Sulzthal nicht möglich gewesen. Durch die Neuabgrenzung der Fördergebiete zum 1. Januar 1987 hat sich insofern am Förderstatus der Gemeinden im Landkreis Bad Kissingen nichts verändert.

Den beiden Gemeinden entsteht ohnehin kein nennenswerter Nachteil, da eine Förderung im Rahmen der bayerischen Regionalprogramme möglich ist.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Zusatzfrage, der Fragesteller!

**Neder (CSU):** Herr Staatsminister, sind Sie nicht dennoch der Meinung, daß gerade diese beiden Gemeinden des ehemaligen Landkreises Hammelburg, heute Landkreis Bad Kissingen, die von der Struktur und von der Lage her dem Zentralort Schweinfurt zugeordnet sind, nicht besser gestellt sind als alle übrigen Gemeinden?

**Staatsminister Jaumann:** Ich teile die Auffassung, daß wir an der Gemeinschaftsaufgabe Zonengrenzgebiet nichts, aber auch wirklich nichts ändern sollten, denn alle stehen parat, uns diese Förderung zu kürzen. Das dürfen wir nicht anrühren.

Soweit das Bedürfnis besteht, diese Gemeinden oder Gemeindeteile zu fördern, kann das im Rahmen der landeseigenen Programme geschehen.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Keine weitere Zusatzfrage.

Der nächste Fragesteller ist der Abgeordnete Dr. Gantzer!

**Dr. Gantzer (SPD), Fragesteller:**

**Herr Minister! Aus welchen Gründen sieht sich der Freistaat Bayern daran gehindert, die Restfinanzierung zur Errichtung von behindertengerechten Zugängen im Bereich der S-Bahn-Haltestelle Haar zu sichern?**

**Staatsminister Jaumann:** Es trifft nicht zu, daß sich der Freistaat Bayern gehindert sieht, die Restfinanzierung zur Errichtung von behindertengerechten Zu-

(Staatsminister Jaumann)

gängen im Bereich der S-Bahn-Haltestelle Haar zu sichern. Der Freistaat ist vielmehr grundsätzlich bereit, die Restkosten in Höhe von 40 Prozent der zuwendungsfähigen Kosten zuzüglich einer Planungskostenpauschale von sieben Prozent zu übernehmen, sofern

- die Fördervoraussetzungen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz erfüllt sind, insbesondere ein dringendes Verkehrsbedürfnis für die behindertengerechte Ausgestaltung der Zugänge nachgewiesen wird und die Maßnahme wirtschaftlich geplant ist,
- der Bund seinen 60%igen Finanzierungsanteil bereitstellt,
- die bayerische Mitfinanzierung im Rahmen der für den S-Bahn-Bau in München festgelegten Jahreshöchstförderbeträge von 20 Millionen DM abgewickelt werden kann und
- für den Freistaat Bayern keinerlei Folgekosten entstehen, das heißt, diese insbesondere durch die betroffene Gemeinde getragen werden.

Das Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr hat bereits am 21. April 1986 den Münchner Verkehrs- und Tarifverbund um Überprüfung der Voraussetzungen eines behindertenfreundlichen Ausbaus im MVV-Bereich und um entsprechende Kostenermittlung er sucht. Die Gemeinde Haar hat auf entsprechende Hinweise auch durch die Bundesbahndirektion München bisher keine Bereitschaft erklärt, die genannten Folgekosten zu übernehmen. Da im Interesse der Behinderten baldmöglichst eine praktikable Lösung gefunden werden sollte, wurde noch für März ein Grundsatzgespräch zwischen Gemeinde, Bundesbahndirektion und dem Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr vereinbart.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Zusatzfrage, der Fragesteller!

**Dr. Gantzer (SPD):** Herr Minister! Nachdem Ihre Antwort im Grunde positiv ist, frage ich, ob es ein Versehen Ihres Hauses war, daß die Gemeinde Haar auf ihr erstes Schreiben an Ihr Haus vom Februar 1986 keine Antwort erhalten hat.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Herr Staatsminister!

**Staatsminister Jaumann:** Da bin ich jetzt wirklich überfordert. Ich habe die Unterlagen von meinen Mitarbeitern erhalten; ich kenne nicht die einzelnen Aktenstücke. Meine Damen und Herren, wenn die Verkehrsabteilung des Wirtschaftsministeriums mir sagt, daß sie auf ein diesbezügliches Anschreiben an die Gemeinde Haar keine Antwort bekommen habe, dann ist das genau das Gegenteil von dem Einwand, den Sie jetzt bringen. Das könnte nicht so ohne weiteres geschehen. Da müßte schon böser Wille im Spiele sein, und das glaube ich nicht.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Keine weitere Zusatzfrage.

Der nächste Fragesteller ist der Kollege Dr. Kempfler.

**Dr. Kempfler (CSU), Fragesteller:**

**Herr Staatsminister! Ist der Staatsregierung bekannt, daß an der deutsch-tschechischen Grenze auch an unkontrollierten Übergängen Holz in die Bundesrepublik eingeführt wird?**

**Erster Vizepräsident Möslein:** Herr Staatsminister!

**Staatsminister Jaumann:** Herr Präsident, Hohes Haus! Nach Auskunft des Bundesfinanzministeriums wird Holz aus der ČSSR über die zugelassenen Grenzzollämter hinaus noch über die Grenzorte Mähring, Neuhausen und Haidmühle importiert. Diese Grenzorte werden von einigen wenigen Importeuren genutzt, die eine zollrechtliche Gestellungsbefreiung erhalten haben. Von einem unkontrollierten Holzimport an diesen Stellen kann jedoch keine Rede sein. Am Übergang selbst wird durch die Zollbehörde festgestellt, ob das Importholz gattungsmäßig mit der Anmeldung übereinstimmt, und durch regelmäßige Betriebsprüfungen beim Importeur wird sichergestellt, daß keine unangemeldeten Holzmengen über die Grenze gelangen.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Zusatzfrage der Fragesteller. Bitte!

**Dr. Kempfler (CSU):** Herr Staatsminister! Wären Sie bereit, Hinweisen nachzugehen, daß an den Übergängen, an denen keine Zollämter bestehen, tatsächlich in größerem Umfang Holzimporte vorgenommen werden, ohne daß eine Überprüfung stattfindet?

**Erster Vizepräsident Möslein:** Herr Staatsminister!

**Staatsminister Jaumann:** Bei entsprechenden Hinweisen, selbstverständlich!

**Erster Vizepräsident Möslein:** Nächste Zusatzfrage, der Herr Abgeordnete Lechner!

**Lechner (CSU):** Herr Staatsminister, sehen Sie wirklich eine Notwendigkeit für eine weitere Offenhaltung der drei von Ihnen genannten Grenzübergänge, nachdem bei den Waldbesitzern immer wieder der Verdacht aufkommt, daß die Mengen unkontrolliert hereinkommen und darüber hinaus Schadholz importiert wird, das man nicht kontrolliert?

**Staatsminister Jaumann:** Ich tue mich sehr schwer, Ihnen hier zuzustimmen. Die Interessenlage etwa des Vorderen Bayerischen Waldes im Raum Deggendorf ist eine andere als die des unmittelbaren Grenzgebietes. Im unmittelbaren Grenzgebiet beurteilen die Schreinereien und alle möglichen holzverarbeitenden Betriebe die Situation anders. Deswegen möchte ich meine Meinung nur dann ändern, wenn durch ein Gespräch die Einwände gegen die Kürzung der tschechischen Importe im Grunde ausgeräumt werden könnten.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Weitere Zusatzfrage, der Kollege Lechner!

**Lechner (CSU):** Herr Minister, es wird von den Waldbesitzern immer über die Einfuhr von Billigholz geklagt, weil es sich um Schadholz handelt. Es bestehen die Befürchtungen, daß dort, wo nicht kontrolliert wird, Schadholz hereinkommt, während auf der anderen Seite durch die Bundesrepublik und Bayern im besonderen Schadholz in andere EG-Staaten nicht exportiert werden darf.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Herr Staatsminister!

**Staatsminister Jaumann:** Diese Befürchtungen mögen bestehen, sie sind aber nicht gerechtfertigt.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Noch eine Zusatzfrage, der Kollege Lechner!

**Lechner (CSU):** Herr Staatsminister, sind Sie bereit, wenn Ihnen entsprechendes Material vorgelegt wird, die Sache zu überprüfen und gegebenenfalls zu handeln?

**Staatsminister Jaumann:** Selbstverständlich.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Nächster Fragesteller ist der Kollege Rosenbauer!

**Rosenbauer Georg (CSU), Fragesteller:**

**Herr Staatsminister, ist ein Linienverlauf der geplanten ICE-Strecke Nürnberg – München über Roth, Weißenburg, Treuchtlingen und Donauwörth ohne Neutrassierungen möglich, wie dies der Bund Naturschutz Nordbayern vorschlägt?**

**Erster Vizepräsident Möslein:** Herr Staatsminister!

**Staatsminister Jaumann:** Die Entscheidung über die Trassenführung der neuen Ausbaustrecke Nürnberg – München ist noch nicht gefallen. Die von den Bundesbahndirektionen München und Nürnberg im vergangenen Jahr eingeleiteten detaillierten Untersuchungen sind noch nicht abgeschlossen; eine Bewertung des Ergebnisses durch die Zentrale der Deutschen Bundesbahn liegt noch nicht vor.

Erst aufgrund dieser Bewertung der Bahn lassen sich im einzelnen der verkehrliche Wert, die betrieblichen Gegebenheiten sowie die technischen Probleme der einzelnen Trassenvarianten beurteilen. Diese Untersuchungsergebnisse sind dann unter politischen Gesichtspunkten, insbesondere unter verkehrspolitischen, wirtschaftspolitischen, ökologischen und raumordnerischen Gesichtspunkten, zu überprüfen. Alle Diskussionen über die Trassenführung sind daher derzeit unter dem Vorbehalt der noch ausstehenden Untersuchungsergebnisse zu sehen.

Unabhängig von der Tatsache, daß die abschließenden Untersuchungsergebnisse abgewartet werden müssen, kämen nach dem fachlichen Kenntnisstand meines Hauses bei der in der Anfrage herangezogenen Trassenvariante über Augsburg in erster Linie

Ausbaumaßnahmen an der vorhandenen Bundesbahnstrecke Nürnberg – Treuchtlingen – Augsburg in Betracht. Neubaumaßnahmen erscheinen nur in den Bereichen verkehrstechnisch notwendig, bei denen schon bisher im Zusammenhang mit Nahverkehrsplanungen solche Maßnahmen geplant oder konkret diskutiert werden. Es sind dies die Streckenabschnitte Nürnberg – Roth und Augsburg – Mering.

Wie eingangs erwähnt, ist eine abschließende Beurteilung der aufgeworfenen Fragen erst nach Vorliegen der Untersuchungsergebnisse möglich.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Erste Zusatzfrage, der Fragesteller!

**Rosenbauer Georg (CSU):** Herr Staatsminister, wann ist mit der Vorlage dieser Untersuchung zu rechnen?

**Staatsminister Jaumann:** Ich rechne innerhalb der nächsten vier Wochen damit.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Nächste Zusatzfrage, der Herr Abgeordnete Götz!

**Dr. Götz (SPD):** Herr Staatsminister, sieht sich das bayerische Wirtschaftsministerium heute schon in der Lage, einer bestimmten ICE-Trassierung zwischen Nürnberg und München den Vorzug zu geben, so wie dies vor ungefähr zwei Monaten der Bayerische Ministerpräsident in Augsburg zugunsten von Augsburg getan hat?

**Staatsminister Jaumann:** Ich war selbst bei der Rede des Herrn Ministerpräsidenten anwesend und muß sagen, die Presse hat Falsches berichtet.

(Abg. Dr. Götz: Er hat es doch selbst bestätigt!)

– Der Herr Ministerpräsident hat lediglich ausgeführt, daß man die Gutachten abwarten müßte – ohne Gutachten geht es ja auch gar nicht – und daß er sich schlecht vorstellen könne, daß eine neue Trasse gewählt würde angesichts der Widerstände, die vom Naturschutz her usw. kommen. Am Ende seiner Ausführungen hat er noch einmal gesagt, die Bayerische Staatsregierung könne jetzt noch keine endgültige Antwort geben, sondern sie müsse die Gutachten abwarten.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Nächste Zusatzfrage, Kollege Langenberger!

**Langenberger (SPD):** Herr Minister, darf ich also Ihrer Antwort entnehmen, daß es weise wäre, sich im gegenwärtigen Stadium jeder Beurteilung zu enthalten und abzuwarten, bis diese Gutachten so vorliegen, daß sie wirklich ein Entscheidungskriterium darstellen können?

**Erster Vizepräsident Möslein:** Herr Staatsminister!

**Staatsminister Jaumann:** Es gibt Entscheidungskriterien, die schon jetzt feststehen, und andere, die

(Staatsminister Jaumann)

erst das Gutachten erbringen muß. Insoweit habe ich nichts dagegen, daß z. B. die Industrie- und Handelskammer Augsburg und die Industrie- und Handelskammer Nürnberg in geradezu kraftmeierischer Art gegeneinanderstehen. Die einzelnen Argumente kann man durchaus jetzt schon bringen. Aber es ist noch nicht das ganze Bündel der Argumente, die berücksichtigt werden müssen.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Nächste Zusatzfrage, der Abgeordnete Heinrich!

**Heinrich (SPD):** Herr Staatsminister, ist Ihnen ein Brief des Herrn Ministerpräsidenten Strauß an mich bekannt, in dem er ausführt, daß er wegen der politischen Durchsetzungsfähigkeit die Strecke über Augsburg präferiere? Möchten Sie mit Ihren Ausführungen eigentlich ausdrücken, daß der Herr Ministerpräsident deswegen keinen Brief an den Präsidenten der IHK Nürnberg geschrieben hat, in dem er ebenfalls sehr deutlich ausführt, daß er die Streckenführung über Augsburg aus politischen, aus zeitlichen Erwägungen heraus präferiere?

**Erster Vizepräsident Möslein:** Herr Staatsminister!

**Staatsminister Jaumann:** Mir sind die Briefe im einzelnen nicht bekannt; ich kann deshalb auch nichts dazu sagen. Aber in der Regel bekommen wir eine Durchschrift der Stellungnahme des Ministerpräsidenten, damit wir informiert sind. Die Briefe, die ich in Durchschrift bekommen habe, deuten jedenfalls nicht darauf hin, daß der Ministerpräsident jetzt schon festgelegt ist.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Letzte Zusatzfrage, Kollege Rosenbauer!

**Rosenbauer Georg (CSU):** Herr Staatsminister, sind Sie der Meinung, daß eine der diskutierten Varianten ohne Raumordnungsverfahren durchgeführt werden könnte?

**Erster Vizepräsident Möslein:** Herr Staatsminister!

**Staatsminister Jaumann:** Ich bin der Meinung, daß jede Variante mit einem Raumordnungsverfahren durchgeführt werden könnte. Aber ich kann Ihnen jetzt bereits sagen, daß die Variante über Ingolstadt verkehrsmäßig erst sehr viel später zum Zug kommen könnte. Denn eine neue Trasse ist ja erst dann verkehrsgünstig zu befahren, wenn das letzte Stück dieser Trasse fertiggestellt ist. Das heißt, daß die Strecke über Ingolstadt erst sehr viel später verkehrswirksam würde.

Aber das ist ja nur ein Gesichtspunkt, den wir berücksichtigen müssen. Andere Gesichtspunkte sind die Kosten und die zeitliche Abfolge. Über all das kann man erst Aussagen treffen, wenn das wissenschaftliche Gutachten vorliegt.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Vielen Dank, Herr Staatsminister Jaumann.

Zur Beantwortung der nächsten Fragen bitte ich Herrn Staatsminister Stoiber.

Erster Fragesteller ist der Abgeordnete Straßer!

**Straßer (SPD), Fragesteller:**

**Herr Staatsminister, was versteht die Staatsregierung unter ihrer Forderung, die Goethe-Institute sollten „mehr Bezug zu den wirtschaftlichen Vorgängen“ haben?**

**Staatsminister Dr. Stolber:** Herr Präsident! Die Bayerische Staatsregierung hat diese Forderung in dieser Form niemals erhoben. In seiner Rede vor den Mitgliedern der Regionalbeauftragtenkonferenz des Goethe-Instituts in München am 12. Juni 1986 hat der Bayerische Ministerpräsident zu dem Zusammenhang Kultur/Wirtschaft folgendes ausgeführt; ich zitiere wörtlich:

Zwar hat noch niemand die Auswirkungen auf unsere Außen- und Außenwirtschaftspolitik untersucht. Aber ich bin sicher, daß die auswärtige Kulturpolitik in alle anderen Politikbereiche mehr oder minder kräftig ausstrahlt und vor allem außen- und wirtschaftspolitische Entscheidungen mitbestimmt. Als ein Land, dessen Wirtschaft entscheidend vom Export abhängig ist, können wir uns keinesfalls eine auswärtige Kulturpolitik leisten, die den selbsternannten Kassandren ein breites Forum liefert. Es liegt auf der Hand, daß die in alle Politikbereiche ausstrahlende Arbeit des Goethe-Instituts auch in ihren wirtschaftspolitischen Folgen bedacht und kommentiert werden muß.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Zusatzfrage, der Fragesteller!

**Straßer (SPD):** Herr Staatsminister, was bezweckt die Staatsregierung eigentlich damit, daß diese ihre Polemik gegen die Goethe-Institute ausgerechnet im rechtsnationalen „Deutschlandmagazin“ veröffentlicht wird?

**Erster Vizepräsident Möslein:** Herr Staatsminister, bitte!

**Staatsminister Dr. Stolber:** Die Staatsregierung bezweckt damit, daß die auswärtige Kulturpolitik, die aufgrund eines Rahmenvertrags zwischen dem Goethe-Institut und dem Auswärtigen Amt erfolgt, entsprechend dem Vertrag ausgeübt wird und vor allen Dingen sowohl in der Darstellung der Gegenwart wie in der Darstellung der deutschen Geschichte und der deutschen Kultur in ihren Zusammenhängen eine Ausgewogenheit besitzt, die sie gegenwärtig nicht hat und auch in der Vergangenheit nach unserer Auffassung nicht gehabt hat.

(Lachen bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Möslein:** Zusatzfrage, Frau Kollegin!

**Frau Jungfer (SPD):** Herr Staatsminister, warum wird eigentlich erst jetzt, nach einem halben Jahr, eine Attacke geritten, nachdem eine anonyme Zuschrift über das Athener Goethe-Institut eingegangen ist, obwohl die Vorwürfe auch gegenüber der Bayerischen Staatsregierung längst widerlegt worden sind?

**Erster Vizepräsident Möslein:** Herr Staatsminister, bitte!

**Staatsminister Dr. Stoiber:** Frau Kollegin, Sie irren.

(Frau Abg. Stamm: Das kommt öfter vor!)

Wir haben im Laufe der letzten Monate eine Fülle von Zuschriften über Beschwerden erhalten, und zwar nicht aus der Bundesrepublik Deutschland, sondern dem Ausland, zum Beispiel aus Griechenland

(Frau Abg. Stamm: Hört, hört!)

in bezug auf das Goethe-Institut in Athen, in bezug auf das Goethe-Institut in Kuala Lumpur, in bezug auf das Goethe-Institut in Malmö, in bezug auf alle Goethe-Institute in Südamerika, wo z.B. Hans-Magnus Enzensberger auf Kosten der deutschen Steuerzahler durch die Lande gezogen ist und erzählt hat, in Deutschland müsse die Revolution ausbrechen, weil das System jenseits der Reparatur sei. In Brüssel wurde vom Goethe-Institut unwidersprochen die Bundesrepublik Deutschland in ihrer Werthhaftigkeit und demokratischen Ausgestaltung mit der DDR gleichgesetzt. In Rio de Janeiro wurden einseitig Staek-Plakate als die wesentliche gegenständliche Zeichnungskultur dargestellt. In Wellington liegen gegenwärtig als deutsche Zeitungen nur aus „Spiegel“, „Die Zeit“, der „Stern“ und die „Frankfurter Rundschau“. Es gibt dort keine anderen deutschen Zeitungen.

(Widerspruch bei der SPD)

– Das ist ein dummes Gerede. Sie werden doch zugeben, daß diese Zeitungen nicht hinreichend die komplexe Zeitungswelt der Bundesrepublik Deutschland darstellen. Ich habe ja nichts dagegen, daß die ausgelegt werden. Aber ich bin dagegen, daß der Bürger in Brüssel oder wo auch immer oder in Amerika den Eindruck bekommt, dies sei allein die Zeitungswelt der Bundesrepublik Deutschland, weil das ein falsches Bild wäre. Und dies ist nicht erlaubt.

(Beifall bei der CSU)

Vielleicht erleichtert folgendes einiges:

Viele dieser Kritiker haben den Vertrag noch nie durchgelesen. Ich würde auch den Fragestellern empfehlen, den Vertrag durchzulesen, dann erübrigt sich manches. Ich möchte einmal, weil es vielleicht die Diskussion erleichtert, § 9 des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Bundesminister des Auswärtigen, und dem Goethe-Institut zur Pflege der deutschen Sprache im Ausland und zur Förderung der internationalen kulturellen Zusammenarbeit e.V. München, vertreten durch seinen Vorstand, vorlesen:

§ 9

Schädigt ein entsandter Mitarbeiter des Goethe-In-

stituts nach begründeter Auffassung des Auswärtigen Amtes das deutsche Ansehen oder führt sein Verhalten zu einer Belastung der politischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Gastland oder zu dritten Ländern, so kann das Auswärtige Amt seine sofortige Suspendierung verlangen. Er ist von seinem Dienstposten abzurufen, wenn nach Prüfung des Goethe-Instituts, die eine Anhörung des Betroffenen einschließt, das Auswärtige Amt sich nicht in der Lage sieht, seine Beurteilung des Falles zu ändern.

Dies nur im Zusammenhang mit der sogenannten immer in den Mittelpunkt gestellten Unabhängigkeit, die insoweit überhaupt nicht besteht, wie manche Kritiker immer vorgeben.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Möslein:** Zusatzfrage, der Abgeordnete Schmitt!

**Schmitt Hilmar (SPD):** Herr Staatssekretär, wie beurteilen Sie die Aussage des Schriftstellers Hans-Magnus Enzensberger, daß er nicht mehr bereit wäre, die Bundesrepublik Deutschland im Ausland zu vertreten, wenn Ihre Politik in bezug auf die Goethe-Institute greift?

**Staatsminister Dr. Stoiber:** Dies habe ich nicht zu bewerten. Das ist seine Meinung. Er kann sich daran halten oder auch nicht.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Keine weiteren Zusatzfragen.

Die Frage der Frau Abgeordneten Meier übernimmt der Kollege Hering.

**Hering (SPD), Fragesteller:**

**Herr Staatsminister! Welche Absicht verfolgt die Staatsregierung mit der neuerlichen massiven Kritik an der Arbeit der Goethe-Institute, die sie lediglich auf wenige und alte Beispiele angeblicher Fehlgriffe stützt?**

**Staatsminister Dr. Stoiber:** Herr Präsident! In seiner Rede vor den Mitgliedern der Regionalbeauftragten-Konferenz des Goethe-Instituts am 12. Juni 1986 in München hat Franz Josef Strauß die Arbeit der Goethe-Institute insgesamt gelobt und nur maßvoll Kritik an einzelnen Fehlgriffen geübt.

Inzwischen sind aus aller Welt viele Beschwerden über die Arbeit der Goethe-Institute eingegangen. Darin wird vor allem bemängelt, es werde ein allzu einseitiges, auf die jüngste Geschichte und die Gegenwart verengtes, im übrigen verzerrtes und verdüstertes Deutschlandbild geboten. Dabei beschränkten sich die Goethe-Institute nicht auf ihren Auftrag, die deutsche Sprache und die internationale kulturelle Zusammenarbeit zu fördern, sie dehnten vielmehr ihre Tätigkeit auf alle Felder des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Lebens aus.

Diese Kommentare werden unterstützt durch die Angaben in den Jahrbüchern des Goethe-Instituts, vor allem im letzten von 1985/86: Außer einigen Alibi-Ver-

(Staatsminister Dr. Stoiber)

anstaltungen zum Händel-, Bach-, Schütz- und Gebrüder-Grimm-Jahr, außerdem einigen wenigen Veranstaltungen, die der deutschen Literatur vor 1920 gewidmet waren, finden sich überwiegend Auftritte moderner Schriftsteller, die sicher auch, aber doch nicht beinahe ausschließlich zu Wort kommen sollen!

Das zwar privatrechtlich organisierte, jedoch fast ausschließlich mit Steuermitteln arbeitende Goethe-Institut ist laut Vertrag vom 30. Juni 1976 an Vorgaben des Auswärtigen Amtes gebunden. Dies bedeutet, daß seine Arbeit als Teil der auswärtigen Kulturpolitik der Bundesrepublik Deutschland verstanden wird. So besitzen u.a. die deutschen Auslandsvertretungen ein Einspruchsrecht gegen das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland schädigende Veranstaltungen.

Wider besseres Wissen pocht das Goethe-Institut auf seine sogenannte „Unabhängigkeit“, weil die selbst von der Bundestagsabgeordneten Frau Dr. Hamm-Brücher beklagte Untätigkeit des Auswärtigen Amtes ihm offensichtlich einen solchen vertragswidrigen Anspruch ermöglicht.

Professor Theodor Eschenburg hat in einem am 7. November 1986 in der „Zeit“ erschienenen Artikel unter dem Titel „Von der Freiheit des Goethe-Instituts“ folgendes geschrieben:

„Die Freiheit des Goethe-Instituts ist im Statut und im Vertrag mit dem Auswärtigen Amt eingeschränkt ... Das Kulturinstitut ist nicht ein beliebiges Aktionsfeld seines Leiters ... Die Zentralverwaltung kann dem Institutsleiter nicht mehr Freiheit zugestehen, als sie nach dem Vertrag mit dem Auswärtigen Amt verfügt ...“

Diesen Sätzen stimmt die Bayerische Staatsregierung vorbehaltlos zu. Wenn die Bayerische Staatsregierung aus politischen Gründen Kritik an der Arbeit und der personellen Struktur des Goethe-Instituts übt, dann geht es ihr nicht darum, dessen Gestaltungsfreiheit einzuengen, sondern darum, daß es dem Goethe-Institut nicht erlaubt sein kann, den Vertrag mit dem Auswärtigen Amt als Makulatur zu betrachten.

Im übrigen unterstützt die Bayerische Staatsregierung die Kritik des Bundeskanzlers an der Arbeit der Goethe-Institute, wie er sie mehrmals aus dem gleichen Grunde geäußert hat.

**Erster Vizepräsident Möslin:** Erste Zusatzfrage, der Abgeordnete Hering!

**Hering (SPD):** Herr Staatsminister, können Sie die Kritik des Herrn Ministerpräsidenten etwas näher erläutern?

**Staatsminister Dr. Stoiber:** Ich habe das ja schon auf die Zusatzfrage im einzelnen getan; ich könnte es natürlich näher tun, nachdem sich die gegenwärtigen Literaten ausschließlich von einer gesellschaftskritischen Betrachtung her rekrutieren und Leute wie Rainer Kunze, Hans Egon Holthusen, Karl Krolow oder die jüngst ausgezeichnete Diana Kemp oder

Botho Strauß, die einen wesentlichen Teil gegenwärtiger deutscher Literatur repräsentieren, im Goethe-Institut überhaupt nicht auftauchen, dann sind wir wie auch der Bundeskanzler der Meinung, daß gegen den Rahmenvertrag zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Goethe-Institut verstoßen wird. Oder wenn Sie zum Beispiel die geschichtliche Betrachtung beim Goethe-Institut vergleichen, werden Sie im wesentlichen nur die jüngste Geschichte dargestellt finden, aber nicht die neuere deutsche Geschichte – das werden Sie ja wohl alle zugeben, daß die nicht erst bei 1920 anfängt. Und wenn Historiker wie Hillgruber, Christian Meier, Michael Stürmer oder Nolte, der gegenwärtig meines Wissens in der Bundesrepublik Deutschland entsprechende Artikel in Tageszeitungen veröffentlicht, um nur einige glanzvolle Namen zu nennen, in den Goethe-Instituten in der Welt überhaupt nicht auftauchen, dann wird hier auch von dem Geschichtsschreiber – –

(Unruhe und Zurufe)

– Befassen Sie sich doch mal mit dieser Aussage. Es kann doch nicht in Ihrem Interesse sein, daß auch von den Historikern eine einseitige Auswahl getroffen wird. Ich habe ja nichts dagegen, daß auch andere berichten. Aber sind Sie denn schon so weit, daß Sie gar nicht mehr zulassen, daß auch ein Michael Stürmer oder ein Nolte die Dinge aus ihrer Sicht darstellen?

(Abg. Warnecke: Der macht doch Kino!)

**Erster Vizepräsident Möslin:** Nächste Zusatzfrage, der Abgeordnete Schmitt!

**Schmitt Hilmar (SPD):** Herr Staatsminister, teilen Sie meine Auffassung, daß es eine Schande für die Bundesrepublik Deutschland ist, wenn Sie versuchen, in dieser Weise die Arbeit der Goethe-Institute weltweit zu zensieren?

**Staatsminister Dr. Stoiber:** Ich empfinde es geradezu als eine Aufgabe aller politischen Kräfte

(Beifall bei der CSU)

– dazu gehört selbstverständlich auch die Bayerische Staatsregierung –, darauf zu achten, daß ein ausgewogenes und nicht einseitiges Bild der Bundesrepublik Deutschland in der Welt gezeigt wird. Sie brauchen nur die Rede nachzulesen, die Sie jetzt hier zum Gegenstand der Mündlichen Fragestunde gemacht haben. In dieser Rede sind ja all die Einzelbeispiele aufgezählt, die ich in ihrer ganzen Fülle hier gar nicht zitieren will, weil das den Rahmen sprengen würde.

Wenn eben solche einseitigen Betrachtungen da sind, dann lassen Sie mich eine Frage zurückgeben: Halten Sie es denn für richtig, daß nur die Gegenwart dargestellt wird, daß deutsche Geschichte so verkürzt wird? Gibt man denn nicht mit einer Verkürzung der deutschen Geschichte ein falsches Bild der deutschen Kultur und der deutschen Geschichte? Wollen Sie das denn wirklich? Setzen Sie sich doch bitte mit der Kritik sachlich und nicht polemisch auseinander!

(Staatsminister Dr. Stoiber)

Es ist eine polemische Frage, ob es eine Schande sei, wenn sich die Staatsregierung mit diesem Thema beschäftige. Das ist ihre Aufgabe, ihre Pflicht, in der Verantwortung für Bayern und auch für Deutschland hier zu einer Ausgewogenheit mit beizutragen.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Möslein:** Nächste Zusatzfrage, die Frau Kollegin Jungfer!

Frau **Jungfer** (SPD): Herr Staatsminister, habe ich Sie richtig verstanden, daß Ihre Kritik an den Goethe-Instituten eigentlich das Außenministerium betraf, was durch die ausführliche Darstellung der Art und Weise, wie die Goethe-Institute bei uns rechtlich angebunden sind, deutlich wurde, und habe ich Sie dann richtig verstanden, daß Sie hier den Sack geprügelt haben, aber eigentlich Herrn Genscher meinten?

**Erster Vizepräsident Möslein:** Herr Staatsminister!

**Staatsminister Dr. Stolber:** Frau Kollegin Jungfer, es tut mir leid, daß Sie nur in so simplen Schablonen denken können.

(Beifall bei der CSU)

Natürlich ist das auch eine Kritik – das haben wir ja offen gesagt – an der auswärtigen Kulturpolitik, für die das Auswärtige Amt zuständig ist. Die auswärtige Kulturpolitik halten wir in diesem Punkt für falsch. Wir meinen, daß hier die Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes in vielen Fällen eingreifen müßte. Das ist natürlich auch eine Kritik am Goethe-Institut selbst, an der Führung des Goethe-Instituts einschließlich seines Präsidenten und des Vorstandes. Das ist eine Gesamtkritik, und wir belegen die Kritikpunkte auch. Ich habe Ihnen hier einen Ausschnitt gegeben. Daß das auch den Außenminister und das Auswärtige Amt betrifft, haben wir nie verhehlt. Wir versuchen natürlich im Rahmen unserer Möglichkeiten auch, Abhilfe zu schaffen.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Nächste Zusatzfrage, der Herr Abgeordnete Dr. Kestel!

**Dr. Kestel** (DIE GRÜNEN): Herr Staatsminister, Sie haben einige Veranstaltungen der Goethe-Institute als Alibi-Veranstaltungen betrachtet. Einig sind wir uns in der Einschätzung der Goethe-Institute als Träger lebendiger Kultur. Sind Sie denn nicht auch der Meinung, daß lebendige Kultur vor allem kritische Auseinandersetzung mit der Gegenwart bedeutet?

Eine weitere Frage: Wer übt Kritik an den Goethe-Instituten, von wem stammen diese Briefe, in denen Kritik geübt wird, und wer erkennt die Arbeit der Goethe-Institute an?

(Unruhe)

Sind Sie nicht mit mir der Meinung, daß die größere Zahl der Besucher der Goethe-Institute mit deren Arbeit absolut zufrieden ist?

**Erster Vizepräsident Möslein:** Das war jetzt natürlich ein ganzer Fragenkatalog. Bitte, Herr Staatsminister!

**Staatsminister Dr. Stolber:** Das war ein Fragenbündel. Zum ersten Teil Ihrer Fragen:

Daß sich das Goethe-Institut auch zeitkritisch – so habe ich Sie verstanden – mit der Gegenwart beschäftigen und natürlich auch kritische Stimmen zu Wort kommen lassen muß, bestreite ich überhaupt nicht. Allerdings darf ich in diesem Zusammenhang auch einmal Alfred Grosser zitieren, der vor einigen Wochen im Fernsehen beim „Internationalen Frühstück“ mit Herrn Höfer gesagt hat, daß man innenpolitische Auseinandersetzungen und Gegensätze nicht ungefiltert im Ausland darstellen sollte; das sei nicht eine optimale auswärtige Kulturpolitik. Dies war die generelle Auffassung des Herrn Grosser zur auswärtigen Kulturpolitik, und ich teile diese Meinung. Sie haben mich ja danach gefragt.

Im übrigen muß ich noch einmal folgendes sagen: Die kritischen Briefe, die wirklich zuhauf bei uns eingehen – ich habe einige Beispiele, einige Städte genannt –, bekommen nicht nur wir; die landen genauso beim Bundeskanzleramt und im Auswärtigen Amt. Nur werden sie vom Auswärtigen Amt anders bewertet, als sie bei uns bewertet werden. Die Kritiker sind in der Regel Deutsche, die im Ausland leben und die sich zum Beispiel empören, wenn in Kuala Lumpur das Goethe-Institut im Laufe der letzten zwei, drei Jahre nur – glaube ich – zwei Filme zeigt, die in der Bundesrepublik Deutschland kein besonderes Aufsehen erregen, die aber in der islamischen Welt wegen der ungeheuren Freizügigkeit, die in unseren Filmen eben zum Ausdruck kommt, Empörung und Unsicherheit hervorrufen und falsche Bilder wiedergeben. Dies kritisieren wir. Das heißt nicht, daß diese Filme grundsätzlich nicht gezeigt werden dürften. Nur muß es ausgewogen sein und müssen sie erläutert und im einzelnen dargelegt werden, weil sonst Teile der islamischen Welt ein völlig falsches Bild von der gegenwärtigen Situation in der Bundesrepublik Deutschland bekommen. Darum geht es. Ich bedaure zutiefst, daß Sie nicht begreifen wollen, welches unser Anliegen ist.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Möslein:** Eine letzte Zusatzfrage, Herr Abgeordneter Schmitt!

**Schmitt** Hilmar (SPD): Herr Staatsminister, halten Sie es für richtig, daß Sie ausgerechnet den Historiker Nolte, den Sie zweimal fälschlicherweise „Nölte“ nannten,

(Staatsminister Dr. Stoiber: Mein Gott!)

als Repräsentanten der Bundesrepublik anführen, der die Kriegsschuldfrage und die Frage der Judenvernichtung in neuem Sinn und in alter Art aufgeworfen hat?

**Erster Vizepräsident Möslein:** Herr Staatsminister!

**Staatsminister Dr. Stoiber:** Nolte gehört, ich habe das so gesagt, genauso wie Hillgruber und die ande-

(Staatsminister Dr. Stoiber)

ren, die ich erwähnt habe, ich könnte auch Thomas Nipperdey nennen, zu denen, die dort nicht auftauchen. Ich bin aber der Meinung, daß Nolte genauso zur deutschen Geschichtsschreibung gehört.

(Abg. Dr. Kestel: Aber nicht überwiegend!)

– Ich habe nicht von „überwiegend“ gesprochen. Aber ich verstehe einfach nicht, daß er überhaupt nicht auftaucht und daß Sie nicht begreifen wollen, daß zur deutschen Geschichtsschreibung in der Gegenwart Nolte genauso gehört wie Hillgruber, Thomas Nipperdey und besonders Michael Stürmer.

(Abg. Hilmar Schmitt: Besonders Michael Stürmer!)

**Erster Vizepräsident Mösllein:** Die nächste Fragestellerin ist die Frau Abgeordnete Jungfer!

Frau Jungfer (SPD), Fragestellerin:

**Herr Staatsminister, ist die Staatsregierung der Auffassung, die Goethe-Institute sollten künftig ein einseitig schön gezeichnetes Bild der Bundesrepublik vermitteln, statt – wie bisher – ein Bild des vielfältigen kulturellen Lebens in Vergangenheit und Gegenwart?**

**Erster Vizepräsident Mösllein:** Herr Staatsminister!

**Staatsminister Dr. Stoiber:** Herr Präsident, Frau Kollegin Jungfer! Die Staatsregierung ist der Auffassung, die Goethe-Institute sollten, wie bisher leider häufig nicht geschehen, im Ausland ein wirklichkeitstreues Bild unseres vielfältigen kulturellen Lebens in Vergangenheit und Gegenwart vermitteln.

Dazu gehört, daß die Darstellung der deutschen Geschichte nicht auf die Jahre zwischen 1920 und 1945 verkürzt wird, womit sich die schwerpunktmäßige öffentliche Auseinandersetzung mit der Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft wie ein Sperrriegel vor die Darstellung der anderen Epochen deutscher Geschichte schiebt.

Dasselbe gilt im literarischen Bereich: Die deutsche Literaturgeschichte beginnt nicht erst mit Bert Brecht, Tankred Dorst oder Franz Xaver Kroetz. Die deutsche Literatur soll in all ihrer Breite und Vielfalt, die moderne wie die ältere, zu Wort kommen. Gerade dies aber geschieht, wie die Jahrbücher des Goethe-Instituts ausweisen, nicht in ausreichendem Maße.

Zudem ist der vom Goethe-Institut vertretene Kulturbegriff uferlos. Er schließt alle politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Erscheinungen und Fragen mit ein. Damit erhöht sich zwangsweise der sogenannte Politikgehalt der Arbeit der Goethe-Institute und fordert zu politischer Kritik heraus.

Es geht nicht an, daß Teilnehmer an Veranstaltungen der Goethe-Institute in den Ländern der Dritten und Vierten Welt auf Kosten des Steuerzahlers vielfach ein völlig falsches und verzerrtes Bild der Bundesre-

publik Deutschland erhalten und damit leichtgläubige Opfer der DDR-Kulturpropaganda werden.

(Oh-Rufe bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Mösllein:** Zusatzfrage, der Kollege Erwin Huber!

**Huber Erwin (CSU):** Herr Staatsminister, ist angesichts der Tatsache, daß nur moderne oder überwiegend moderne Literatur im Goethe-Institut dargestellt wird, nicht die Frage erlaubt, ob der Name Goethe-Institut noch zu Recht besteht? Die ganze Fülle der Klassik wird ja doch durch das Goethe-Institut in der Welt nicht mehr vertreten, was doch Aufgabe einer Institution wäre, die überwiegend vom deutschen Steuerzahler bezahlt und finanziert wird.

**Erster Vizepräsident Mösllein:** Herr Staatsminister, bitte!

**Staatsminister Dr. Stoiber:** Herr Kollege Huber, ich glaube, daß man nicht so weit gehen kann, den Namen zu verändern. Mein Gott, das ist eine Wertungsfrage. Goethe wird doch wohl insgesamt als der bedeutendste Deutsche überhaupt anerkannt. Da kann man natürlich unterschiedlich werten, aber es gibt doch einen großen Konsens. Ich glaube, die Bezeichnung ist gut.

(Zuruf von den GRÜNEN: Goethe war ein sehr moderner Mensch!)

Ich bin der Meinung, daß dem Vertrag gemäß eingeschritten werden muß, um hier zu einer Änderung zu gelangen. Ich bin davon überzeugt, Herr Kollege Huber, daß das auch in absehbarer Zeit, wenn auch nicht in dem Maße, wie wir uns das vorstellen, geschehen wird. Es muß hier stärker eingeschritten werden.

Ich habe ja auch darauf hingewiesen, daß die Kritik, die Sie äußern, und die Kritik, die der Ministerpräsident hier geäußert hat, identisch sind mit der Kritik, die der Bundeskanzler bei vielen Gelegenheiten geäußert hat, insbesondere nach seiner Rückkehr von einer Japan-Reise, nachdem er sich mit der Situation dort hatte auseinandersetzen müssen und darüber ganz erschüttert war.

**Erster Vizepräsident Mösllein:** Nächste Zusatzfrage, der Abgeordnete Klasen!

**Klasen (SPD):** Herr Staatsminister, teilen Sie nicht meine Meinung, daß das Goethe-Institut in erster Linie eine kulturelle Service-Einrichtung für die an der deutschen Kultur Interessierten im Ausland ist und daß die Programme – das sagen einem alle, die im Ausland im Goethe-Institut arbeiten – in erster Linie aufgrund der Nachfrage vor Ort gestaltet und zusammengestellt werden?

**Erster Vizepräsident Mösllein:** Herr Staatsminister!

**Staatsminister Dr. Stoiber:** Herr Kollege Klasen, ich kann Ihre Frage leider nicht mit Ja beantworten. Ich möchte Sie bitten, den Vertrag durchzulesen und

(Staatsminister Dr. Stoiber)

sich den § 1 sehr genau anzusehen. Dort steht, daß es nicht in erster Linie um Service-Leistung geht, sondern daß die kulturellen Aufgaben des Goethe-Instituts weitreichender sind. Sie dürfen nicht so simpel eingeschätzt werden, wie Sie sich das vorstellen. Ich bin gern bereit, das vorzulesen, es ist sehr lang, aber Sie können es ja nachlesen. Der Vertrag ist jedem zugänglich.

**Erster Vizepräsident Möslin:** Nächste Zusatzfrage der Abgeordnete Dr. Matschl!

**Dr. Matschl (CSU):** Herr Staatsminister, teilen Sie meine Auffassung, daß man den Rednern der Opposition empfehlen sollte, sich einmal an der kulturellen Leistung der Institute anderer Nationen zu orientieren, beispielsweise des British Council oder der französischen Kulturinstitute, und die Programme, die jene Institute zur Verbreitung und zur Vertiefung ihrer nationalen Kultur dem Publikum anbieten, zu vergleichen mit dem, was teilweise in den Goethe-Instituten geschieht? Meinen Sie nicht, daß man dies den Vertretern der Opposition einmal ans Herz legen sollte?

**Erster Vizepräsident Möslin:** Herr Staatsminister, bitte!

**Staatsminister Dr. Stoiber:** Herr Matschl, ich möchte das der Opposition, wie Sie es fordern, wirklich ans Herz legen. Ich möchte dazu aber noch eine Betrachtung anknüpfen.

Es gibt nach meiner Kenntnis kaum Nationen, die ihre Kulturarbeit im Ausland so eng auf ihre Kultur der Gegenwart beziehen und so wenig auf die Kultur der Geschichte. Wenn Sie im Ausland deutsche Kultur der Vergangenheit erfahren wollen, dann sind Sie eigentlich auf die österreichischen Institute, auf die Herder-Institute der DDR angewiesen, die in diesem Punkt die deutsche Geschichte ganz ausgezeichnet darstellen. Ich halte es einfach für sehr problematisch, daß die Bundesrepublik Deutschland gerade die geschichtliche Betrachtung Österreichern und DDR allein überläßt, um einmal überspitzt so zu formulieren.

**Erster Vizepräsident Möslin:** Eine weitere Zusatzfrage, der Kollege Erwin Huber!

**Huber Erwin (CSU):** Herr Staatsminister, finden Sie es nicht auch sehr bedauerlich, daß sich das Goethe-Institut dieser berechtigten Kritik nicht stellt, indem es Änderungen am Programm vornimmt? Ist es nicht auch sehr erstaunlich, daß die Gruppierungen in diesem Hause, die sonst immer Kritik und Kritikfähigkeit predigen, hier offenbar die Einstellung vertreten, das Goethe-Institut müsse von jeder Kritik ausgenommen werden, möglicherweise deshalb, weil die einseitige politische Ausrichtung der Oppositionsfraktion zugeht?

(Abg. Klagen: Herr von Bismarck ist nicht bei der SPD!)

**Staatsminister Dr. Stoiber:** Herr Kollege Huber, Sie treffen mit Ihrer Frage wirklich den Nagel. Das Goethe-Institut ist, ich kann das aus eigenen Besprechungen mit dem Präsidenten wiedergeben, kritikunempfindlich. Alle Institutionen unserer gesellschaftlichen Ordnung müssen sich, ob berechtigt oder unberechtigt, der Kritik stellen. Es wird ja nicht gesagt, daß die Arbeit der Goethe-Institute schlecht wäre. Das habe ich schon als die Meinung des Ministerpräsidenten wiedergegeben. Aber es geht nicht an, und hier appelliere ich auch nochmal an die Goethe-Institute, alle diese Beschwerden, die zuhauf wegen solcher Einzelfälle von den verschiedensten Seiten kommen, ich habe einige genannt, einfach wegzuwischen in einer Weise, daß man sich überhaupt nicht der Kritik stellt, diese gar nicht zur Kenntnis nimmt, weil man alles optimal mache.

Sie sollen einfach einmal zur Kenntnis nehmen, daß man über den Kulturbegriff unterschiedlicher Meinung sein kann. Wenn man den Kulturbegriff so weit auslegt wie das Goethe-Institut, dann muß man selbstverständlich auch für eine hinreichende Ausgewogenheit sorgen. Sonst kann man nicht Teil der auswärtigen Kulturpolitik der Bundesrepublik Deutschland sein. Die Goethe-Institute sind nun einmal nicht unabhängig, sondern Teil der auswärtigen Kulturpolitik und eng mit dem Rahmenvertrag an das Auswärtige Amt und damit natürlich auch an die Bundesregierung gekoppelt. Dies wird leider wider besseres Wissen von vielen nicht gesehen.

**Erster Vizepräsident Möslin:** Letzte Zusatzfrage, die Fragestellerin!

**Frau Jungfer (SPD):** Herr Staatsminister, sind Sie mit mir der Meinung, daß die neuerliche Attacke gegen die Goethe-Institute sehr massiv von den Veröffentlichungen ausgerechnet im deutsch-nationalen Deutschland-Magazin beeinflusst ist? Wie wollen Sie dem Eindruck entgegenreten, daß die CSU-Staatsregierung mit den Goethe-Instituten eigentlich erst dann zufrieden wäre, wenn sie sich als Außenstellen der Hanns-Seidel-Stiftung gebärdeten?

**Erster Vizepräsident Möslin:** Herr Staatsminister, bitte!

**Staatsminister Dr. Stoiber:** Frau Kollegin Jungfer, wenn Sie schon zitieren, müssen Sie richtig zitieren. Das ist keine neuerliche Kritik, sondern die Kritik am Goethe-Institut ist vor den Betroffenen in einer langen Rede und in der Diskussion am 12. Juni 1986 dargelegt worden. Das Deutschland-Magazin veröffentlichte nur einen Brief, der sich auf diesen Vorgang bezieht, es ist ein kurzer Brief von einer Dreiviertelseite an Herrn Kreile, der ja mitverantwortlich ist, wo gesagt wird, es gehe nicht nur darum, das aufzugreifen, sondern die Dinge auch durchzusetzen. Das sind keine neuerlichen Angriffe, sondern es ist eine generelle Auseinandersetzung, die Sie leider nur mit Schweigen oder Beiseitreteten begleiten. Sie haben sich aus dieser Diskussion ja bedauerlicherweise völlig ausgekoppelt. Diese Diskussion läuft nun am Goe-

(Staatsminister Dr. Stoiber)

the-Institut. Wir kommen gerade durch diese Kritik im Laufe der nächsten Monate und Jahre mit Sicherheit weiter, als wenn wir alles nur sanktionierten, was hier läuft, und die Kritik, die aus dem Ausland kommt, überhaupt nicht zur Kenntnis nähmen.

**Erster Vizepräsident Möslin:** Herr Staatsminister, ich bedanke mich für die umfangreiche Beantwortung. Die Fragestunde ist beendet.

Ich rufe auf die Tagesordnungspunkte 2 und 3:

**Haushaltsplan 1987/1988 des Einzelplans 05 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus**

und

**Änderungsantrag der Abgeordneten Michl, Wengenmeier und anderer betreffend Sportförderung (Drucksache 11/847)**

Über die Beratungen des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drucksache 11/853) berichtet der Herr Kollege Werkstetter. Er hat das Wort.

**Werkstetter (CSU), Berichterstatter:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen hat am 10. und 11. März in seiner 10., 11. und 12. Sitzung in insgesamt achtstündiger Beratung den sehr umfangreichen Etat des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus beraten. Der Einzelplan 05 ist ja bekanntlich mit über sieben Milliarden DM pro Jahr der größte Einzeletat. Für die SPD war Frau Kollegin Haas Mitberichterstatteerin, für die GRÜNEN Abgeordneter Kamm, für die CSU berichtete ich.

Artikel 41 der Geschäftsordnung sieht vor, daß alle wesentlichen Meinungen, die geäußert worden sind, vorgetragen werden. Das Protokoll über die Berichterstattung und die allgemeine Diskussion umfaßt aber schon allein rund 20 Seiten. Dazu lagen über 60 Anträge zur Beratung vor. Ich gehe davon aus, daß über alle wesentlichen und wichtigen Probleme in der heutigen Debatte ohnehin diskutiert wird. Deshalb will ich die Berichterstattung im Ausschuß nur in den Grundzügen darstellen und einige wenige Anmerkungen zu den Anträgen machen.

Nach einer knappen Würdigung des Haushaltsentwurfs, in der ich unter anderem besonders die Planstellengarantie, die neuen Planstellen und den hohen Level der Sportförderung ansprach, begründete ich die Notwendigkeit, für die Berufsschulen und Gymnasien zusätzliche Mittel bereitzustellen.

Frau Kollegin Haas stellte die veränderten technischen und menschlichen Bedingungen, unter denen Kinder und Jugendliche heute heranwachsen, und die Konsequenzen für die Schulen dar. Daraus leitete sie die Forderung nach Schaffung von etwa 800 Planstellen allein in der Volksschule ab. Erwachsenenbildung,

Kinderhorte und Sportpolitik seien Schwerpunkte der SPD-Kulturpolitik.

Abgeordneter Kamm stellte ebenfalls die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte in den Mittelpunkt, darüber hinaus die Integration Behinderter, die Schullandheime und die Sportpolitik, diese allerdings mit anderer Zielsetzung.

Von den 60 Anträgen, wobei der Löwenanteil von den GRÜNEN kam, war bei einigen Anträgen der GRÜNEN eine rechtliche oder sachliche Grundlage nicht gegeben. Trotz Aufforderung konnten sich die GRÜNEN dennoch nicht bereitfinden, die jeweiligen Anträge zurückzunehmen. Ich nenne zwei Beispiele:

Erstens Antrag auf Kürzung der Ausgaben für „Bayerntümelei und Jodlerbayerntum“ – so die ursprüngliche Formulierung. Obwohl Staatsminister Zehetmair bis auf den letzten Pfennig die sinnvolle Verwendung der Mittel nachwies, wurde der Antrag nicht zurückgezogen.

Zweitens Antrag auf symbolische Kürzung der Zuwendungen an die Katholische Kirche. Es wurde nachgewiesen, daß die Zahlungen auf konkordatären, vertraglichen und gesetzlichen Grundlagen beruhen. Dennoch blieben die GRÜNEN bei dem Antrag.

Die Beschlüsse, die der Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen abweichend oder ergänzend zum Haushaltsentwurf des Einzelplans 05 für die Haushaltsjahre 1987/88 gefaßt hat, finden sich auf den Drucksachen 11/853, 11/847 und 11/879, die Ihnen vorliegen.

Unter Berücksichtigung dieser Änderungen wurde dem Einzelplan 05 mit den Stimmen der CSU gegen die Stimmen der SPD und der GRÜNEN zugestimmt. Ich bitte Sie, meine Damen und Herren, ebenfalls um Ihre Zustimmung nach der Debatte.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Möslin:** Vielen Dank für die Berichterstattung. Das Wort hat der Herr Staatsminister für Unterricht und Kultus. Bitte, Herr Staatsminister!

**Staatsminister Zehetmair:** Herr Präsident, Hohes Haus! Mit über 17 Prozent Anteil am Gesamtbudget ist der Haushalt 1987/88 des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus der größte Einzelhaushalt. Ich freue mich, daß wir wohl auch deshalb den Auftakt der Haushaltsberatungen im Landtag bilden. Vielleicht ist es auch ein symbolischer Zufall, daß zur gleichen Stunde, in der im Bundestag die Regierungserklärung abgegeben wird, ein Land wie der Freistaat Bayern mit dem Aufruf des Kultusetats deutlich macht, daß dies der einzige Bereich ist, in dem noch weitgehend Länderhoheit gegeben ist.

(Zustimmung und Heiterkeit bei der CSU)

– Ich weiß natürlich um die Zufälligkeit, aber es sei gestattet, einmal eine solche Gedankenbrücke zu schlagen.

(Staatsminister Zehetmair)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf feststellen: Bildung ist im Rahmen der Aufgaben des Freistaates Bayern auch weiterhin politischer und fiskalischer Schwerpunkt. Angesichts der immer noch sinkenden Schülerzahlen ist dies ein erfreulich eindeutiges Bekenntnis zum hohen Stellenwert von Bildung und Erziehung, ein Beweis für die Zukunftsorientierung unserer bayerischen Politik.

Ganz so selbstverständlich ist dies auch im Freistaat Bayern nicht. Sie wissen, daß die politische Diskussion in den letzten Jahren vorrangig von anderen Themen beherrscht wird. Es sind, um nur einige zu nennen: Umweltschutz, innere Sicherheit, Landwirtschaft, Wirtschaftspolitik. Ich darf aber darauf verweisen, daß wir gerade in letzter Zeit wieder ein steigendes Interesse der Öffentlichkeit und eine wachsende Aufmerksamkeit der Eltern gegenüber dem Geschehen in der Schule und auch ein großes Engagement von Verbänden für schulische Belange feststellen.

Lassen Sie mich am Anfang eine Standortbestimmung der Bildungspolitik in der heutigen Zeit versuchen:

Die Ära der großen Reformen im Bildungswesen ist vorbei. Unsere Schulen brauchen innere Festigung, die das Neue, das sich bewährt hat, bewahrt und fortführt und der Schule die notwendige Ruhe für ihre erzieherische Arbeit gibt. Gleichzeitig soll sich die Schule aber auch neuen Impulsen öffnen. Schule darf nie langweilig werden. Sie muß sich fortentwickeln, soll Freude machen, Leistung und Erfolg ermöglichen. Sie muß in lebendigem Kontakt zu ihrer Umwelt stehen, ihren Schülern einen Lebensraum bieten, der über den reinen Unterricht hinaus zusätzliche Erfahrungen und Bereicherungen ermöglicht.

(Zustimmung des Abg. Diethel)

Der Erziehungs- und Lernprozeß soll an das unmittelbar Erfahrbare, Elementare und Anschauliche anknüpfen. Schule muß sich vor allem durch Intensivierung auch außerunterrichtlicher Aktivitäten stärker zur Lebenswelt hin öffnen.

Wollen wir das weithin anerkannte Niveau und den hohen Leistungsstand des bayerischen Bildungswesens auch künftig sichern, so gilt es, alle Möglichkeiten zu dessen innerer Weiterentwicklung auszuschöpfen. Das heißt vor allem qualitative Höherentwicklung, das heißt auch innere Profilierung der Bildungseinrichtungen. Schule ist nicht nur Lernort, sondern Lebensraum. Gerade das Einzelkind, der Schüler aus der Kleinfamilie, braucht diesen Raum gemeinsamen Erlebens.

(Zustimmung bei der CSU)

Hier müssen wir eine neue bildungspolitische Offensive starten. Nutzen wir die Windstille nach dem Abflauen der Reformböe zu einer pädagogischen Neuvermessung des Verhältnisses Schule und Welt!

Eine der großen bildungspolitischen Herausforderungen der nächsten Zeit ist angesichts des raren Gutes Schüler die Erhaltung der wohnortnahen Schule.

(Beifall bei der CSU)

Die Schule am Ort ist die Grundvoraussetzung für Heimatbewußtsein und innere Verwurzelung des Schülers. Wir wollen jedes Schuljahr unter ein Schwerpunktthema stellen. Im kommenden Schuljahr ist es das Thema Heimat, Synonym für Vertrautheit, Zugehörigkeit und Geborgenheit in der anonymen Welt, Synonym für geschichtliche Verankerung und Umweltbewußtsein. Die Erschließung der Heimat birgt einen hohen Erziehungswert für die innere Festigung des Menschen in sich. Heimat schafft gerade im Zeitalter der Massenbewegungen innere Bindungen zum angestammten Ort, zur vertrauten Landschaft, die uns umgibt. Heimat ist dort, wo ich verstanden werde, wo ich meine Mundart sprechen darf, wo ich mich ungezwungen eingebunden weiß in Volkstum, Tradition und Lebensweise der Mitmenschen. Heimat, jahrelang verpönt, wird heute als Wert neu entdeckt. Nun bläst auf einmal der Zeitgeist all denen jäh ins Gesicht, die Heimat aus unserem Sprachschatz verbannt und Traditionen preisgegeben hatten.

Bewahren und lieben kann man aber nur das, was man kennt und schätzt. Heimat, ein Begriff, den es nur in der deutschen Sprache gibt, wurzelt in persönlichen Gefühlen, im Selbsterleben, im Sinnhaften. Wir brauchen im Zeitalter der Massen wieder die Anerkennung des Ursprünglichen und Echten. Nur so bewahren wir letztlich unsere eigene Identität.

Heimatbewußtsein, das alles andere als Provinzialität ist, gehört zusammen mit Weltoffenheit. Nur wer in der Heimat verwurzelt ist, hat den Blick für die Welt. Wissen, Wert- und Weltorientierung kennzeichnen eine Schule, in deren Mittelpunkt der Mensch steht. Diese Zusammenhänge muß unsere Schule immer wieder verdeutlichen.

„Das Gute im Menschen stärken“ – dies ist nach Lessing Aufgabe aller Erziehung. Daher sind Eignung und Leistung gleichrangige Maßstäbe für die Beschäftigung von Lehrern. Der Wert unseres Bildungswesens steht und fällt mit einer genügenden Anzahl von Lehrern hoher Qualität. Herz und Charakter der Schüler bilden kann nur der Lehrer, der selbst beides hat.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der beste Erzieher ist das gute Vorbild. Die Besinnung auf den Menschen in seiner Ganzheit verlangt ein gegenüber der Lebenswelt offenes, menschliches und sozial gerechtes Bildungswesen, wie es in Bayern seit Jahren unser Ziel ist.

Erziehung und Bildung bestimmen entscheidend die Entwicklung des Menschen und die Zukunft unserer Gesellschaft. Den Bildungseinrichtungen vertrauen wir unser wertvollstes Gut an: unsere Kinder, die unsere Zukunft verkörpern. Hier erhalten sie das, was ihnen keiner mehr nehmen kann: Wissen und Grundlage für ihr Leben. Außer der Familie gibt es keine andere gesellschaftliche Institution, die so tief und prägend in das Leben des einzelnen eingreift wie die Schule.

Wenn trotz dieser allgemein anerkannten eminenten Bedeutung der Schule Bildungspolitik heute in Bay-

(Staatsminister Zehetmair)

ern nicht mehr Tag für Tag im Rampenlicht der Öffentlichkeit steht – dies ist keineswegs in allen Ländern der Bundesrepublik der Fall –, so ist das ein gutes Zeichen. Es zeigt, daß unser leistungsfähiges, breitgefächertes Schulwesen die ganz überwiegende Zustimmung von Schülern, Lehrern und der breiten Öffentlichkeit findet. Aus diesem Grunde habe ich von Anfang an auf Kontinuität gesetzt. Dennoch wird das Bildungswesen niemals so gut sein, daß es materiell und ideell nicht noch verbessert werden könnte.

Im Zeitalter der sogenannten dritten industriellen Revolution muß sich das Bildungswesen neuen Herausforderungen stellen: den neuen Technologien, den neuen Medien, dem Problemkreis Fortschritt – Technikakzeptanz –, Wertewandel, dem Spannungsfeld von Ökonomie und Ökologie, dem Problem wachsender Freizeit, dem wiederentdeckten Wert von Familie.

Gerade in dieser immer komplexer werdenden Welt, in der andere Erziehungsmächte wie die Medien mit Schule und Elternhaus konkurrieren, muß die Schule Orientierungs-, Entscheidungs- und Lebenshilfe bieten. Sie muß im Sinne von Karl Jaspers „zur Daseinserhellung zum Zwecke der Daseinsmeisterung“ beitragen. Bildung ist jene Verfassung des Menschen, die ihn in den Stand setzt, sowohl sich selbst als auch seine Beziehung zur Welt in Ordnung zu bringen. Bildung führt zur eigentlichen Menschwerdung des Menschen, sozusagen zu seiner zweiten Geburt. Sie ermöglicht dem Menschen einen Zugang zu den „Grundlagen und ihrer Herkunft, zu dem sinngebenden Ganzen und seinen Maßen“, wie es Theodor Ballauf formuliert.

Wert- und Weltorientierung – beides gehört zum Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule von heute. Die Vermittlung rein instrumenteller Qualifikationen, selbst die von Sach-, Handlungs- und Urteilskompetenz, allein reicht nicht aus. Bildung und Erziehung müssen verstärkt wieder Maßstäbe für sittlich-moralisch verantwortetes Handeln bieten und auch die geschichtliche Dimension zur Geltung bringen.

(Beifall bei der CSU)

Mit dem „Stoß in die Modernität“, wie es Ralf Dahrendorf ausdrückt, hat die Suche nach Identität, die Frage nach dem Woher und Wohin eingesetzt. Schon allein aus diesem Grund darf Geschichte nicht an den Fächerrand gedrängt werden, sondern muß einen zentralen Platz behaupten.

(Abg. Otto Meyer: Sehr richtig!)

In dieser Phase zunehmender Auseinandersetzung über die Grenzen der Lerngesellschaft, durch Begriffe wie Bildungsexpansion und Wissensexplosion schlagwortartig beleuchtet, erleben wir eine neue Diskussion über Allgemeinbildung. Von dem Erziehungswissenschaftler Erich Geißler wurde sie als „die unentbehrliche Grundausstattung eines mündigen Bürgers“ bezeichnet. Wir erleben eine Debatte, der wir uns in allen Schularten stellen müssen. Die

Rolle der Bildung als Voraussetzung für eine aktive, eigenverantwortliche Lebensgestaltung in Freiheit und Selbstverwirklichung sowie für den Fortschritt im Sinne einer Höherentwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft ist unbestritten.

Umstritten ist, was unverzichtbarer Bestandteil von Bildung sein muß. Die Frage nach dem Bildungskanon ist neu aufgeworfen. Wir müssen sie überzeugend beantworten, damit die Zukunft eine Zukunft hat. Wir brauchen vor allem einen Konsens über Inhalte und Ziele der Allgemeinbildung, die es in allen Schulen zu vertiefen gilt. Bildung darf weder Selbstzweck sein noch auf bloße Ausbildung verkürzt werden.

Der Erfolgsmechanismus Bildung – Status – Wohlstand ist längst außer Kraft. Es ist problematisch, wenn junge Erwachsene heute oft bis ans Ende ihres dritten Lebensjahrzehnts Warteschleifen im Schonraum des Bildungswesens drehen.

Meine Damen und Herren! In einer Zeit, in der ein Schülerberg dem Mangelgut Kind gewichen ist, müssen unsere Bildungsgänge wieder stärker auf Geradlinigkeit setzen. Lernen kann nicht mehr allein der zentrale Begriff von Bildung und Erziehung sein. Wir müssen vielmehr die personale Pädagogik neu beleben. Wir brauchen Mut zur Erziehung, eine Renaissance des Pädagogischen. Wir wollen eine kindgemäße Schule und einen schülerorientierten Unterricht. Dies sind Gründe, warum ich in die Schulen hinausgehe, bei Lehrern und Schülern, bei Elternvertretern und Sachaufwandsträgern Besuche mache.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte nämlich mithelfen, die personale Komponente der Erziehung durch Vorbild und Begegnung auch mit der obersten Spitze der Verantwortlichen im Staate zu verdeutlichen. Ich appelliere an alle für unsere Kinder und für die Jugend Verantwortlichen: Nutzen wir die Situation des äußeren Umbruchs zu einem inneren Aufbruch! Wir sollten uns wieder an die ursprüngliche Bedeutung von Erziehen – nämlich educate, herausführen – erinnern. Erziehung ist nach Eduard Spranger „Erweckung“, also Freilegung der im Menschen schlummernden, verborgenen Möglichkeiten seines Selbstseins, ein Prozeß, in dem der Mensch durch Förderung zu dem wird, was er im Grunde schon ist. Dieses Zitat und dieser Hinweis stellen eine klare Absage an alle dar, die Bildung und Erziehung zum Zwecke der Gesellschaftsveränderung mißbrauchen wollen.

(Beifall bei der CSU)

Karl Jaspers hat die Metapher der „appellierenden Pädagogik“ entwickelt, die den Menschen zur Erfüllung seiner Möglichkeiten, Anlagen, Begabungen und Fähigkeiten aufruft. Stand in der Zeit der Bildungsexpansion unter der Parole Chancengleichheit die Strukturreform im Vordergrund, so geht es heute um Persönlichkeitsbildung. Da das so ist, müssen Optimismus und Freude die Grundeinstellung in der Schule sein. Es gibt keine Zukunft ohne Lebensfreude, keine Lebenstüchtigkeit ohne Glauben an den Sinn des Lebens. Die Welt ist nicht nur

(Staatsminister Zehetmair)

Stätte von Konflikt, Krisen und Problemen, sondern auch Ort der Bewährung, Bejahung und Freude. Schule ist ein lebendiger Organismus. Der Begriff „Schulfamilie“ gibt dies treffend wieder. Er stellt das Gemeinsame über das Trennende, er ist eine Verpflichtung für Lehrende und Lernende, über alle unterschiedlichen politischen und weltanschaulichen Vorstellungen hinaus zu einem Konsens zu finden.

In Erfüllung dieser Aufgabe sollten wir in Zukunft die Kontakte zwischen Lehrern und Eltern noch intensivieren. Erziehung braucht das Vorbild von Elternhaus und Schule; ein Vorbild, das durch sich selbst wirkt, braucht Vertrauen zum Leben, ein „kritisches Ja zur Welt“ (Zöpfe), braucht Werte und Ideale. „Tene regulam, et regula te tenebit.“ Dieser Ordensgrundsatz heißt übersetzt: Haltet euch an die gemeinsamen Ideale, dann halten die Ideale euch!“ Das ist ein Prinzip gemeinsamen Erziehungsauftrags.

Bei allem Pluralismus muß es auch im Bildungswesen einen Kern allgemein anerkannter Werte geben, die nicht disponibel, sondern für alle jederzeit verpflichtend sind. Diesen in der Verfassung verankerten Kanon gemeinsamer Grundwerte hat die Schule zu vermitteln. Nur dort, wo auch die oft belächelten sogenannten „sekundären Tugenden“ – wie z. B. Sachlichkeit, Genauigkeit, Zuverlässigkeit, Fleiß, Ausdauer – elementarer Bestandteil von Erziehung und Bildung sind, können sich Primärtugenden wie Gerechtigkeitssinn und Wahrheitsliebe entwickeln. Schule muß geprägt sein von positiver Weiterführung. Schule als „zubereiteter Erfahrungsraum“, wie es Heinrich Heiser formuliert hat, ist zwar in ihrer behütenden und begleitenden Funktion auch ein Stück Schonraum, muß aber vordringlich Welt- und Lebensnähe zu ihrem pädagogischen Prinzip erheben. Erfolg in einer so verstandenen lebensnahen Unterrichts- und Erziehungsschule schafft nicht nur Freude an der Schule, sie bereitet vielmehr unsere jungen Menschen auf die Wirklichkeit vor, schafft Lebensfreude und bewirkt eine positive Einstellung zum Mitmenschen sowie zum demokratischen Staat und sichert damit unser aller Zukunft.

Die Schule muß dem Menschen eine positive Einstellung zu seiner Existenz vermitteln, Vertrauen zur Welt und zum Leben. Sie muß ihm das ermöglichen, was Simone Weil „enracinement“ genannt hat: Verwurzelung, Identität, Tradition – allesamt Elemente, die Erfahrung enthalten, derer unsere Welt immer mehr verlustig geht. Unsere kleiner und überschaubarer gewordenen Schulen sollten die Chance nutzen, sich in einem größeren pädagogischen Freiraum zu entfalten und ein eigenes Profil mit zusätzlichen Angeboten zu entwickeln. Dies belebt die Bildungslandschaft.

(Beifall bei der CSU und Zustimmung des Abg. Otto Meyer)

Alle Begabungen haben ein Recht auf Förderung. Auch in Zukunft brauchen wir nicht Nivellierung, sondern ein schulisches Angebot, das der Vielzahl der Neigungen und Begabungen der Schüler entspricht. Unser gegliedertes Schulwesen hat sich

gegenüber der Gesamt- und Einheitsschule als weit- aus leistungsfähiger und den Fähigkeiten der Schüler angemessener erwiesen. Das gegliederte Schulwesen in Bayern hält mit seinen allgemeinbildenden und beruflichen Schulen ein differenziertes Bildungsangebot für die verschiedenen Neigungen und Begabungen der Schüler bereit. Im gegliederten Schulwesen, meine sehr verehrten Damen und Herren, gibt es weder bessere noch schlechtere Schularten. Jede Schulform bereitet die Schüler nach ihren individuellen Fähigkeiten auf die unterschiedlichen Anforderungen der Berufs- und Arbeitswelt vor. Die einzelnen Bildungsgänge sind überschaubar und enden mit qualifizierten Abschlüssen. Übergänge von einem Bildungsgang zum anderen gewährleisten die Durchlässigkeit und eine eventuell notwendige Korrektur einmal getroffener Schullaufbahnentscheidungen. Im gegliederten Schulwesen entscheiden die Eltern über die Schullaufbahn ihres Kindes. Nicht der Staat, sondern die Fähigkeiten des Kindes und die Vorstellungen der Eltern bestimmen über den Bildungsgang innerhalb des vielfältigen Schulangebots in Bayern. Sie sind damit ein Stück Freiheit, meine Damen und Herren. Dies muß auch in Zukunft so bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Das weithin anerkannte hohe Niveau des vielgliedrigen, offenen und durchlässigen bayerischen Schulwesens ist für uns Ansporn und Verpflichtung zugleich, die Qualität und Differenzierung des breiten Bildungsangebots zu sichern und auszubauen. Nicht wie in Gesamtschulen integrieren, sondern differenzieren ist das Gebot der Stunde.

(Beifall bei der CSU)

Es gilt, alle Möglichkeiten zur inneren Weiterentwicklung, zur Festigung und pädagogischen Verbesserung unseres Bildungswesens auszuschöpfen. Dazu bedarf es jedoch einer zielbewußten geistigen Orientierung. „Was nützen dem Seemann die besten Winde, wenn er nicht weiß, wohin er segeln soll?“, sagte Seneca. Uns ist die Richtung klar. Sorgen wir dafür, daß das Schiff Kurs hält! Nicht die Frage der äußeren Schulorganisation, sondern die nach Kern und Inhalt von Schule und Erziehung ist heute gestellt. Den Wind für die Segel, für die Weiterfahrt, soll und wird uns in den nächsten beiden Jahren der neue Kultushaushalt liefern.

Lassen Sie mich nach diesen allgemeinen Aussagen nun einen Überblick über den Haushaltsentwurf geben, der eine Reihe positiver neuer Akzente setzt und gute Rahmenbedingungen für zahlreiche pädagogische Verbesserungen bietet.

Ich darf zunächst zum Gesamtvolumen ein paar Worte sagen. Im Gesamtvolumen ist eine maßvolle Steigerungsrate vorgesehen. Alle meine Zahlen beziehen sich nur auf den Entwurf der Bayerischen Staatsregierung ohne Berücksichtigung der jüngsten Beschlüsse des Haushaltsausschusses, weil ich dazu einer Aussage nicht berechtigt bin. Ich hoffe jedoch, daß durch die beschlossenen Aufstockungen eine zusätzliche Verbesserung gewährleistet ist.

(Staatsminister Zehetmair)

Von 1986 bis 1987 sieht der Entwurf der Bayerischen Staatsregierung einen Zuwachs von 107,7 Millionen DM vor; das ist ein Zuwachs von 1,5 Prozent. Von 1987 auf 1988 beträgt der Zuwachs weitere 199,3 Millionen DM oder 3,8 Prozent. Die Gesamtausgaben sollen 1987 bei über 7,14 Milliarden DM, 1988 bei 7,34 Milliarden DM liegen, 7,03 Milliarden DM waren es 1986.

Ich darf die großen Bereiche aufzählen:

- Für den gesamten Schulbereich sind 1987 6,2 Milliarden DM, 1988 6,38 Milliarden DM veranschlagt.
- Für den Kindergartenbereich liegen die geplanten Personalkostenzuschüsse 1987 bei 251 Millionen DM, 1988 bei 252 Millionen DM. Zum Vergleich: 1986 waren es erst 220 Millionen DM. Dies bedeutet also eine beträchtliche Steigerung von über 30 Millionen DM für den Kindergartenbereich im neuen Haushalt.
- Für das Bibliotheks- und Archivwesen ist eine deutliche Anhebung der Mittel vorgesehen: von 86,7 Millionen DM 1986 auf 89,3 Millionen DM 1987 und 95,9 Millionen DM im Jahre 1988.
- Der Erwachsenenbildung sollen 1987 31,3 Millionen DM, eine Million DM mehr als im Vorjahr zufließen.
- Für den Bereich Jugendarbeit ist eine Erhöhung der Bundes- und Landesmittel insgesamt von 40,65 Millionen DM 1986 auf 42,15 Millionen DM 1987 vorgesehen.
- Für den außerschulischen Sport sind Landes- und Bundesmittel von insgesamt 103,5 Millionen DM angesetzt.
- Für den Bereich Kirchen ist eine Anhebung von fast 172,1 Millionen DM im Jahr 1986 auf 175,7 Millionen DM 1987, für 1988 auf 178,3 Millionen DM vorgesehen.

Im übrigen darf ich aus gegebenem Anlaß daran erinnern, daß der Staat hier an Verträge mit den Kirchen gebunden ist.

Quantitativ wie qualitativ liegt wie bereits in den Vorjahren das Hauptgewicht auch dieses Haushalts wiederum eindeutig im Schulbereich. Die äußeren Rahmenbedingungen des Bildungswesens werden maßgeblich von einem Faktor bestimmt, auf den die Bildungspolitik kaum einen Einfluß nehmen kann. Ich meine die Geburtenentwicklung. Die Annahme, der Bevölkerungsrückgang werde auf einem niedrigeren Niveau zum Stillstand kommen, beruht auf falschen Voraussetzungen.

Die Wahrheit sieht anders aus: Solange die Geburtenquote kleiner ist als die Sterbequote, das ist sie bei uns seit eineinhalb Jahrzehnten – gegenwärtig werden in der Bundesrepublik Deutschland je Tausend Einwohner jährlich nur zehn Kinder geboren, das ist die niedrigste Geburtenrate der Welt, während die Sterberate bei zwölf Menschen pro Tausend liegt –, so lange kann die Bevölkerung unseres Landes mit mathematischer Notwendigkeit nicht zu einem

neuen Gleichgewicht auf niedrigerem Niveau kommen, sondern sie nimmt stetig ab. Zur Veranschaulichung dieses Vorgangs sprechen die Bevölkerungswissenschaftler von einem Echoeffekt. Er besteht darin, daß jede Elterngeneration einer Bevölkerung, in der die Sterberate größer ist als die Geburtenrate, eine Kindergeneration hinterläßt, die kleiner ist als sie selbst.

In der bildungspolitischen Diskussion wurden in letzter Zeit vor allem der bereits im Kindergarten- und Grundschulbereich spürbare leichte Anstieg der Geburtenzahlen und die ab der Jahrtausendwende zu erwartenden höheren Zahlen von Ruhestandsversetzungen der Lehrer hervorgehoben. Nach dem drastischen Geburtenrückgang, der in der Zeit zwischen 1964 und 1978 stattfand, sind zwar in der Folgezeit die Geburten leicht angestiegen, doch haben sie seit 1982 wieder abgenommen. Sie lagen auch im Jahr 1985 nur wenig über dem Geburtenminimum von 1978. In den kommenden Jahren darf nochmals eine leichte Zunahme erwartet werden. Die ersten schulischen Auswirkungen zeigen sich bereits: Im laufenden Schuljahr haben wir 290 Grundschulklassen mehr als im vorhergehenden Schuljahr.

In letzter Zeit sind erfreuliche Anzeichen einer größeren Bereitschaft zum Kind festzustellen. Ich hoffe, daß diese Entwicklung anhält. Die Familienpolitik der Bundesregierung und der Bayerischen Staatsregierung geben berechtigte Hoffnung, daß sich dieser für unser Land lebensnotwendige Aufwärtstrend fortsetzt.

Die Bildungspolitik kann allerdings an einem Faktum nicht vorbeigehen: Der Geburtenrückgang des vergangenen Jahrzehnts hat inzwischen alle Schularten erfaßt. Es ist ein wahrhaft hoher, wie ich meine zu hoher Preis, erst das geburtenärmste Land der Welt werden zu müssen, um in der Pädagogik wieder zum Kind zurückzufinden, das für viele Pädagogen jahrelang nichts anderes war als ein – sehen Sie mir diesen Ausdruck nach; er stammt von Gertrud Höfler – „wissenschaftlich durchgetestetes Wesen“. Wir wissen zwar mehr über Kinder als jede Generation vor uns, doch wir haben selbst weniger Kinder als je zuvor. Es wäre daher eine verengte, eine rein opportunistische Sicht, im Geburtenrückgang lediglich einen willkommenen Auslöser für pädagogische Verbesserungen zu sehen.

Quantitativ setzten sich im Schuljahr 1986/87, nicht zuletzt aufgrund des Geburtenrückgangs, die Entwicklungen der letzten Jahre im wesentlichen fort: Die Schülerzahlen gingen noch weiter zurück, allerdings stieg, wie ich schon sagte, die Zahl der Schulanfänger, und die Unterrichtsverhältnisse konnten durch eine Senkung der Schüler-Lehrer-Relation und der Klassengrößen weiter verbessert werden.

Die nächste neben der Schülerzahl maßgebliche Rahmenbedingung für das Schulwesen ist die **L e h r e r v e r s o r g u n g**. Ich möchte nicht verschweigen, daß wir in einzelnen Bereichen in Bayern durchaus noch einen Lehrerbedarf haben. Demgegenüber muß ich aber auch sagen: Für das Schuljahr 1986/87 konnten immerhin insgesamt fast 1700 Bewerber in

(Staatsminister Zehetmair)

den staatlichen Schuldienst übernommen werden. Einen befristeten Aushilfsvertrag im staatlichen Schuldienst erhielten darüber hinaus über 700 Bewerber. Eine weitere stattliche Anzahl hat – Gott sei Dank – im nichtstaatlichen Schuldienst eine Beschäftigung gefunden.

Mit diesen Zahlen, meine sehr verehrten Damen und Herren, liegt in Bayern nach wie vor wie schon in den letzten beiden Schuljahren die Lehrereinstellungsquote erheblich über dem Bundesdurchschnitt. 1984 wurde fast ein Viertel, exakt 23,5 Prozent, aller Lehrer, die im Bundesgebiet im öffentlichen Schuldienst Beschäftigung gefunden haben, bei uns in Bayern angestellt; 1985 waren es 20,3 Prozent. Im Kalenderjahr 1986 wurden von allen Lehrereinstellungen, die im öffentlichen Schuldienst im Bundesgebiet erfolgten, 32,8 Prozent in Bayern vorgenommen. Zum Vergleich: Der bayerische Schüleranteil beträgt 17,1 Prozent, der Bevölkerungsanteil Bayerns macht etwa ein Sechstel der Bundesbevölkerung aus. Im Bereich der Lehrerversorgung braucht Bayern also einen Ländervergleich nicht zu scheuen.

(Beifall bei der CSU)

Auch in der Relation Schüler/Lehrer insgesamt, auf die es letztlich ankommt, schneidet Bayern in fast allen Schularten besser ab als der Bundesdurchschnitt. Ich sagte schon, das heißt nicht, daß nicht das Gute der Feind des Besseren ist und daß wir uns weiter um Verbesserungen bemühen müssen.

Im Zeitraum von 1982 bis 1985 verminderten sich in Bayern die Lehrerstellen nur um 2,8 Prozent, in Nordrhein-Westfalen – ich muß dieses Land nehmen, weil es von der Größe her vergleichbar ist – dagegen um 4,7 Prozent. Während im Lehrerbereich in Nordrhein-Westfalen der Stellenabbau bis 1989 fortgesetzt wird – dort würde ich mir jene Artikel der GEW wünschen, die ich hier lese und nicht verstehen kann –, ist er in Bayern seit Juni 1986 beendet. Was im Haushalt steht, ist nur noch eine Ausbuchung; sie betrifft keinen einzelnen Lehrer mehr. Der Vollzug ist personaliter im Jahr vorher erfolgt. Mir da den Vorwurf zu machen, mit einer Mogelpackung aufzuwarten, muß ich in aller Schärfe zurückweisen.

(Beifall bei der CSU)

Ich hätte es viel leichter gehabt, wenn ich keine Planstelle dazu bekommen hätte, als Vertreter des einzigen Landes in der Bundesrepublik, das im Lehrerbereich überhaupt noch Planstellen bekommen hat.

(Beifall bei der CSU)

Ich bin trotzdem sehr dankbar dafür, daß ich sie bekommen habe und vom Plenum noch endgültig bekommen werde. Darum wieder die gebotene Zurückhaltung. Ich darf die Zahlen nennen:

Im Einzelplan 05 sind 1987 296 und 1988 weitere 48 neue Stellen vorgesehen. Insgesamt wird der Schulbereich 1987 mit 136 neuen Stellen, davon 105 für Lehrkräfte, aufgewertet. 1988 sollen weitere 45 Stellen für Lehrkräfte hinzukommen. Dieser Stellen-

zuwachs im Schulbereich ist, insbesondere im Ländervergleich, eine durchaus bemerkenswerte Tatsache dieses Haushalts.

Planstellengarantie und neue Lehrerstellen sind Ausgangspunkte für neue Impulse und spürbare pädagogische Verbesserungen. Sie wirken auch einer Überalterung des Lehrkörpers entgegen; das ist sehr, sehr wichtig. Dies geht auf die Initiative des Bayerischen Ministerpräsidenten und der CSU-Fraktion zurück, und ich darf mich herzlich dafür bedanken, daß keine weiteren globalen Stellensperren und -einzüge mehr vorgenommen werden.

Lassen Sie mich einige Anmerkungen zu den pädagogischen Verbesserungen dank der günstigeren Rahmenbedingungen machen:

Nicht nur günstigere äußere Rahmenbedingungen – geringere Schülerzahlen, Absenkung der Klassenhöchststärken und gute Lehrerversorgung –, sondern auch verbesserte Lehrpläne und innovative Impulse wie der Ausbau der informationstechnischen Grundbildung bis 1988 sowie vor allem die Verstärkung der außerunterrichtlichen Aktivitäten schaffen die Voraussetzung zur inneren, pädagogischen Verbesserung des Lebensraumes Schule.

Insbesondere musische und soziale Aktivitäten bieten gute Ansatzpunkte. Sie sprechen Bereiche menschlicher Existenz an, die vom Wissen und Verstand allein nicht erreicht werden. Durch die für diesen Zweck im Haushalt vorgesehene Anhebung der Mittel wird es möglich sein, mehr als bisher Anerkennungspreise für Schulspiel- und Musikgruppen, für Aktivitäten von Schülern, zum Beispiel bei der Betreuung von alten und behinderten Menschen oder beim Umweltschutz, zu vergeben. Die Schülermusikwettbewerbe in den Regierungsbezirken sollen häufiger abgehalten werden, die Schulspieltage der verschiedenen Schularten mit ihrem positiven Echo in der Öffentlichkeit sollen verstärkt gefördert werden. Außerordentlich begrüße ich, daß der Haushaltsentwurf in beiden Jahren jeweils eine Verdoppelung des Ansatzes für den internationalen Schüleraustausch vorsieht. Diese Mittel sind gut angelegt. Damit werden Zeichen der Öffnung der Schulen und Signale der Völkerverständigung gesetzt.

Zur Entwicklung in den einzelnen Schularten gebe ich folgenden Überblick:

**Volksschule:**

Wir wollen, ich sagte es schon und darf es wiederholen, die wohnortnahe Schule auch in Zeiten sinkender Schülerzahlen erhalten.

(Beifall des Abg. Kamm)

Die auch in den Jahren des enormen Schülerrückgangs bewährte Schulorganisation wird im wesentlichen unverändert bleiben. Das wohnortnahe Grundschulnetz muß in seinem Bestand gesichert bleiben.

Im Volksschulbereich geht der Schülerrückgang zunächst seinem Ende zu. Im Grundschulbereich steigen die Schülerzahlen seit dem Schuljahr 1985/86 mit einem Tiefstand von 413000 Schülern wieder an,

(Staatsminister Zehetmair)

nämlich auf 430 000, prognostiziert für das Schuljahr 1988/89. Dieser Entwicklung tragen wir mit den neuen Stellen im Volksschulbereich Rechnung. Auch danach setzt sich der Zuwachs fort. Die Hauptschule wird allerdings im Zeitraum des Doppelhaushaltes noch etwa 15 000 Schüler verlieren. Insgesamt tritt damit in der Entwicklung der Schülerzahlen eine Stabilisierung ein, die erzieherische Arbeit der Lehrer wird dadurch erleichtert und gefördert.

Die äußeren schulischen Bedingungen sind im Volksschulbereich so günstig wie nie zuvor: moderne Schulgebäude mit neuzeitlicher Ausstattung, gut qualifizierte Lehrer, eine angemessene mobile Reserve von 2100 Lehrern, weitere 400 Aushilfslehrer und über 160 Fachlehrer zur Abdeckung des Aushilfsbedarfs infolge von Krankheit oder Erziehungsurlaub sowie weitgehend kleine Klassen. Die Zahl der Lehrer der mobilen Reserve ist seit 1983 unverändert geblieben, obwohl sich von 1983 bis 1986 die Zahl der Lehrer um über 1200 und die Zahl der Klassen um rund 1700 verringert hat. Also 1700 Klassen und 1200 Lehrer weniger, gleichbleibend mobile Reserve von 2100 plus 400 Aushilfslehrer und 160 Fachlehrer. Dadurch ist eine Verbesserung in Ausfallsfällen eingetreten, wenngleich die mobile Reserve nicht jeden Unterrichtsausfall, vor allem nicht in Zeiten erhöhten Aushilfsbedarfs, abzudecken vermag. Ich muß das wegen der täglichen Erlebnisse sagen, die auch Sie als Abgeordnete draußen hören.

Im Schuljahr 1986/87 haben 96 Prozent aller Klassen bis zu 30 Schüler, 70 Prozent gar nur bis zu 25 Schüler. Von den rund 31 000 Volksschulklassen in Bayern haben nur 1200 noch mehr als 30 Schüler. Aber es sind jedenfalls immer noch 1200. Mein vordringliches Ziel der kommenden Jahre ist es daher, diese Klassen mit zu hoher Schülerquote weiter zu verringern und bis Ende dieser Legislaturperiode weitgehend die Obergrenze von 30 Schülern zu erreichen. Ich hoffe, daß Sie mich darin unterstützen werden. Ich freue mich, daß auch der Bayerische Senat diese meine Zielsetzung nachdrücklich gutgeheißen hat.

#### Hauptschule:

Unser besonderes Augenmerk gilt der Aufwertung der Hauptschule. Die Hauptschule hat nach Artikel 6 Absatz 5 des Bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetzes vor allem die Aufgabe, eine grundlegende Allgemeinbildung zu vermitteln und die Voraussetzungen für eine qualifizierte berufliche Bildung zu schaffen. Sie eröffnet in Verbindung mit dem beruflichen Schulwesen Bildungswege, die zu einer abgeschlossenen Berufsausbildung, zu weiteren beruflichen Qualifikationen und auch sogar zu einer Hochschulreife führen.

(Abg. Walter Engelhardt: So steht es auf dem Papier!)

– Ich komme noch darauf, ich werde noch näher darauf eingehen.

Die Problematik der Hauptschule ist zur Zeit durch den allgemeinen Schülerrückgang der letzten Jahre und die Konkurrenz zwischen Hauptschule, Realschule, Wirtschaftsschule und Gymnasium um die weniger gewordenen Schüler gekennzeichnet. Nach der Einführung einer neuen Stundentafel und der Neugestaltung des qualifizierenden Hauptschulabschlusses stellt der im Schuljahr 1986/87 an allen Hauptschulen zur Erprobung eingeführte Hauptschullehrplan, der im Schuljahr 1987/88 verbindlich in Kraft tritt, einen zusätzlichen wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung der Hauptschule dar.

Betonung von Erziehung als Lebenshilfe, Konzentration der Lerninhalte als Grundlage für weiterführendes Lernen und Arbeiten, Verstärkung praxisbezogener Lerninhalte und Unterrichtsformen zur Heranführung des Schülers an die Berufs- und Arbeitswelt sind die wichtigsten Elemente des neuen Lehrplans.

Mit Beginn des Schuljahres 1987/88 wird das bisher freiwillige Betriebspraktikum, an dem sich bereits im ersten Jahr etwa 40 000 Hauptschüler und 22 000 Betriebe beteiligt haben und das allenthalben ein sehr positives Echo gefunden hat, für alle Hauptschüler verbindlich.

Aufgrund der guten Erfahrungen mit dem Modellversuch „Informatik an Hauptschulen“, der heuer nach dreijähriger Dauer abgeschlossen wird, werden wir ab dem Schuljahr 1987/88 ein Wahlfach Informatik an der Hauptschule einführen.

Nach dem 1985 verabschiedeten Gesamtkonzept für die informationstechnische Bildung in der Schule sollen alle Schüler im Laufe ihrer Schulzeit eine informationstechnische Grundausbildung erhalten. Ziele und Inhalte dieser Grundbildung sind schulartübergreifend in einem Rahmenplan festgelegt. Hiernach sollen die jungen Menschen einen Einblick erhalten in die vielfältigen Einsatzformen und die neuartigen Möglichkeiten dieser Techniken. Sie sollen aber auch die Auswirkungen ihrer Nutzung kennenlernen. Die Umsetzung dieser Ziele erfolgt im lehrplanmäßigen Unterricht schon bestehender Fächer.

Vor der für 1988 angestrebten stufenweisen allgemeinen Einführung wird der Rahmenplan in den Schuljahren 1987/88 wie im jetzt laufenden an 85 ausgewählten Schulen, darunter 17 Hauptschulen, erprobt. Im Hinblick auf das ab September 1987 geplante erweiterte Angebot an Informatikunterricht an Haupt- und Sonderschulen sowie die ab September 1988 angestrebte Einführung der informationstechnischen Grundbildung ist eine nochmalige Intensivierung der Lehrerfortbildung in Informatik und Datenverarbeitung geboten und auch vorgesehen.

Ich möchte dabei auch bei den kommunalen Sachaufwandsträgern um wohlwollendes Verständnis für die nennenswerten Investitionen werben, die in diesem Zusammenhang gefordert sind.

Der entscheidende Beitrag zur Aufwertung der Hauptschule wird sein, die Schullaufbahn linear über Hauptschule und berufliches Schulwesen als echte und tragfähige Alternative zu Gymnasium und Realschule auszubauen. Die Hauptschule und

(Staatsminister Zehetmair)

das darauf aufbauende berufliche Schulwesen müssen als eine einheitliche, in sich schlüssige Schullaufbahn gesehen werden, die gleichwertig neben den anderen Schullaufbahnen steht und qualifizierten Hauptschülern die Erlangung eines mittleren Bildungsabschlusses ermöglicht.

Der innere pädagogische Zusammenhang von Hauptschule und Berufsschule wurde in den letzten Jahren deutlich verbessert. Diesen Weg gilt es konsequent auszubauen. Dazu ist insbesondere eine weitere Verzahnung von Hauptschule, Berufsschule und Berufsaufbauschule notwendig. Die Hauptschule muß sich nicht nur in Richtung Berufsfeldorientierung ihrer Schüler, sondern vor allem generell im Sinne einer Lebensvorbereitung des jungen Menschen verstärkt öffnen. Sie braucht eine klare Akzentuierung in der zu vertiefenden Allgemeinbildung, in der Leistungsmotivation und in der Berufsfindung.

Neue Profilierung gewinnt die Hauptschule nicht durch Nachahmung der Realschule und nicht als Abklatsch anderer Schularten.

(Beifall bei der CSU)

Vielmehr geht es darum, durch die innere Ausgestaltung der Hauptschule und durch ihren engen Bezug zur Berufswelt den Absolventen ein in Quantität und Qualität erweitertes Spektrum zu Berufsfeldern zu eröffnen. Diesem Ziel kommt übrigens die gegenwärtige positive Entwicklung auf dem Lehrstellenmarkt entgegen. Ein 10. Hauptschuljahr ist dafür weder notwendig noch sinnvoll.

(Beifall bei der CSU)

#### Berufliche Bildung:

An den staatlichen Berufsschulen hat die Schülerzahl in den vergangenen Jahren eine andere als die prognostizierte Entwicklung genommen. Der für 1984/85 vorausgesagte Schülerrückgang wurde wettgemacht durch den Zulauf von Bewerbern mit Fachhochschul- und Hochschulreife. Die Jahre 1984/85 und 1985/86 sind gekennzeichnet durch Stagnation der Schülerzahlen. Erstmals 1986/87 ist die Zahl der Schüler an staatlichen Berufsschulen merklich zurückgegangen, nämlich um ca. 8500. Einen starken Rückgang verzeichneten in den letzten Jahren die Berufsaufbauschulen, nämlich in fünf Jahren um fast fünfzig Prozent. Unwesentliche Änderungen erfuhren die Zahlen der Berufsfachschulen, der Fachschulen und der Fachakademien.

Die Einstellungssituation für Bewerber des Lehramts an beruflichen Schulen ist relativ gut. Deshalb sind die Wartelisten, wenn man von Diplomhandelslehrern absieht, erfreulich klein; in einigen Fachrichtungen, meine Damen und Herren, beginnt sich sogar ein gelinder Engpaß abzuzeichnen, beispielsweise Elektrotechnik, Metalltechnik. Ich würde gern in der Öffentlichkeit darauf hinweisen, aber nur ein einziges Wort würde sofort undifferenziert als Lehrerwerbung verstanden, dann käme genau in den Bereichen wieder ein Schwung, den wir heute noch lange nicht brauchen können. Daher habe ich mich dafür

entschieden, die Berufsschulen und Berufsschullehrer der einschlägigen Fächer zu ermuntern, geeignete junge Menschen aus ihren Schulen für Berufe zu animieren, bei denen sie voll mit Einstellungen rechnen können.

Die Unterrichtsversorgung ist mit Ausnahme der Berufsschulen an allen beruflichen Schulen ausgezeichnet. Den Berufsschulen wird gerade im Hinblick auf den Wandel, den die berufliche Bildung bewältigen muß, z. B. im Blick auf die Verlängerung von Ausbildungsdauer und die Einführung beruflicher Grundbildung, auch in den kommenden Jahren unser besonderes Augenmerk geschenkt werden müssen. Zur Zeit gibt es noch einen erheblichen Unterrichtsausfall, insbesondere im Fach katholische und evangelische Religionslehre und im Fach Sport. Diese Differenzierung bedeutet keine Mindergewichtung, sondern soll nur auf die Problematik der Personalpolitik in diesen Fächern hinweisen, weil wir in Religion nicht die gleiche souveräne Zugriffsmöglichkeit haben wie in anderen Fächern, wo wir unmittelbar zuständig sind.

Ich darf auch den Berufsschullehrern danken, die immer noch Mehrarbeit in zum Teil nennenswertem Umfang leisten, um den fachlichen Unterricht und den Unterricht in anderen allgemeinbildenden Fächern abzudecken. Festzuhalten bleibt aber, daß die Unterrichtsversorgung der Berufsschulen in den vergangenen drei Jahren deutlich verbessert werden konnte und daß sie sich weiter entspannen wird, einestils wegen des nunmehr einsetzenden Schülerrückgangs, andererseits aber auch wegen der Ausstattung mit Stellen und vor allem Mitteln.

Die berufliche Grundbildung mit der Verbesserung der Ausbildung der Lehrlinge auf der Grundlage eines breiteren Einstiegs in das erste Lehrjahr hat in den vergangenen Jahren an Bedeutung gewonnen. In den vor uns liegenden beiden Jahren wird sie in Bayern in zwei der größten und für unsere Zukunft als Industrienation sehr wichtigen Berufsfeldern verwirklicht: Ab September dieses Jahres ist flächendeckend die Einführung des kooperativen Berufsgrundbildungsjahres für die Ausbildungsberufe der Elektroindustrie geplant, ein Jahr später, im September 1988, werden die Ausbildungsberufe der Metallindustrie folgen. Wir werden um eine gute Unterrichtsversorgung bemüht sein.

Für die beruflichen Schulen wurde durch das Schulfinanzierungsgesetz, das am 1. Januar dieses Jahres in Kraft getreten ist, ein neues Finanzierungssystem geschaffen, das den kommunalen und privaten Trägern der Schulen eine Reihe von Vergünstigungen bringt:

Die Träger von Fachschulen erhalten erstmals einen Rechtsanspruch auf einen Zuschuß von 50 Prozent des Lehrpersonalaufwands. Für private staatlich anerkannte berufliche Schulen werden die Betriebszuschüsse nach dem gleichen System berechnet und bemessen wie für kommunale Schulen. Die Fördersätze für die staatlich anerkannten beruflichen Schulen werden erheblich angehoben: für die Heimberufsschulen auf 90 Prozent statt bisher 80, für die Berufsfachschulen auf 70 Prozent statt bisher 50 und 60, für

(Staatsminister Zehetmair)

die Wirtschaftsschulen auf 80 Prozent statt bisher 60, für die Fachschulen auf 50 Prozent statt bisher ca. 25 Prozent und für die Fachoberschulen und Berufsoberschulen sowie die Fachakademien auf 90 Prozent statt bisher 60 Prozent. Die privaten staatlich genehmigten beruflichen Ersatzschulen erhalten nunmehr einen Zuschuß in Höhe von 50 Prozent, der noch durch einen freiwilligen Zuschuß um bis zu 25 Prozent verbessert werden kann.

Die Vollzeitschüler der staatlich anerkannten beruflichen Schulen partizipieren an der Erhöhung des Schulgeldersatzes auf 100 DM, die Schüler staatlich genehmigter Ersatzschulen erhalten erstmals einen Schulgeldersatz in Höhe von 70 DM je Unterrichtsmonat. Nicht unerwähnt möchte ich in diesem Zusammenhang lassen, daß der neue Haushalt gestattet, auch für die Heimunterbringung von Berufsschülern bei Blockbeschulung einen höheren Zuschuß zu zahlen als bisher.

Bildungspolitisch ist es neben der Ausdehnung der beruflichen Grundbildung auf alle Berufsfelder im Rahmen der beruflichen Bildung unser wichtigstes Ziel, den Bildungsweg, der über die Hauptschule und die Berufsschule hinausführt, attraktiver als bisher zu gestalten. Die vertiefte berufliche Bildung an Technikerschulen, Fachschulen, z. B. Meisterschulen, und Fachakademien ist der krönende Abschluß beruflicher Ausbildung, soll aber für den, der mit dieser Ausbildung den Weg zur Fachhochschule, zum Fachingenieur sucht, keine Sackgasse sein und auch kein Umweg ohne beruflichen Gewinn. Im Sinne einer Orientierungshilfe für den Betroffenen und die tüchtige Facharbeiter suchende Wirtschaft werden wir ein Prädikat für einen neuen qualifizierten beruflichen Bildungsabschluß schaffen.

(Zustimmung bei der CSU)

Dieses Prädikat wird an die gesetzliche Aufgabe der Hauptschule anschließen müssen, nämlich, ich zitiere aus dem EUG, „Voraussetzungen für eine qualifizierte berufliche Bildung“ zu schaffen. Es wird auf besonderen Leistungen in der Schule und in der Berufsausbildung aufbauen.

Ziel ist es, daß der fähige junge Mensch, der vor einem Studium eine Berufsausbildung abschließen will und abschließt, grundsätzlich, meine Damen und Herren, zum gleichen Zeitpunkt mit der Fachhochschulreife Zugang zur Fachhochschule hat, egal, ob er seinen Weg über das Gymnasium, über die Realschule oder über die Berufsschule genommen hat.

(Beifall bei der CSU)

Dies wird der neue Weg sein. Er setzt aber auch eine Verkürzung der Dauer des Besuchs der Berufsaufbauschule auf ein Jahr voraus.

Überlegungen werden derzeit auch über die Frage eines Zugangs von Meistern und von Absolventen der Fachschule zu Fachhochschulen angestellt. Der Zugang zur Fachhochschule könnte in Zukunft Meistern ohne mittleren Schulabschluß und ohne Besuch der Fachoberschule unter noch näher festzulegenden

Voraussetzungen hinsichtlich eines bestimmten Standes der Allgemeinbildung eröffnet werden. Dies ist erforderlich, denn es darf keinen Etikettenschwindel geben. Derjenige, der das Prädikat bekommt, muß auch die Qualifikation haben, der nächstfolgenden Schule tatsächlich folgen zu können.

(Zustimmung bei der CSU)

Ich kann heute bereits grundsätzlich sagen:

Die Bildungsgänge, die mit der Hauptschule beginnen und über die beruflichen Schulen führen, werden in sich schlüssiger, bündiger und linear gestaltet werden. Da es einen „Nürnberger Trichter“ nicht gibt, müssen natürlich unverrückbare Mindestanforderungen hinsichtlich der Bildungsvoraussetzungen aufgestellt werden. Eine schematische Gleichstellung von beruflichem und allgemeinem Bildungswesen wäre jedenfalls keine sachgerechte Lösung. Auf keinen Fall wollen wir die Profile der einzelnen Schularten aber verwischen und den eigenständigen Wert beruflicher Bildung in Frage stellen.

(Beifall bei der CSU)

Oberstes Ziel all dieser Überlegungen ist die Aufwertung beruflicher Bildungsabschlüsse und die Stärkung des partnerschaftlichen Zusammenwirkens von Betrieb und Schule im Rahmen des dualen Systems. Allen Tendenzen zur Verschulung der beruflichen Bildung erteilen wir eine klare Absage.

(Zustimmung bei der CSU)

Realschule:

Infolge des Geburtenrückgangs sind die Schülerzahlen an den Realschulen rückläufig. Dennoch soll auch an kleineren Schulen das Angebot an Differenzierung und Wahlfächern durch flexiblere Handhabung der Höchstzahlen für die Gruppenstärke erhalten bleiben. Der Schülerrückgang an den Realschulen wird zusammen mit der Erhaltung der Lehrerplanstellen umgesetzt in die Einführung der integrierten Lehrerreserve an allen staatlichen Realschulen, des Weiteren in sonstige pädagogische Verbesserungen, wie Vermehrung des Wahlunterrichts, Verstärkung des lebenspraktischen Bezugs im Unterricht durch Betriebserkundungen, freiwillige Betriebspraktika, Ausbau der informationstechnischen Grundausbildung, Ausbau der Berufsorientierung und Partnerschaften zwischen Schule und Wirtschaft.

Der Modellversuch Wahlpflichtfach Informatik wird 1987 auf alle Realschulen ausgeweitet werden. Angesichts des Wandels auf dem Arbeitsmarkt ist es notwendig, der Berufsorientierung besondere Aufmerksamkeit zu widmen und vor allem den Mädchen die zahlreichen beruflichen Möglichkeiten im gewerblich-technischen Bereich noch besser bekanntzumachen. Die Realschule muß eine Schule der Wirklichkeitsnähe bleiben, die rasch und flexibel auf die Erfordernisse der Zeit reagiert. Bei der vergleichsweise besten Rahmenbedingung aller Schularten – wir haben in keiner Klasse mehr als 30 Schüler, meine Damen und Herren – hat die Realschule dafür sehr gute Voraussetzungen.

Gymnasium:

Aufgabe des Gymnasiums ist und bleibt es, über eine

(Staatsminister Zehetmair)

vertiefte Allgemeinbildung zur allgemeinen Hochschulreife zu führen. Zugleich muß das Gymnasium aber auch aktuelle Entwicklungen, wie Mikroelektronik, Energiefragen und Umwelterziehung, im Sinne einer geistigen Orientierung mit einbeziehen. Die Schülerzahl an bayerischen Gymnasien ist im Vergleich zum letzten Doppelhaushalt, also vor zwei Jahren, um etwa sieben Prozent gesunken. Die geburtenschwachen Jahrgänge haben inzwischen die Oberstufe des Gymnasiums erreicht.

Diese Entwicklung wird zur weiteren Verbesserung der Unterrichtsversorgung genutzt werden. Die Senkung der derzeitigen Klassenrichtzahlen in den Jahrgangsstufen 5 bis 8 von 35 auf bis zu 30 hat für mich oberste Priorität. Ein erster Schritt wurde bereits für das neue Schuljahr angeordnet: Die Richtzahlen wurden von 35 auf 33 in den Jahrgangsstufen 5 bis 8 gesenkt. In der 9. Jahrgangsstufe liegt sie im Gymnasium bereits bei 32 Schülern; in der 10. und 11. Jahrgangsstufe haben wir unser Ziel von 30 Schülern schon erreicht. Weitere Schritte werden folgen. Die außerunterrichtlichen Aktivitäten am Gymnasium sollen gefördert und die Haushaltsmittel dafür erhöht werden.

Ein sorgenvolles Wort muß ich der Einstellungssituation für Lehrer an Gymnasien widmen. Die Einstellungsmöglichkeit wird in naher Zukunft so schwierig, daß auch Spitzenbewerber oft nicht zum Zug kommen werden.

Die zurückgehenden Schülerzahlen bei mindestens konstant bleibenden Planstellen sollen über Verbesserungen in den Klassenstärken hinaus den Gymnasien verstärkt Möglichkeiten eröffnen, Neigungen und besondere Begabungen zu fördern. Zu Beginn des Schuljahres 1986/87 wurde an einigen Gymnasien das sogenannte „Plus-Programm“ eingeführt. Es bietet besonders begabten Schülern die Wahlmöglichkeit für besondere, bisher unübliche und jahrgangsstufenübergreifende Wahlkurse. Ab dem Schuljahr 1987/88 führen wir dieses Angebot an allen Gymnasien ein.

Spezielle Schulen oder Klassen für hochbegabte Schüler erscheinen uns dagegen nicht sinnvoll, meine Damen und Herren. Das Kultusministerium hat in den letzten Sommerferien – darüber will ich Sie informieren, weil es außerordentlich erfreulich ist – erstmals ein Seminar für vielseitig interessierte und begabte Gymnasiasten angeboten, wohlgerneht: in den Ferien. Der Andrang der Schüler war überwältigend, das Interesse und die Freude an Kontakten mit Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Technik außerordentlich bemerkenswert. Aufgrund dieses erfreulich großen Anklangs werden wir solche Seminare fortführen, und zwar nicht nur wie bisher für Schüler von Gymnasien, sondern auch für Realschüler und Schüler beruflicher Schulen.

(Beifall bei der CSU)

Dies ist nur möglich, weil der neue Haushalt für diese neuen Wege der Begabungsförderung zusätzliche Mittel vorsieht. Darüber freue ich mich.

Zielsetzung des Gymnasiums ist die Sicherung der Studierfähigkeit für jedes Studium, also die Vermittlung einer geistigen Grundlage, die Flexibilität im späteren Berufsleben sichert. Wir werden uns im Rahmen der Kultusministerkonferenz der Länder dafür einsetzen, daß die Stärkung der Allgemeinbildung bundesweit ihren Niederschlag findet.

(Beifall bei der CSU)

Deutsch, mindestens eine Fremdsprache, Mathematik, eine durchgängig belegte Naturwissenschaft und Geschichte müssen Kernbestandteil eines jeglichen Unterrichts bis zum Abitur sein.

(Beifall bei der CSU und des Abg.  
Dr. Schuhmann)

Das ist kein Widerspruch zur Wahlfreiheit für Oberstufenschüler; Wahlfreiheit kann nicht Beliebigkeit der Inhalte bedeuten.

Zur Sicherung der Allgemeinbildung müssen die Grundkursfächer gestärkt werden, ihre Gewichtung gegenüber den Leistungskursfächern muß erhöht werden.

(Beifall bei der CSU – Abg. Otto Meyer: Sehr wichtig! Jawohl!)

Das derzeitige Verhältnis zwischen Leistungs- und Grundkursen beträgt 3 : 1; ein Verhältnis 2 : 1 wird angestrebt. Ich stocke dabei ein bißchen; denn ich kann Ihnen diese fachspezifischen Dinge eigentlich nicht zumuten; ich will sie nur kurz andeuten als einen wichtigen Punkt, der auf der Kultusministerkonferenz zwischen den sogenannten A- und B-Ländern eine Rolle spielt.

Aber wegen der Aktualität, und weil wir von der Sitzung in Bonn Anfang April nach Saarbrücken gehen und Sie auch wissen sollen, welche Auffassung Ihr Kultusminister in der Frage der Kollegscheule in Nordrhein-Westfalen hat, muß ich noch folgendes deutlich machen: Man soll zwar niemals nie sagen, aber in der gegenwärtigen Form erhält die Kollegscheule Nordrhein-Westfalen von uns eine eindeutige Absage.

(Beifall bei der CSU)

Zwei Halbqualifikationen ergeben weder eine Doppelqualifikation noch eine vertiefte und damit studienbefähigende Allgemeinbildung.

(Beifall bei der CSU)

Es geht am Gymnasium nicht darum, berufliche Inhalte in die Lehrpläne einzubringen, berufliche Spezialkenntnisse oder gar eine Doppelqualifikation zu erwerben, um einen nahtlosen Übergang aus dem Gymnasium in das Berufsleben zu ermöglichen nach einer Schleife von 13 Jahren. Dies spricht nicht gegen Aufgeschlossenheit gegenüber der Wirtschaft. Wir sind für die Zusammenarbeit zwischen Gymnasium und Wirtschaft. Der Kontakt wird auch bestens gepflegt und soll verstärkt werden. Studententage und Unterrichtsprojekte können dazu beitragen. Allgemeinbildung am Gymnasium schließt auch nicht aus, sich mit aktuellen Problemen der Politik, mit Gesundheits- oder mit Umweltfragen auseinanderzusetzen. Fächer

(Staatsminister Zehetmair)

wie Geschichte, Erdkunde, Naturwissenschaften bieten dafür eine geeignete Grundlage. Ab dem Schuljahr 1988/89 wird die informationstechnische Grundbildung Gegenstand des Unterrichts aller Gymnasien wie auch aller anderen Schularten sein.

Der Schülerrückgang an den Gymnasien muß dazu genutzt werden, um Bildungsinhalte und Bildungsziele dieser Schule neu zu beleben. Qualität muß eindeutig vor Quantität stehen.

(Beifall des Abg. Dr. Schuhmann)

Wichtigstes Anliegen ist die Verstärkung der Allgemeinbildung an den Gymnasien und die Sicherung der Qualität des Abiturs. Deshalb ist eine Verkürzung des Gymnasiums von unten her, etwa durch die Orientierungsstufe, ebenso abzulehnen wie von oben her durch Abschaffung der 13. Jahrgangsstufe.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren! Bildungspolitisch kann damit in einer – zugegebenermaßen – herausfordernden Zeit des raren Gutes Kinder und Jugendliche nicht in einem Segment begonnen werden, am Gymnasium in einem Jahr oder einem Dreivierteljahr. Es muß vielmehr im Bildungsgang insgesamt durchstrukturiert werden, und es muß, um es deutlich zu sagen, bei den Hochschulgängen begonnen werden.

Aus der gegenwärtigen Diskussion um die Allgemeinbildung können wir für das Gymnasium folgende Konsequenz ableiten:

Die gymnasialen Lehrpläne müssen künftig verstärkt die Notwendigkeit einer fächerübergreifenden Zusammenarbeit herausstellen. Damit ich nicht mißverstanden werde: Wir haben für die einzelnen Fächer ausgezeichnete, in sich schlüssige Lehrpläne. Wir beachten aber zu wenig, welche Lerninhalte, Lernziele sich etwa im Rahmen einer Unterrichtswoche auf die Schüler bündeln,

(Abg. Otto Meyer: Sehr gut!)

wie vieles hier noch unverbunden nebeneinandersteht, wie vieles noch besser ohne Zwang für das einzelne Fach parallelisiert werden könnte, damit sich beim Schüler Verständnis für die Zusammenhänge, für Querverbindungen, der Blick für das Ganze, kurz geistige Orientierung in der Vielfalt der Fächer ausbildet statt eines Kästchen- und Schubladendenkens. Bei der beabsichtigten Arbeit an den Lehrplänen des Gymnasiums, die nun in Angriff genommen wird, ist dieser Gedanke noch stärker als bisher zu berücksichtigen, damit kein Konglomerat unverbundener Einzellehrpläne, sondern ein Lehrplanwerk aus einem Guß, ein Grundkonzept gymnasialer Bildung daraus entsteht. Grundlage dafür werden die geltenden Stundentafeln auch von der Zahl her sein. Ich muß das sagen, damit keine neuen Begehrlichkeiten aufkommen.

Im Hin und Her der verschiedenen Zeitströmungen braucht das Gymnasium eine klare Orientierung, eine innere Verfassung, die den Kern des Gymnasiums und seine Zielvorstellung – vertiefte Allgemeinbildung und Hochschulreife – nicht aus dem

Auge verliert, moderne Entwicklungen aber bewußt einbezieht. Der Schüler muß vom Fundament einer guten Allgemeinbildung her die Fähigkeit erhalten, sich nicht von jeglichen oft einseitigen und oberflächlichen Modetrends gefangen nehmen zu lassen, sondern klare Orientierung und vernünftig kritischen Überblick zu bewahren in den Problemen der Zeit. Das bedeutet zunächst, daß man nicht in den Fehler verfallen darf, möglichst viel und immer Neues in den Unterricht integrieren zu wollen. Es ist eine Fehleinschätzung zu meinen, Allgemeinbildung solle möglichst ein Wissen von allem vermitteln. Allgemeinbildung bedeutet vielmehr im Wortsinn Bildung für alles. Sie ist dadurch gekennzeichnet, daß der Allgemein gebildete transfer- und orientierungsfähig wird, daß er Sachverhalte beurteilen und einordnen kann. Dabei stehen das Gymnasium und seine Bildung immer in einem Spannungsfeld von einander entgegengesetzten Polen wie Verwendbarkeit und Zweckfreiheit, Spezialisierung und Allgemeinbildung, Pflichtkanon und Wahlfreiheit. Zur Bewältigung dieser Aufgaben ist eine Überschau über die verschiedenen Wissensgebiete erforderlich, andererseits die Fähigkeit, über die Grenzen des Gelernten hinaus selbständig weiterzudenken. Eine solche Fähigkeit wird vor allem durch ein genaues und exemplarisches Lernen und Verstehen gefördert.

Sonderschulen:

Die Zahl der Schüler an den Schulen für Behinderte und Kranke ist vom vorletzten auf das letzte Jahr um etwa 700 und an den Sonderberufsschulen um etwa 300 angestiegen. Mit den schulvorbereitenden Einrichtungen zusammen haben wir im letzten Schuljahr eine Steigerung von 60692 auf 63400 Kinder. Nur die Schulen für Lernbehinderte verzeichnen einen Rückgang, und das ist nichts Negatives.

Wegen der insgesamt steigenden Zahlen kommt ein beträchtlicher Teil der neuen Lehrerstellen den Sonderschulen zugute. Hier laufen derzeit etwa 15 Schulversuche, darunter auch über Diagnose- und Förderklassen. Auch die Integration wird erprobt. Im Schuljahr 1986/87 werden 2661 Sonderschullehrerstunden für die sonderpädagogische Betreuung in Regelschulen, also in der Form der Integration, bereitgestellt; das entspricht etwa 103 Sonderschullehrern. Es werden Hilfen für Sprachbehinderte und Sprachauffällige, für Erziehungsschwierige als mobile Erziehungshilfe, für Sehbehinderte, Körperbehinderte und in letzter Zeit auch für Schwerhörige geleistet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich, nachdem ich Ihnen verdeutlicht habe, daß wir hier einiges tun, ein offenes Wort anfügen:

Integration behinderter Kinder wird heute allorten nicht nur als das große Ziel, sondern leider zunehmend auch als das maßgebliche Kriterium für den Weg angegeben. Die besondere Schule wird nicht mehr als Hilfe, sondern nur mehr als Aussonderung verstanden. Allzu rasch wird so die besondere Förderung als inhuman verketzert. Aber ist es eigentlich inhuman, wenn man einem Kind, das unter Beeinträchtigungen leidet, zu einer vollen Entfaltung seiner Kräfte verhilft, möglicherweise in einem Schonklima,

(Staatsminister Zehetmair)

das die Reifung der Kräfte, Fähigkeiten, Kenntnisse und Haltungen erst möglich macht? Dies soll nicht als Plädoyer gegen Integration als Weg und schon gar nicht gegen Integration als wesentliches Ziel verstanden werden. Es soll vielmehr ein Plädoyer für die besondere Hilfe sein, die in den vergangenen 150 Jahren so großartig entwickelt wurde. Meine Damen und Herren, vergessen Sie nicht, was ein behindertes Kind früher gewesen ist und daß es ein Stück tatsächlichen sozialen Fortschritts ist, etwas Humanes, daß alle diese Menschen nach ihren Möglichkeiten gefördert werden sollen.

(Beifall bei CSU und SPD)

Diskutieren wir also hier bitte jeweils unter Würdigung des Einzelfalles, der jeweils ein Mitmensch von uns ist. Oberster Maßstab bei der Diskussion um gemeinsame Erziehung behinderter und nichtbehinderter Kinder muß sein, in jedem Fall für den Behinderten wie für den Nichtbehinderten bestmögliche Betreuung im Einzelfall zu erreichen.

Meine Damen und Herren! Nach diesem Streifzug durch den Schulbereich lassen Sie mich zum außerschulischen Bildungswesen kommen.

**Kindergärten:**

Auch als Folge kräftiger staatlicher Förderung haben die Kindergärten in Bayern eine größere Kapazität als je zuvor erreicht, und diese Tendenz hält weiter an. Bereits im Vorjahr konnten 77,2 Prozent der Drei- bis Fünfjährigen und sogar 83,9 Prozent der Fünfjährigen in Kindergärten pädagogisch gefördert werden. Demgemäß weist auch der Haushaltsentwurf bei den Personalkostenzuschüssen für die pädagogischen Fach- und Hilfskräfte der Kindergärten gegenüber dem Vorjahr den bemerkenswerten Sprung um rd. 30 Millionen nach oben auf. Mit dem so erreichten Fördervolumen von 251 bzw. 252 Millionen werden tarifbedingte Mehraufwendungen, aber auch Personalmehrungen und verschiedene Zuschußverbesserungen berücksichtigt.

Der Freistaat Bayern wird auch in Zukunft das in seinen Kräften Stehende beitragen, in erster Linie im kommunalen Bereich, wo die Aufgabe zum eigenen Wirkungskreis gehört. Wir tragen dazu gerne bei, weil dies wichtig ist für das Angebot der Gemeinschaft zur Begegnung von Kindern insbesondere aus Kleinfamilien und von Einzelkindern mit gleichaltrigen anderen Kindern.

Zur Förderung der Kinderhorte soll der Zuschuß von 3,5 Millionen im Vorjahr auf nunmehr 8 Millionen kräftig ansteigen. Neben der herkömmlichen Investitionsförderung werden erstmals ganzjährig Personalkostenzuschüsse an freigemeinnützige Träger gewährt.

**Jugendpolitik:**

Da ich sehe, daß Ihnen die Unterlagen ausgeteilt werden, kann ich etwas straffen: Sie können, so Sie wollen, die Dinge nachlesen.

In der Jugendarbeit sind jahraus jahrein Hunderttausende ehrenamtlicher Mitarbeiter tätig, denen ich hier einmal danken möchte.

(Beifall bei der CSU)

Wir sind immer wieder um Erhöhung der Mittel bemüht, weil auch die Arbeit zugenommen hat. Die Erhöhung des Haushaltsansatzes um eine Million DM wird den Jugendleiterlehrgängen zugute kommen und dem vorhin genannten ehrenamtlichen Engagement gerade im ländlichen Raum. Nicht unerwähnt will ich dabei ein ganz wesentliches Element unserer Jugendarbeit lassen: Fahrten nach Berlin, in die DDR und an die Grenze zur DDR, die zum Zweck der politischen Bildung gefördert werden. Dafür sind 1,9 Millionen DM vorgesehen; dies bedeutet ein Mehr von 700000 DM.

**Erwachsenenbildung:**

Von 1976 bis 1985 hat sich die Zahl der Veranstaltungen verdoppelt, die Zahl der Teilnehmer ist von 3,8 auf 5,6 Millionen gestiegen. Die Erwachsenenbildung ist eine Herausforderung für Gegenwart und Zukunft. Eine Fülle neuer Themen wird sich aus der Bewältigung der zunehmenden Freizeit, der Umweltprobleme, der Familienbildung, Gesundheits- und politischer Fragen der Medienerziehung und aus informationstechnischer Bildung ergeben. Das Verhältnis zwischen Erstausbildung und Weiterbildung werden wir in der nächsten Zeit inhaltlich wie zeitlich wohl neu überdenken müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Bibliothekswesen:**

Es ist ein wichtiger Bereich der Kulturförderung in unserer Zeit. Der Freistaat Bayern kann mit Stolz auf die Bayerische Staatsbibliothek als zentrale Landesbibliothek verweisen, seit langem die größte Universalbibliothek im deutschsprachigen Raum. Die Bayerische Staatsregierung und der Landtag haben der Staatsbibliothek seit jeher einen hohen Stellenwert beigemessen als Stätte der Bewahrung und Pflege kulturellen Erbes sowie als Einrichtung wissenschaftlicher Forschung und beruflicher Arbeit und Fortbildung. Ich will aber auch die regionalen Staatlichen Bibliotheken von Aschaffenburg bis Passau, von Amberg bis Dillingen nicht unerwähnt lassen. Sie alle sind Bestandteile unserer bayerischen Bibliotheklandschaft. Sie bilden mit ihren kultur- und bildungspolitischen Aufgaben kulturelle Mittelpunkte ihres Einzugsbereiches.

Lassen Sie mich noch ein Wort zur Leseförderung sagen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist mir im flächendeckenden Netz von Büchereiangeboten, die im wesentlichen von freien Trägern und Kommunen gewährleistet werden, wofür ihnen großer Respekt gezollt werden soll, ein Anliegen, daß auch in bezug auf die Schulen die Sachaufwandsträger stärker dem Wunsch Rechnung tragen, daß die Bücherangebote, die Lektüremöglichkeiten wieder in die Klassenzimmer und Schulen hineingetragen werden. Dort wird das Kind zur Begegnung mit dem Buch als einer exemplarischen Hilfe zur Selbstfindung hingeführt.

(Staatsminister Zehetmair)

#### Kulturförderung:

Ich beginne mit der Förderung der außerschulischen Musikerziehung. In einer Zeit der Übergewichtung kognitiver Bereiche ist es ein unverzichtbarer Bestandteil der Förderung junger Menschen in ihrer Totalität, die nicht nur Geist, sondern auch Herz, Gemüt und Seele umfaßt, daß wir neben den Ausbaumaßnahmen bei den allgemeinbildenden Schulen gerade das Netz der Sing- und Musikschulen auszuweiten geholfen haben. Seit Verabschiedung des Bayerischen Musikplans im Jahre 1978 ist die Zahl der staatlich geförderten Sing- und Musikschulen von 117 auf 187, also um 60 Prozent, gestiegen. Der staatliche Zuschuß, der damals bei 1,95 Millionen DM lag, ist bis 1986 auf 5,5 Millionen DM angehoben worden. Für 1987 und 1988 ist im Staatshaushalt eine weitere kräftige Erhöhung des staatlichen Zuschusses vorgesehen, und zwar um jeweils 1,5 Millionen DM. Damit kann der Anteil des Staates an den Lehrpersonalkosten, der 1986 bei 8,5 Prozent lag, weiter angehoben werden und die ominöse 10-Prozent-Marke endlich übersteigen. Darüber bin ich sehr glücklich.

Eine der tragenden Säulen der Musikkultur in Bayern bildet die Laien- und Volksmusik. Sie wird durch staatliche Zuschüsse gefördert und hat in den vergangenen Jahren unbeschreibliche Aktivitäten entwickelt. Für Schulungsmaßnahmen der mehr als einer halben Million in Laienmusikverbänden Organisierten stehen die Musikakademien in Marktoberdorf für den südbayerischen Raum und in Hammelburg für den nordbayerischen Raum zur Verfügung. Hier wird, meine Damen und Herren, hervorragende Arbeit geleistet, cultura animi gelebt, die vom Ehrenamt getragen wird und durch unsere Mittel Anreize erfahren soll.

Ähnliches gilt für die Heimatpflege. Die Pflege des heimatlichen Kulturgutes und insbesondere die Förderung der dafür tätigen Verbände und Vereine sind eine wichtige Aufgabe der bayerischen Kulturpolitik, die zu einem großen Teil Kommunalpolitik, also Kulturpolitik vor Ort ist.

Die Pflege von Brauchtum und Trachten, von Mundart und Volkstanz, von Volksmusik und Heimatschauspiel ist nicht nur unter dem Gesichtspunkt sinnvoller Freizeitgestaltung, sondern viel mehr unter dem Aspekt der Wahrung unserer historischen und kulturellen Identität von Bedeutung.

(Beifall bei der CSU)

Um den Boden für solche Aktivitäten zu vergrößern, sollen die Fördermittel für die Heimatpflege in den beiden Jahren auf je 2,4 Millionen DM erhöht werden. Das bedeutet gegenüber 1986 eine Steigerung um rund 10 Prozent. Voraussetzung – um Sie zu beruhigen – für staatliche Zuschüsse werden weiterhin Echtheit und Bodenständigkeit des Kulturangebots sein.

(Sehr gut! bei der CSU)

Es ist erfreulich, daß Heimatpflege, Brauchtums-

pflege und Volkskultur ebenso wie landschaftsgebundenes Bauen und harmonische Entwicklung der Lebensräume in Einklang mit der Natur heute unter dem Zeichen des kulturellen Umweltschutzes wieder hoch im Kurs stehen. Manch alter Brauch, der längst in Vergessenheit geraten zu sein schien, wird wiederbelebt.

Wer diese Rückbesinnung auf Tradition, diese Suche nach Sinnhaftigkeit als bloße Rückwendung zur Vergangenheit, als Provinzialismus abtut, wer Volkskultur als Gegenpol zur Industriekultur oder Heimatpflege nur als antiurbane Kleintümelei abtut, der weiß nicht, meine Damen und Herren, was Heimat ist.

(Beifall bei der CSU)

#### Sport:

Der Sport hat eine wichtige Bedeutung für die bayerische Kultur. Die Bayerische Staatsregierung mißt ihm bei wachsender Freizeit und Zunahme von durch Bewegungsarmut bedingten Zivilisationskrankheiten einen hohen Stellenwert bei. Sport soll eine persönlichkeits- und gemeinschaftsbildende Kraft entfalten und damit auch Hilfe gegen Vereinsamung bieten, soll Freude bereiten und der Gesundheitsförderung dienen. Sport muß attraktive Angebote für alle Generationen, auch für die Senioren, bereithalten. Nicht zuletzt ist Sport ein Stück Jugendpflege, die beste Stütze der Jugendarbeit überhaupt. Die Schulsportwettkämpfe stoßen bei Schülern auf großes Interesse. Sie bilden eine ideale Ergänzung des Sportunterrichts, da sie in einer jugendgemäßen Form die Freude an der Leistung mit Persönlichkeitsschulung und Charaktererziehung verbinden. Für diese Ziele sollen die im Kultusetat für den Sport ausgebrachten Förderansätze ihren Beitrag leisten.

Der außerschulische Sport fand im Nachtragshaushalt 1986 eine beträchtliche Anhebung um 23,85 Millionen DM. Es war ein großer Erfolg, die Meßlatte gleich hoch halten zu können und damit gute Voraussetzungen für die Arbeit der Jahre 1987/88 wieder zu gewährleisten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dieser Haushaltsentwurf des Einzelplans 05 steht für eine moderne, zukunftsorientierte Bildungspolitik und für vielfältige Kulturförderung im Kulturstaat Bayern.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Er steht für Sicherung und Ausbau des Erreichten, für Niveau statt Nivellierung. Er bietet die Chance, neue Impulse in die Tat umzusetzen.

Bayerische Bildungs- und Kulturpolitik orientiert sich an den Bedürfnissen und Interessen der Bürger, an der Wahrung von Tradition und Brauchtum sowie an den Erfordernissen der Zukunft, kurzum: am Sinnvollen und Notwendigen statt an weltfremden Ideologien.

(Beifall bei der CSU)

Maßstab unserer freiheitlichen Bildungs- und Kulturpolitik ist der seine Freiheit und Verantwortung wahrnehmende Mensch, der sein Glück und seinen Platz im sozialen Ganzen finden soll. Bildung und Kultur in

(Staatsminister Zehetmair)

all ihrer Vielfalt sind zentrale Bereiche freiheitlicher Politik. Beide dienen dem gleichen Ziel: der Deutung der eigenen Existenz sowie der schöpferisch-kreativen Gestaltung der Lebenswelt.

Zum Schluß bleibt mir nur noch, sowohl dem Bayerischen Senat als auch dem Bayerischen Landtag und ihren jeweiligen Berichterstattern für ihre große Mühe und gründliche Arbeit bei der Beratung des Kultusetats zu danken. Insbesondere gilt mein Dank dem Haushaltsausschuß des Bayerischen Landtags für seine beachtlichen Nachbesserungen, die der bayerischen Kulturpolitik zusätzlichen Spielraum ermöglichen. Danken möchte ich auch dem Amtschef meines Hauses, den Haushaltsreferenten und allen Beamten des Finanz- und des Kultusministeriums, die an der Aufstellung des Haushalts fachkundig mitgewirkt haben. Auch den Bediensteten der nachgeordneten Behörden, vor allem in Regierungen und Schulämtern, gilt meine Anerkennung für ihre engagierte Mitarbeit. Vor allem gilt mein Dank und meine Anerkennung den fast 100000 Beschäftigten, die diesem Etat zugeordnet sind und die tagaus, tagein ihre Pflicht tun. Allzeit tatkräftige kollegiale Unterstützung habe ich von Herrn Staatssekretär Hans Maurer erfahren. Die gute Zusammenarbeit mit dem Nachbarhaus, das ja mit uns in einem Gebäude ist, mit Herrn Staatsminister Wild und Herrn Staatssekretär Goppel, hebe ich an dieser Stelle ebenfalls gerne hervor.

(Beifall bei der CSU)

Zum Schluß aber haben wir alle den bayerischen Steuerzahlern zu danken, die es durch ihre Arbeit und Steuermoral möglich machen, daß der Freistaat Bayern in diesem und im nächsten Jahr wieder weit über sieben Milliarden DM für Kindergärten und Schulen, Jugendpflege, Sport und Erwachsenenbildung, außerschulische Musikerziehung sowie Heimatpflege, Bibliotheken, Archive und öffentliche Büchereien sowie für kirchliche Zwecke ausgeben kann, um nur die Schwerpunkte meines Ressorts zu nennen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Seien Sie versichert: Jede Mark, die für Erziehung, Bildung und Kultur aufgewendet wird, ist eine lohnende Investition in die Zukunft. Sie ist gut angelegt. Schulen sind zwar keine Wertpapiere, die sich sofort verzinsen. Bildung ist aber ein Stück Lebensperspektive. Lassen Sie mich mit einem chinesischen Sprichwort schließen! Das heißt nicht, daß man als Mitglied der Staatsregierung immer ein chinesisches Sprichwort braucht, aber ich halte es für tief sinnig:

Wenn Du für ein Jahr planst, säe Korn;  
wenn Du für zehn Jahre planst, pflanze Bäume,  
wenn Du für ein Leben planst,  
dann erziehe und bilde Menschen.

Ich bitte Sie um Zustimmung zum Haushaltsentwurf 1987/88 des Kultusetats.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU)

**Präsident Dr. Heubl:** Meine Damen und meine Herren! Ich schlage Ihnen vor, die Sitzung jetzt zu unterbrechen und um 13 Uhr mit der Aussprache zu beginnen.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung der Sitzung: 12 Uhr 01 Minuten)

Wiederaufnahme der Sitzung: 13 Uhr 02 Minuten

**Zweiter Vizepräsident Dr. Rothmund:** Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder aufgenommen.

Ich eröffne die Aussprache. Der Ältestenrat hat eine Redezeitbegrenzung von vier Stunden und 35 Minuten festgelegt. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU zwei Stunden und zehn Minuten, auf die Fraktion der SPD eine Stunde und 30 Minuten und auf die Fraktion der GRÜNEN 55 Minuten.

Als erste Rednerin hat das Wort Frau Kollegin Meier.

(Abg. Hiersemann: Können wir nicht noch fünf Minuten zulegen? Das ist doch eine Zumutung angesichts der Leere des Saals!)

– Meine Damen und Herren, der Präsident trägt keine Verantwortung dafür, daß das Haus leer ist, sondern die Verantwortung liegt bei den Kolleginnen und Kollegen, möglicherweise liegt es auch an der Gaststätte, die unter Umständen den Ansturm nicht bewältigen kann. Aber im Blick auf die tatsächlich umfangreiche Tagesordnung sehe ich mich auch im wohlverstandenen Interesse aller nicht in der Lage, noch länger zuzuwarten. Außerdem, meine Damen und Herren, gehe ich zuverlässig davon aus, daß sich der Saal in den nächsten zehn Minuten füllen wird.

Frau Kollegin Meier, ich bedauere, daß Sie im Augenblick nicht mehr Zuhörer für Ihre Rede haben, Sie hätten sicher mehr verdient. Bitte beginnen Sie!

**Frau Meier Christa (SPD):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist nichts Neues für mich, daß bei bildungspolitischen Debatten der Plenarsaal nicht sehr gefüllt ist. Ich beziehe dies auch nicht auf meine Person, sondern auf das Gebiet insgesamt.

Meine Damen und Herren! Sie erinnern sich der Panne bei der ARD an Neujahr: Statt der diesjährigen Neujahrsansprache des Herrn Bundeskanzlers wurde die vom Vorjahr gesendet. Im Gegensatz zu dieser Verwechslung könnte ich meine Haushaltsrede vom 13. Dezember 1984 fast unverändert übernehmen.

Nach wie vor ist die Lage der Berufsschulen miserabel. Der Verband hat sich inzwischen zu lauterem Protestmaßnahmen entschlossen. Die Hauptschule siecht dahin. Die Gymnasien stöhnen unter zu großen Klassen. Sogenannte Anstellungsmöglichkeiten entpuppen sich in großer Zahl als ausbeuterische Stundenverträge.

In Bayern nichts Neues auf dem Wege zum modernsten Staat Europas. Wenn Sie, Herr Minister, sagten, die Ära der großen Reformen im Bildungswesen sei

(Frau Meier Christa [SPD])

vorbei, so muß ich Ihnen erwidern: In Bayern hat sie nie stattgefunden.

(Beifall bei der SPD)

Die Bildungs-, Schul- und Kulturpolitik der CSU-Regierung war und ist gekennzeichnet von Immobilität, Rückwärtsgewandtheit, Erstarrung nach innen und kleinlicher Rechthaberei nach außen.

(Erneuter Beifall bei der SPD)

Wie schon beim Haushalt 1985/86 müssen Sie sich fragen lassen, welchen Stellenwert Sie der Bildungs- und Kulturpolitik beimessen, wenn auch 1987 wieder der Gesamthaushalt mit 4,2 Prozent stärker steigt als der Kulturhaushalt mit mageren 1,5 Prozent und auch 1988 der Zuwachs mit 2,8 Prozent geringer ist als der Zuwachs des Gesamthaushalts mit drei Prozent.

Die regierende CSU ist nach wie vor aus ideologischen Gründen nicht bereit, die tatsächliche Situation des bayerischen Schulwesens nüchtern zu analysieren und entsprechende Folgerungen daraus zu ziehen.

Wie tibetanische Gebetsmühlen leiern Sie Ihre Formeln vom bewährten gegliederten Schulsystem Bayerns herunter, obwohl es kracht im Gebälk. Grundschullehrer klagen, daß der frühe Übergang nach der vierten Klasse Schatten wirft bis zu den Schulanfängern. Hauptschullehrern wird zur Gewißheit, daß ihre Schulart abgeschrieben ist. Deren schwindsuchtartige Auszehrung dokumentieren und antizipieren Sie selbst im Haushaltsplan durch Absenkung von zusammen 331 Stellen, 21 davon sogar um zwei Stufen; weitere 1129 k.u.-Stellen, künftig umzuwandeln, sind zur Absenkung vorgesehen. Die Stellenabsenkungen können nicht mit dem Geburtenrückgang erklärt werden, sondern nur mit der Flucht aus der Hauptschule. Wenn nur die damit gewonnenen Mittel für die davon betroffenen Schulen wieder eingesetzt würden! Aber die angekündigten 70 neuen Stellen im Volksschulbereich, 40 für 1987, 30 für 1988, sind Spiegelfechtereie in bezug auf Verbesserungen, wenn gleichzeitig planmäßig 224 Stellen im Jahr 1987 und 70 Stellen im Jahr 1988 einzogen werden oder sonstwie verschwinden.

Mit dem Geld könnten Sie wenigstens versuchen, die Lage der Hauptschule zu verbessern. Mit den bisherigen Maßnahmen der mißglückten neuen Stundentafel, der Veränderung des qualifizierenden Hauptschulabschlusses, der zögerlichen Einführung des Betriebspraktikums, wie es Nordrhein-Westfalen schon 1965, also vor 22 Jahren, eingeführt hat, vor allem mit der Verweigerung eines mittleren Abschlusses nach dem zehnten Schuljahr an der Hauptschule, wie ihn Nordrhein-Westfalen seit 1971 und inzwischen verpflichtend hat, wobei allein damit, mit der Einführung des zehnten Schuljahrs, Ihre ganze Lehrerbilanz im Vergleich zu Nordrhein-Westfalen nicht mehr stimmt, weil Sie Äpfel mit Birnen vergleichen, mit allen diesen halbherzigen Maßnahmen beschleunigen Sie nur die Agonie dieser Pflichtschule. Da helfen alle rhetorischen Pflichtübungen wie „Schick dein

Kind auf die richtige Schule“ und alle Broschüren des Kultusministeriums wie die in Neuauflage mit den Bildern des neuen Kultusministers und seines Staatssekretärs „Der richtige Weg für mich“ nichts.

(Zurufe von der CSU)

– Ja, ich weiß, die Broschüre ist alt, aber die Bilder sind neu.

54 Prozent aller Eltern wollen inzwischen das Abitur für ihr Kind. Sie haben trotz der anderslautenden Prognosen und der anderslautenden ministeriellen Propaganda gemerkt, daß das Gymnasium am längsten die Entscheidung über den Bildungsweg eines Kindes offen hält. Die Abstimmung mit den Fülßen geht deshalb weiter.

Daran hat auch das neue Papier der CSU nichts geändert. Es hat sich als das erwiesen, als was wir es von Anfang an gekennzeichnet haben: als Papiertiger, als Wahlkampfinstrument, als Ablenkung der interessierten Öffentlichkeit von den Mängeln, als Beruhigungsspiel für die Eltern, als Spielmaterial in Diskussionen mit Verbänden.

(Beifall bei der SPD)

In zahllosen Ausschußdebatten haben wir Ihnen Ihre eigenen Forderungen vorgehalten, haben an Ihrer Stelle entsprechende Anträge zur Verwirklichung gestellt, die Sie dann prompt abgelehnt oder durch eigene Wischiwaschi-Anträge, Prüfungsanträge oder eine Spezialsorte von CSU-Anträgen, „Möglichst-weiter-dafür-Sorge-tragen“-Anträge, konterkariert haben.

(Erneuter Beifall bei der SPD)

Geradezu niederschmetternd, zornregend oder schamrötetreibend sind jedoch die Vollzugsmittelungen des Ministeriums zu Ihren Folgeanträgen, so z. B. die Vollzugsmittelung vom 3. Juli 1986 zu Ihrem Antrag Schule und Hobby. Da stellt nämlich das Ministerium fest:

Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus betrachtet es als eine wesentliche, im allgemeinen Erziehungsauftrag der Schule begründete Aufgabe der Schule, über den stundentafelmäßigen Unterricht hinaus die vielfältigen und unterschiedlichen Freizeitinteressen der Schülerinnen und Schüler in das Schulleben miteinzubeziehen, soweit sie mit dem schulischen Bildungs- und Erziehungsauftrag in Einklang stehen.

Dann kommt wie üblich eine Aufzählung von Selbstverständlichkeiten, und schließlich kommt es knüppeldick, aber ehrlich:

Die Einrichtung weiteren Wahlunterrichts ist jedoch unter anderem davon abhängig, ob hierfür Lehrerstunden bzw. genügend Finanzmittel zur Verfügung stehen. Der lange Zeit hindurch bestehende Lehrermangel hat in der Vergangenheit starke Einschränkungen beim Wahlunterricht notwendig gemacht, da der Erteilung des Pflichtunterrichts Vorrang eingeräumt werden mußte. Für die Nutzung der Lehrerkapazitäten, soweit solche künftig durch den Schülerrückgang frei werden, wird neben einer Vermehrung des Wahlunterrichts

(Frau Meier Christa [SPD])

eine Reihe weiterer Forderungen und Vorschläge vorgebracht. Es wird deshalb von Bedeutung sein, welche Prioritäten hierbei gesetzt werden.

Das zu Ihrem Wischi-waschi-Beschluß zum Thema „Schule und Hobby“.

(Abg. Otto Meyer: Das ist eine ehrliche Antwort!)

Daß es auch anders geht, beweist eine Hauptschule mit knapp 500 Schülern in Neuß an der Gnadentaler Allee, die sich seit über fünf Jahren in Erprobung befindet. Ich zitiere aus der Zeitschrift „Bayerische Schule“, Heft 17/85; im Gegensatz zu Ihnen schauen sich die Fachleute das an und können dann auch darüber reden, nicht nur wie der Blinde von der Farbe:

Lebenspraktisch ausgerichtete Kurse, Freizeit- und Hobbygruppen in den Klassen 7 und 8 mit je zwei Stunden, in den Klassen 9 und 10 je drei Stunden nachmittags je Woche, zur Zeit rund 50 Aktivitäten an dieser einen Schule. Hier einige Beispiele: Bau eines Sonnenkollektors, Anlage eines Feuchtbiotops, „Wir richten ein Aquarium ein“, Meeresbiologie, „Wir bauen ein Biotop für Amphibien“, Babysitting, Fotografie, „Wir backen Brot“, Süßspeisen, Kochen mit dem Schnellkochtopf, Französische Küche, Kosmetik, „Es ist aufregend, eine Frau zu werden“, Ausbau eines Partykellers, Mofa-Reparaturkurs, Bau einer Biogas-Anlage, Gitarrespielen, Aufbau einer Schülerband, Kunststoffverarbeitung, Keramik, Schülerzeitung, High Fidelity, Elektronik für Anfänger ...

Etcetera etcetera. Der auffällige Wandel im Schülerverhalten wird damit erklärt; ich zitiere:

Erst als die Lehrer begannen, die Richtlinien kreativ auszudifferenzieren

– Das sollten sie sich mal bei uns erlauben, Richtlinien kreativ auszudifferenzieren!

und alternative Strukturen zu entwickeln, wie partnerschaftlichen Führungsstil, handlungsorientierten Unterricht, gruppenbezogenes Lernen, als sie ihre Schüler in Unterrichtssituationen mit eigenem Entscheidungsspielraum stellten und ihnen die Möglichkeit zu praktisch-handwerklichen Aktivitäten einräumten, erst dann begannen sich die Schüler für ihre Schule wirklich zu interessieren, zeigten sich motiviert und engagiert und nahmen ihre Schule als die ihre an. Seitdem gibt es keine Sachbeschädigungen und Wandbeschmierungen mehr.

Halten Sie sich daran! Was man in der Schule tut, soll man kreativ ausdifferenzieren. So die begeisterte Beschreibung einer nordrhein-westfälischen Hauptschule durch eine BLLV-Besuchergruppe.

(Abg. Otto Meyer: Denen haben sie halt eine Musterschule gezeigt!)

– Nein, fahren Sie mal in andere Schulen und schauen Sie sich das an.

Eine weitere Vollzugsmittelteilung betrifft die pädagogische Betreuung am Nachmittag.

Damit komme ich auch zu unserem Hausaufgabenbetreuungsgesetz. Ich zitiere aus der Vollzugsmittelteilung Drucksache 10/10907:

Dem Staatsministerium ist die Bedeutung einer pädagogischen Betreuung von Schülern am Nachmittag wohl bewußt. Eine solche Betreuung kann insbesondere Schülern, die in ungünstigen häuslichen Verhältnissen leben, eine Hilfe bei der Erfüllung ihrer schulischen Pflichten wie in der Gestaltung ihrer Freizeit bieten. Als ungünstige häusliche Verhältnisse, die einer entsprechenden Betreuung durch das Elternhaus entgegenstehen, sind anzuführen:

- zunehmende Berufstätigkeit auch der Mutter
- wieder typisch für die CSU, Ihr altes, automatisches Vorurteil: Wenn eine Mutter berufstätig ist, lebt das Kind in ungünstigen häuslichen Verhältnissen –
- wachsende Häufigkeit alleinerziehender Elternteile,
- ungünstige Wohnverhältnisse, die eine konzentrierte Arbeit für die Schule behindern,
- fehlende Möglichkeiten zu gemeinsamem Spiel und sozialen Kontakten als Folge des Rückgangs der Kinderzahlen und einer wenig kinderfreundlichen Umwelt.

(Abg. Frau Fischer: Stimmt alles!)

– Ja, das stimmt alles.

Hinzu kommen die ungünstigen Auswirkungen eines übermäßigen Medienkonsums an sich sowie die negativen Einflüsse, die von einem Teil der Medienangebote auf die geistige, charakterliche und psychische Verfassung des jungen Menschen ausgehen können.

Das war genau unsere Begründung für das Hausaufgabenbetreuungsgesetz! Da haben Sie alle diese Tatsachen abgestritten, obwohl Ihnen das Ministerium diese in einer Vollzugsmittelteilung zu einem Ihrer Anträge bestätigt.

Das Staatsministerium stellt dann fest, daß die pädagogische Betreuung von Kindern in der außerunterrichtlichen Zeit nicht originärer Auftrag der Schule, aber doch nicht ausgeschlossen sei.

(Zustimmung der Frau Abg. Stamm – Zuruf des Abg. Otto Meyer)

Nun aber wieder die Wahrheit, die in der Vollzugsmittelteilung steckt:

(Abg. Otto Meyer: Lesen Sie mal weiter, da kommt ein guter Vorschlag!)

– Ja, mache ich.

Im Beschluß des Bayerischen Landtags vom 3. Juli 1986 wird die Bayerische Staatsregierung ersucht, im Rahmen freier Lehrerkapazitäten für eine pädagogische Betreuung der Schüler am Nachmittag zu sorgen. Der Rückgang der Schülerzahl führt zwar dazu, daß gemessen an den derzeitigen un-

(Frau Meier Christa [SPD])

terrichtlichen Bedingungen an den Schulen in beschränktem Umfang Lehrerkapazitäten frei werden. Diese werden jedoch zum Teil im Hinblick auf andere Beschlüsse des Bayerischen Landtags vor allem dazu benötigt, die Erteilung des Pflichtunterrichts in allen Schulen und Jahrgangsstufen nach Möglichkeit sicherzustellen, die Klassenstärken abzubauen, eine Lehrerreserve zur Vermeidung vorübergehenden Unterrichtsausfalls zu bilden ... Für ein umfassendes Angebot, das auch eine Betreuung der Schüler bei Lernarbeiten und Freizeitbeschäftigung einschließt, stehen jedoch derzeit keine Lehrerkapazitäten zur Verfügung.

So wird Ihr „Freude-an-der-Schule“-Papier in die Wirklichkeit umgesetzt!

Ich erspare mir aus Zeitgründen und aus Rücksicht auf die Kolleginnen und Kollegen, die nach mir noch reden werden, das nächste Beispiel. Ich könnte auch noch anführen, wie Sie sich die Ausdifferenzierung der Hausaufgabenbetreuung vorgestellt haben. – Ich glaube, ich mach es doch.

Wir haben darüber im Ausschuß lang und breit diskutiert. Wir haben Ihnen gesagt: Was Sie da beantragen, ist ein Schmarrn, das ist ein reiner Schaufensterantrag.

(Zuruf von der CSU: Das ist ein unparlamentarischer Ausdruck!)

– Das ist bayerisch, das wird vom Herrn Präsidenten nicht gerügt. Sie wollen doch die Mundart und Heimat einbeziehen, dann erlauben Sie mir auch „Schmarrn“.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das Ministerium schreibt zu Ihrem Antrag, der eine Differenzierung enthält:

Problematischer ist eine Differenzierung bei Hausaufgaben, die die Übung und Vertiefung des behandelten Lehrstoffes zum Ziel haben. Eine Berücksichtigung dieses Prinzips scheint am ehesten in der Grundschule angesichts des dort oft vorhandenen breiten Spektrums von Begabungen sowie in der Sonderschule möglich und sinnvoll. Dagegen ist insbesondere in Realschulen und Gymnasien, die eine begabungsmäßig homogenere Schülerschaft aufweisen, eine unterschiedliche Aufgabenstellung im allgemeinen weder didaktisch naheliegend noch im Hinblick auf die zu erreichenden Lernziele zweckmäßig. Im Gegenteil könnten Beschwerden wegen einer eventuellen vermeintlichen Diskriminierung oder Überlastung auftreten, wenn einzelne Schüler, die intensiveres Üben nötiger haben als die übrige Klasse, mit umfangreicheren Hausaufgaben bedacht würden.

Das haben wir Ihnen alles gesagt, bevor Sie Ihren Antrag beschlossen haben, aber Sie wollten es anscheinend ministeriell bestätigt haben.

Auch den anderen Schularten verweigern Sie die Hilfen, die sie bitter nötig hätten. Die integrierte Reserve wird zögerlich aufgebaut, das Gymnasium in statu

nascendi einer gymnasialen Gesamtschule schlägt sich immer noch mit Klassen mit über 30 Schülern herum, das Versprechen Ihres Vorgängers, das er den jungen Gymnasiallehrern gegeben hat, mit dem Sie jahrelang hingehalten wurden, ist gebrochen worden. Sie, Herr Minister, haben es heute zurückgenommen mit Ihrer Feststellung, die Einstellungsmöglichkeiten würden in naher Zukunft so schwierig, daß selbst Spitzenbewerber oft nicht zum Zuge kommen werden. Die geringe Ausweitung bei den Planstellen haben Sie umgekehrt immer damit begründet, daß wenigstens die Spitzenbewerber eine Chance haben sollten. Das haben Sie heute zurückgenommen und damit junge Leute noch mehr in die Verzweiflung getrieben und ins Abseits gestellt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN –  
Widerspruch bei der CSU)

– Das stimmt.

Katastrophal ist schließlich die Lage bei den Berufsschulen: Eine kunterbunt zusammengesetzte Schülerschaft, Hauptschülerinnen und Hauptschüler mit und ohne Schulabschluß, Abiturienten, Sonderschülerinnen und Sonderschüler, Studenten und Studentinnen, die ihr Studium abgebrochen haben, 4000 Pflichtstunden Unterrichtsausfall pro Woche, Mehrarbeit, Klassen mit bis zu 40 Schülerinnen und Schülern im Teilzeitbereich.

Wer wie Sie als Allheilmittel gegen die „Bildungseuphorie der 70er Jahre“ – ein geflügeltes Wort von Ihnen – ständig die berufliche Bildung als Alternative preist, müßte hier seiner Verantwortung gerecht werden. Übrigens sollten sich auch manche Verbandsvertreter daran erinnern, daß sie ihre Mitglieder dieser von Ihnen gegeißelten Bildungseuphorie verdanken.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Wenn Sie, Herr Minister, auf die zweifelsohne wichtige Einführung des kooperativen Grundbildungsjahres für die Elektroindustrie im Jahre 1987 und für die Metallindustrie im September 1988 hinweisen, so verschweigen Sie dabei geflissentlich, daß die bayerische Metallindustrie mit diesem Konzept wie in den übrigen Bundesländern schon 1987 starten wollte, auf Bitten des Kultusministeriums aber ein Jahr zuwartet, weil die schulischen Voraussetzungen nicht erbracht werden können.

Nach wie vor ein Ärgernis sind trotz der jetzt geplanten Erhöhung die finanziellen Belastungen für die Blockschüler in Berufen mit landesweiten oder bezirksübergreifenden Sprengeln. Ich hoffe, daß der mutige Rosenheimer Meister, der jetzt eine Popularklage für seine Auszubildenden eingebracht hat, recht bekommt und erreicht, was uns mit unseren Anträgen jahrelang nicht gelungen ist.

(Frau Abg. Stamm: Das haben wir schon immer gesagt!)

– Ja, schon immer gesagt, aber nicht zugestimmt. Das ist der Unterschied. Sagen kann man viel.

(Frau Meier Christa [SPD])

(Beifall bei der SPD)

Hie Allgemeinbildung, da berufliche Bildung – lassen Sie mich an dieser Stelle einmal grundsätzlich den Begriff der Allgemeinbildung auch im Zusammenhang mit dem Gezänk um Kollegschulen und doppelqualifizierende Abschlüsse hinterfragen.

In den letzten 100 Jahren hat sich der Bildungsbegriff des Gymnasiums – allerdings unter dem Druck der realen Verhältnisse, wie ich betonen möchte, Herr Minister – gewandelt und damit auch das, was gemeinhin von denen, die sie zu besitzen glauben, als Allgemeinbildung akzeptiert wird. Das nur als kleine Replik auf Ihren Vorwurf des Mißbrauchs von Bildung und Erziehung und Erziehung zur Gesellschaftsveränderung; das schafft die Schule nicht.

Unter dem Druck der realen Verhältnisse hat sich also der Bildungsbegriff des Gymnasiums geändert. War es für das klassische Gymnasium zunächst undenkbar, neben den alten Sprachen auch die sogenannten neuen Sprachen als ebenbürtig anzuerkennen, so gab es neuerliche Kämpfe, als – welch ein Sakrileg – den naturwissenschaftlichen Disziplinen Eingang ins Gymnasium verschafft werden sollte. Allein an den Bezeichnungen der verschiedenen Bildungseinrichtungen läßt sich dieses Ringen um Bildungsinhalte ablesen: Gymnasium, Realgymnasium, Oberrealschule; Universität, Technische Hochschule, Technische Universität; Gewerbeschule, Bauschule, Polytechnikum, Fachhochschule; Lehrerbildungsanstalt, Pädagogische Hochschule, Erziehungswissenschaftliche Fakultät an den Universitäten. Aus Aschenputteln werden Königinnen.

(Beifall des Abg. Hiersemann)

Und da meinen Sie, man müsse am Allgemeinbildungsbegriff des 19. Jahrhunderts nach wie vor festhalten.

Deutsch, eine fortgeführte Fremdsprache, Mathematik, eine Naturwissenschaft und Geschichte als Kern des Abiturs. So ähnlich sah auch mein Abitur 1961 aus. Ich bin also jetzt nach Ihrer Terminologie allgemeingebildet.

(Abg. Eykmann: Das merkt man sogar! – Wortwechsel zwischen Abg. Eykmann und Abg. Hiersemann)

– Hören Sie nur zu. Trotzdem fühle ich mich im Hinblick auf Personal Computer und Computersprachen wie Pascal und Basic als informationstechnische Analphabetin und reichlich antiquiert in Bezug auf Bits und Chips und Cruise missiles und Star-War und Atrazin und Ribonukleinsäure und künstliche Intelligenz.

(Zuruf von der CSU: Das hätten Sie aber schon lernen müssen!)

Was ist Allgemeinbildung? Bildung zum Leben, zum Überleben. Wäre es nicht an der Zeit, im Interesse der Jugend, die mit der ihr vermittelten Bildung die nächsten 30, 40 Jahre Berufsleben und Teilnahme am Leben der Gesellschaft als kritische selbstbestimmte

Staatsbürgerinnen und Staatsbürger bewältigen muß, diesen Begriff der Allgemeinbildung neu zu definieren?

(Zustimmung des Abg. Karl-Heinz Müller – Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Otto Meyer)

– Gut, dann sind wir weiter, aber sagen Sie, ob Sie in zwei Sekunden auch noch zustimmen. Wäre es also nicht an der Zeit, diesen Begriff der Allgemeinbildung neu zu definieren beziehungsweise den Faden aufzunehmen, den die Kultusministerkonferenz und die Bildungskommission des Deutschen Bildungsrates so trefflich gesponnen haben? Ich zitiere mit Genehmigung des Herrn Präsidenten:

Einführender Bericht zur Vereinbarung der Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe in der Sekundarstufe II vom 18. Dezember 1972

Wer nämlich heute Abitur macht, dem bleibt wenig anderes und nichts Besseres zu tun übrig, als zu studieren. So die Feststellung der Bildungskommission, die eine weitgehende organisatorische und curriculare Zusammenführung von allgemein- und berufsbildendem Schulwesen in der Sekundarstufe II empfiehlt, deren Abschlüsse den Zugang zum Hochschulbereich, zu anderen Ausbildungsgängen und zum Berufsleben eröffnen.

– Das war 1972.

Die vorgeschlagene Studentafel für ein gymnasiales Oberstufencurriculum enthält demgemäß 24 Stunden für Pflichtfächer eines Grundkanons sowie 10 Stunden für Wahlfächer, in denen der Schüler die Bereiche der Pflichtfächer vertiefen oder neue Fächer wählen kann, die in mehr studien- oder praxisbezogenen Kursen angeboten werden sollen. Sowohl unter den studienbezogenen (Wirtschaftslehre, Technologie, Statistik und andere) wie unter den praxisbezogenen Wahlfächern (Wirtschaftsmathematik, Datenverarbeitung, Einführung in das Recht, Technisches Zeichnen und andere) werden Bereiche genannt, die den bisherigen gymnasialen Fächerkanon überschreiten. In Zusammenarbeit von Schule und Hochschule

– denken Sie an die Studienreformkommissionen, die immer noch vor sich hinschlafen und inzwischen abgeschafft werden –

sollen studienspezifische Leistungsgebiete für bestimmte Studiengänge festgelegt werden. Auch die für die Übergänge an andere Hochschulen, in die Berufsausbildung oder Berufspraxis erforderlichen Leistungsgebiete und Leistungsgrade sollen von der Schule in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Partnern erarbeitet werden.

Die KMK stellt 1972 fest:

Schon jetzt ermöglicht die vorliegende Vereinbarung die Einbeziehung bestimmter Formen beruflicher Gymnasien; und weiter: „hier in der gymnasialen Oberstufe ist auch der Platz, neue Fächer vor allem des technischen und wirtschaftlichen

(Frau Meier Christa [SPD])

Bereichs in das gymnasiale Curriculum einzuführen und so in pragmatischer Weise die Kooperation von allgemeinen und berufsbezogenen Bildungsgängen einzuleiten und eine mögliche spätere Integration zu erproben.“ Das war der Vorspann. Nachdem Sie sich beschwerten, wenn andere die KMK-Vereinbarungen nicht halten: In der Vereinbarung selber, die nach wie vor gültiges Recht ist, heißt es: Eine so gestaltete Oberstufe ist einerseits ein Weg zur Hochschule, indem sie die Studierfähigkeit vermittelt, andererseits ein Weg in die berufliche Ausbildung oder Tätigkeit.

Diese Vereinbarung ist auf den Bereich der gymnasialen Oberstufe beschränkt. Die Neugestaltung schafft jedoch die organisatorischen Voraussetzungen, um den bisherigen curricularen Bereich des Gymnasiums zu erweitern und die Kooperation von allgemeinen und berufsbezogenen Bildungsgängen zu erproben. Das Modell ist offen für die Aufnahme berufsbezogener Fachrichtungen im Sinne der Empfehlungen der Bildungskommission des Deutschen Bildungsrates für die Sekundarstufe II.

Die von Ihnen gescholtene, ja zuweilen verunglimpfte Kollegschule hat hier ihre Wurzeln. Bayern entfernt sich von diesen Vereinbarungen mit polemischer Begleitmusik; auch in Verkennung der Realität, daß heute das Abitur zunehmend nicht mehr schnurstracks in die Hochschule führt, sondern viele Abiturientinnen und Abiturienten in einen Beruf oder eine berufliche Bildung einsteigen.

„Bayern auf dem Weg zum modernsten Staat Europas“, so verkündete der Ministerpräsident. Silicon-Valley an der Isar, Informationstechnik, Waffenschmiede, Innovation. Fortschritt im Sinne der Höherentwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft als Rollenzuweisung für Bildung, wie Sie, Herr Minister, kühn zu verkünden beliebten: Ist das tatsächlich Ihre Vorstellung von der Rolle der Bildung? Eine Höherentwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft allein?

Innovation im bayerischen Bildungswesen – Fehl-anzeige. Wo sind die Schulversuche zur Kombination allgemeinbildender und beruflicher Inhalte?

(Starker Beifall bei der SPD)

Das wäre Innovation. Nicht nur in robotergesteuerten Fabriken. Wo sind also die Schulversuche für integrierte Modelle in verschiedenen Bereichen, zum Beispiel auch in der Behindertenpädagogik? Spezielle Hilfen ja, Schonklima ja, aber doch kein lebenslanges Getto von einer Sondereinrichtung in die nächste Sondereinrichtung,

(Beifall bei der SPD)

vom pädagogischen Sonderkindergarten bis zur pädagogisch unterstützten lebensbegleitenden Werkstätte immer nur in Sondereinrichtungen. Modellschulen in Zusammenarbeit mit den Erziehungswissenschaftlichen Fakultäten. Wo gibt es denn in Bay-

ern so etwas wie eine Laborschule Bielefeld? Wenn wir eine einzige hätten, wären wir glücklich.

(Abg. Otto Meyer: Haben wir doch!)

– Wo denn? Wo denn, wo denn? Und dann alles immer korreliert und wissenschaftlich begleitet von einem Institut, das dem Ministerium unterstellt ist und nicht frei forschen kann.

(Zustimmung bei der SPD)

Sechsjährige gemeinsame Schule: Hier ist Ihr Ruf nach Ruhe und innerer Festigung ein Ruf, der sich in den Ohren der Eltern gut anhört. Demgegenüber die Wirklichkeit: Schule als Reparaturbetrieb der Gesellschaft. Oft ohne entsprechende Vorbereitung werden die Schulen durch immer neue Aufträge überlastet mit Bindestrichwissenschaften und Bindestrichpädagogik: Friedens-Erziehung, Musik-Erziehung, Medien-Erziehung, Gesundheits-Erziehung, AIDS-Aufklärung. Wir geben ja zu, daß jeder dieser Bereiche für sich wichtig ist, bis hin zum Überleben, aber Lehrer und Schulen befinden sich oft in der Situation des Wettlaufs zwischen Hasen und Igel in atemloser Aufholjagd.

(Abg. Eykmann: Jetzt machen Sie die Lehrer nicht so schlecht!)

– Sie holen ja auf, aber wie! In atemloser Aufholjagd!

(Abg. Otto Meyer: Und Sie stellen im Landtag die entsprechenden Anträge!)

Kaum ist das eine Problem gelöst, produziert die Gesellschaft einen neuen Kopf der Hydra, und die Schule soll sie bekämpfen.

(Beifall bei der SPD – Frau Abg. Fischer: Wer ist denn schuld?)

Die insgesamt nicht einfache Lage der Schulen wird nun noch zusätzlich durch ein besonders übles Kapitel belastet. Das Ansehen der Lehrerschaft und das Klima in den Schulen wird zusehends geschädigt durch das polemische Wort von den „linken Lehrern“. Zum Halali geblasen auf die linken Lehrer und letztendlich auf den ehemaligen Kultusminister, den Abgeordneten Hans Maier (Günzburg) – jetzt hätte ich beinahe wieder einen bayerischen Ausdruck gebraucht – hatte ein besonders feines Produkt bayerischer Erziehung, nämlich Michael Schottenhamel, bis vor kurzem Vorsitzender der CSU-nahen Schülerunion.

(Abg. Dr. Rost: Jetzt wird es aber polemisch! – Frau Abg. Stamm: Das haben Sie doch gar nicht nötig!)

– Haben Sie schon einmal solche Töne von einem 19- oder 20jährigen gehört? Das ist ein feines Produkt bayerischer Erziehung, wirklich!

(Zustimmung bei der SPD)

Wenn wir als Opposition solche Töne gebrauchten, möchte ich nicht hören, was Sie sagen würden.

Der Ministerpräsident des Freistaates Bayern griff solche Denunziationen gerne auf. „Diese linken Lehrer, da muß etwas geschehen, du tust zu wenig“, so tönte

(Frau Meier Christa [SPD])

es im Kabinett. Eine negative Stimmung an den Schulen gegen die Staatsregierung wurde ausgemacht; das Mammutministerium mußte geteilt werden.

Der Neue, Hans Zehetmair, wußte, was sich gehört: Mores, Sitten müssen den bayerischen Lehrern beigebracht werden, besonders denen, die von den Segnungen der Kernenergie und der Wiederaufarbeitungsanlage trotz diverser Anzeigenflut der Staatsregierung, finanziert auch mit den Steuergeldern der Unbotmäßigen, immer noch nicht überzeugt sind.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Besonders die Oberpfälzer Lehrer und Richter müssen sich seitdem in acht nehmen. Unterschriften unter privat finanzierten Anzeigen werden aufmerksam registriert,

(Abg. Otto Meyer: Soll doch wohl auch, sonst wären sie nicht da!)

ebenso wie die Teilnahme an religiösen Andachten, das ist inzwischen auch gefährlich. Abiturzeitungen werden zur „Informationsquelle“ für eventuelle kulturministerielle Maßregelungen. Wie weit haben wir es doch gebracht!

(Zustimmung bei der SPD)

Abiturzeitungen als Belege für unbotmäßiges Verhalten von Lehrern! Bespitzelung in einem Ausmaß, das mit freiheitlicher Erziehung nichts mehr zu tun hat!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN –  
Abg. Dr. Wilhelm: Melodrama!)

„Toleranz statt Konfrontation“, so verkündet Punkt 10 des Erfolgs- und Freude-Papiers. Als Maßnahmen geben Sie an:

Objektive Behandlung politischer Themen, Erlernen und Üben demokratischer Grundtugenden wie Informieren, Zuhören, Diskutieren, Argumentieren, Wortmeldung, Antragstellung, Wählen,

– das alles könnte das Parlament eigentlich auch einmal gut lernen –

Tolerierung von Mehrheitsentscheidungen, Anerkennung von Minderheiten.

(Abg. Spitzner: Siehe Hans Hartl,  
Tolerierung von Minderheiten bei der SPD! –  
Heiterkeit bei der CSU)

gründliche und objektive Information bei der Behandlung von in der Öffentlichkeit aktuell diskutierten Themen (z. B. Gewinnung von Kernenergie, Endlagerung, Wiederaufarbeitung, Gentechnologie, neue Medien) die Altersstufen sind pädagogisch zu berücksichtigen.

Dazu stehen wir; das können wir alles unterschreiben. Wir fordern Sie aber auf, an bayerischen Schulen nach Ihren eigenen Anweisungen zu handeln. Wir wollen Informationen von DWK und Heidelberger Institut und Bund Naturschutz, nicht nur Informationen von der DWK und eine kostenlose, von der DWK finanzierte Fahrt nach La Hague.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir wollen an den Schulen Information durch Kernkraftbefürworter und Kernkraftgegner, von Jugendoffizieren und Zivildienstleistenden,

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Reden des Ministerpräsidenten und von Günter Gaus aus den Kammerspielen, nicht nur die eine.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

„Die bayerischen Schulen vermitteln in einer wertbezogenen Erziehung Kenntnisse. Sie indoktrinieren nicht und sind parteipolitisch neutral, denn die Schule gehört keiner Partei.“ Dahinter stehe auch ich. Das hat auch der ehemalige Kultusminister, der ungeteilte, in seiner Haushaltsrede am 13. Dezember 1984 festgestellt und von uns Beifall bekommen. Dafür sind wir auch.

(Beifall bei der SPD)

Dies hat unsere Unterstützung. Dann aber bitte keine CSU-Einladungen mehr an Schulen,

(Zustimmung bei der SPD)

keine Schullaufbahnberatung von CSU-Kreisverbänden zusammen mit dem Schulamt und mit Studiendirektoren, wie jetzt erst wieder geschehen. Wo ist denn da die Neutralität?

(Zustimmung bei der SPD – Zurufe von der CSU: Wo ist denn das gewesen?)

– Vor zwei Wochen ist das wieder vorgekommen; der Kollege wird das dann darstellen, weil wir dazu eine Anfrage stellen wollen.

(Weitere Zurufe von der CSU – Unruhe –  
Glocke des Präsidenten)

Herr Minister, Sie sollten gerade in diesem Zusammenhang die neuen Beurteilungsrichtlinien noch einmal überdenken. In seltener Einmütigkeit, Herr Spitzner, das ist für Sie auch interessant, lehnen alle Verbände – KEG, BLLV, GEW – die jetzige Fassung ab. Die Beteiligung des Schulleiters an der Beurteilung der Lehrerinnen und Lehrer wird übereinstimmend als Störung des bisherigen Vertrauensverhältnisses empfunden. Die Formulierungen, die Sie gebrauchen, rufen den Eindruck hervor, als würden vor allem negative Feststellungen erwartet. Sie sagen:

Vor Durchführung des ordentlichen Schulbesuchs holt der Schulrat eine kurzgefaßte schriftliche Äußerung des Schulleiters zum dienstlichen Verhalten des Lehrers ein. Diese Äußerung bezieht sich auf Bereiche der Tätigkeit des Lehrers, die ihrer Art nach der Beobachtung durch den Schulleiter außerhalb der Unterrichtstätigkeit unterliegen, wie z. B. die Zusammenarbeit des Lehrers mit der Schulleitung und den übrigen Lehrern bei der Erfüllung der Aufgaben der Schule, die Übernahme und Erledigung außerunterrichtlicher dienstlicher Aufgaben, das Verhalten des Lehrers zu den Eltern, die Art und Weise seiner Dienstleistung wie Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit und Einsatzbereitschaft. Die Anhörung des Schulleiters bietet selbstverständlich auch die Gelegenheit, dem

(Frau Meier Christa [SPD])

Schulrat positive Leistungen des Lehrers in diesem Bereich zur Kenntnis zu bringen.

Da wird unterschwellig unterstellt, als wäre im Grunde genommen sehr viel Negatives zu berichten. Und dann kann der Schulleiter selbstverständlich, wenn er mag, auch noch etwas Positives sagen.

(Widerspruch bei der CSU)

– Das sage nicht ich, das kritisiert die KEG. Lesen Sie's nach!

(Hört, hört! bei der SPD)

In demselben Absatz heißt es unter (5): „Die Äußerungen des Schulleiters werden zu den Vorgängen genommen.“

Da fragt die KEG, ob es neben den Personalakten „Vorgänge“ gibt. Entweder ist das zu den Personalakten zu nehmen oder nirgendwo hinzunehmen, aber nicht zu den „Vorgängen“.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ziffer 7 der Richtlinien lautet:

Die dienstliche Beurteilung wird vom fachlichen Leiter des Staatlichen Schulamtes erstellt. Der fachliche Leiter des Schulamtes kann diese Befugnis allgemein oder für bestimmte Schulorte, Schulstunden oder Unterrichtsgebiete weiteren Schulräten des Schulamtes übertragen.

Jetzt kommt der kritische Satz:

Der Landrat oder der Oberbürgermeister als rechtlicher Leiter des Staatlichen Schulamtes kann die dienstliche Beurteilung in außerschulischer Hinsicht ergänzen.

(Abg. Karl-Heinz Müller: Das ist das letzte! –  
Abg. Hiersemann: Warum eigentlich nicht der Apotheker?)

Die Begründung der Katholischen Erziehergemeinschaft, die fordert, diesen Satz zu streichen, lautet:

Auf diese Weise wird ausgeschlossen, daß die Beurteilung zum Beispiel durch parteipolitische Überlegungen beeinflußt werden kann.

(Abg. Karl-Heinz Müller: Sehr richtig!)

Die Beurteilung eines Beamten sollte sich wirklich nur auf seine Eignung, Leistung und Befähigung erstrecken.

– So weit die KEG.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Dem ist nichts hinzuzufügen, außer Sie wollen, daß das, was wir einmal als geistliche Schulaufsicht hatten, wieder entsteht, allerdings als säkularisierte Schulaufsicht.

(Beifall bei der SPD – Abg. Hiersemann:  
Eine Parteibuchwirtschaft ist das!)

Uns sind ja auch einige Fälle bekannt, in denen Schulleiter ernannt wurden, obwohl der Personalrat immer

wieder Einspruch erhoben hatte, weil eben das Parteibuch eine Rolle gespielt hat. Dem wird durch solche Beurteilungen noch Vorschub geleistet.

Auch wenn Sie schon lange mit absoluter Mehrheit in diesem Land regieren,

(Abg. Hiersemann: Viel zu lang!)

sollten Sie im Interesse der Demokratie noch das Gespür dafür aufbringen, daß Beamte, ob Richter, ob Lehrer, auf den demokratischen Staat und auf die Verfassung vereidigt sind, aber nicht auf eine Regierungspartei und nicht auf eine bestimmte Regierungspolitik.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir alle sollten unabhängig von unserer Parteizugehörigkeit froh sein, daß sich Beamte heute als mündige Staatsbürger begreifen, die wohl zu unterscheiden wissen zwischen ihren Rechten als Staatsbürger und ihren Pflichten gegenüber dem Dienstherrn, aber auch der Verpflichtung auf den demokratischen Staat. Nicht immer war das so eindeutig.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Lassen Sie mich, da gerade die Oberpfalz durch politische Setzung zu einem Brennpunkt widerstreitender Meinungen geworden ist, einen jungen Oberpfälzer Mundartdichter, Harald Grill, zitieren!

(Abg. Dr. Fischer: Der ist bekannt!)

– Es freut mich, daß er auch Ihnen bekannt ist.

(Abg. Hiersemann: Er ist kein  
CSU-Mitglied!)

Er ist es aber wahrscheinlich aus Unterschriften unter bestimmten Anzeigen.

(Zurufe von der CSU: Grün!)

– Herr Oberpfälzer Kollege, würden Sie bitte zuhören! Das Gedicht heißt:

Wie s d as machst is s verkehrt

hinterm wind nachelaufa  
da machst di zum kasperl

vorm wind herlaufa  
da machst di mit schuldig

gegan wind orenna  
des kaannt da  
dei gnaack brecha

vielleicht  
flach am bodn hilegn  
nix hörn  
nix sagn  
nix wissn

dann  
tatschn s di zamm  
de wo gegan wind orennan  
de wo vorm wind herlaufen  
de wo hinterm wind nachelaufan

(Frau Meier Christa [SPD])

Damit möchte ich alle Lehrerinnen und Lehrer zum aufrechten Gang aufrufen,

(Lebhafter Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

sie unterstützen und allen danken, die unbeirrt von schriller Begleitmusik zum Wohl der ihnen anvertrauten Kinder und Jugendlichen nach bestem Wissen und Gewissen arbeiten

(Abg. Otto Meyer: Zum Wohl der SPD!)

trotz Schwierigkeiten und Fähnissen und trotz unangekündigter Schulbesuche durch den jetzigen Kultusminister wie weiland durch Friedrich Wilhelm I. von Preußen, der statt der „Richtlinien für die dienstliche Beurteilung der Lehrer an Volksschulen“ gleich seinen Krückstock zur schmerzhaften Beurteilung seiner Beamten einsetzte.

(Abg. Dr. Wilhelm: Das ist schon ein kleiner Unterschied!)

Erziehung als Lebenshilfe für die Hauptschule, so haben Sie heute gesagt, geistige Orientierung für das Gymnasium. Die späten fünfziger Jahre lassen grüßen. Optimismus und positive Weiterführung als Rezepte für die Schule des ausgehenden 20. Jahrhunderts! Freude im Herzen und ein Lied auf den Lippen, Hans Zehetmair im Glück seines neuen Amtes, das ist uns zu wenig für den Bildungsbereich.

(Beifall bei der SPD – Abg. Franzke: Wird heute nicht gesungen?)

Angst vor neuen Ideen, ein Leistungsbegriff, der den einzelnen immer nur wahrnimmt im Vergleich zu anderen, als Konkurrenten und damit als Neben- und nicht als Mitmenschen, der das Individuum und seine ihm eigenen Möglichkeiten gering achtet im Messen an vorgegebenen abstrakten Kategorien. Ein technisch-materialistischer Leistungsbegriff wird den gesellschaftlichen Veränderungen und neuen pädagogischen Erkenntnissen nicht gerecht.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Leistung ist Bildung zum Menschen. Erziehung und Bildung in sozialdemokratischem Verständnis sind kritische Instanz der Gesellschaft und leisten individuelle Hilfestellung zur je individuellen Menschenbildung. Reagieren nur innerhalb gesellschaftspolitischer Vorgaben ist pädagogischer Rückschritt, besonders in einer Welt, deren Hauptkonstante ein sich ständig beschleunigender, rasanter Wandel von Wissen, Werten und Lebensformen ist. Danke schön!

(Anhaltender Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Dr. Rothmund:** Das Wort hat Herr Kollege Otto Meyer!

**Meyer Otto (CSU):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst ein Wort zur Rede des Kultusministers allgemein! Ich meine, er

hat heute mit seiner Rede einen guten Einstand hier im Hause gehabt.

(Beifall bei der CSU – Abg. Hiersemann: Ich muß sagen, der Ausstand des alten war besser! – Abg. Franzke: Das war früher besser!)

Im Vordergrund standen Fragen der Innovation unserer Schule und pädagogische, erzieherische Fragen; mit ihnen hat er auch begonnen. Er hat auf weitere innere Erneuerungen der Schule hingewiesen. Er hat aber auch die Konsequenzen, die sich aus den Entwicklungen der Gesellschaft ergeben, voll und ganz in sein Konzept einbezogen. Ich meine, Herr Staatsminister, mit der Rede, die Sie heute gehalten haben, können Sie leben, und mit dieser Rede kann auch die CSU leben.

(Frau Abg. Christa Meier: Vor allem Sie, Herr Meyer! – Abg. Hiersemann: Sie müssen damit leben!)

Ihnen von der Opposition kann ich nur sagen: Sie müssen halt damit leben.

(Abg. Zierer: „Die CSU kann damit leben“ ist aber ein karges Lob! – Weitere Zurufe)

Jetzt ein paar Bemerkungen zur Opposition:

Liebe Frau Kollegin Meier! Es ist natürlich ein großer Unterschied, ob man in der Opposition kritisiert und große Forderungen stellt oder selbst in der Regierungsverantwortung steht.

(Frau Abg. Christa Meier: Ich habe Ihre Anträge zitiert!)

Nachdem Sie von der SPD uns schon verschiedentlich Nordrhein-Westfalen als Muster vorgehalten haben – von den GRÜNEN werden wir nachher sicherlich etwas Ähnliches hören –, muß ich doch fragen, ob Sie überhaupt registriert haben, was sich bildungspolitisch in Bayern tut. Mir scheint, Frau Kollegin Meier, daß Sie vieles von dem, was Sie an kritischen Tönen von sich gegeben haben, eigentlich an die Adresse Ihrer Genossen und Genossinnen in Nordrhein-Westfalen, die Sie zitiert haben, hätten richten müssen.

(Beifall bei der CSU – Abg. Dr. Wilhelm: Sehr richtig! – Frau Abg. Christa Meier: Wir sind in Bayern!)

Dort sind nämlich im Haushalt 1987 über 18 000 Stellen als „künftig wegfallend“ vorgemerkt;

(Abg. Dr. Wilhelm: Gespenstisch!)

über 11 000 Lehrerstellen sind dort seit 1982 eingespart worden. Damit wird die Zahl der Lehrerstellen in Nordrhein-Westfalen gegenüber 1982 um fast 30 000 zurückgehen. Im Jahre 1986 wurden in Nordrhein-Westfalen ganze 225 Lehrer eingestellt, und diese haben nur Zweidrittelverträge bekommen, so daß insgesamt nur 150 Planstellen besetzt wurden. Dagegen – das hat der Kultusminister dargestellt – sind in Bayern 1700 Lehrer auf Planstellen eingestellt worden, und 700 haben befristete Aushilfsverträge bekommen.

(Meyer Otto [CSU])

Ihnen, Frau Kollegin Meier – ich möchte da gleich die GRÜNEN mit ansprechen, mit denen die SPD in Hessen ja eine Koalition gebildet hat und wieder bilden möchte –, darf ich sagen: Diese Koalition hat bis zum heutigen Zeitpunkt nicht einmal bewirken können, daß es in Hessen ein Kindergartengesetz gibt. In Hessen sind diesbezügliche Gesetzesvorschläge der CDU immer abgelehnt worden. Wir hatten im Jahr 1986 220 Millionen DM an Personalkostenzuschüssen und steigern diese jetzt im Haushalt um 14 Prozent auf 251 Millionen DM, wobei die 18 Millionen DM, die wir für Investitionen ausgeben, noch gar nicht mit einbezogen sind. Davon sollten Sie reden, wenn Sie Vergleichszahlen bringen, wie die Situation der Lehrer dort ist und wie die Situation in vielen anderen Bereichen, wo Bayern vorbildlich ist, eben in Nordrhein-Westfalen nicht ist.

Dank unserer engagierten politischen Anstrengungen zur Verbesserung der Beschäftigungssituation liegen die Einstellungsmöglichkeiten für Lehrer in Bayern weit über dem Bundesdurchschnitt. Die Lehramtsbewerber in vielen anderen Bundesländern würden sich glücklich schätzen, hätten sie die gleichen Anstellungschancen in ihren Ländern wie ihre bayerischen Kollegen hier.

(Beifall bei der CSU)

Die Christlich-Soziale Union ist die einzige Regierungspartei eines Landes, die sich in einem bildungspolitischen Positionspapier darauf festlegte, trotz zurückgehender Schülerzahlen keine weiteren Planstellenkürzungen vorzunehmen. Dies wird im Doppelhaushalt nicht nur gehalten, sondern die Staatsregierung schlägt in ihrem Haushaltsentwurf sogar die Schaffung von 150 neuen Planstellen für Lehrer vor. Meine Fraktion ging darüber sogar noch hinaus und beschloß zusätzlich Mittel für 40 Aushilfslehrkräfte an Berufsschulen sowie die Aufstockung der Mittel für Aushilfskräfte an Gymnasien um 1,2 Millionen DM auf jetzt 24,2 Millionen DM. Wenn Sie kritisieren, daß die beruflichen Schulen mit Priorität behandelt werden müßten, dann kann ich das nur unterstreichen. Ich bitte aber auch, die Realität zu sehen. Seit ich hier im Landtag der kulturpolitische Sprecher meiner Fraktion bin, sind die Ausgaben für die Schulen insgesamt um etwa 400 Prozent gestiegen, die Ausgaben für die Berufsschulen um mehr als 800 Prozent. Das ist doch ein deutliches Zeichen dafür, daß wir Prioritäten setzen, auch wenn man selbstverständlich nicht alles auf einmal machen kann.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des  
Abg. Engelhardt)

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition! Die Bedeutung der Nichtkürzung von Lehrerplanstellen und der zusätzlichen Lehrerplanstellen wird besonders dadurch unterstrichen, daß die Zahl der Schüler in diesem Schuljahr um 38 000 zurückgegangen ist. Man kann jetzt natürlich die Rechnung aufmachen und sagen: 38 000 Schüler entsprechen etwa 2000 Lehrern. Das ist aber eine Milchmäddenrechnung, weil geringere Schülerzahlen in

der Klasse, zusätzliche Unterrichtsangebote usw. nicht berücksichtigt sind. Aber selbst wenn man dies berücksichtigt, könnte man natürlich wie in anderen Ländern sagen: Von den 2000 Lehrern könnten wir doch wenigstens 500 oder 1000 einsparen, die müßten dabei doch immerhin herausspringen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! So wird in Bayern nicht verfahren. Obwohl die Schülerzahl in Bayern um 38 000 zurückgeht, wird keine einzige zusätzliche Planstelle abgezogen, sondern zur Senkung der Klassenstärken verwendet, für den Aufbau integrierter Lehrerreserven an Realschule und Gymnasium und zusätzliches Angebot von Wahlunterricht und Neigungskursen. Nach der 9. Klasse des Gymnasiums wird die Klassenhöchststärke nunmehr auch für die 5., 6., 7. und 8. Klasse auf 33 Schüler herabgesetzt, wofür wir allein schon 220 Lehrer benötigen.

Nachdem an den Volksschulen schon im vergangenen Schuljahr für die Jahrgangsstufen 1 bis 5 das Höchstmaß auf 33 Schüler je Klasse festgesetzt worden ist, ist dies jetzt auch für die Jahrgangsstufen 6 und 7 geschehen. Darüber hinaus wird für die Jahrgangsstufe 1 die Höchstgrenze auf 32 Schüler je Klasse gesenkt. Das ist eine erhebliche Verbesserung und kennzeichnet den Weg, den wir seit Jahren gehen. Nur noch vier Prozent der Volksschulklassen haben mehr als 30 Schüler, 70 Prozent haben 25 oder weniger Schüler.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition! Ich bitte Sie, doch einmal zu sehen, was wir für die Volksschulen ganz schewergewichtig tun; der Kultusminister hat darauf hingewiesen: 2100 Planstellenlehrer in mobiler Reserve und 400 Lehrkräfte für Erziehungsurlaub, insgesamt 2500 Kräfte. Dazu kommen 160 Fachlehrer. Der Kultusminister hat dabei gar nicht gesagt, daß wir noch 1400 Pädagogische Assistenten haben. Das sind allein 4000 Planstellen, die wir zusätzlich vorhalten, um den planmäßigen Unterricht ergänzen und verbessern zu können. Wo gibt es denn das noch in einem Land der Bundesrepublik?

(Beifall bei der CSU)

Gleichzeitig ist Sorge dafür getragen, daß bei der Klassenbildung der Hauptschule die erfahrungsgemäß zu erwartenden Rückkehrer aus Gymnasien, Realschulen und Wirtschaftsschulen berücksichtigt werden. Umgekehrt brauchen die Gymnasien in den 6. Klassen keine Änderung vorzunehmen, wenn nach der 5. Klasse Schüler in die Hauptschule zurückgehen. Eine ähnliche Fortführungsregelung gilt auch für die Realschule. Der BLLV und der Philologenverband haben dies eindeutig anerkannt und entsprechend positiv interpretiert.

Dies alles bedeutet natürlich eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen. Auch das muß man sehen. Darüber hinaus haben wir für die Lehrer beim Regelstundenmaß eine Altersermäßigung, und es wird das Pflichtstundenmaß der Fachlehrer gekürzt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Man muß einmal diese Fakten aufzählen, damit die Opposition

(Meyer Otto [CSU])

weiß, wofür Tausende frei gewordener Lehrerplanstellen sinnvoll weiter verwendet werden.

Die Schülerzahlen sind bei uns in allen Schularten seit 1982 um insgesamt 29 Prozent gesunken, die Lehrerplanstellen um 2,9 Prozent. Einem Rückgang der Schülerzahlen von 100 Prozent steht bei den Lehrerplanstellen ein Rückgang von 10 Prozent gegenüber. Diese Relation findet man nirgendwo mehr in der ganzen Bundesrepublik. Sie ist die Ursache für die in Bayern durchweg günstigere Lehrer-Schüler-Relation im Ländervergleich, wie sie andere Bundesländer, beispielsweise Nordrhein-Westfalen, Hessen schon überhaupt nicht, aufweisen.

Nun können Sie natürlich fragen, ob für die CSU in Bayern keine berechtigten Wünsche mehr offen wären. Ich kann dazu nur sagen, daß wir einen Großteil der Wünsche, auf die Sie in Ihrer Kritik hingewiesen haben, unterstützen können und daß wir Besserungen vornehmen werden. Freilich geht das nicht von heute auf morgen. Wir haben es auch hier mit dem Haushalt zu tun, und bei allem Glanz dieses Haushaltes hat auch Bayern Schulden; wir bezahlen dafür 1,9 Milliarden DM Zinsen im Jahr. Damit könnte man etwa 33000 Lehrer anstellen. Natürlich kann keine solche Rechnung aufgemacht werden. Zusätzliche Planstellen und Ausgaben könnten wir nur durch eine zusätzliche Verschuldung finanzieren, die wiederum die Zinsen höhertreiben und uns in Zukunft noch bewegungsunfähiger machen müßte, als wir es heute in Bayern schon sind. Dies sehen wir, weil wir Realisten sind.

(Abg. Dr. Schosser: So ist es!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Unter den gegebenen Umständen, bei der Notwendigkeit der Priorität von Investitionsausgaben angesichts der Arbeitslosigkeit, erforderlicher Ausgaben für den Umweltschutz, zur Garantie der inneren Sicherheit und notwendiger Hilfen für unsere Landwirtschaft präsentiert die CSU einen Kultusetat, der der großen kulturellen Tradition unseres Landes gerecht wird und der uns mit einigem Stolz feststellen lassen darf: Bildungs- und Kulturpolitik zählen weiterhin zu den herausragenden Schwerpunkten unserer politischen Arbeit. Mehr noch: Bildungsmaßnahmen und Kulturförderung im Freistaat sind heute auf einem in der Geschichte Bayerns noch nie erreichten hohen Leistungsstand.

Dies hat seine Ursachen allerdings nicht allein im Finanziellen, sondern natürlich auch in der bildungspolitischen Konzeption, die die CSU in jahrzehntelanger Regierungsverantwortung entwickelt, ergänzt und vervollkommen hat. Wir waren immer der Meinung, daß Bildung mehr sein muß als die Vermittlung von Kenntnissen und Wissen. Wir sind noch nach über vierzig Jahren den Vätern der Bayerischen Verfassung dankbar, daß sie dies im Artikel 131 sehr deutlich zum Ausdruck gebracht haben. Bildung ist nicht denkbar ohne die Vermittlung von Werten und Normen. Aus diesem Grund haben wir in Bayern nicht nur ein Unterrichts-, sondern ein Erziehungs- und Unterrichtsgesetz, in dem in Inter-

pretation der Bayerischen Verfassung die wichtigsten Erziehungsziele aufgeführt sind.

Wir haben aus der Praxis für die Praxis ein bildungspolitisches Positionspapier vorgelegt, in dem, abgesehen von schulorganisatorischen Verbesserungen, die Vermittlung von und die Orientierung an Werten eine entscheidende Rolle spielen. Ganze Kapitel des Positionspapiers tragen solchen Überlegungen Rechnung wie beispielsweise Ehrfurcht vor Gott, Stärkung sozialer Bindungen, Heimat bewußt erleben, Toleranz statt Konfrontation, Erziehung zur Sorgfalt. Auch in den übrigen Abschnitten dieses Papiers wird in einer Fülle von vorgeschlagenen Einzelmaßnahmen auf Wertvermittlung und -erfüllung hingewiesen.

Wenn auch viele Vorstellungen über die organisatorische Gestaltung und eine Vielzahl inhaltlicher Akzente zwischen der Regierungspartei und der Opposition verschieden sind, wie sich aus der Rede der Kollegin Meier ergeben hat, so müßte doch eigentlich, wenn alle demokratischen Parteien demokratisch sein wollen, wenigstens in der Zielsetzung der Erziehung unserer Jugend zum Ja zum demokratischen Rechtsstaat ein Konsens herbeizuführen sein.

(Beifall bei der CSU und bei Abgeordneten der SPD – Frau Abg. Christa Meier: Das ist zu wenig!)

Wir brauchen ein verbindliches Verständnis der grundlegenden Wertentscheidungen unserer Staats- und Gesellschaftsordnung. Ein Zusammenleben in Frieden und Freiheit ist nur möglich, wenn ein tragfähiges Mindestmaß an Übereinstimmung im Umgang miteinander vorhanden ist. Auch in einer pluralistischen Gesellschaft ist es möglich, Übereinstimmung über fundamentale Werte zu erzielen. Ein solcher Grundkonsens ist im Grundgesetz und in der Bayerischen Verfassung erreicht. Die Frage ist, in welchem Umfang die Parteien bereit sind, auf der Grundlage der von Grundgesetz und Verfassung vorgegebenen Ziele auch tatsächlich zu arbeiten.

Die von der SPD und der ihr nahestehenden GEW bevorzugte Konfliktpädagogik ist untauglich und gefährlich, da sie einseitig Kritik und Distanz statt Vertrauen und Gemeinsinn zu obersten Erziehungszielen proklamiert.

(Zustimmung der Frau Abg. Stamm)

Was Sie, Frau Kollegin, heute hier von sich gegeben haben, ist eigentlich nichts anderes als ein Abguß dieser Konfliktpädagogik.

(Abg. Geisperger: Das kann man wirklich nicht sagen!)

Oder wenn ich daran denke, Herr Kollege, was Ihr neuer Landesvorsitzender Schöfberger am Aschermittwoch zum Gegenstand seiner Rede gemacht hat, nämlich „Mehr Mut zur Aufmüpfigkeit in Bayern“, dann muß ich sagen, das unterstreicht in vollem Umfang, was ich gesagt habe.

(Zurufe von der SPD)

(Meyer Otto [CSU])

wobei ich zur Aschermittwochsrede Ihres Landesvorsitzenden sagen möchte:

(Abg. Klasen, auf den Abg. Dr. Hans Maier deutend: Nehmen Sie sich ein Beispiel an Ihrem Namenskollegen!)

Eine bemerkenswerte Kumulierung von Kraftausdrücken und politischer Inhaltslosigkeit.

(Beifall bei der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Dr. Rothmund:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Kamm?

**Meyer Otto (CSU):** Leider nicht, weil das von meiner Redezeit abgeht.

**Zweiter Vizepräsident Dr. Rothmund:** Das geht natürlich, wie Sie wissen, von Ihrer Redezeit ab. Sie brauchen nur Nein sagen.

(Zurufe von der CSU, u. a. vom Abg. Diethel: Das hat er gesagt!)

**Meyer Otto (CSU):** Die SPD propagiert ideologisch geprägte Lerninhalte,

(Was? von der SPD)

die darauf zielen, natürliche Bindungen in Frage zu stellen, menschliches Zusammenleben als eine einzige Zusammenballung von Konflikten darzustellen und den Unterricht ideologischen Planzielen zu unterwerfen.

(Unruhe bei der SPD)

– Lachen Sie, dafür muß ich jetzt den Beweis antreten, und ich werde es auch tun!

(Zurufe von der SPD, u. a. der Frau Abg. Christa Meier)

Nur so ist es verständlich, daß die SPD unsere Bemühungen um die Realisierung der in unserer Verfassung niedergelegten Bildungs- und Erziehungsziele wieder und wieder kritisiert und als subaltern abzuqualifizieren versucht.

(Frau Abg. Christa Meier: Wo haben Sie das her?)

Für die SPD ist Bildungspolitik ein Hebel zur Gesellschaftsveränderung.

(Demonstrative Zustimmung von der SPD – Zuruf von der SPD: Für die CSU mindestens genauso!)

Ihr Peter Glotz drückt das so aus; ich zitiere:

Die Umgestaltung der Wirtschaftsordnung ist schwer möglich. Laßt uns das Bildungssystem umgestalten, damit ist dann die Gesellschaft auch in eine sozialistische zu verwandeln.

Hauptinstrument, um dies zu erreichen, soll die Gesamtschule sein. Das gegliederte Schulwesen wird klassenkämpferisch denunziert. Wieder ein Zitat:

Das heutige dreigliedrige Schulsystem bleibt Ausdruck der sozialen Dreiklassengesellschaft des 19. Jahrhunderts.

(Richtig! bei der SPD)

So sagt Ihr Klaus Matthiesen.

In der Praxis sieht es natürlich ganz anders aus. In Bonn sollte jetzt eine zweite Gesamtschule eröffnet werden. Da droben gibt es einen Haufen Sozialdemokraten.

(Widerspruch von der SPD)

Da sind ganze 79 Anmeldungen gekommen; die Schule hat man gar nicht eröffnen können. Wo schickt denn ihr eure Kinder hin? Schickt sie doch in die Gesamtschule und nicht aufs Gymnasium!

(Zustimmung von der CSU – Frau Abg. Harrer: Dort ist die CDU stark!)

Wie sieht es denn entgegen dem, was Sie hierzu behaupten, in der Wirklichkeit aus? Wir haben in einem bildungspolitischen Kraftakt sondergleichen in ganz Bayern flächendeckend Realschulen und Gymnasien errichtet und die Volksschule mit der Aufteilung in Grund- und Hauptschule weiterentwickelt. Wir haben auch kein dreigliedriges Schulsystem mehr, sondern ein vielgliedriges, das jedem Kind ermöglicht, ohne Rücksicht auf die Einkommensverhältnisse der Eltern die ihm passende Schullaufbahn zu absolvieren. Da gibt es die Berufsschule, die Berufsaufbauschule, die Fachoberschule, die Berufsoberschule, die Berufsfachschulen, die Fachakademien; da wurden neue Akademien, Fachhochschulen und Universitäten gegründet und Stipendien und Fördermaßnahmen eingeführt, wobei beim letzteren Bayern doch wirklich Vorbild ist. Und da sagen die Sozialdemokratie und ihre GEW anlässlich der vor zwei Jahren zur Einführung der Gesamtschule durchgeführten Aktion: „Häufig aber ist nicht viel zu wählen, weil ein passendes Angebot an weiterführenden Schulen in der Nähe des Wohnortes nicht vorhanden ist.“ Das ist doch die totale Unwahrheit, denn Realschulen, Gymnasien und Berufsschulen gibt es flächendeckend über unser ganzes Land, weil wir Hunderte derartiger Schulen gegründet haben.

(Zustimmung von der CSU – Abg. Klasen: Was verstehen Sie unter „flächendeckend“?)

Dies alles negiert die Sozialdemokratie, weil es nicht in ihre sozialistischen Zielsetzungen paßt. Wir wollen, daß jedem Kind und Jugendlichen eine seinen Neigungen, Begabungen und seiner Leistungsbereitschaft entsprechende optimale Bildung und Ausbildung zuteil wird, und wir scheuen uns dabei auch nicht, ebenfalls von der SPD häufig kritisiert, von Ihnen gerade auch, den Begriff Leistung zu verwenden, weil ohne Leistung und Anstrengung eben letztlich im Leben nichts zu bewegen ist

(Zustimmung von der CSU – Ironisches Bravo! bei der SPD)

(Meyer Otto [CSU])

und wir die Kinder schlechtest vorbereitet ins Leben hinauslassen würden, wenn sie nicht diese Erkenntnis hätten und sich darauf einstellen könnten.

(Zuruf von den GRÜNEN: In der Bibel steht:  
Sie säen nicht, sie ernten nicht, und ihr  
himmlischer Vater ernährt sie doch! –  
Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN)

Was die GRÜNEN betrifft, so kommt man bei deren Agitation mit dem Begriff Konfliktpädagogik nicht mehr aus.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Die GRÜNEN wurden auf der Grundlage unserer demokratischen Ordnung in den Bundestag und in die Landtage gewählt,

(Zuruf von den GRÜNEN: Die Wähler waren das!)

rufen aber dazu auf, Gesetze, die in diesen Parlamenten verabschiedet wurden, zu mißachten.

(Abg. Bäumer: Sie rufen nicht auf, Sie mißachten schlicht!)

Es ist ein Gipfelpunkt der Paradoxie, daß jemand ein Parlamentsmandat erhält und annimmt, gleichzeitig aber mißachtet, was ein solches Parlament beschließt.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von den GRÜNEN)

Man verstößt damit nicht nur gegen den demokratischen Grundsatz, daß letztlich der Wille der Mehrheit zu entscheiden hat, sondern man stellt sich gegen geschaffenes Recht und verhält sich bewußt rechtswidrig und rechtsbrüchig, so jetzt mit dem Aufruf der GRÜNEN-Parlamentarier, die Volkszählung zu boykottieren. Man will unsere Jugend bewußt gegen den Staat steuern und nimmt Rechtsbrüche nicht nur in Kauf, sondern strebt sie bewußt an.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von den GRÜNEN)

Ihr Exminister Fischer hat gesagt: „Ich werde weiter Rechtsbrüche in Kauf nehmen.“ Ihr Abgeordneter Weichert in Baden-Württemberg sagt: „Ich begehe ab und zu bewußt Rechtsverletzungen ... Wir müssen uns wehren. Wir müssen diese Gesetze verletzen.“ Und der Abgeordnete Schilly sagt: „Wir stehen zu den Rechtsverletzungen. Wir tun das ganz bewußt.“

(Abg. Bäumer: Natürlich!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren von den GRÜNEN! So entwickeln Sie sich zu Staatszerstörern, und wir können gar nicht genug Aufmerksamkeit auf das verwenden, was Sie an staatszerstörerischen Argumenten bringen.

(Abg. Kamm meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Damit werden unserer Jugend katastrophale Beispiele gegeben.

(Lachen bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Dr. Rothmund:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Kamm?

**Meyer Otto (CSU):** Nein. – Dies verstößt gegen den staatsbürgerlichen Erziehungsauftrag, den uns Grundgesetz und Verfassung vorschreiben, nämlich die Respektierung von Mehrheitsentscheidungen und die Anerkennung des Rechtsstaats einschließlich seiner Ordnungsaufgaben.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Wie will eine Jugend ihre Zukunft gestalten und eine Gesellschaft organisieren können, wenn Sie die Anarchie zum Dogma erklären?

(Erneute Zurufe von den GRÜNEN)

Lassen Sie mich zu einigen Detailfragen der bayerischen Bildungspolitik zurückkehren! Zunächst zu Ihrem Vorwurf, Frau Kollegin Meier, das bildungspolitische Positionspapier der CSU enthalte Selbstverständlichkeiten, außerdem doch auch einige Kritik an der Politik der Staatsregierung; denn wir forderten Dinge, die die Staatsregierung bisher nicht realisierte.

(Abg. Kamm: Bitte nicht soviel ablesen, Herr Kollege!)

Das Positionspapier enthält zahlreiche Vorschläge für Maßnahmen zur weiteren Verbesserung des gegliederten Schulwesens, aber nicht, weil dieses dringend sanierungsbedürftig oder angeschlagen wäre. Das Gegenteil ist der Fall. Aus den Angriffen, die seine Ablösung durch die Gesamtschule zum Ziel hatten, ist es immer wieder gestärkt hervorgegangen. Aber auch ein noch so schönes und stabiles Haus braucht ab und zu Schönheitsreparaturen. Dafür ist die Zeit nicht ungünstig – siehe zurückgehende Schülerzahlen.

Es kann auch Gutes durchaus noch besser werden. Manche gute pädagogische Idee verdient es, im Schulalltag mehr als bisher berücksichtigt zu werden. Es kann doch nicht schaden, wenn sogenannte pädagogische Selbstverständlichkeiten, wie die Erziehung zur Sorgfalt, Schriftpflege, schonende Behandlung von Schulbüchern, Pünktlichkeit, Mitverantwortung für das Erscheinungsbild der Schule, Pflege des Musischen, Kenntnis der deutschen Dichtung, Förderung des Lesens, Pflege des Rechtschreibens, Hinführung zum richtigen Lernen, Üben und Wiederholen usw. wieder verstärkt in den Blickpunkt aller Beteiligten gerückt werden. Erziehung ist nun einmal kein Vorgang, der mit der Fast-Perfektion einer Maschine, die man einmal eingestellt hat, abläuft, sondern ein stets neues Bemühen um den richtigen Weg. Auch im bewährten Rahmen braucht die Schule deshalb von Zeit zu Zeit einen neuen Anstoß und neue Impulse, deren Neuheit durchaus auch darin bestehen kann, daß der Schleier des Vergessens von längst Gefundenem, schon in früheren Jahren mit Erfolg Erprobtem weggezogen wird.

(Abg. Kamm: Geschäftsordnung § 107!)

(Meyer Otto [CSU])

Unser bildungspolitisches Positionspapier ist weder ein Not- noch ein Sofortprogramm. Es geht dabei nicht um alles, und zwar gleich, sondern um Ziele, die langfristig angestrebt werden müssen.

Dies gilt insbesondere dann, wenn damit erhebliche zusätzliche Kosten verbunden sind. Aber auch in dieser Hinsicht ist Erfreuliches zu vermeiden. Auf die Senkung der Klassendurchschnitts- und der Klassenhöchstzahlen sowie auf den Verzicht von Planstellenkürzungen habe ich schon hingewiesen. Ein anderer Punkt sind die in den letzten Jahren vielfach diskutierten Reisekosten für Lehrer. Wir haben sie in diesem Haushalt um 50 Prozent angehoben, von vier auf sechs Millionen DM.

(Zuruf von der SPD)

Im Rahmen unseres Positionspapiers und der darin enthaltenen Aussagen zur Stärkung sozialer Bindungen haben wir vermehrte Aufenthalte unserer Schüler in Schullandheimen und Jugendherbergen als ein besonders wichtiges Element zur Pflege des Zusammengehörigkeitsgefühls, der Toleranz, der Verantwortungsbereitschaft bezeichnet. Aus diesem Grunde haben wir auch die Mittel für Investitionen bei Jugendherbergen und für den internationalen Jugendaustausch verstärkt. Erhöht wurden auch die Mittel für die Heimunterbringung von Berufsschülern.

Zur musischen Bildung bekennen wir uns nicht nur mit Worten, wie Sie sagten, Frau Kollegin Meier.

(Frau Abg. Meier: Immer mit einem Lied auf den Lippen!)

Die Mittel für Sing- und Musikschulen steigen in diesem Haushalt um 45 Prozent von 6,23 auf 8,65 Millionen DM

(Beifall der Frau Abg. Stamm)

bzw. auf 9,5 Millionen DM im Jahre 1988, die für Laienmusik um 2,8 Millionen DM. Die musikalische Frühförderung wird nicht nur fortgeführt, darüber gab es ja Diskussionen, sondern die Zahl der Modellklassen mit erweitertem Musikunterricht wird sogar erhöht. Für die Ausbildung der entsprechenden Lehrer stellen die Fachakademien für Musik in München, Nürnberg und Würzburg sowie die Universität Augsburg mehr als 100 Studienplätze zur Verfügung. Zur Sicherung und Verbesserung des Musikunterrichts an den Hauptschulen trägt das Kultusministerium dafür Sorge, daß an jeder Schule mindestens ein Lehrer tätig ist, der sich um die Weiterentwicklung des Musikunterrichts bemüht und bei der Einrichtung von Chören und Instrumentalgruppen sowie beim Ankauf von Noten und Instrumenten behilflich ist. Die Akademie für Lehrerfortbildung engagiert sich mit 20 Kursen zur musikalischen Fortbildung der Lehrer.

Nachdem an unseren Gymnasien und Realschulen das Schulspiel, das Sie auch angesprochen haben, mit großem Erfolg gepflegt wird, wurden durch die Studentafel und den neuen Lehrplan der Hauptschule die Voraussetzungen für die verstärkte Pflege des Schulspiels auch an der Volksschule geschaffen. Freie Lehrerkapazitäten werden dafür verwendet, ver-

mehrt Wahlunterricht, Arbeitsgemeinschaften und Neigungskurse anzubieten. Auf diesem Wege muß fortgeföhren werden.

Natürlich fehlt uns noch der Pool. Aber wir waren uns mit der Exekutive einig, daß man freierwerbende Stellen zunächst für eine weitere Senkung der Klassenstärke verwenden sollte. Trotzdem, Herr Staatsminister, vielleicht ließe sich im Kultusministerium überlegen, ob man mit dem Pool nicht wenigstens versuchsweise bei der einen oder anderen Schule modellhaft beginnen könnte, um entsprechende Erfahrungen zu sammeln. Der Informatikunterricht geht zügig voran. An neun Schularten mit 1200 Schulen wird er bereits angeboten.

Als ganz hervorragend möchte ich die Reaktion des Kultusministeriums auf die Beschlüsse bezeichnen, die wir im Zusammenhang mit unserem Positionspapier im Landtag gefaßt haben. Frau Kollegin, aus 40 Stellungnahmen haben Sie eine herausgezogen,

(Frau Abg. Christa Meier: Wenn ich Zeit gehabt hätte, hätte ich alle zitiert!)

obwohl wir da gar nicht weit auseinander sind. Da wird es noch manche Diskussion und manche Kritik geben. Aber hervorragend ist, wie das Kultusministerium auf unsere Vorschläge reagiert hat. Ein Lob dafür gilt dem alten Kultusminister, der das noch eingeleitet hat, und auch dem neuen. Bei all dem, was wir jetzt diskutieren, ist ja nicht ein Neuanfang mit einem neuen Minister gemacht worden, sondern es liegt eine jahrzehntelang kontinuierliche Arbeit der Christlich-Sozialen Union hinter uns. Ich freue mich darüber, daß der frühere Kultusminister heute dieser ganzen Debatte beigewohnt hat.

(Abg. Klasen: Jetzt ist er hinausgegangen!)

Ich möchte Hans Maier Dank sagen, der bereits 1970 mit der seinerzeit aufsehenerregenden These von der Wiedergewinnung des Erzieherischen die große Wende weg vom mehr Schulorganisatorischen hin zu den Inhalten von Bildung und Erziehung eingeleitet hat

(Beifall bei der CSU – Abg. Geisberger: Da kommt er wieder! Jetzt müssen Sie es ihm noch einmal sagen!)

und der in seiner 16jährigen Amtszeit der bayerischen Kulturpolitik Glanzpunkte aufgesetzt hat, die dem Ansehen des Freistaates in hohem Maße auch über seine Grenzen hinaus zugute gekommen sind.

(Beifall bei der CSU – Abg. Geisberger: Bloß zu frech war er!)

Dem neuen Kultusminister Hans Zehetmair danke ich dafür, daß er kontinuierlich am eingeschlagenen Kurs festhält und wichtige Impulse aus der Erfahrung eines eigenen Lehrerlebens gibt, um unseren Kindern und unserer Jugend bestmögliche Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten zu geben.

(Beifall bei der CSU)

Im Kultusministerium ist eine eigene Arbeitsgruppe gebildet worden, die sich mit unseren pädagogischen Vorstellungen intensiv befaßt hat und weiterhin be-

(Meyer Otto [CSU])

schäftigen wird. Ich möchte dem Chef dieser Abteilung, Herrn Ministerialdirigenten Knaus, und seinen Mitarbeitern herzlichen Dank für ihre bisherige Arbeit sagen. Ich möchte aber auch dem ganzen Kultusministerium sowie dem Herrn Minister und dem Herrn Staatssekretär dafür danken, daß sie in so großartiger Weise so schnell, so reibungs- und so nahtlos auf dem aufgebaut haben, was vorgegeben war. Sie konnten hier auf dem, was der Herr Kultusminister vorgegeben hatte, wie er selbst gesagt hat, kontinuierlich weiter machen.

Ich kann jetzt nicht auf Details eingehen, auch nicht auf die Stellungnahmen zu unseren Anträgen im einzelnen; unser Arbeitskreis wird sie eingehend diskutieren. Weitere Anträge werden mit Sicherheit folgen. An der entsprechenden Kontrolle, wie die Kollegin Meier sagte, wird es nicht fehlen. Die Stellungnahmen des Kultusministeriums werden von uns nicht ad acta gelegt, sondern sehr, sehr aufmerksam studiert werden. Zwei Punkte darf ich aber doch in aller Kürze herausgreifen:

Einmal Punkt 8 unseres Positionspapiers, Heimat bewußt erleben, den das Kultusministerium zum thematischen Schwerpunkt für das Schuljahr 1987/88 machen wird. Entgegen den Wünschen der GRÜNEN, die meinen, man sollte bei der Heimatpflege 800 000 DM streichen, weil man Jodeln und Schuhplatteln nicht mit Staatsmitteln unterstützen sollte, sind wir der Auffassung, daß natürlich auch Lederhose und Jodeln zu Bayern und zu bayerischem Brauchtum gehören, wengleich ich feststellen muß, daß bei dem, was Sie an Politik vielfach bieten, einem als Bayern das Jodeln manchmal vergehen könnte.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei SPD und GRÜNEN)

Der Kultusminister hat in der Bayerischen Staatszeitung vom 30. Januar dazu eingehend Stellung bezogen, und wir können jeden seiner Sätze nur unterstreichen. Liebe zur Heimat hat nichts mit Engstirnigkeit, mit Überschwang der Gefühle und kleinlicher Abgrenzung zu tun, vielmehr muß Ziel sein zu erkennen, wie stark jeder von uns von seiner Heimat geprägt ist. Die Kenntnis der Heimat ist der Schlüssel für das Verständnis der Welt. Wer Weltoffenheit will, muß mit dem Studium der Nähe beginnen. Heimatbewußtsein und Weltoffenheit sind keine Gegensätze, sondern bedingen sich gegenseitig.

Lassen Sie mich in einem letzten Punkt noch auf die Umwelterziehung hinweisen, die an unseren Schulen nicht nur Unterrichtsprinzip ist, sondern auch lehrplanmäßig betrieben wird. Zu diesem Thema haben 214 Lehrgänge, die von 5500 Lehrern besucht worden sind, in Dillingen stattgefunden. Der Schulgarten wurde von vielen Schulen wieder als wichtiges praktisches Hilfsmittel zur Pflege und zum Verständnis der Natur entdeckt. Pausenhöfe wurden umgestaltet, und nicht wenige Schulen haben Biotope angelegt. Da bringen nicht nur Lehrer ein enormes zusätzliches Engagement ein, sondern es leisten auch Schüler, Eltern und Kommunen finanzielle Hilfe

oder arbeiten persönlich mit. Das Kultusministerium hat vielbeachtete Anregungen zur Gestaltung von Schulgärten und Schulhöfen gegeben und die Umweltaktivitäten an den bayerischen Schulen in einer Broschüre der Öffentlichkeit vorgestellt.

Meine Damen und Herren! Zu den erzieherischen Bemühungen der Schule müssen natürlich auch die entsprechenden Anstrengungen der Erwachsenenwelt treten. Mit Deklamationen allein ist es da nicht getan. Das Vorbild ist gefragt, die überzeugende Antwort auf ungelöste, aber offensichtlich lösbare Probleme des Umweltschutzes. Als Beispiel in aller Kürze nur der Schutz des Waldes vor dem Auto. Welches Vorbild geben da die Erwachsenen, indem sie Neuwagen ohne Katalysator kaufen, die Fahrzeuge, die umrüstbar sind, nicht umrüsten, die bleifreies Benzin nicht tanken, obwohl der Motor ihres Fahrzeuges bleifreies vertrüge? Und dies, obwohl der Staat über die Steuer die zusätzlichen Kosten ersetzt und bleifreies Benzin billiger ist. Wenn das Kinder und Jugendliche jeden Tag im eigenen Elternhaus erleben, fehlt das entsprechende Vorbild, die umweltschützerische Anregung. Es nützt doch gar nichts, ich habe gestern dazu einen Kommentar im Rundfunk gehört, wenn gesagt wird, da hätten die Politiker versagt. Den Politikern wird ohnehin immer vorgeworfen, daß sie viel zu sehr reglementieren, daß der Staat den einzelnen viel zu sehr an die Kandare nehme. Hier hat jeder einzelne die Möglichkeit, sich umweltschützerisch zu aktivieren, und der Staat hilft ihm finanziell dabei. Hier kann man unserer Jugend ein Vorbild geben.

Schule, Eltern, Kirchen, Gemeinden, Verbände und natürlich auch die Medien müssen die in Verfassung und Gesetz verankerten Erziehungsziele gemeinsam verfolgen. Nur so können sie erreicht werden. Es ist begrüßenswert, daß das Kultusministerium sich hier stark engagiert.

Zum Schluß möchte ich noch ein Wort der Anerkennung und des Dankes unseren Lehrern und Erziehern sagen, die überall im Lande mit Fleiß, Engagement und pädagogischer Aufgeschlossenheit ihre Aufgaben erfüllen. Wenngleich die Schülerzahlen der Klassen geringer geworden sind, darf daraus doch nicht der Schluß gezogen werden, daß Unterrichten und Erziehen leichter geworden wäre. Außerschulische Einflüsse auf unsere Kinder sind heute größer denn je. Die Hälfte unserer Schulanfänger kommt aus Einkindfamilien; die Verhaltensstörungen nehmen zu. Neue Stoffbereiche sollen bewältigt und 58 000 Ausländerkinder mit unterrichtet werden.

Lehrer sein ist nicht leichter, sondern schwieriger geworden, und wir Politiker tragen eine Verantwortung dafür, daß die Leistung der bayerischen Lehrerschaft gewürdigt und im rechten Licht gesehen wird. Natürlich wenden wir uns gegen politische Indoktrination. Lehrer, die dies versuchen, sind die Ausnahme, und ihr Verhalten muß korrigiert werden. Das überwiegende Gros unserer Pädagogen arbeitet qualifiziert und verfassungstreu.

Ich möchte insbesondere auch denen danken, die sich im vergangenen Jahr mit unseren pädagogischen Vorstellungen beschäftigt haben, die positive

(Meyer Otto [CSU])

oder negative Kritik geäußert und so überhaupt dazu beigetragen haben, daß dieses Konzept entstehen konnte und Resonanz fand, wie ja auch die Oppositionsrede heute zeigte. Ich freue mich, daß die Lehrerverbände eigene Fachveranstaltungen durchführen, daß sie eingehend unser bildungspolitisches Wollen in ihren Fachzeitschriften diskutieren und kommentieren. Dank sei auch der Tagespresse, dem Hörfunk und dem Fernsehen für ihre Bereitschaft gesagt, über unsere Vorstellungen zu berichten und sie zu diskutieren.

Wir wollen es auch in Zukunft so halten, daß wir Kontakt zu den Lehrerverbänden, zu den Elternverbänden, zur Öffentlichkeit und insbesondere zur Schuljugend selbst halten.

Wenn man auf die vergangenen zwei Jahre zurück- und die bevorstehenden zwei Jahre ausblickt, darf man feststellen, daß dem bayerischen Bildungswesen hohe Priorität eingeräumt worden ist und weiterhin eingeräumt wird. Wir sind nicht so vermessen zu sagen, daß alles schon optimal wäre. Das wird wohl nie der Fall sein. Aber wir können auf ein gut organisiertes und funktionierendes Schulwesen verweisen, das innerdeutschem wie internationalem Vergleich standhält; ein Schulwesen, das sich bewährt hat, das ständig verbessert wurde und für das mit diesem Doppelhaushalt die Voraussetzung dafür geschaffen wird, daß es sich weiterhin auch in Zukunft positiv entwickeln kann. Ich bedanke mich sehr.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Möslin:** Das Wort hat die Frau Abgeordnete Paulig!

**Frau Paulig (DIE GRÜNEN):** Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die Betroffenen dieses Haushalts sind die Schüler, die Schülerinnen, die Jugendlichen. Wo und wann werden sie nach ihren Interessen und Erfahrungen gehört oder befragt?

Die Betroffenen sind die Eltern, die um die Zukunftschancen ihrer Kinder bangen, die oft mehr als die Schüler unter Hausaufgabenlasten stöhnen und die verzweifelt ihre Kinder anspornen. Betroffene sind auch die Lehrerinnen und Lehrer. Auch hier unterbleiben Anhörungen. Sie werden durch Verordnungen ersetzt.

Es gibt viele schöne, wohlgeformte Worte und Sätze in der Haushaltsrede des Herrn Ministers. Lassen Sie mich zunächst darauf eingehen. Es heißt zum Beispiel: „Schule ist nicht nur Lernort, sondern Lebensraum“ – Lebensraum im 45-Minuten-Takt, ein Lebensraum mit Vorschriften, Ziffern und Zensuren, Frontalunterricht mit einer kaum zu bewältigenden Stofffülle, ein Lebensraum zur Verteilung von Lebensperspektiven.

Ein weiteres Zitat „Schule muß sich vor allem durch Intensivierung außerunterrichtlicher Aktivitäten stärker zur Lebenswelt hin öffnen.“ Darf ich daraus fol-

gern, daß Schule nicht Teil der Lebenswelt ist? Ich sehe es so.

In jungen Menschen sind viele Kräfte vorhanden. Sie wollen sich betätigen, bewegen. Junge Menschen sind neugierig, wissensdurstig, fragefreudig, voller Tatendrang. Der Unterricht verurteilt Jugendliche zur Bewegungslosigkeit mit Ausnahme der verordneten Bewegungen im Sportunterricht, zum Schweigen, zur Inaktivität. Der Lehrer ist Stoffvermittler, der Schüler Stoffabnehmer: zuhörend, speichernd, mangelnd verarbeitend, abrufbereit für Prüfungen.

Das im Unterricht unterdrückte Bewegten, Fragen, Sicheinbringen führt zu motorischer Unruhe, aggressiven und destruktiven Verhaltenszügen oder zu Desinteresse, Apathie und Unlust. 20 bis 25 Prozent der Kinder und Jugendlichen zeigen Verhaltensauffälligkeiten, psychosomatische Schwierigkeiten bis hin zu Organkrankheiten.

Die Schule schafft es in wenigen Jahren, den Schülern und Schülerinnen Freude an der Bewegung, am Lernen, am Fragen, am Erkunden, das Interesse, die Neugierde zu nehmen.

Viele äußeren Bedingungen, die die Schülerinnen und Schüler belasten, bringen sie mit in die Schule. Es fängt an beim Übermaß an Spielzeug, bei ungeeignetem Spielzeug, bei einer technischen Umgebung, die den Kindern die Erfahrungen nimmt, Fernseherfahrungen statt realer Erfahrungen, eingeschränkte Lebens- und Spielräume draußen – das alles sind Bedingungen, die die Kinder in ihrer Entwicklung belasten. Diesen Bedingungen aber müßte die Schule entgegensteuern. Sie müßte einen echten Lebensraum entgegensetzen. Eine kopflastige Wissensvermittlung vermag diese Belastungen nicht auszugleichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dem Emotionalen wäre an unseren Schulen ein größerer Raum zuzumessen. Anregungen des Gefühls, der Phantasie wären zu vermitteln. Es müßte Zeit für Gespräche sein. Doch dafür wiederum sind die Klassen zu groß und der Stoff zu viel. Der Aufbau persönlicher Beziehungen zwischen Lehrern und Lehrerinnen, Schülern und Schülerinnen und untereinander benötigte Zeit und Geduld. Persönliches Verständnis, gegenseitiges Akzeptieren brächte Lebenserfahrungen in die Schule und schaffte Voraussetzungen des sozialen Lernens.

Zur Schaffung eines Lebensraumes, wie er hier gefordert wird, bräuchten wir mehr pädagogische Freiheiten, mehr Entscheidungsbefugnisse für einzelne Schulen, für das Kollegium, für die Lehrerinnen und Lehrer. „Die Verfassung der Schulverwaltung stammt aus einer vordemokratischen, hierarchischen und ständischen Gesellschaft. Die Strukturen der Schulverwaltungshierarchie sind bis heute im wesentlichen unverändert geblieben.“ Ich zitierte einen Professor der Universität Eichstätt.

(Zuruf von der CSU: Das ist Professor Paulig!)

(Frau Paulig [DIE GRÜNEN])

– Ich zitierte ihn nicht wegen der Namensgleichheit, sondern wegen des Inhalts.

(Zuruf von der CSU: Sie sehen, wie gut wir ihn kennen! Wir erkennen ihn, ohne daß Sie seinen Namen nennen!)

Ist in der verwalteten Schule pädagogischer Fortschritt überhaupt noch möglich? Reformen werden auf dem Erlaß- bzw. Verordnungsweg durchgesetzt. Von oben nach unten wird angeordnet. Wie sollen denn gegängelte Lehrer mündige Schüler erziehen? Lehrer, die selbstverantwortlich selbständig handeln wollen, stoßen stets an die Grenzen der Schulverwaltung und müssen ihr Handeln anpassen. Lehrer, die von vornherein normenkonformes Verhalten mit zum Teil weniger Engagement und Zivilcourage praktizieren, können das in dem Bewußtsein tun, eigentlich nichts Unrechtes zu tun.

Wo bleibt die Zusicherung des Ministers, mehr pädagogischen Freiraum zu gewähren? Statt dessen wird wieder von Eignung und Leistung als gleichrangigen Maßstäben für die Beschäftigung von Lehrern gesprochen. Statt dessen der Versuch, politisch aktive und kritische Lehrer einzuschüchtern. Loyalität dem Staat gegenüber wird nicht anerkannt, sondern es wird nahezu Unterwürfigkeit gefordert. Den vielen Beispielen von Frau Meier sei eines hinzugefügt: die Änderungen in der Zweiten Lehramtsprüfung durch eine stärkere Gewichtung des Seminarnotenanteils. Es ist von einer gesonderten Wertung der Zweiten Staatsprüfung neben der Platzziffer die Rede. Welche Wertungen laufen hier ab? Ich hoffe, daß sich hier nicht neue, versteckte Berufsverbote ankündigen.

Sie wissen, daß Jugendoffiziere in Uniform in Schulen reden dürfen. Vertretern der Kriegsdienstverweigerer wird das Schulgespräch verweigert. Ein Beispiel aus einer Schule: Wenn ein Religionslehrer auf seinem Gitarrenkasten den Aufkleber „Frieden schaffen ohne Waffen“ trägt, so muß er diesen auf Anordnung des Schulleiters entfernen.

(Zuruf von der CSU)

– Das ist wahr. Ich könnte Ihnen die Schule nennen, tue es hier aber nicht.

Der Herr Minister fordert die Erhaltung der wohnortnahen Schule. Wie ist die geplante Schließung von drei Hauptschulen im Münchner Norden damit zu vereinbaren?

(Zuruf von den GRÜNEN: München ist kein Wohnort mehr!)

Lassen Sie mich noch ein Wort zum Begriff Heimat sagen. Sätze im Zusammenhang mit Heimatbewußtsein werden hier oft gebraucht. Ich zitiere:

Die Erschließung der Heimat birgt einen hohen Erziehungswert für die innere Festigung des Menschen in sich. Bewahren und lieben kann man nur das, was man schätzt. Heimat, ein Begriff, den es nur in der deutschen Sprache gibt, wurzelt in persönlichen Gefühlen, im Selbsterlebten, im Sinnhaften.

Ich frage Sie, Herr Minister: Leiden Sie nicht unter der Zerstörung Ihrer Heimat? Leiden Sie nicht unter dem autogerechten Ausbau von Dörfern und Städten, der Ausräumung der Landschaft, der Vergiftung der Gewässer, der Böden und der Luft, dem Absterben und Verschwinden der Pflanzen und Tiere, unter der Vernichtung der Spiel- und Erfahrungsräume für Heranwachsende und Erwachsene? Ich sage Ihnen: Ich selbst leide so sehr unter der Vernichtung meiner Heimat, daß ich mich sogar diesem Leidensdruck hier im Parlament freiwillig unterziehe.

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch von der CSU und von der SPD)

Ich wünschte, jeder der hier Anwesenden hätte aufmerksam die Ausstellungen „Grün kaputt“ und „Alptraum Auto“ angeschaut, um wieder sehen zu lernen, wie wir täglich unsere Heimat vernichten, und zwar in gründlichster Kleinarbeit. Die Bayerntümelei ist hier wirklich nur ein sehr kleiner Anteil der Zerstörung. Die gründliche Kleinarbeit ist es, was Tag für Tag Heimat zerstört. Von den Großprojekten in der Oberpfalz, im Altmühltal und im Erdinger Moos – von letzterem müßten Sie ja auch betroffen sein, Herr Minister – will ich hier schweigen. Die Liebe zur Heimat kann nicht über ministerielle Verordnungen oder Briefe an Lehrer gerettet werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Schulbetrieb im einzelnen: Rund 150 neue Lehrstellen, was ist das für so viele?

(Zurufe von der CSU; u. a.: Sie wollen wohl jeder Realschule 150 geben?)

Seriöse Untersuchungen, wozu ich die Prognosen zur Schülerentwicklung und zum Lehrerberuf des Kultusministeriums rechne, veröffentlicht in „Bildung und Wissenschaft“ vom November 1986, und das Gutachten im Auftrag der Max-Traeger-Stiftung zum Arbeitsmarkt Schule, weisen ein erneutes Ansteigen der Schülerzahlen und einen entsprechenden Lehrerberuf bis zum Jahr 2000 aus.

Im Grundschulbereich zeichnet sich diese Entwicklung bereits ab. Nach dem Gutachten der Max-Traeger-Stiftung müßten bis zum Jahr 2000 ca. 25000 neue Lehrstellen besetzt werden, ab 1991 im Jahresdurchschnitt 2500 neue volle Stellen. Zur Verbesserung der Altersstruktur der Lehrerkollegien sollte zur Entlastung des Arbeitsmarktes, zur Erhaltung von Restchancen für die jetzt ausgebildeten Lehrer und für minimalste pädagogische Verbesserungen jetzt kontinuierlich eingestellt werden. Das hieße ab sofort etwa 1700 Stellen jährlich.

(Zuruf von der CSU: Haben Sie schon mal einen Haushalt gesehen?)

Nehmen wir noch die Arbeitszeitverkürzung von einer Wochenstunde und bereits beschlossene Arbeitszeitverkürzungen im öffentlichen Dienst, so müßten diese Zahlen wesentlich erhöht werden. Daneben müßten die nebenamtlichen Arbeitsverträge, zeitlich häufig begrenzt auf elf Monate und ohne Bezahlung in den Ferien, als so große Leistung der CSU her-

(Frau Paulig [DIE GRÜNEN])

ausgestrichen, beseitigt und in langfristige BAT-Verträge umgewandelt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Verträge sind eine Zumutung für junge Lehrerinnen und Lehrer, die eine Familie gründen wollen. Ich frage hier die CSU, die ihre Familienpolitik immer so in den Vordergrund stellt: Wie wollen Sie dies den jungen Lehrern gegenüber verantworten?

Dieser Kultushaushalt läßt bildungs- und sozialpolitische Ansätze vermissen. Gehen wir nochmal auf die Prognosen des Kultusministeriums ein, und zwar für die einzelnen Schularten; ich darf aus der Veröffentlichung vom November 1986 zitieren:

Bei den Volksschulen ergibt sich unter der Voraussetzung, daß das Parlament wegen steigender Schülerzahlen neue Planstellen gewährt, für den Zeitraum von 1986 bis 1995 ein jährlicher Bedarf von 800 bis 850 Lehrern und Fachlehrern, entsprechend für Realschulen ca. 70 Berufseintritte, für Gymnasien ein jährlicher Bedarf von 300 bis 400.

Der Gesamtbedarf, der hier prognostiziert und gefordert wird, beträgt 1620 Lehrer. Diese Zahlen decken sich in etwa mit den Forderungen der Lehrverbände. Ich wundere mich, wie dieser Haushalt da als eine bildungspolitische Absicherung unserer künftigen Bildungschancen dargestellt werden kann.

Im Ländervergleich 1984/85 beispielsweise liegen wir, was die Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien betrifft, hier die 5. bis 10. Jahrgangsstufe, über dem Bundesdurchschnitt der Schülerzahlen pro Klasse. Wir GRÜNEN haben 1550 neue Lehrerstellen gefordert, davon 800 für Volksschulen, 330 für berufliche Schulen, 50 für Fachoberschulen, 70 für Realschulen und 300 für Gymnasien.

Dies würde für die Volksschulen bedeuten, daß jede dritte bis vierte Volksschule einen zusätzlichen Lehrer bekommt. Wir haben gegenwärtig 40 000 Kinder in Klassen über 30 Schüler. Unsere mobile Reserve ist oft nach wenigen Monaten aufgebraucht.

Aber wir haben 3000 Planstellenbewerber und -bewerberinnen für Grund- und Hauptschulen. An den beruflichen Schulen haben wir derzeit allein durch ausfallenden Pflichtunterricht, Mehrarbeit und fehlende Lehrer in allgemeinbildenden Fächern einen Fehlbestand von 372 Lehrern, und dies gerade an den Berufsschulen mit so unterschiedlichen Leistungsvoraussetzungen und Motivationen der Schüler und Schülerinnen und so unterschiedlicher Ausstattung.

Dabei erfordern gerade die Stärkung der beruflichen Ausbildungsmöglichkeiten und die Wertung der mittleren Schulabschlüsse mehr Lehrerstellen an diesen Schulen, dies auch angesichts der von einem CSU-Mitglied eingeforderten verstärkten Askese, was den Schulzugang an Gymnasien betreffen soll.

Die Forderungen der GRÜNEN sind Minimalforderungen. Wie will die CSU-Landtagsfraktion den in ihrem bildungspolitischen Positionspapier eingeforderten

Erfolg an den Schulen verwirklichen? Es steht darin Mehrung des Angebots an Wahlfächern, Arbeitsgemeinschaften, individuelle Betreuung, Bildung von Interessengruppen, verstärktes Eingehen auf Freizeitinteressen der Schüler, Gestaltung der Schule als Lebensraum der Schüler. Wie will sie das verwirklichen? Mit diesem Haushalt bestimmt nicht!

Einige Bemerkungen zur Frage der Integration noch vorab:

Es geht in erster Linie um das Miteinander, nicht das Nebeneinander. Es geht um gegenseitiges Akzeptieren, um den Abbau einer sozialen Distanz. Es geht nicht um Gleichmacherei, sondern um Erfahrung der Unterschiede. Manche Forderung muß in Einzelbetreuung erfolgen, aber die gemeinsame Betreuung wird immer im Vordergrund stehen. Integrative Bemühungen vernachlässigen nicht notwendige therapeutische Einzelhilfen, aber auch nicht die individuelle Förderung der nichtbehinderten Kinder. Aber all dies erforderte wieder kleine Gruppen und Klassen, mehr Lehrer, Pädagogen, Therapeuten an Regeleinrichtungen.

Bayern hat ein weitverzweigtes Sonderschulsystem, ein System der Ausgliederung, der Sortierung. Wir haben zehn verschiedene Sondervolksschulen mit fast 40 000 Schülern; darunter sind 194 Schulen für Lernbehinderte mit knapp 20 000 Schülerinnen und Schülern. Ich frage Sie: Warum ist für diese Lernbehinderten nicht Raum, pädagogischer Raum und Lebensraum an den Volksschulen? Ich habe mich darüber mit einem Berufsschullehrer unterhalten, der mir sagte: Sonderschüler an Berufsschulen fallen nicht auf durch mangelnde kognitive Fähigkeiten, wodurch sie auffallen, das ist fehlendes Selbstbewußtsein, und das lehren wir an diesen Schulen.

Es gibt Ansätze zur Integration: Diagnose- und Förderklassen, stützenden Förderunterricht, Frühförderung. All dies zeigt, daß die Kinder doch förderbar und eingliederungsfähig sind. Warum sind alle diese Schritte so zaghaft?

Integrative Modellschulen, Schulversuche in Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen und Bayern zeigen immer wieder, daß diese Kinder im Klassenverband, in Wohnortnähe gefördert werden können zur gegenseitigen Bereicherung. Auch hier sollte eine Öffnung erfolgen gegenüber restriktiver Genehmigungspraxis bei privaten Schulen. Alle Eltern, Lehrer und Schüler können von den pädagogischen Erfahrungen dieser Schulen nur lernen.

Die Ausgliederung geht nach den Sondervolksschulen ja weiter, wir haben Sonderberufsschulen, Sonderberufsfachschulen, Sonderrealschulen. Ich nenne hier auch die Integrationsklassen an Gymnasien. Aber dieses System wird nie flächendeckend sein. Zu den Belastungen, die die Eltern mit den Kindern bereits haben, gemeinsam zu tragende Belastungen, kommt die wohnortferne Unterbringung. Es ist ja nicht möglich, daß alle Blinden am Adolf-Weber-Gymnasium in München gefördert werden, alle Sehbehinderten in Würzburg, alle Körperbehinderten in München oder Altdorf, alle schwerhörigen Kinder wieder am Gisela-Gymnasium in München. Was ist mit all

(Frau Paulig [DIE GRÜNEN])

den anderen behinderten Kindern in Bayern? Wo sind ihre Chancen, wohnortnah eine Schule entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit zu besuchen?

Wir GRÜNEN haben zahlreiche Anträge zur Förderung der Integration eingebracht. Leider wurden alle abgelehnt. Wir haben zur Förderung der Integration Blinder am Gymnasium eine Aufstockung von 500 000 Mark gefordert, und wir haben eine Umschichtung der Mittel für den Bau einer Heimberufsschule für Lernbehinderte in die Förderung an Berufsschulen von 5,5 Millionen DM vorgeschlagen. Wir haben auch die Aufnahme einer neuen Titelgruppe zur Integration sinnes- und körperbehinderter Schüler und Schülerinnen in allgemeinbildende und berufliche Regelschulen gefordert mit einem ersten Haushaltsansatz von zehn Millionen Mark. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt.

Sie alle kennen den Schulversuch der Eingliederung eines blinden Mädchens in Olching. Er war nur möglich durch einen enormen Einsatz der Eltern, durch enorme Pressearbeit der Eltern, und er ist auch nicht ohne Diffamierung der Eltern abgegangen. Der Schulversuch läuft nun, er soll wissenschaftlich begleitet werden. Der Vater hat selbst, technische Möglichkeiten nutzend, Unterrichtshilfsmittel für seine Tochter in die Schule eingebracht.

(Zuruf von der CSU: Respekt vor dem Vater!)

Wir kennen auch andere Bemühungen von Eltern, Integrationsklassen zu errichten. Hier wäre wirklich mehr Bereitschaft des Ministeriums wünschenswert. Man fragt sich wirklich, was da die Wünsche der Eltern gelten. Sie kennen den Zulauf an private Schulen wie Montessori-Schulen, Steiner-Schulen. Viele Eltern haben inzwischen andere Vorstellungen vom Lernen und Umgang mit ihren Kindern. Aber Privatschulen sind leider immer noch gezwungen, Schulgeld in oft erheblichem Umfang einzuziehen. Das Schulfinanzierungsgesetz deckt diese Ausgaben bei weitem nicht ab. Deshalb haben wir GRÜNEN einen Zuschuß für Privatschulen für laufende Zwecke von zehn Millionen DM gefordert, damit diese Schulen nicht nur finanziell privilegierten Eltern und ihren Kindern vorbehalten werden. Aber dieser Antrag wurde natürlich ebenso abgelehnt.

Wir haben auch Anträge zu den Schullandheimen gestellt. Schullandheime ermöglichen erfahrungsbezogenen Unterricht. Sie sollten in allen Schularten und Altersstufen möglich sein. Sie bieten die Chance einer Gemeinschaftserziehung und ermöglichen soziale Erfahrungen. Unsere Forderung nach Sanierung der Schullandheime, nach Aufstockung der Mittel wurde abgelehnt.

Wir haben Mittel für bedürftige Schüler zur Finanzierung der Schullandaufenthalte gefordert, Mittel, die ohne Diskriminierung abgerufen werden können. Eltern sollten ihre Bedürftigkeit nicht erst im sozialen Umfeld nachweisen müssen. Auch diese Forderung wurde abgelehnt. Andererseits wurde ein Antrag der CSU und der SPD zur Aufstockung der Mittel für Leh-

rer angenommen. Wir haben diesem Antrag gerne zugestimmt, aber wir bedauern sehr, daß angesichts der steigenden Zahl von arbeitslosen bedürftigen Eltern und ihren Kindern hier nicht entgegengekommen wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben uns für die Fortbildung der Lehrer aller Schularten, für die dezentrale Lehrerfortbildung an nichtstaatlichen Wissenschafts- und Bildungseinrichtungen eingesetzt und in einem Antrag die Aufstockung der ausgewiesenen Mittel um 500 000 DM auf 7,4 Millionen DM gefordert. Im Tätigkeitsbericht des Ministeriums ist ein Modellprojekt „Gymnasiallehrer in Industrie und Forschung“ enthalten. Im Schuljahr 1985/86 wurden drei staatliche Lehrkräfte beurlaubt, um bei der KWU Erlangen als wissenschaftliche Mitarbeiter die Realität industrieller Forschung kennenzulernen, um anschließend als Multiplikatoren wieder den Gymnasien zugeordnet zu werden. Wenn ich dies lese, dann kann ich fast Erleichterung darüber empfinden, daß unser Antrag abgelehnt wurde. Dieser Form von Fortbildung wollen wir nicht den Weg bereiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich fordere das Ministerium auf, Lehrerinnen und Lehrer zu beurlauben, beispielsweise zur Fortbildung an Naturschutzakademien, an politischen und kirchlichen Akademien, an Umweltinstituten und an alternativen Bildungseinrichtungen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch hier sollte eine Fortbildung möglich sein – unter Fortzahlung der Bezüge, denn nicht alle Fortbildungsinstitute sind finanziell derart gut ausgestattet wie die KWU.

(Zuruf von der CSU)

– Sie können dann ja erwidern.

Die GRÜNEN sind in die Haushaltsdebatten mit verschiedenen Forderungen nach Kürzungen und Umlagerungen von Mitteln gegangen. Wir haben Kürzungen in Höhe von insgesamt 32,5 Millionen DM gefordert, darunter beispielsweise die Kürzung der Fördermittel für den Ring der politischen Jugend um 840 000 DM und die Umlagerung dieser Mittel auf Projekte für „arbeitslose Jugendliche“ und „ausländische Jugendliche“. Diese Forderung wurde abgelehnt. Wir haben die Streichung von 2,3 Millionen DM für die Propagandablätter „Schulreport“ und „Schule und wir“ des Ministeriums gefordert. Es gibt bessere Veröffentlichungen des Ministeriums. Sollten die zwei Zeitschriften wirklich so lesens- und begehrenswert sein, dann versuchen Sie doch, diese Blätter zu verkaufen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben die Streichung von 130 000 DM für Tests im Studienfach Medizin gefordert. Für einen unglückseligen und unnötigen Beschluß der KMK stellen wir keine Mittel bereit. Wie steht es denn um die Qualifikation des Abiturs, wenn wir Zusatztests, Numerus-

(Frau Paulig [DIE GRÜNEN])

clausus-Regelungen, Eingangsgespräche und dgl. anschließen müssen?

(Zuruf von der CSU: Was sollen wir denn mit den Medizinern tun?)

Wir haben aber auch, und dies hat die Wogen in der Öffentlichkeit relativ hochschlagen lassen, Kürzungen im Sportbereich gefordert. Es gibt im Haushalt einen Titel „Schulsportwettkämpfe und Schulsportfeste“, für den 1,9 Millionen DM angesetzt sind. Wir haben eine Kürzung dieses Ansatzes um 20 Prozent und gleichzeitig gefordert, Bundesjugendspiele mal freiwillig durchzuführen. Bundesjugendspiele sind für viele Schülerinnen und Schüler alljährlich eine diskriminierende Erfahrung, für die nämlich, die die Leistungen nicht erbringen können. Wir fordern ebenfalls eine Streichung der Mittel für „Jugend trainiert für Olympia“, Talentsuche, Talentsichtung, Talentförderlehrgänge und Leistungsgruppen.

(Zuruf von der CSU)

– Schauen Sie sich den Antrag an. Es ging um eine Kürzung eines Haushaltspostens von 1,9 Millionen DM um 20 Prozent auf 1,54 Millionen DM.

Welche Zukunft bieten wir diesen Sporttalenten? Sie verbrauchen sich frühzeitig körperlich, werden geschädigt. Sie leiden unter verzerrten Sozialkontakten, sie dienen allein dem Prestigedenken von Eltern, Schulen, Vereinen und Verbänden. Wir bieten diesen Jugendlichen keine Zukunft. Wir fordern auch weiterhin eine Streichung der in diesem Bereich eingesetzten Mittel.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine wesentliche Kürzung wollen wir auch im Sportwesen, nämlich von 88,5 Millionen DM auf 60 Millionen DM. Dies entspricht im übrigen dem Ansatz für die Jahre 1984/85.

(Zuruf von der CSU)

– Das ist der zweite Antrag, warten Sie doch bitte. Wir wollten dabei die fünf Millionen DM, die 1986 für Sportschützen und das Schießstättenprogramm – eine sehr bewegungsarme Sportart – ausgegeben wurden, gekürzt wissen. Fünf Millionen DM wurden für Bundes- und Landesleistungszentren ausgegeben. Wir wollen keine weiteren Sportstättenneubauten. Ich denke, die Versorgung mit Sportplätzen ist auch auf dem flachen Land groß genug. Auch Mittel für die Sanierung bestehender Sportstätten sind in ausreichendem Maße vorhanden. Es geht – und ich denke, hinter dieser Forderung sollten auch alle anderen Parteien stehen – um die Förderung des Breitensports. Damit muß eine Kürzung der leistungssportbezogenen Ausgaben verbunden sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lassen Sie mich noch auf eine besondere Beschäftigungsform für Jugendliche eingehen, die sich, zumindest für die Abiturienten, an das Ende der Schulzeit anschließt: 18 Monate Wehrdienst oder 24 Monate Zivildienst. Der Entlassungstermin für

Abiturienten soll auf den 31. Mai vorgezogen werden, Vorlesungsbeginn soll einheitlich 1. November sein. Wehrdienstleistende sollen nach 17 Monaten von der Bundeswehr freigestellt werden, so daß sie zum 1. November jeden Jahres mit ihrem Studium anfangen können. Wer aber fragt nach den Bedingungen für Zivildienstleistende bei Beginn ihres Studiums?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zivildienstleistende verlieren ein ganzes Jahr. Die Debatte um Verkürzung der Schulzeit sollte nicht nach wehrtechnischen Gesichtspunkten geführt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Über die Überarbeitung der Lerninhalte, die Lernstofffülle, die pädagogischen Formen muß debattiert werden. Aber vergessen wir bei dieser Diskussion nicht die eigentlich Betroffenen, die Schülerinnen und Schüler. Ich darf mit einem Zitat von Professor Peter Paulig schließen, der die Schule als Tummelplatz von Anforderungen bezeichnet:

Aus einer Reihe von Gründen war und ist die Schule ein Tummelplatz unterschiedlichster Ansprüche und Forderungen, die von außen an sie herangetragen werden. Vieles wurde und wird gefordert. Nur die Kinder und Jugendlichen sind mit dem, was sie im Lebensraum Schule wollen und brauchen, weitgehend vergessen worden. Der Staat wünscht sich die Erziehung des verantwortungsbewußten Staatsbürgers, die Wirtschaft erwartet den einsatzfähigen und -bereiten Arbeitnehmer, die Kirchen legen Wert auf christliche Bildung und Erziehung, die Bundeswehr erhofft sich neuerdings von der Schule bestimmte Vorleistungen im Hinblick auf die Heranwachsenden und deren Einstellung zum Wehrdienst. Automobilklubs fordern mehr Verkehrserziehung, Sportverbände weitere Sportstunden, andere das Fach Rechtskunde und Sexualerziehung, mehr Arbeits- und Wirtschaftslehre, mehr Erziehungskunde und Politikunterricht. Schade, daß die Philosophen aus mangelnder Einsicht oder weiser Zurückhaltung bisher noch nicht gefordert haben, das Fach „Denken“ in die Schule einzuführen. Es wäre höchste Zeit.

Grundsätzlich ist gegen diese unterschiedlichen Ansprüche nichts einzuwenden. Aber wer fragt danach, welche Rechte, Ansprüche, Hoffnungen, Wünsche und Lebensbedürfnisse das Kind bzw. der Jugendliche hat? Was wissen wir überhaupt darüber, was Schüler in unseren Schulen bewegt, froh, gar glücklich oder traurig macht?

Ist es wirklich so unwichtig, darüber Genaueres zu wissen? Warum muß das Kind an unseren Schulen zuerst all das lernen, was irgend jemand irgendwann aus irgendwelchen Gründen für sinnvoll gehalten hat und dann – sollte es noch Begeisterung für das Lernen aufbringen können – vielleicht einmal das lernen zu dürfen, was es selbst gerne lernen möchte? Ich wünsche mir eine Fortsetzung der Bildungsdiskussion in diesem Sinne. Danke!

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Möslein:** Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Werkstetter das Wort!

**Werkstetter (CSU):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wollte ich auf das von der Frau Abgeordneten Paulig vorgetragene Sammelsurium eingehen, müßte ich meine zehn Minuten Redezeit und sehr viel Zeit darüber hinaus verbrauchen.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Ich fasse die Äußerungen der Frau Paulig in die von Herrn Kamm im Haushaltsausschuß gemachte Aussage zusammen: Unsere Forderungen lassen sich insgesamt auf 80 Millionen DM zusätzlich beziffern, und kommentiere diese mit dem Satz: Wenn wir den GRÜNEN nicht nur in der Kulturpolitik, sondern auch in der Wirtschaftspolitik folgten, könnten wir sehr bald nicht mehr 76 000 Lehrer beschäftigen, sondern vielleicht noch die Hälfte oder gar noch weniger.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich auf einen Punkt eingehen, den Frau Kollegin Meier angesprochen hat. Sie meinte, die Staatsregierung trickse, indem auf der einen Seite Lehrerstellen geschaffen und auf der anderen Seite eingezogen werden. Frau Kollegin Meier, Sie wissen, daß der Einzug von Lehrerstellen im Zusammenhang steht mit dem globalen Stellenabbau im Rahmen des Haushaltsgesetzes 1983/84. Es wird also ein Gesetz ausgeführt, und auf der anderen Seite werden auf dieser Grundlage wiederum neue Stellen geschaffen, und zwar 150 Stellen in diesem Doppelhaushalt.

(Zuruf von der SPD: Das muß man den Leuten auch sagen!)

Sie haben die Themen Hausaufgabenhilfe und integrierte Lehrerreserve an den verschiedenen Schularten angesprochen. Damit sind wir bei dem Thema, das ich insbesondere behandeln möchte, nämlich Grenzen der Finanzierbarkeit der Bildungspolitik. Der reine Bildungspolitiker, insbesondere der Bildungspolitiker von der Opposition, und dafür habe ich Verständnis, möchte diese Grenzen sehr häufig nicht wahrhaben. Aber ein verantwortungsbewußter Kulturpolitiker, der in der Verantwortung der Regierungsparteien steht, wie zum Beispiel Kollege Otto Meyer, und Haushalter müssen diese Begrenzung zur Kenntnis nehmen und Höhenflüge der Kulturpolitiker gelegentlich bremsen.

Meine Damen und Herren! Wir haben uns in der letzten Woche in einer achtstündigen Diskussion im Haushaltsausschuß mit dem Kultusetat auseinandergesetzt, und wir haben diese Diskussion auch heute. Ich habe Anlaß, mich dabei zunächst mit den Forderungen der SPD zu beschäftigen. Die SPD fordert insgesamt 1800 neue Planstellen, ich habe sorgfältig zusammengezählt. Das sind rund 120 Millionen DM. Darüber hinaus fordert sie rund 40 Millionen DM für den Sport, 20 Millionen DM für Sanierungsmaßnahmen, zehn Millionen DM für Neubaumaßnahmen, neun Millionen DM für die Aufstockung von drei DM auf fünf DM für die Übungsleiter. Das ergibt 160 Millionen DM. Dazu kommen die Forderungen für die Kinderhorte in Höhe von 27 Millionen DM, Erwachse-

nenbildung, Büchereiwesen usw. in Höhe von insgesamt fast 15 Millionen DM. Die SPD fordert rund 200 Millionen DM zusätzlich. Frau Kollegin Meier, ich weiß nicht, ob Sie auch alles zusammengerechnet haben, was Sie gefordert haben.

(Nein! bei der CSU)

Ich darf daran erinnern, daß wir erst vor wenigen Wochen Anträge der SPD auf Herabsetzung der Höchstklassenziffer in der Volksschule auf 25 Schüler behandelt haben. Dadurch wären insgesamt über 5000 zusätzliche Lehrerstellen notwendig, die sich auf rund 300 Millionen DM beziffern würden. Ich bitte um Verständnis, daß ich mich in DM ausdrücke, um die Größenordnungen darzustellen. Ich frage die SPD, wie sie dies finanziell darstellen will, allein bei Einzelplan 05 Forderungen in der Größenordnung von 200 Millionen DM; der Einzelplan für Wissenschaft und Kunst käme noch dazu, wo Sie sicherlich auch Ihre Forderungen erheben werden. Auch für Umweltschutz, Landwirtschaft und einiges andere mehr kämen Ausgaben hinzu. Da sollten Sie schon sagen, ob Sie die Mittel durch Umschichtung aufbringen oder auf den Kreditmarkt gehen und damit unsere Möglichkeiten für die Zukunft stark einschränken wollen.

Es geht dabei gar nicht um die Zweckmäßigkeit, die wir nicht bestreiten, meine Damen und Herren, darüber sind wir uns doch einig. Ich könnte Ihnen zusätzlich eine ganze Reihe von Beispielen nennen, wo Aufstockungen sinnvoll wären, darüber können wir uns natürlich unterhalten: pädagogische Frühförderung, Schul- und Sportstättenbau privater Schulträger, wo keineswegs befriedigend gefördert wird, Auslieferungsverträge bei Sonderschulen und einiges mehr. Dazu wüßten wir schon auch noch einiges.

Ich möchte auf die Versorgung mit Lehrern zu sprechen kommen, die besonders heiß und häufig diskutiert wird. Der Herr Kultusminister und Herr Kollege Meyer haben heute schon darauf hingewiesen, daß die Einstellungsquote in Bayern weit über dem Bundesdurchschnitt liegt. Es ist von Planstellengarantie für die verschiedenen Schularten gesprochen worden und davon, daß wir im Entwurf 150 neue Planstellen haben. Ich habe mich gefreut, einer Stellungnahme des BLLV, der uns gegenüber nicht gerade zimperlich ist, entnehmen zu können, daß in dieser Planstellenmehrung ein deutliches positives Signal gesehen wird.

(Frau Abg. Christa Meier: Da haben sie es noch nicht gespannt gehabt!)

Mit Genehmigung des Herrn Präsidenten darf ich zitieren:

Um diese anerkennende Bewertung entsprechend einzuordnen, genügt ein Blick auf andere Bundesländer: Null Einstellungen, weitere Stellenstreichungen, Zwangszeitarbeit bei Junglehrern, kein Lichtblick, geschweige denn ein Signal. Sicher mag man einwenden, daß dort im Gegensatz zu Bayern eine Reihe von pädagogischen Maßnahmen bereits umgesetzt worden seien, aber es geht um einen exemplarischen, bedeutsamen politischen Vorgang. Bayern ist das erste Bundesland, das den

(Werkstetter [CSU])

Trend zu massivem Abbau von Lehrerstellen gestoppt und umgekehrt hat. Dies ist, so klein sich das Beratungsergebnis auch ausnimmt, ein beachtlicher Erfolg.

Soweit das Zitat aus der Zeitschrift des BLLV.

Meine Damen und Herren! Noch ein paar Bemerkungen zu den einzelnen Schularten:

**Volksschule.** Wir haben die wohnortnahe Schule. Kein Mensch kann bestreiten, daß uns diese sehr viele Lehrer kostet. Wir haben auf der anderen Seite als mobile Reserve über 2600 Lehrer und Aushilfslehrer. Herr Kollege Meyer hat darüber gesprochen. Der Herr Kultusminister hat darauf hingewiesen, daß 96 Prozent der Klassen bis zu 30 Schüler haben und 70 Prozent der Klassen bis zu 25 Schüler. Hier sehe ich durchaus die Möglichkeit einer sinnvollen pädagogischen Arbeit.

**Realschule.** Einem Schülerminus von 27 Prozent steht ein Lehrerminus von nur drei Prozent gegenüber. Dies braucht wohl nicht näher kommentiert zu werden. **Fachoberschule:** Schülerminus ein Drittel. Ich kann es deshalb nicht verstehen, daß die GRÜNEN ausgerechnet für die Realschule und für die Fachoberschule zusätzliche Lehrerplanstellen fordern.

**Gymnasium.** Hier gibt es zweifellos einige Engpässe. Wir stellen aber 1,2 Millionen DM zur Verfügung, damit zusätzliche Aushilfsverträge geschlossen werden können.

**Berufsschulen.** Die Berufsschulen sind uns ein ganz besonderes Anliegen. Es kann festgestellt werden, daß der Unterrichtsausfall auf nahezu 2,5 Prozent abgebaut worden ist. Dies ist sicherlich positiv zu vermerken. Ferner ist positiv zu vermerken, daß wir 160 neue Planstellen für Fachlehrer durch Umwandlung bekommen haben. Dadurch haben wir natürlich auch ein Minus von 15 bis 20 Verträgen für Aushilfslehrer, das durch die neu geschaffenen 20 Planstellen etwa ausgeglichen wird, so daß das Ergebnis also gleichbleibt. Leider werden zum Schuljahreswechsel im Sommer 160 Referendare weniger zur Verfügung stehen; die Situation wird dadurch verschlimmert werden. Dafür wollen wir aber 2,4 Millionen DM für Aushilfsverträge zur Verfügung stellen, so daß wir beim Status quo bleiben. Ich betone in aller Offenheit, daß es dadurch keine Verbesserung gibt, sondern daß wir mit diesen Maßnahmen lediglich den Status quo halten.

Ich möchte mit Betonung darauf hinweisen, daß in nächster Zeit auch nicht mit einem Rückgang des Pflichtstundensolls bei der Berufsschule zu rechnen ist, weil auf der einen Seite die neuen Ausbildungsordnungen des Bundes für den Elektro- und Metallbereich ein Mehr an Stunden erfordern und auf der anderen Seite die Berufsgrundbildung natürlich auch zu Buche schlägt.

Meine Damen und Herren! Ich habe eine Bitte an die

beiden zuständigen Minister, den Kultus- und den Finanzminister.

(Abg. Karl Heinz Müller: Der ist nicht da!)

– Das wird er erfahren, Herr Kollege. Bei der Beratung des Nachtragshaushalts werden wir nicht umhin können, uns mit der Forderung auseinanderzusetzen, daß für die **Gestellungsverträge** die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Dafür haben wir im Augenblick nur zwei Millionen DM zur Verfügung; wie ich höre, werden 7,5 Millionen DM gebraucht. Es geht nicht an, daß wir diese Gestellungsverträge aus Planstellenmitteln finanzieren und dafür 70 Planstellen nicht besetzt werden können. Mit Sicherheit wäre den Berufsschulen mit diesen 70 Planstellen sehr viel geholfen. Deswegen meine Bitte an die Staatsregierung, die Mittel für die Gestellungsverträge bei der Aufstellung des Nachtragshaushalts einzuplanen.

(Beifall bei der CSU – Abg. Otto Meyer: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren! Ich darf mit einer letzten allgemeinen Bemerkung zur **Alterspyramide** in den verschiedenen Schularten schließen. Sie macht uns Sorgen; darauf ist heute schon einmal hingewiesen worden. Wir werden in den nächsten Jahren nur wenige Pensionierungen haben. Erst um das Jahr 2000 werden sehr viele in den verdienten Ruhestand gehen. Dann haben wir Schwierigkeiten, neue Lehrkräfte zu rekrutieren. Auch unter Haushältern wird man in den nächsten Jahren sehr ernsthaft darüber diskutieren müssen, wie wir dieses Problem einigermaßen bewältigen.

Meine Damen und Herren! Ich meine, daß sich der Kultusetat bei Berücksichtigung der notwendigen finanziellen Begrenzungen mit über sieben Milliarden DM sehen lassen kann und den hohen Ansprüchen bayerischer Kulturpolitik gerecht wird.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Mösllein:** Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Schuhmann!

(Abg. Dr. Schuhmann geht mühsam zum Rednerpult)

**Dr. Schuhmann (SPD):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich habe zwar momentan Probleme mit dem aufrechten Gang, aber das sind Folgen sportlicher Betätigung und nicht etwa des Drucks aus dem Ministerium, obwohl ich vor fünf Jahren auch einmal Probleme hatte, als ich in meiner Eigenschaft als Stadtrat einen Leserbrief schrieb. Er wurde zu den Personalakten genommen mit der Bemerkung, daß ich die Schranken der politischen Betätigung überzogen hätte. Auf meine höfliche Bitte an das Ministerium, mir dies nachzuweisen, weil ich meinte, im Rahmen des Grundgesetzes und auch der Bayerischen Verfassung meine staatsbürgerliche Pflicht geleistet zu haben, habe ich bis heute noch keine Antwort aus dem Ministerium erhalten.

(Abg. Eykmann: Cum tacet, clamat!)

– Danke schön, Herr Kollege Eykmann.

(Dr. Schuhmann [SPD])

Zunächst einige vielleicht marginale Bemerkungen, die auch das Redaktionelle der Rede unseres Kultusministers betreffen, wobei ich ihm zunächst zu einem gratulieren darf, zu seiner Spontanität oder auch zu seiner Lernfähigkeit.

(Frau Abg. Stamm: Das ist ja schon was!)

So ist es doch bemerkenswert, ich habe es jedenfalls positiv aufgenommen, daß der Herr Minister – im Gegensatz zur ausgedruckten Rede – die Heraushebung des „Kulturstaates Bayern“ vermieden hat, ich nehme an deswegen, weil man trotz aller Abgrenzungserscheinungen, zum Beispiel gegenüber Nordrhein-Westfalen, wohl auch andere Bundesländer als Kulturstaaten bezeichnen müßte.

(Zustimmung bei der SPD – Abg. Georg Rosenbauer: Selbstverständlich!)

Es war auffällig, Herr Kollege, in der ausgedruckten Rede stand das so drin.

(Frau Abg. Stamm: „Es gilt das gesprochene Wort!“)

– Frau Kollegin Stamm, wenn ich Ihren Minister lobe, dann wollen Sie mich doch dabei nicht noch unterbrechen.

(Heiterkeit)

In der ausgedruckten Rede war zu lesen, daß ein sozial gerechtes Bildungswesen seit Jahren verwirklicht sei. Im gesprochenen Wort, Frau Kollegin, hat der Herr Staatsminister zugegeben, daß das unser Ziel seit Jahren ist. Also auch hier ist eine doch bemerkenswerte Relativierung zu verzeichnen.

Ich möchte auch noch einige andere redaktionelle Dinge ansprechen, wobei ich bei einigem ein wenig schmunzeln mußte. Zum Beispiel, wenn Sie die Familienpolitik der Bundesregierung und der Bayerischen Staatsregierung als Hoffnungsträger dafür ausgeben, daß wieder eine größere Bereitschaft zum Kind da sei, aber einige Zeilen vorher feststellen, daß ausgerechnet seit der Wende 1982 – das steht natürlich nicht in Ihrem Manuskript – wieder ein Rückgang zu verzeichnen sei. So etwas kann unter Umständen auch peinlich werden.

Nun zur Lehrereinstellungsquote. Kollege Otto Meyer, den ich momentan nicht sehe

(Frau Abg. Stamm: Der ist doch da! – Zuruf des Abg. Otto Meyer)

– Herr Meyer, grüß Sie Gott, – betont immer wieder, wie sehr wir über dem Bundesdurchschnitt liegen. Herr Kollege Meyer, Sie haben sogar mit großer Verve darauf hingewiesen, daß es in keinem anderen Bundesland derartig tolle Verhältnisse wie bei uns gebe. Da darf man aber auch einmal darauf hinweisen, daß zum Beispiel seit Jahren in Bremen in keiner Grundschulklasse mehr als 19 Schüler sind. Da ist natürlich klar, daß hier eine Grenze erreicht ist, die automatisch die Einstellung von Lehrern stoppen muß.

(Abg. Otto Meyer: Bremen ist erstens ein Stadtstaat und zweitens nahezu pleite!)

– Ich habe nur Sie zitiert, daß es in keinem anderen Bundesland so gute Verhältnisse gebe. In Sozialkunde haben Sie gelernt, daß Bremen ein Stadtstaat, aber auch ein Bundesland ist.

(Zurufe von der CSU)

Wenn der Herr Staatsminister darauf hinweist, daß die Bildungspolitik in Bayern im Gegensatz zu anderen Bundesländern nicht im Rampenlicht der Öffentlichkeit steht, muß ich feststellen: Das ist ja auch kein Wunder, denn bei der Windstille, die der Herr Minister selbst angesprochen hat, gibt es wohl darüber auch wenig zu berichten.

(Beifall bei der SPD)

Das bedauern wir alle miteinander. Alle Schulversuche sind eingefroren worden. Wenn die Kollegschule in Nordrhein-Westfalen jetzt schon abqualifiziert wird, muß einfach einmal festgestellt werden, daß dies eine Schule ist, die sich im Versuchsstadium befindet. Wir wollen doch erst einmal warten, was dabei herauskommt, ehe wir sie a priori absolut ablehnen und von Halbbildung sprechen, weil Erfolge in dieser kurzen Zeit nicht möglich sind. In Bayern selbst wird bei der Berufsaufbauschule um ein Jahr gekürzt, und dann wundert man sich, daß diese Schulart möglicherweise einget.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die Vertreter aller Fraktionen haben darauf hingewiesen, darin sind wir uns alle einig, daß der Schulalltag, das Lehren und Lernen in der Schule, nicht leichter geworden ist, weil alle von einer erhöhten Verantwortung der Pädagogen sprechen. Immer mehr Forderungen werden an die Schule herangetragen; ich nenne nur die Stichworte Sexualerziehung und Aufklärung, Umwelt, Vertreibungsgebiete, Ostkunde, Energiepolitik, Medien und Gentechnologie. Das sind alles sehr komplexe Dinge, die in die Schule hineingetragen werden. Das letzte Beispiel ist AIDS, wo nun auch die Schulen einbezogen werden sollen. Dadurch wird der Schulalltag erheblich erschwert.

Daher muß man einfach einmal feststellen: Wenn in vielen Bereichen dank des Schülerrückgangs in der Tat eine Verbesserung eingetreten ist, die von uns nicht bestritten wird, dann ist das nach unserem Dafürhalten bei der absoluten Verschärfung der Schulsituation noch lange nicht genug.

Denken wir doch nur an die Situation in der Mittelstufe, um ein Beispiel zu nennen. In den größeren Städten ist es mittlerweile so, daß sich der disziplinarische Aufwand, den die Lehrer betreiben müssen, auf die Zahl der Bewerbungen auswirkt. Früher konnte sich eine Stadt wie München vor Bewerbungen überhaupt nicht retten, und heute sucht man fast verzweifelt nach Junglehrern, die nach München wollen. Schulleiter sind schon fast überhaupt nicht mehr zu finden.

Die Schule wird immer mehr als Regulativ der Entwicklung von gesellschaftlichen Normen, Konsumverhalten, Anspruchsdenken und Strömungen be-

(Dr. Schuhmann [SPD])

trachtet. Hier darf ich etwas zu den GRÜNEN sagen, auch wenn der Kollege jetzt nicht da ist, die das teilweise mittragen und teilweise auch mit initiiert haben, wo Sie uns, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, voll auf Ihrer Seite haben: Wir gehören nicht zu denen, die dauernd den Leistungsdruck und den Leistungsstreß beklagen, ja, die sogar die Leistung selbst als Negativbegriff verwenden.

(Abg. Otto Meyer: Sie sind auch ein vernünftiger Sozialdemokrat, mit Ihnen kann man reden! – Frau Abg. Radermacher: Das ist das Übliche!)

– Normalerweise ist nur ein toter Sozialdemokrat ein guter Sozialdemokrat.

(Frau Abg. Radermacher: Wenn er tot ist, ist er noch besser!)

In diesem Zusammenhang darf ich noch etwas zu den GRÜNEN sagen. Ich halte es bei Gott nicht für eine Diskriminierung, Fördermittel für die Bundesjugendspiele auszuschütten. Im Gegenteil! Ich habe es immer begrüßt, wenn die Besten aus einer Klassengemeinschaft herausgesucht wurden und die anderen ihre Mitschüler und Mitschülerinnen bzw. Freunde und Freundinnen angefeuert haben, weil damit eine Stimmung der Solidarität entstanden ist. So etwas tut der Klassengemeinschaft in der Regel nur gut.

Wir sind, wie gesagt, voll mit Ihnen auf der Linie, daß es in der Schule ohne Leistungsbereitschaft und ohne Leistungserbringung nicht gehen kann. Wenn da, ohne den Kontext zu beachten, aus der Bibel in etwas naiver Form zitiert wird – sie säen nicht, sie ernten nicht –, dann ist das, ehrlich gestanden, an der Grenze des Lächerlichen.

Noch etwas ist anzusprechen, was die Situation im Schulalltag immer mehr erschwert: die Tatsache, daß gerade Schüler aus Schichten, die man nach wie vor als privilegiert bezeichnen kann, bei strittigen Punkten sehr schnell mit dem Rechtsanwalt drohen. Der Lehrer kommt damit in eine ausgesprochen schwierige Situation. Manche Petition, die wir im Kulturpolitischen Ausschuß behandelt haben, zeugt von einem überzogenen Anspruchsdenken gegenüber den Schulen.

Häufig zeugen die Petitionen, das muß ebenfalls gesagt werden, aber auch davon, daß Lehrer in begründeten Einzelfällen berechtigten Anliegen von Schülern nicht positiv, d. h. helfend, entsprechen können, weil das Korsett der Schulordnungen jedem wünschenswerten Freiraum die Luft abdrückt. Einige Beamte des Ministeriums haben da in der Sitzung ein hohes Maß an Starrheit und Unverständnis über die echte Situation des Schulalltags vor Ort gezeigt. Ich darf an dieser Stelle aber auch sagen, daß ich mich darüber freue, daß in einigen Einzelfällen ein sehr positives Verhältnis und eine sehr fruchtbringende Zusammenarbeit über die Grenzen der Parteien bzw. Fraktionen hinaus möglich waren.

Nun zum Gymnasium! Sie feiern den Rückgang auf mittlerweile 33 Schüler in den Jahrgangsstufen 5

bis 8, 32 in der Jahrgangsstufe 9 und 30 in den Jahrgangsstufen 10 und 11, als großartigen Erfolg.

(Abg. Georg Rosenbauer: Das ist auch ein Erfolg!)

Ich frage Sie ernsthaft: Wie soll ein Lehrer, wenn die Schule am 15. September angeht, bereits Anfang Dezember die Entscheidung treffen, wer von seinen 33 Schülern für das Gymnasium geeignet ist und wer nicht? Die Orientierungsstufe lehnen Sie ja seit Jahren ab. Auf der einen Seite, ich habe es heute erfreut zur Kenntnis genommen, wird die Heimat so hervorgehoben; es war vom Ungenierte-die-Mundart-Sprechen die Rede. Aber als es in Hessen ähnliche Überlegungen gab, hat man sie belächelt, ja sogar verlacht. Auf der anderen Seite muß ich als Deutschlehrer die Mundartschwächen der sogenannten bildungsfernen Schichten beim Diktat anstreichen und eine entsprechend schlechte Note geben. So fällt manchmal die endgültige Entscheidung bereits in einem frühen Zeitraum, weil eine Zurückweisung an die Hauptschule in ländlichen Gebieten heute noch als soziale Schande angesehen wird. Ich habe im vorigen Jahr selber noch erlebt, daß eine Mutter in der Sprechstunde weinte, weil sie befürchtete, daß ihr draußen auf dem Dorf hämische Bemerkungen entgegenschlagen könnten.

Die Hauptprobleme liegen aber in der Kollegstufe. Es ist doch kein Zufall, daß immer mehr Petitionen aus der Kollegstufe an uns herangetragen werden. Wenn die Notengebung so gut wäre, wie das der Herr Kultusminister gesagt hat, dann wären die Petitionen nicht nötig. In den Grundkursen, die aufgewertet werden sollen, sind zum großen Teil immer noch 28 Schüler, und Leistungskurse mit 19 Schülern sind kein Ausnahmefall. Sie aber tun so, als sei alles in Ordnung.

Hinzu kommt noch die Verkürzung der 13. Klasse. Hier möchte ich Frau Paulig nichts hinzufügen. Auch wir sind der Meinung, daß wehrtechnische Überlegungen nicht auf Kosten der Schule angestellt werden dürfen.

(Beifall bei der SPD)

Der Vorredner hat gerade von den hohen Kosten gesprochen. Es gäbe auch eine ganze Reihe von Möglichkeiten, die kostenneutral sind. Wenn schon von der pädagogischen Renaissance, von immer mehr pädagogischen Verbesserungen und von personaler Pädagogik gesprochen wird, dann muß man natürlich auch bei der Ausbildung der Lehrer ansetzen. Es wäre ein Kleines, in die Ausbildung, vor allem der Gymnasiallehrer, endlich einmal mehr Pädagogik einzubringen.

(Beifall bei der SPD)

Aber Sie, Herr Minister, ließen der Fachschaft Pädagogik kategorisch mitteilen, daß eine Ausweitung des Studienanteils Pädagogik nicht in Frage komme. Einer der Professoren, die Sie in Ihrer Rede zitiert haben, hat im übrigen recht sarkastisch festgestellt: Es

(Dr. Schuhmann [SPD])

gibt nichts zu tun; packen wir's an! Wenn das Ihre Vorstellungen von einer Einbringung von mehr Pädagogik sind, dann, muß ich sagen, ist das sehr problematisch.

Selbstverständlich sind auch wir für Schule als Lebensraum, als Bewährungs- und nicht nur als Schonraum. Dann muß man jedoch zum Beispiel Schülervertretungen oder Schülerzeitungsredakteuren auch mehr Möglichkeit geben, sich in diesem Lebensraum zu bewähren, und darf ihnen nicht eine Zensur von oben überstülpen.

(Beifall bei der SPD – Signal des Präsidenten)

– Meine Redezeit ist zu Ende.

Ich möchte nur noch eines sagen: So wie Sie die Situation in Bayern darstellen, ist sie im Schulalltag leider nicht und zu dem ständigen Vorrechnen der Kosten, wie es gerade auch geschah: Für 300 Millionen DM, lassen Sie mich das sagen, bekäme man etwa drei Tornados.

(Abg. Otto Meyer: Das ist natürlich eine Milchmädchenrechnung!)

Wenn schon, wie gesagt wird, die Kinder unser höchstes Gut sind, dann wäre es sicher nicht schade, für dieses unser höchstes Gut mehr Geld auszugeben, als dies zu tun Sie bereit sind. Aber wir hören von Ihnen häufig: Das wäre ja alles wünschenswert, aber leider fehlt das Geld. Unserem höchsten Gut sollte aber auf jeden Fall Priorität gegeben werden. Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Möslein:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Vogele!

**Dr. Vogele (CSU):** Herr Präsident, Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zur Schule gehört Schulkritik, seit es Schule gibt. Die Schule ist sicher immer reformbedürftig. Kein Schulsystem, Herr Kollege Dr. Schuhmann, ist fähig, der Totalität des pädagogisch Sinnvollen, ja des pädagogisch Notwendigen zu genügen. Schule kann sich immer nur sektoral entfalten, und das Leben reicht immer weiter als die beste Schule und als die beste bildungspolitische Konzeption. Ich glaube, das spüren wir alle, wenn wir redlich darüber nachdenken.

Von Frau Paulig haben wir einiges gehört heute, was auf ein etwas blindes Tätertum schließen läßt. In vorseilender Kritik hat sie schon im „Donaukurier“ vom 10. März 1987 als Meinung der GRÜNEN zum Haushalt zum besten gegeben, daß die Integration Behinderter in die Regelschule besser vorangetrieben werden müsse, daß Modellversuche zum Abbau der Distanz durchgeführt werden müßten. Sie weiß offensichtlich nicht, welche Modellversuche es auf diesem Sektor bereits gibt; ich werde darauf nachher eingehen. Sie hat außerdem gesagt, ich zitiere: „Bei Blinden und Taubstummen ist auch eine

Erweiterung des Berufsspektrums über Bereiche wie das Besen- und Bürstenbinden oder das Körbeflechten hinaus nötig.“ Wer solche Äußerungen von sich gibt, so meine ich, zeigt damit entweder Zeichen eines dürftigen Kenntnisstandes oder führt bewußt die Öffentlichkeit irre. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eine aufgeblasene Oberflächlichkeit nützt den Behinderten am allerwenigsten. Jedem Postulat neuer Wege muß, wie wir meinen, eine möglichst klare Bestandsaufnahme vorausgehen.

Wie sieht denn der Bayerische Weg im Sonderschulwesen aus?

Wir wissen alle, daß die letzten drei Jahrzehnte im Zeichen einer großartigen Aufbauleistung und Differenzierung des bayerischen Sonderschulwesens standen, die allgemein anerkannt werden. Kollegen wie Otto Meyer und viele andere haben daran tatkräftig mitgewirkt. Es ist einer der Glanzpunkte der Kulturpolitik unter Professor Hans Maier, daß das Sonderschulwesen so vorangebracht wurde. Dies hat viele Millionen gekostet. Leider sind diese Leistungen der Öffentlichkeit weithin verborgen geblieben und zu wenig bekannt. Das weiterführende Schulwesen, das auch heute wieder breit diskutiert worden ist, hat die Aufmerksamkeit der Medien, aber auch der großen Mehrzahl unserer Bürger auf sich gelenkt und sie vorrangig in den Bann gezogen.

Verschiedenste Einflußfaktoren haben in der Vergangenheit das Sonderschulwesen in seiner derzeitigen Gestalt bestimmt, beispielsweise die wachsende Erkenntnis, daß auch das Leiden Behinderter Sinn hat und Sinn macht. Wahre Bildung intendiert Sinnfindung. Neue Erkenntnisse, beispielsweise auf dem Gebiet der Kinderpsychiatrie, der Sozial- und Heilpädagogik, belegen, daß auch rudimentär vorhandene geistige Fähigkeiten sehr wohl geweckt und gefördert werden können. Wachsende Zivilisationsprobleme und -schäden lassen die Zahl der Schulversager und damit lernbehinderter Schüler wie überhaupt die Zahl der kranken und behinderten Schüler weiter ansteigen. Die Erfahrung zeigt, daß die Orientierung am Wohl des Kindes im Sonderschulrecht wie auch in anderen Bereichen häufig überlagert ist von einem Gestrüpp von Interessen standespolitischer, gesellschaftspolitischer, schulpolitischer und finanzpolitischer Art.

Was sind denn nun die Kennzeichen dieses Bayerischen Weges?

Sonderschulen für Behinderte und Kranke sind dazu bestimmt, Kinder, die aufgrund ihrer Entwicklung so beeinträchtigt sind, daß sie in der Regelschule nicht oder noch nicht ausreichend gefördert werden können, zu fördern.

Sonderschulen vermitteln, soweit es Art und Grad der Behinderungen zulassen, als Durchgangsschulen oder nach dem gesamten Bildungsgang Abschlüsse, die vergleichbaren Schularten gleichwertig sind. Das ist noch viel zu wenig bekannt, Minister Zehetmair möchte dies deshalb forcieren.

Sonderschulen haben, wie wir glauben und wie Erfahrung und tägliche Praxis lehren, eine unverzichtbare eigene Aufgabe. Unter Berücksich-

(Dr. Vogele [CSU])

tigung der besonderen Behinderung, auch Mehrfachbehinderung, gilt es, neben Unterricht und Erziehung zusätzlich spezielle, oft einzelfallbezogene Bedürfnisse gezielt anzugehen und zu fördern, um überhaupt das Leben bewältigen zu können und entsprechend zu sozialer und beruflicher Eingliederung befähigt zu werden. Ich nenne für Blinde und Sehbehinderte beispielsweise Mobilitätstraining.

Die Zusammenarbeit im Bereich der Sonderschulen, der Fach- und Beratungsdienste ist erfreulicherweise reibungsloser und enger als in den übrigen Bildungsgängen unseres Schulwesens.

Jeder Schulentwurf birgt natürlich aus sich selbst heraus bereits den Keim des Widerspruchs in sich. Spätestens dann, wenn sich die gesellschaftlichen Verhältnisse im weitesten Sinne verändern, macht sich merklich Kritik am Schulsystem breit. So gesehen ist auch die bildungspolitische Forderung nach Integration der Behinderten in die Regelschule, wie wir meinen, Ausfluß einer Theorie der Sonderschule, wobei die Grenzen zwischen sogenannten Normalbegabten und Behinderten von der Lerngeschichte her fließend sind und fließend bleiben werden. Die Diskussion um die Integration und vieles andere mehr wird deshalb ein pädagogischer Dauerbrenner bleiben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Beispiele reformischer Kritik an den jeweiligen Inhalten und Organisationsformen lassen sich aus Gegenwart und Vergangenheit genug anführen. Ich will vier aktuelle Beispiele herausgreifen, um deutlich zu machen, in welcher Zielspannung wir uns hier befinden.

Die „Gesellschaft für Integration von Behinderten und Nichtbehinderten“ in Fürth plädiert mit großem Nachdruck für gemeinsamen Unterricht in der Grundschule. Keine Behinderungen sollen ausgeklammert werden, auch nicht geistig Behinderte, Mehrfachbehinderte, Gehörlose usw.

Wir haben im Ausschuß erlebt, daß sich Eltern lernbehinderter blinder Schüler aus Mittelfranken für das Unterrichtsprinzip Heimatnähe stark gemacht haben. Das ist mehr als verständlich. Sie sind für die Aufhebung der starren Jahrgangsklassen, also für jahrgangsgemischte Klassen eingetreten.

Von den Lehrerverbänden, ob KEG oder BLLV oder wer auch immer, wissen wir, daß die Kinder dabei vernachlässigt werden. Ich darf aus einem Schreiben vom 12. Juni 1985 zitieren: „Sonderschulbedürftige Kinder wurden und werden in den Volksschulen zurückgehalten und werden dort stark vernachlässigt.“ Eltern wehren sich gegen die Einweisung. Sie können es nicht akzeptieren, daß ihr Kind lernbehindert ist. Eine Mutter wird dabei vortrefflich zitiert: „Daß mein Kind fast blind ist, kann ich ertragen, daß es aber noch dumm ist, das kann ich nicht verkraften.“

Die Sonderschullehrer sind der Auffassung, daß die Mutter zu allererst Lebenshilfe braucht, um ihr Kind in seinem Sosein zu akzeptieren. Wenn die Schwellenangst gegenüber der Sonderschule rechtzeitig abge-

baut werde, akzeptierten die Eltern das Konzept, die Arbeitsweise, die Zielsetzung der Sonderschule und seien zum sehr großen Teil zufrieden mit den Erfolgen der Schulen für Lernbehinderte.

Wir ersehen daraus, daß es bei dieser Bandbreite keinen gemeinsamen Nenner für den besten Weg der Integration gibt und auch nicht geben wird. Es gibt nicht die sogenannten pädagogischen Patentrezepte, Frau Paulig, die Sie zitiert haben. Sie machen es sich damit viel zu leicht.

CSU und Staatsregierung glauben, mit ihrem Konzept, das Sie als Positionspapier vorgelegt haben und das auf mehreren Säulen ruht, das sich vorrangig dem Wohl des Kindes und seiner Bildbarkeit verpflichtet weiß und erst nachrangig gesellschaftlichen Bedürfnissen, den verschiedenen Graden behinderter Jugendlicher Rechnung zu tragen:

Das erste ist pädagogische Früherfassung und Frühförderung. Dazu gibt es seit 1974, um es stichwortartig zu sagen, ein flächendeckendes Netz von allgemeinen Frühförderstellen im Land. Sie basieren auf der pädagogischen Erkenntnis: Wer früheste Hilfe leistet, leistet doppelte Hilfe. Hier wird in einem interdisziplinären Konzept versucht, dem Kind rechtzeitig zu helfen. Im Haushalt ist finanziell auch zusätzlich einiges getan worden, um der Aufgabe gerecht zu werden. Wir brauchen aber immer noch die finanzielle Mithilfe der örtlichen Träger der Sozialhilfe, um diese Aufgabe so befriedigend wie nur möglich zu bewältigen.

Die zweite Säule sind schulvorbereitende Einrichtungen. Wir spüren, daß sich auch diese im Aufwind befinden. 1986 besuchten sie bereits 5500 Kinder, zehn Prozent mehr als im Jahr 1985, damit ein neuer Höchststand. Warum nehmen Eltern diese Einrichtungen an? Weil sie erleben, daß hier ein kraftvoller Beitrag zur Integration geleistet wird. Zwischen 40 und 60 Prozent der sprachbehinderten und auffälligen Kinder und etwa 30 Prozent der entwicklungsverzögerten Kinder können mittels dieser Einrichtungen der Sonderbeschulung entgehen.

Einzigartig in der Bundesrepublik ist auch die dritte Säule: Schulversuche in Diagnose- und Förderklassen, um Förderbedürfnisse zu optimieren; diagnosegeleitete Unterrichts- und Fördermaßnahmen werden am Kind praktiziert. Es waren ursprünglich 15 Sonderschulversuche, aber auf Druck der Eltern, weil sich anscheinend der Erfolg schon in den ersten Monaten so sichtbar eingestellt hatte, sind mittlerweile rund 68 Sonderschulen indirekt in dieses Versuchsfeld aufgenommen worden.

Wir werden dazu von Ihnen, Herr Kultusminister, noch in diesem Jahr einen ersten Erfahrungsbericht erbitten, nachdem der Versuch bereits im nächsten Jahr auslaufen soll. Ich denke, daß Ihr Konzept wegweisend ist und daher das Interesse der Öffentlichkeit verdient, wie mit diesem Schulversuch Behinderungen heute frühzeitig bekämpft und deren Folgen und Begleiterscheinungen aufgehoben oder zumindest reduziert werden können. Ich kann mir vorstellen, daß dieser Versuch tiefgreifende Änderungen in der Struktur der Sonderschulen für Lernbehinderte,

(Dr. Vogele [CSU])

Sprachbehinderte, Erziehungsschwierige, Verhaltensgestörte und auch Körperbehinderte nach sich ziehen kann. Der Kulturpolitische Arbeitskreis unter Leitung von Otto Meyer wird baldmöglichst ein Arbeitspapier über die „Schule zur Lernförderung“ vorlegen, die einerseits möglichst viel innerhalb der Sonderschule integriert, auf der anderen Seite die Durchlässigkeit an bestimmten Gelenkstellen in der Grund- und Hauptschule verstärkt ermöglicht und damit vorzeitig Integration intendiert.

Ich darf als weitere Säule den Bereich Sonderberufsschulen und Berufsvorbereitungsjahre der Sonderformen B und C ansprechen. In der beruflichen Bildung hat man über viele Jahre, vielleicht auch aus mangelnder Kenntnis, den Bedürfnissen der Lernbehinderten nicht adäquat Rechnung getragen. Heute ist es durch diese Einrichtungen möglich geworden, wie wir aufgrund von Erfahrungen in München wissen, daß rund 80 Prozent sonderbeschulte Berufsschüler ihre Gesellenprüfung ablegen. Vor Jahrzehnten noch unvorstellbar! Wir können zu Recht stolz sein auf diese herausragenden Leistungen.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Herr Kollege, Ihre Redezeit ist um. Ich bitte, zum Ende zu kommen.

**Dr. Vogele (CSU):** Ich versuche es sofort!

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Voreilige Kritiker erwarten alles Heil von neuen Strukturen im Schulwesen. Ich meine aber: Nicht Egalisierung, sondern Wahrung der Bildungsgerechtigkeit für Behinderte muß die Meßlatte für unser bildungspolitisches Handeln auch in den kommenden Jahren sein. Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Möslein:** Nächste Wortmeldung, Frau Kollegin Fischer!

**Frau Fischer (CSU):** Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bedauere es sehr, daß die Frau Kollegin Christa Meier im Augenblick nicht da ist, denn ich möchte eigentlich auf ihre Rede eingehen. Aber zunächst einmal möchte ich den Satz, den uns der Herr Kollege Dr. Schuhmann entgegengehalten hat, zurückgeben: So nämlich, wie Sie die Schule darstellen, ist sie wirklich nicht.

(Beifall bei der CSU – Abg. Otto Meyer: Sehr richtig!)

Es tut mir wirklich leid, daß ich das sagen muß. Aber wenn man sich das zwei Stunden lang angehört hat, ich sitze schon die ganze Zeit über hier, dann muß man sagen: Es ist eigentlich sehr traurig, daß wir von unserer eigenen bayerischen Schule ein so trostloses Bild malen.

(Zustimmung bei der CSU und Zuruf)

Aber lassen Sie mich nun die Rede von Frau Christa Meier, die jetzt leider nicht da ist, interpretieren.

(Zuruf des Abg. Hiersemann)

– Ich habe nicht Schwachsinn gesagt, ich habe auch nicht „Schmarrn“ gesagt, wie vorhin, sondern ich sage, daß ich jetzt übertreibend interpretiere. Sie können ruhig über mich lachen, aber sagen Sie dann bitte nicht wieder, daß meine CSU-Kollegen die Frauen hier unfair angreifen!

(Unruhe – Zurufe des Abg. Hiersemann)

– Ich habe halt was gehört, tut mir leid!

**Erster Vizepräsident Möslein:** Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Hiersemann?

(Weiterer Zuruf von der CSU: Nicht zulassen!)

**Frau Fischer (CSU):** Natürlich, selbstverständlich! Warum nicht?

**Hiersemann (SPD):** Frau Kollegin, damit kein falscher Ton hineinkommt: Möchten Sie bitte zur Kenntnis nehmen, daß sich das Wort „Schwachsinn“ nicht auf Ihre Äußerungen bezog, sondern auf einen Disput zwischen dem Herrn Präsidenten und mir?

(Lebhafte Heiterkeit – Zurufe: Noch schlimmer!)

**Erster Vizepräsident Möslein:** Zur Klarstellung darf der amtierende Präsident sagen, daß damit natürlich nicht er gemeint war,

(Heiterkeit)

sondern die Geschäftsordnung,

(Erneute Heiterkeit)

und zwar der letzte Absatz von § 108, damit alles im Protokoll klar festgehalten ist.

(Abg. Hiersemann: Und dem stimme ich zu!)

Frau Kollegin, fahren Sie jetzt bitte in Ihrer Rede fort!

**Frau Fischer (CSU):** Ist es jetzt besser, daß der Disput zwischen Ihnen und dem Herrn Präsidenten gemeint war? Da wäre es fast besser, Sie hätten mich gemeint.

(Heiterkeit und Zurufe)

Ich möchte jetzt die Rede der Frau Meier interpretieren und dabei vielleicht sogar übertreiben. Jede Interpretation ist subjektiv, wie ich zugebe. Sie ist jetzt leider nicht hier, um, was ich vielleicht falsch interpretiere, richtigzustellen, aber vielleicht hört sie mit.

Wie also sieht es nach ihrer Meinung an unseren bayerischen Schulen aus?

Wir haben am Boden kriechende Lehrer. Das muß so sein, sonst hätte sie nicht an die Lehrer appelliert, den aufrechten Gang zu üben. Ich bestätige allerdings unserem Kollegen Dr. Schuhmann den aufrechten Gang.

(Frau Fischer [CSU])

Dann haben wir, so die Frau Kollegin, einseitig informierte, unkritische Schüler. Sagen Sie das einmal den Lehrern! Das wird niemand glauben.

Wir haben weiterhin keinen Freiraum, den die Lehrer kreativ und differenziert nützen und ausgestalten könnten. Ich frage, ob jetzt der pädagogische Freiraum wieder mit Vorschriften versehen werden soll.

Es gibt an unseren Schulen Hausaufgaben, die nicht mehr vom Schüler, sondern nur noch durch ein Gesetz bewältigt werden können oder müssen.

Und es kommt noch schlimmer: Wir haben Abiturienten, die nicht in der Lage sind, in eine Berufsausbildung einzutreten. Ich frage Sie, woher Sie das eigentlich wissen. Ich habe da ganz andere Erfahrungen.

(Zuruf von der SPD)

Dann, eigentlich hoffe ich, daß ich sie falsch verstanden habe: Sie stellt den aktuellen Unterricht mit dringend notwendigen Inhalten – AIDS-Erziehung, Umwelterziehung, Gesundheits- und Friedenserziehung – in Frage und sagt, das sei eine Hydra, die grausam sei. Sie verschweigt aber, daß es die in den Schulen veröffentlichten GEW-Aufrufe waren, die von vielen, vielen Eltern abgelehnt werden, daß wir seit Jahren und nicht erst jetzt von den Eltern dringend gebeten werden, etwas zu tun.

Sehr verehrte Damen und Herren! Wer indoktriniert, egal, von welcher Seite, ist auf dem Holzweg und erreicht das genaue Gegenteil. Auf Druck kommt Gegendruck, es wird nur Ablehnung durch die Schüler bewirkt.

(Zustimmung von der CSU)

Und so dumm werden wir nicht sein. Bis zu diesem Augenblick sind Sie uns noch den Namen des CSU-Kreisvorsitzenden schuldig, der angeblich in Schulen eingedrungen ist. Ich möchte dazu nur sagen, schwarze Schafe – in diesem Fall wirklich „schwarze“ Schafe – kann es überall geben. Das ist bestimmt nicht unsere Absicht.

Herr Dr. Schuhmann sagte zum Thema Schule als Lebensraum, bei den Schülerzeitungen müßte mehr Freiraum herrschen, und die Frau Kollegin Christa Meier meinte, bei Abiturzeitungen werde diszipliniert. – Also, bei der Abiturzeitung diszipliniert kein Mensch. Denn die Schüler stehen ja vor dem Abschied von der Schule, denen kann nichts mehr passieren. Und hinsichtlich der Schülerzeitung möchte ich Herrn Dr. Schuhmann fragen, ob er es für gut hält, was ich gestern oder vorgestern abend erst erfahren habe; da tut sich ein Oberstudiendirektor sehr schwer, er möchte den Schülern ja die Freiheit lassen. Aber da ist nun in einer Schülerzeitung das Vaterunser völlig mißbraucht, ungefähr so: „Unser tägliches Wackersdorf gib uns heute.“ – Ich frage Sie, ob das noch Ihre Meinung von Schule als Lebensraum ist. Für mich ist das genau das Gegenteil.

(Beifall bei der CSU)

– Frau Kollegin Meier, Sie kommen etwas spät. Ich bin mit der Interpretation Ihres Beitrages leider schon ziemlich fertig. Aber vielleicht haben Sie zugehört.

Ich möchte Ihnen recht geben, wenn Sie sagen: **Allgemeinbildung** muß neu definiert werden. Allerdings bin ich der Meinung, wir können für unsere Kinder nichts Besseres tun, als ihnen eine möglichst breite Grundbildung vermitteln, aufbauen auf einem breiten Kanon von Fächern, damit sie die Chance haben, in allen Bereichen auf Grundlagen aufbauen zu können. Ich sage jetzt einmal ganz „gräßliche“ Sachen: Ich meine, daß zu dem Kanon, der bis zum Abitur geführt werden muß, für mich jedenfalls und nicht nur für mich, auch für viele Eltern und übrigens auch für Schüler, folgende Fächer gehören müssen: Deutsch, Geschichte, eine fortgeführte Fremdsprache und – das geht jetzt mit der Kollegschule kreuz und quer – Mathematik und Naturwissenschaften. Ohne der Kollegschule einen Schlag versetzen zu wollen, meine ich, daß berufliche Bildung und Allgemeinbildung einfach zu viel ist. Ich kann nicht daran glauben, daß Schüler jetzt plötzlich in der Lage sein sollen, zwei hochrangige Abschlüsse gleichzeitig zu erreichen. Da setzt es bei mir aus.

Schließlich möchte ich Sie noch fragen, warum Sie eigentlich unsere Kinder ständig daran hindern wollen, das zu lernen, was sie später brauchen. Ich verstehe das nicht. Wenn sie zum Studium an die Hochschule kommen – ich bin ja eine leidgeprüfte Mutter, mir dürfen Sie das wirklich abnehmen –, dann fehlt ihnen eben manches, z.B. Englisch; nachdem sie ja frei wählen dürfen, wählen sie eben zum Beispiel nicht Englisch, sondern Französisch, weil sie diese Sprache vielleicht kürzere Zeit hatten und in Englisch eben höhere Anforderungen gestellt werden. Dann studieren sie Psychologie und meinen, man brauche keine Mathematik. Ich glaube, damit tun wir unseren Kindern nichts Gutes.

Herrn Dr. Schuhmann möchte ich recht geben, wenn er sagt, daß die Grund- und Leistungskurse noch zu stark besetzt sind. Auch nach unserer Ansicht müssen die Kollegiatenzahlen deutlich verringert werden.

Er hat des weiteren von der Verkürzung der 13. Klassen gesprochen und die Meinung vertreten, daß bildungspolitische nicht wehrtechnischen Notwendigkeiten geopfert werden dürfen. Ich weiß nicht, ob Sie das neue Konzept schon kennen. Man hat sich wirklich darum bemüht, die Prüfungen zusammenzudrängen, ohne an den Inhalten etwas wegzunehmen. Ich habe mir das Konzept angeschaut, es handelt sich um vorläufige Richtlinien und Festlegungen. Ob man das so lassen kann, werden wir erst entscheiden können, wenn es ein paarmal so gemacht worden ist. Kollegiaten und Schüler am Gymnasium in Neubiberg haben gesagt, sie wollten keine Abstriche an den Inhalten. Nun muß man halt abwarten, was daraus wird.

Ich gebe Ihnen auch recht, wenn Sie mehr Angebote an Wahlunterricht fordern. Ich hoffe nur, daß die Schüler diese Angebote dann auch annehmen. Sie

(Frau Fischer [CSU])

wissen doch selbst, daß der differenzierte Sportunterricht bereits in Frage gestellt ist, weil die Kinder am Nachmittag auch einmal frei haben wollen. Eine Elternbeiratsvorsitzende hat mir neulich berichtet, daß an ihrer Schule ein großartiger Versuch mit einem Schulgarten gestartet worden sei, um die Schüler vom Medienkonsum wegzuführen. Am Anfang waren sie auch riesig begeistert, aber am Ende waren immer nur noch die gleichen da, und die Lehrer, die ihre Freizeit geopfert hatten, haben das zum Teil umsonst gemacht. Ich glaube aber, wir sind uns völlig einig, daß wir wenigstens einen Versuch machen müssen.

Ich weiß nicht, wieviel Zeit ich jetzt noch habe.

**Erster Vizepräsident Möslin:** Fünf Minuten ungefähr!

**Frau Fischer (CSU):** – Noch fünf Minuten. Dann kann ich vielleicht noch etwas zum Thema AIDS an den Schulen sagen. Ich möchte daran erinnern, daß es nach der Bayerischen Verfassung und dem Grundgesetz das natürliche Recht der Eltern und ihnen zuvörderst obliegende Pflicht ist, ihre Kinder zur leiblichen, geistigen und seelischen Tüchtigkeit zu führen; der Staat unterstützt sie dabei. Wir begrüßen die Initiative des Kultusministeriums zur AIDS-Information an den Schulen, ich darf aber dringend bitten, die Eltern in diese Verantwortung einzubinden und möglichst rasch Elternversammlungen anzuberaumen, damit sie dieser ihrer Verantwortung kompetent gerecht werden. Ich sage das auch deshalb, weil nach den Richtlinien für Sexualerziehung die Eltern in diese Aufklärung einzubeziehen sind. Ich glaube, wir können AIDS-Aufklärung in der Schule nicht nur auf technische Anweisungen und den Gebrauch technischer Mittel beschränken. „Ansteckung kann“ – ich zitiere die „tz“ von gestern – „am sichersten vermieden werden durch Treue zum Partner, durch Verantwortung füreinander.“ Diese Einstellung muß die Schule wieder vermitteln.

Meine Redezeit ist zu Ende. Ich darf zum Schluß sagen: Wir haben viel gehört. Wir haben auch zugehört. Aber wie im Buch Sirach steht: „Nicht jedem Gerede glaube Dein Herz.“

(Beifall bei der CSU)

**Präsident Dr. Heubl:** Das Wort hat der Kollege Trapp!

**Trapp (SPD):** Herr Präsident, Hohes Haus! Jedem, der Haushaltszahlen lesen kann und der nicht schöfärberischen Worten glauben muß, wird deutlich, daß der Stellenwert der Kulturpolitik in Bayern abnimmt. Das ist um so erstaunlicher, als der Herr Minister Zehetmair heute morgen richtig gesagt hat, daß Kulturpolitik der einzige Bereich sei, in dem wir keinen Einschränkungen unterliegen.

Gemessen am Gesamtetat nimmt auch der Stellenwert von Jugendarbeit und Erwachsenenbildung ab. Dabei hat der Herr Minister heute morgen die Herausforderung auf dem Felde der Erwachsenenbildung richtig erkannt angesichts der Aufgaben, de-

nen diese sich gegenüber sieht. Ich darf nur an notwendige Orientierungshilfen erinnern, die verlangt werden, um etwa dem Mangel an Demokratieverständnis entgegenzuwirken, um mit den Veränderungen in der Arbeitswelt zurechtzukommen, um Integrationshilfen zu geben und durch Qualifizierung einen Beitrag gegen die Arbeitslosigkeit zu leisten. Dieser abnehmende Stellenwert ist um so unverständlicher, als die fast explosionsartig ansteigenden Teilnehmerzahlen eigentlich einen Auftrag der Bürger an die politisch Handelnden darstellen. Demgegenüber ist in der Regierungserklärung des Bayerischen Ministerpräsidenten die Erwachsenenbildung fast vernachlässigt, und auch im Haushalt, wie er jetzt vorliegt, ist im Bereich der Erwachsenenbildung eine Ausdünnung der Ansätze zu verzeichnen.

(Abg. Eykmann: Sie haben den Haushalt nicht richtig gelesen!)

Dazu paßt, daß der Anteil des Staates an den Mitteln für die Erwachsenenbildung in den letzten zehn Jahren immer weiter zurückgegangen ist,

(Abg. Hiersemann: So ist es!)

wenn Sie die Zahlen wissen wollen, von 23,4 auf 16 Prozent. Sie wälzen die Aufgabe immer mehr nach unten ab, das hat Methode. Die Kommunalpolitik muß überhaupt immer mehr von dem abfangen, was vom Land nach unten verlagert wird.

(Abg. Hiersemann: Wer hat jetzt nicht richtig gelesen? – Abg. Eykmann: Die Zahl steht im Haushalt!)

– Natürlich sind die Ansätze nominal gestiegen, Herr Kollege Eykmann, aber Sie wissen doch auch, daß der prozentuale Anteil, um den es ja geht, zurückgegangen ist.

(Abg. Hiersemann: So ist es!)

Demgegenüber ist bei den Kommunen der prozentuale Anteil von 13,2 auf 19,6 Prozent gestiegen. Was das nominal ausmacht, können Sie sich wahrscheinlich ausrechnen.

Genauso ist es bei den Teilnehmern, deren Anteil von 36 auf 39 Prozent gestiegen ist. Damit kommen wir zu dem, worauf Sie abzielen. Bei den Teilnehmern macht es nominal sehr viel mehr aus. Der Volkshochschulverband sagt deshalb sehr richtig, daß langsam die Schmerzgrenze erreicht sei.

Wen treffen Sie denn damit? Es sind vor allem Arbeitslose, es sind Familien, Mütter, die zusätzlich ein Bildungsangebot wahrnehmen wollen. Das zeigt sich ganz deutlich daran, daß vor allem die Angebote bei der beruflichen Bildung und der Gesundheitsfürsorge, Bereichen also, für die wir wirklich mehr übrig haben sollten, wahrgenommen werden.

Angesichts des Interesses der Bürgerinnen und Bürger und des steigenden Finanzbedarfs der Einrichtungen der Erwachsenenbildung sowie auch unter dem Gesichtspunkt der Planungssicherheit schlägt die SPD-Fraktion vor, die Mittel nicht nur von 30 auf 31 Millionen DM aufzustocken, sondern auf 34 Millionen DM und im Haushaltsjahr 1988 auf 38 Millionen

(Trapp [SPD])

DM. Das würde dem Stellenwert der Erwachsenenbildung gerecht. Die Träger müssen darauf vertrauen können, daß der Staat sie in ihren eigenen großen Anstrengungen, zu denen sie durch die Staatsregierung animiert worden sind, unterstützt und daß der erwartete Mehrbedarf durch die gestiegenen Teilnehmerzahlen gedeckt wird. Hier bestehen auch gesetzliche Verpflichtungen. Ich darf an Artikel 7 Absatz 2 des Gesetzes zur Förderung der Erwachsenenbildung erinnern.

Die Bürger erwarten nicht Worte, sondern Signale, die sich in Haushaltszahlen niederschlagen. Hier muß endlich ein politischer Akzent gesetzt werden. In Sonntagsreden wird die Erwachsenenbildung zwar immer wieder als gleichberechtigt gegenüber den anderen Bildungsbereichen betont, seien es die Schulen oder Universitäten, aber davon sieht man im Haushalt fast nichts. Es ist eine geradezu stiefmütterliche Behandlung.

Mit politischem Willen geht alles. Ich darf nur daran erinnern, daß die staatlichen Mittel für die politischen Stiftungen der Parteien im letzten Nachtragshaushalt schon von der Staatsregierung um zwei Millionen erhöht worden sind. Die Erhöhung der Mittel für die Erwachsenenbildung ist dagegen erst im Landtag auf den Weg gebracht worden, wenn es auch nur 6,3 Prozent gegenüber 60 Prozent bei den politischen Stiftungen waren. Wie gesagt, wenn der politische Wille da ist, geht es halt.

Sie machen hier weiter in Doppelstrategie. Auf der einen Seite loben Sie das ehrenamtliche Engagement, auf der anderen Seite frieren Sie die Mittel ein. Dabei geht es nach den Vorstellungen der SPD nur um fünf Promille des Kultushaushalts. Wenn das etwas Besonderes sein soll, verstehe ich die politischen Realitäten nicht mehr. Das ist weder kühn noch weltfremd, sondern nur recht und billig.

In der Jugendarbeit ist es ähnlich. Hier ist Stagnation Trumpf, Rückschritt wird Mode, Vorangehen ist die Ausnahme.

(Beifall des Abg. Hiersemann)

Nach der inhaltlichen und textlichen Fortschreibung des Jugendprogramms müßte jetzt konsequenterweise eine finanzielle Aufstockung erfolgen. Was Sie dazu vorschlagen, hält aber kaum mit der Inflation Schritt. Es ist fast beschämend, aber es ist für Sie bezeichnend. Immer wenn es um junge Leute geht, wobei ich Ihre Wahlkämpfe ausdrücklich ausnehmen möchte, entwickelt Ihre Partei einen Elan wie ein Hund, der auf die Jagd getragen werden muß.

Dabei gibt es durchaus Übereinstimmung. Es ist richtig, daß man die ehrenamtliche Struktur in der Jugendarbeit stärken muß. Aber Ihre Maßnahmen kommen reichlich spät, und sie kommen Reparaturen gleich. Es ist auch ein Schritt in die richtige Richtung, daß Jugendlichen, die sich zum Jugendleiter ausbilden lassen, etwas die finanzielle Last erleichtert wird. Aber die Folge Ihrer Politik in den letzten Jahren, die Zügel schleifen zu lassen und das ehrenamtliche En-

gagement auszudünnen, ist halt, daß Jugendleiter über 20 Jahre immer mehr zur Mangelware wurden, sodaß immer mehr Jugendleiter mit 16 oder 17 Jahren in die Verantwortung müssen und verschlissen werden. Wir finden es auch gut, um beim Positiven zu bleiben, daß die Jugendberatungsdienste auf den Weg gebracht werden, nachdem sie seit vielen Jahren nur auf dem Papier des Jugendprogramms stehen.

Dem stehen aber sehr viele defizitäre Bereiche gegenüber. Zum Beispiel besteht für Projekte, mit denen jugendliche Arbeitslose betreut werden sollen, nach wie vor ein Antragsstopp bei Investitionen. Die Arbeit mit ausländischen Jugendlichen beginnt auszutrocknen, weil die Personalkosten nicht getragen werden, und die Verbände werden in ihren zentralen Leitungsaufgaben eingeengt, es ist kein Spielraum mehr da für sie. Auch die Bildungsmaßnahmen müssen auf ein niedrigeres Niveau zurückgeführt werden. Evangelische Jugend und Sportjugend haben hier sehr bedauernde Töne angeschlagen.

Sie lassen nicht nur die Jugendleiter allein, Sie lassen auch die Jugendlichen selber allein. Ich möchte nicht in eine Generaldebatte über Jugendpolitik einsteigen. Aber Sie haben den jungen Leuten das Schüler-BAföG gestrichen, Sie haben an den Schulwegkosten weggezwickelt, und Zehntausenden von jungen Menschen, vor allem Mädchen, enthalten Sie die Ausbildung vor.

(Widerspruch bei der CSU)

– Es besteht halt leider eine Diskrepanz zwischen dem, was Sie auf dem Papier niederschreiben, und dem, was im Haushalt in Geld zum Ausdruck kommt.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben zu allem ein Papier, auf das Sie verweisen können, aber wir haben ein Papier, wo das draufsteht, und Sie haben auch nicht die Mittel, um sich durchzusetzen. Papier ist geduldig, das wissen die jungen Leute, und sie haben auch ein Recht, ungeduldig zu sein. Sie werden Ihnen etwas pfeifen, wenn Sie nur Papiere haben, die Sie politisch nicht umsetzen können. Es wäre weiter nicht schlimm, wenn sie nur der CSU etwas pfeifen würden, aber es wird damit auch das Vertrauen in den Staat untergraben und vielleicht sogar auf unseren demokratischen Staat gepfiffen.

Ihr Jugendprogramm spricht von einer bedarfsorientierten und flächendeckenden Versorgung in allen Landesteilen, mit Jugendzeltlagerplätzen, Jugendbildungsstätten und Jugendtagungshäusern, aber wenn Sie die Landkarte anschauen, werden Sie feststellen, daß es große Lücken vor allem in Niederbayern und in der Oberpfalz gibt und daß auch die finanziellen Mittel fehlen, dem entgegenzusteuern.

Der Bayerische Jugendring, der uns bestimmt nicht nahesteht, hat versucht, Ihr Jugendprogramm einmal in die Tat umzusetzen. Er ist dabei, um nur das Nötigste nach Ihren Vorschlägen auf den Weg zu bringen, auf 6,5 Millionen DM gekommen, um die die Mittel erhöht werden müßten. Das wäre notwendig und gerechtfertigt. Aber wir haben diesen Antrag nicht über-

(Trapp [SPD])

nommen, sondern haben riskiert, uns einmal von Ihnen übertreffen zu lassen. Aber es ist halt leider nichts passiert.

Ich muß langsam zum Ende kommen. Die Erhöhung, die vorgenommen worden ist, ist wirklich sehr kümmerlich und steht zudem unter dem Vorbehalt von Haushaltssperren. Die Jugendarbeit darf aber nicht weiter unter den Vorbehalt von Buchhaltern und Haushaltspokern gestellt werden. Es ist überfällig, die Leute nicht nur zu loben; meistens loben Sie ja die Leute, denen Sie gerechtfertigte Unterstützung vorzuenthalten oder denen Sie durch Ihre Politik am meisten in die Tasche langen, von den Jugendleitern bis zu den Bauern.

Ich möchte Sie bitten, sowohl die Jugendpolitik wie die Erwachsenenpolitik zu überdenken. Es wäre schade, wenn deren Zukunft nur mit den Farben Ihrer Partei gemalt und verbunden wäre.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Heubl:** Als nächster Redner hat der Kollege Traublinger das Wort!

**Traublinger (CSU):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, sehr verehrte Herren! Lassen Sie mich, meine Damen und Herren von der Opposition, mit einer Feststellung beginnen:

Um Ihr Horrorbild von der Ausbildungsplatzkatastrophe, welches Sie über Jahre gezeichnet haben, ist es merkwürdigerweise still geworden. Liegt das vielleicht daran, Frau Kollegin Meier, daß die **Ausbildungsplatzbilanz** in Bayern in den letzten Jahren stets besser als im Bundesdurchschnitt war? Ich verstehe zwar, daß Sie, sicherlich mit Recht, darauf verweisen, daß es in der Vergangenheit regionale und sektorale Engpässe gegeben hat. Aber es darf dennoch festgestellt werden, daß die bayerische Wirtschaft insgesamt im Vergleich zum Bundesgebiet wesentlich mehr Ausbildungsplätze als Unternehmen in anderen Regionen bereitgestellt hat.

Es fragt sich natürlich, warum das so ist. Ich möchte dabei zwei Dinge hier in den Mittelpunkt stellen. Zum einen hat zu dieser erfreulichen Tatsache eine Wirtschaftspolitik beigetragen, bei der Zielprojektionen und Rahmenbedingungen stimmten, zum anderen eine bayerische Schul- und Bildungspolitik, die berechenbar, praxisorientiert und zukunftsgerichtet war, also genau das Gegenteil von dem, was Sie mit Ihren Versuchen und Modellen letztlich erreichen würden.

(Abg. Hiersemann: Und Franz Josef Strauß nicht zu vergessen!)

**Präsident Dr. Heubl:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Klases?

**Traublinger (CSU):** Nein, Herr Präsident! – Es ist weiterhin erfreulich, feststellen zu können, daß gerade heute, am Tag der Haushaltsrede unseres Bayeri-

schen Staatsministers für Unterricht und Kultus, Hans Zehetmair, eindeutig zum Ausdruck gekommen ist, daß die erfolgreichen Grundstrukturen bayerischer Bildungspolitik fortgesetzt werden. Gleichzeitig werden, und ich möchte das im besonderen für den Bereich der beruflichen Bildung festhalten, neue Akzente und Schwerpunkte gesetzt, die die weitere Entwicklung mit Sicherheit positiv beeinflussen werden. Lassen Sie mich aus meiner Sicht einige Punkte herausgreifen.

Zunächst die Entwicklung der Schülerzahlen und der Lehrerplanstellen für Berufsschulen. Meine Damen und Herren von der SPD, wir bestreiten nicht, daß nicht alle Prognosen in vollem Umfang eingetroffen sind, was die Schülerzahlen anbelangt. Wir bestreiten des weiteren nicht, daß es ein erhebliches Minus an Lehrern im Bereich der beruflichen Bildung gibt. Andererseits ist in besonderem Maße darauf Rücksicht zu nehmen, daß unbestreitbar auch in den kommenden Jahren mit einem stärkeren Rückgang von Berufsschülern und Schulabgängern zu rechnen ist.

(Zuruf von der SPD: Sie haben sich schon einmal geirrt!)

Es ist unbestreitbar, daß wir bei sämtlichen Überlegungen im Hinblick auf mehr Lehrerplanstellen auch die demographische Entwicklung sorgfältig beachten müssen, insbesondere im beruflichen Schulwesen. Es ist dies bei den unterschiedlichen Auswirkungen auf einzelne Berufe und damit Ausbildungsverhältnissen von Bedeutung; ich darf hier nur an das Stichwort Modeberufe erinnern.

Meine Damen und Herren! Der Rückgang der Schülerzahlen sollte jedoch zum Anlaß genommen werden, gewisse Bereiche zu stärken und fehlende Stellen zu besetzen. Ich denke hier an den Abbau der Überstunden von Berufsschullehrern, und ich denke daran, daß der Stundenausfall geringer werden muß. Auch das ist heute schon sehr deutlich angesprochen worden.

Wesentlich scheint mir auch die Fortbildung der Lehrer an Berufsschulen. Ich glaube, daß wir hier grundsätzlich d'accord sind. Die Berufsschule muß, was die Technik wie auch das vermittelte Wissen anbelangt, ein Spiegelbild der Wirtschaft sein. Es muß unser duales Ausbildungssystem auch im Bereich der Schule funktionieren. Das heißt, die Entwicklung der Wirtschaft muß sich auch in den Berufsschulen wieder spiegeln. Das gilt insbesondere für die vielen neuen Ausbildungsordnungen. Ich denke insbesondere an die Metall- und Elektroindustrie; in Kürze werden die Ausbildungsordnungen im Metall- und im Elektrohandwerk folgen. Natürlich macht auch die schnell fortschreitende technologische Entwicklung die Fortbildung von Lehrern dringend erforderlich.

Meine Damen und Herren! Ein weiterer Punkt ist die Internatsunterbringung für Berufsschüler, d.h. bei überregionaler Sprengelbildung für sogenannte Splitterberufe. Hier ist dankbar eine wesentliche Verbesserung der Zuschüsse im Haushalt anzumerken. Es gibt keine andere, zumindest keine qualitativ bessere Lösung, der Blockunterricht muß weitergeführt werden. Daraus folgt, daß die

(Traublinger [CSU])

Schüler in einem großen Umfang internatsmäßig untergebracht werden müssen. Dabei muß die Eigenbeteiligung der Eltern und der Schüler in Grenzen gehalten werden, und zwar vor allen Dingen deshalb, weil bei einer höheren und stärkeren Eigenbeteiligung der Eltern und Schüler zwangsläufig die Konsequenz wäre, daß diese Berufsgruppen in Zukunft gemieden werden. Auch wenn es sich hier um kleine Berufsgruppen handelt, sie sind volkswirtschaftlich doch wichtig. Wir sollten daher alles tun, um das Ausbluten dieser Berufe zu verhindern. Im Haushaltsplan sind dankenswerterweise hierfür 16 Millionen DM angesetzt, so daß auch die Zuschüsse entsprechend erhöht werden können.

Ein weiterer Punkt, der heute schon von Staatsminister Zehetmair angesprochen worden ist, ist die Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung. Meine Damen und Herren! Es ist unbestritten und wird von vielen Politikern quer durch alle Parteien seit vielen Jahren gepredigt, daß berufliche und allgemeine Bildung gleichwertig seien. Es ist jetzt, das ist in der Haushaltsrede zum Ausdruck gekommen, ein klarer Ansatz gemacht worden, die Durchlässigkeit zu stärken und Qualifizierten den Durchstieg ohne Umwege, ich darf zitieren, „grundsätzlich in gleicher Zeit bis zur Fachhochschulreife“ zu ermöglichen. Ich möchte diesen Ansatz des Kultusministers sehr begrüßen, weil meines Erachtens damit die Hauptschule, auch das ist eines unserer Anliegen, besonders aufgewertet wird, weil dadurch schließlich auch die Berufsausbildung attraktiver gemacht wird.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren! Von besonderer Bedeutung erscheint mir das Betriebspraktikum für Hauptschüler. In der Vergangenheit ist auf freiwilliger Basis durch die neuen Lehrpläne und Stundentafeln der Hauptschule ein Betriebspraktikum im Rahmen der Arbeitslehre ermöglicht worden. Dieser Schritt – ich glaube, auch das ist unbestritten – hat zu äußerst positiven Ergebnissen geführt. Sowohl die Schulen wie die Wirtschaft möchten dieses Betriebspraktikum heute nicht mehr missen. Ich unterstütze aus diesem Grund die Überlegungen des Staatsministers, dieses Betriebspraktikum für alle Hauptschüler zur Pflicht zu machen. Wir haben damit meines Erachtens eine hervorragende Möglichkeit, den Interessenten die Realitäten eines Berufs zu zeigen und sie zu informieren. Damit kann auch erreicht werden, daß falsche Vorstellungen über Berufe und über das Berufsleben rechtzeitig korrigiert werden, wodurch eine Reihe von Ausbildungsabbrüchen von vornherein vermieden werden. In jedem Fall würde ihre Zahl geringer.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin jetzt nur auf einige wenige, mir aber wichtig erscheinende Punkte eingegangen, und ich bitte um Verständnis, daß ich als Mann, der aus der Wirtschaft kommt, den Bereich der beruflichen Bildung in besonderen angesprochen habe. Aber ich glaube, daß wir diesen Sektor auch in der Zukunft ein besonderes Augenmerk zu widmen haben.

Ich bin der Meinung, daß wir trotz aller berechtigten Wünsche – ich denke an Planstellen und ähnliche Dinge mehr – die Situation des Haushalts im Auge behalten müssen. Wir müssen die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel so aufteilen, daß in etwa eine vernünftige Ausgewogenheit erhalten wird. Ich glaube, daß der uns vorgelegte Haushalt mit den Ergänzungen, die wir beantragt haben, in Abwägung aller Schwerpunkte die richtigen Prioritäten aufweist.

(Beifall bei der CSU)

**Präsident Dr. Heubl:** Als nächste hat die Frau Kollegin Wax-Wörner das Wort!

**Frau Wax-Wörner (DIE GRÜNEN):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist interessant, daß die Zuwendungen aus dem bayerischen Staatshaushalt an die Kirchen so selbstverständlich sind, daß sie in der Haushaltsrede des Ministers und in der Diskussion nicht einmal erwähnt werden.

(Zuruf des Abg. Otto Meyer)

– Unser Antrag wurde erwähnt, das ist richtig. Deswegen rede ich auch. So erhält z. B. die Katholische Kirche als Zuschuß für Personalausgaben aus dem Einzelplan 05 insgesamt 87 Millionen DM. Wir wissen sehr wohl um die historische Entstehung dieser Verpflichtungen von der Säkularisation bis zum heutigen Tag. Wir wissen auch, daß es sich dabei um vertragliche Festlegungen in Konkordat und anderen Abmachungen handelt. Aber es ist auch klar, daß nicht jeder Einzeltitel vertraglich festgelegt ist. Tatsache ist, und das ist uns wichtig, daß ein Großteil der Bevölkerung keine Kenntnis davon und auch kein Bewußtsein dafür hat, daß neben der Kirchensteuer auch noch gewaltige Beträge aus dem allgemeinen Haushalt an die Kirchen gegeben werden.

Wir GRÜNEN fordern, ich bitte hier gut zuzuhören, eine symbolische Kürzung von sage und schreibe 10 000 DM. Warum? Wir wollen damit das Bewußtsein dafür wecken, nachdem es schließlich um Personalausgaben geht, daß die Finanzierung der Kirchendienere originäre Aufgabe der Kirchen und der Religionsgemeinschaften ist. Des weiteren wollen wir damit nicht nur auf die doppel-, sondern mehrgleisige Finanzierung der Kirchen aufmerksam machen. Wir wollen den Hinweis geben, daß es auch möglich sein muß, über Inhalte des Bayerischen Konkordats nachzudenken. Denn es geht nicht nur um die Beträge im Einzelplan 05, über Einzelplan 15 erfolgt eine Mitfinanzierung der nichtstaatlichen Theologenausbildung, und es wird daraus die Katholische Universität Eichstätt zu 90 Prozent finanziert.

(Zuruf von der CSU: Jetzt geht es ans Fleisch!)

Wir stellen diese Forderung nicht, um antikirchlichen Affekten gerecht zu werden.

(Zuruf von der CSU: Das müssen Sie zweimal erzählen!)

– Auf Ihren Wunsch: Diese Forderung entspricht nicht antikirchlichen Affekten, sondern nur dem Hin-

(Frau Wax-Wörner [DIE GRÜNEN])

weis, daß die jetzige finanzielle Verflechtung von Staat und Kirche gefährlich ist und die Kirche auch zunehmend an der Erfüllung ihres Auftrages hindern könnte, nämlich das Christentum als praktische Lebenslehre zu verkünden mit der Möglichkeit des Einflusses auch auf politisches Handeln. Wenn Sie mir das nicht glauben, dann lesen Sie doch bitte nach in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten, der ganz klar gesagt hat, daß man dem Christentum von seiten der Staatsregierung keinen realpolitischen Stellenwert mehr zubilligen wolle. Ich zitiere aus dieser Regierungserklärung. Der Ministerpräsident sagt:

Das Christentum liefert uns nicht die Gebrauchsanweisung für tagespolitische Aufgaben.

Offensichtlich, weil man in der CSU gemerkt hat, daß auch in den Kirchen immer mehr Stimmen laut werden, die sich gegen politische Absichten und Pläne der CSU-Regierung erheben.

Das heißt: Im Konfliktfall können solche Staatsbeiträge für die Kirchen zum „goldenen Zügel“ werden. Solche Konfliktfälle deuten sich bereits in genügender Zahl an. Denken Sie nur an den Konflikt zwischen christlichem Schöpfungsverständnis und lebensfeindlicher Großtechnologie, denken Sie an die Sonntagsarbeit, denken Sie an das Thema Waffenexport und Südafrika oder die Asylfrage.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Kirche muß nach wie vor ihre Rolle wahrnehmen können, Korrektiv zum Staat zu sein und nicht eine bezahlte Idylle, wie sie sich der Ministerpräsident wohl vorstellt. Deshalb fordern wir das Parlament auf, im Rahmen des Haushalts durch Streichung eines solchen symbolischen Betrages die Unabhängigkeit der Kirche vom Staat zu betonen. Soviel zu unserem Antrag.

Ich möchte dann noch drei Bemerkungen machen, zwei davon zu Ihnen, Herr Otto Meyer. Sie sprachen von der Wiedergewinnung des Erzieherischen, und Sie sagten, daß es doch kein Schaden sein könne, wenn Pünktlichkeit, Fleiß und ähnliches in der Schule geübt werden. Ich möchte Sie aber darauf aufmerksam machen, daß wir gerade im Hinblick auf das, was wir im Dritten Reich an Erziehung gesehen haben, zu unterscheiden gelernt haben sollten zwischen Primär- und Sekundärtugenden. Es steht nichts dagegen, auch Sekundärtugenden zu pflegen, aber sie sind höchst gefährlich, wenn nicht gleichzeitig die Schule der Raum ist, in dem die Primärtugenden, z.B. Konfliktfähigkeit, Toleranz und ähnliches, zuerst einmal ihren Rang haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Zweitens, und da möchten Sie uns in eine Ecke drängen: Es ist kein Unrecht, Widerstand zu leisten gegen Gesetze und Beschlüsse, von deren schädlichen Inhalten und Wirkungen man überzeugt ist. Das lassen wir nicht einfach als Staatsfeindlichkeit abtun.

(Zuruf von der CSU: Auf zum Widerstand!)

Es gibt ja auch Widerstand von Jagdverbänden gegen Jagdverordnungen. Da steht sogar ein ehemali-

ger CSU-Abgeordneter dahinter. Das muß also durchaus möglich sein.

Wenn Sie schon von Recht und Unrecht in diesem Zusammenhang reden, möchte ich Ihnen einmal ganz klar alle Ihre Verfassungsbrüche vorwerfen, die Sie in diesem Hohen Hause seit Oktober 1986 begangen haben.

(Zuruf von der CSU: Das ist eine Frechheit!)

Als drittes und letztes möchte ich Herrn Dr. Schuhmann danken, daß er seine Schulerfahrungen hier eingebracht hat. Seine Erfahrungen decken sich mit den Erfahrungen, die ich bis zum Oktober 1986 selbst gemacht habe. Ich weiß, das sagen wir für die Lehrer vor Ort, wie in der Schule bei Kollegen die Schere im Kopf funktioniert, welchen Weg anonyme Briefe gehen. Ich weiß, welche Anfeindungen Kollegen erleben, die sich vielleicht in der GEW organisiert haben oder die politisch aktiv sind. Die Disziplinierung der Lehrerschaft findet statt über autoritäre Strukturen, die im EUG noch gestärkt und nicht abgebaut worden sind. Das Wort Lehrerrat ist heute manchmal nur noch ein Witz. Der Lehrerrat berät ja heute nicht mehr, sondern kann nur raten, was andere für ihn entscheiden.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der CSU: Selbstbeweihräucherung!)

**Präsident Dr. Heubl:** Das Wort hat der Kollege Eykmann!

**Eykmann (CSU):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Wax-Wörner, ich möchte jetzt einmal versuchen, Ihren Sprachstil zu übernehmen, um dann einigen Ihrer Formulierungen meine Formulierungen entgegenzusetzen. Wenn Sie meinen, mit Ihrer bitteren jakobinischen Aggressivität uns beeindrucken zu können, dann liegen Sie völlig falsch.

(Beifall bei der CSU)

Wenn Sie meinen, mit Ihren selbstgestrickten Begriffen von Moral und Ethik uns beeindrucken zu können, liegen Sie auch völlig falsch.

(Erneuter Beifall bei der CSU)

Sie verfolgen offensichtlich folgende Methode als Partei der GRÜNEN: Hier im Landtag stellen Sie einen Antrag, den Kirchen Geld wegzunehmen, und in Bonn greift ein Vorstandsmitglied der GRÜNEN, Frau Regina Michalik, den Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Herrn Kardinal Josef Höffner, in ekelregender Weise an. In einem schon maßlos zu nennenden Angriff attackiert die Sprecherin der GRÜNEN den Kardinal, weil er einen Gesprächstermin verschoben hat. Ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten Frau Michalik:

Ich kann Kardinal Höffner versichern, daß ich weder vor hatte, ihn bei einem solchen Gespräch zu küssen noch mich ihm in irgendeiner sexuellen Weise zu nähern.

Soweit das Zitat.

(Eykmann [CSU])

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das ist geschmacklos, das ist rüpelhaft,

(Beifall bei der CSU)

das ist gehässig, das ist Ausdruck politischer Rotznäsigkeit, das ist Sexismus, das sind nicht irgendwelche parlamentarischen Zwischenrufe, die mehr oder weniger gelungen sind. Dieser Bumerang fällt auf Sie selbst zurück. Sie verderben auf diese Weise politische Kultur in unserem Lande und nicht die politischen Parteien CDU/CSU, SPD und FDP. Nimmt man solche Reden in Bonn und Köln oder hier in München zusammen, dann merkt man, was die GRÜNEN beabsichtigen: einen Generalangriff auf unsere Kirchen.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

– Natürlich, genau dies steckt doch dahinter. Keiner von uns, es sei denn, er hat seinen Verstand an der Garderobe abgegeben, wird doch bestreiten, daß das Verhältnis von Staat und Kirche in der Bundesrepublik Deutschland vom Grundsatz der weltanschaulichen Neutralität des Staates bestimmt ist, die sich aus der Verfassungsgarantie der Religionsfreiheit ergibt. Damit können die Kirchen und Religionsgemeinschaften ihr Wirken nach innen wie nach außen in freier Selbstbestimmung gestalten. Dies ist die Konsequenz aus der bitteren Erfahrung mit der Unrechtherrschaft des Dritten Reiches, aber auch aus der wertfreien Weimarer Verfassung. Sowohl das Grundgesetz wie die Bayerische Verfassung bekennen sich ausdrücklich zu einer wertbestimmten und wertgebundenen Demokratie. Dies sollten wir nicht als akademische Leerformel verstehen, sondern als Appell, als Mahnung an unser weltanschauliches politisches Handeln.

Damit kein Mißverständnis aufkommt: Die Staatsregierung und auch die CSU sind weder ein verlängerter Arm der Kirchen noch die Laiengarde zur Wiederchristlichung des Abendlandes. Aber wir stehen uneingeschränkt dazu, daß die Kirchen eine staatstragende Funktion haben, eine Stütze unserer bundesrepublikanischen Gesellschaft und Kultur sind.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Es ist Auftrag der Kirchen, den Sinn des Lebens auszudeuten und Antworten auf die letzten Fragen des Daseins hier und in einer anderen Welt zu geben. Die Aufgabe des Staates und der Politik besteht darin, dafür Sorge zu tragen, daß die kirchlichen Kräfte und Institutionen, die ihren Heildienst am Menschen leisten, ihren Auftrag mit staatlichen Finanzen und in rechtlich gesicherter Freiheit erfüllen können. Dafür steht die CSU-Landtagsfraktion, und daran wird sich, solange die CSU regiert, nichts ändern.

(Zustimmung bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir alle sollten uns in diesem Zusammenhang an das Wort des zweiten Bundestagspräsidenten, Hermann Ehlers, erinnern, der genau dieses Verhältnis von Kirche und Staat 1953 in Wien so umschrieben hat; ich zitiere:

Der Staat lebt nicht nach den Weisungen der Kirche, sondern von den Früchten ihrer geistigen Existenz.

Auch von daher gesehen ist der Antrag der bayerischen GRÜNEN, „symbolisch“ den Kirchen Gelder zu streichen, blanker Unsinn.

(Beifall bei der CSU)

Frau Kollegin Meier, als Sie heute mittag um 13 Uhr vor nahezu leerem Haus beginnen mußten und ich vom Herrn Präsidenten hörte, daß man doch eiligst hierherkommen sollte, damit es nicht so leer sei, habe ich mich natürlich beeilt, und ich dachte, es wäre wohl gut, wenn man der Frau Vorsitzenden des Kulturpolitischen Ausschusses zuhört.

(Abg. Langenberger: Da kann man was lernen!)

Aber, verehrte Frau Kollegin Meier, nach meinen Empfindungen hat es sich diesmal nicht gelohnt – im Gegensatz zu früheren guten Reden. Ihre Rede war voll von Uneinsichtigkeiten und fehlerhaften Angaben, gerade zu dem Thema Planstellen.

(Widerspruch bei der SPD – Zuruf des Abg. Langenberger)

– Ich war inzwischen ja da, sehr geehrter Herr Kollege Langenberger. Ich weiß nämlich immer noch nicht, wer von wem die sog. Einsparung von 162 Lehrer- und Fachlehrerplanstellen abgeschrieben hat: die GEW von der SPD oder die SPD von der GEW oder auch von der ABJ. Verehrte Frau Kollegin Meier, wir sind doch nun schon lange genug im Landtag, um zu wissen, daß diese Stellen schon am 30. Juni 1986 nicht mehr zur Verfügung gestanden haben. Das bedeutet doch, daß die Stellen jetzt gar nicht gestrichen werden, nachdem sie überhaupt nicht mehr ausgewiesen waren. Da belegt uns noch der frühere Kollege Kurz mit der Behauptung, wir hätten gelogen. Wir haben ihn kennengelernt und mußten ihn vier Jahre lang ertragen; wer Fakten verdreht hat, das war der Kollege Kurz und nicht die CSU-Landtagsfraktion.

(Beifall bei der CSU)

Man muß zur Kenntnis nehmen, daß in diesem Doppelhaushalt keine einzige Lehrerstelle gestrichen wird. Das ist doch in Ihrem Stimmkreis Regensburg, Frau Kollegin Meier, vom Ministerpräsidenten im April 1986 gesagt worden. In welchem Bundesland gibt es denn das? Ich möchte da gar keine SPD-Bundesländer zum Vergleich anführen, die sind dafür ja hinreichend bekannt.

Baden-Württemberg zum Beispiel streicht 1987 und 1988 jeweils 800 Lehrerplanstellen, Rheinland-Pfalz streicht 1987 370 Lehrstellen, Niedersachsen muß ich ausnehmen, das hat ein Plus von 125 Stellen. Bremen mit seinen 19 Schülern pro Klasse ist von Herrn Dr. Schuhmann schon angesprochen worden. Ich meine aber, daß man zwischen einem Flächenstaat und einem Stadtstaat unterscheiden muß. Außerdem muß man fragen: Was macht denn Bremen, wenn kei-

(Eykmann [CSU])

ner mehr eingestellt wird? Dann stehen alle jungen Lehrer, die ihre Ausbildung abschließen, auf der Straße, und kein einziger kann genommen werden. Wir beklagen ja alle miteinander, daß bei uns in Bayern auch nicht genug Bewerber genommen werden. Aber in Bremen kann überhaupt keiner eingestellt werden, bei uns wenigstens noch einige.

Frau Kollegin Paulig, Sie haben vorhin in einer gewissen Erregung behauptet, im Haushalt gebe es nur 150 neue Planstellen. Aber die Tatsache, daß es nun 150 neue Planstellen gibt, hätte jeder, der im Hohen Haus sitzt, im Dezember 1986 noch als Träumerei bezeichnet.

(Beifall bei der CSU)

Das heißt außerdem nicht, daß zum 15. September dieses Jahres nur diese 150 neuen Planstellen besetzt werden, sondern Sie müssen davon ausgehen, nachdem ja die Stellen der Beamtinnen und Beamten, die in Pension gehen, nicht gestrichen werden, auch diese neu besetzt werden. Ich möchte dazu, aber legen Sie mich nicht genau fest, einige Zahlen nennen:

Im Volksschulbereich werden Mitte September dieses Jahres zirka 400 neue Lehrer in den Staatsdienst eintreten. Im gymnasialen Bereich haben wir etwa 190 freie Stellen. Das muß man doch einmal realistisch sehen.

Da meine Redezeit zu Ende ist, muß ich mir den Themenbereich Erwachsenenbildung versagen.

Herr Staatsminister Zehetmair, Sie haben mit einem guten Zitat – in chinesischer Sprache, hätte ich beinahe gesagt – Ihre Rede geschlossen. Ich darf mich bei Ihnen in einer Sprache, in der wir uns beide auskennen, im Lateinischen, verabschieden. Sie haben Seneca in Ihrer Rede zitiert. Ich glaube, auch dieses Zitat wird ihm zugesprochen: Dux bonus bonum reddi comitem. Zu deutsch: Ein guter Führer macht auch seinen Begleiter gut. Die CSU-Fraktion begleitet Sie gerne in die nächsten zwei Jahre guter bayerischer Bildungspolitik.

(Lebhafter Beifall der CSU-Fraktion)

**Präsident Dr. Heubl:** Das Wort hat der Herr Kollege Leichtle!

**Leichtle (SPD):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Bereich des Sports hat die SPD-Fraktion zum Einzelplan 05 folgende Anträge eingebracht:

- Auflage eines Sportstättenanierungsprogramms mit einem Haushaltsansatz von 20 Millionen DM im Jahr. Der Antrag ist vom 5. Dezember 1986.
- Erhöhung der Sportförderungsmittel um zehn Millionen DM mit der Maßgabe, die zusätzlichen Mittel zur Verstärkung der Förderung des Sportstättenbaus zu verwenden, um den Antragsstau beim Bayerischen Landessportverband und beim Bayerischen Sportschützenbund abzubauen.

- Erhöhung der Zuschüsse für Übungsleiter von derzeit drei DM pro Übungsstunde auf fünf DM pro Übungsstunde.

Alle diese Anträge wurden von der CSU-Mehrheit im Haushaltsausschuß abgelehnt. Die GRÜNEN gingen sogar soweit zu beantragen, die Mittel für die Errichtung neuer Sportanlagen um 20 Millionen DM zu kürzen und weitere Kürzungen im Bereich des Sports vorzunehmen. Offensichtlich war es der CSU aber dabei nicht ganz wohl. Deshalb hat sie am 10. März dieses Jahres noch einen Antrag nachgeschoben, in dem sie ebenfalls für eine Förderung von Sanierungsmaßnahmen vereinseigener Sportanlagen eintritt. Die CSU hat diesen Antrag aber wohl nicht so ganz ernst gemeint, weil sie nicht bereit war, die sich hieraus ergebenden finanziellen Konsequenzen mitzutragen. So hat sich mittlerweile beim Bayerischen Landessportverband ein Antragsstau von rund 160 Millionen DM angesammelt. Dies bedeutet allein bei den Neubaumaßnahmen Wartezeiten von über vier Jahren. Erhebungen haben ergeben, daß ein Sanierungsbedarf von rund 40 Millionen DM besteht, der aber in Wirklichkeit, nämlich dann, wenn auch konkrete Fördermöglichkeiten bestehen, wesentlich höher sein dürfte.

Dadurch, daß die CSU weder dem SPD-Antrag, Sanierungsmaßnahmen mit einem eigenen Haushaltsansatz auszustatten, noch unserem Antrag auf pauschale Erhöhung der Sportförderungsmittel zugestimmt hat, erweist sie den Vereinen mit neuen Maßnahmen einen Bärendienst. Dadurch erhöht sich nämlich die Wartezeit erheblich, es sei denn, die CSU beherrscht die Kunst, mit dem gleichen Betrag mehr Maßnahmen zu fördern. Es ist einfach unzumutbar, daß Sportvereine Förderungszusagen erst für die Jahre 1992/93 bekommen können. Dies führt entweder zu riskanten Zwischenfinanzierungskosten der Vereine, oder diese lassen die geplanten Maßnahmen gleich ganz bleiben.

An die Adresse der GRÜNEN sei gesagt, daß Sport und Umweltschutz zwar im Einzelfall ein Gegensatz sein können, der aber dann auch im Einzelfall ausgeräumt werden muß. Das Problem läßt sich nicht dadurch lösen, daß die Sportförderungsmittel pauschal um 20 Millionen DM gekürzt werden.

(Zuruf von den GRÜNEN: Das haben wir auch nicht gewollt!)

Wenn die SPD im Haushaltsausschuß trotzdem der Aufnahme von Sanierungsmaßnahmen in den Förderkatalog zugestimmt hat, dann erstens deshalb, weil dies in der Sache richtig ist. Sonst hätten wir es nicht schon seit langem immer wieder beantragt. Zweitens haben wir die Hoffnung, daß die Sportvereine durch die langen Wartezeiten einen solchen Druck auf die CSU ausüben, daß diese beim nächsten Nachtragshaushalt unserem Anliegen, das von den Sportvereinen geteilt wird, doch noch Rechnung trägt.

(Abg. Baumann: Alles zu seiner Zeit!)

Ähnlich ist es beim letzten Nachtragshaushalt geschehen. Das war allerdings kurz vor einer Wahl. Ich hoffe aber, daß die CSU nicht immer nur vor Wahlen

(Leichtle [SPD])

bereit ist, unseren Forderungen zu entsprechen. Sonst müßten die Sportvereine jetzt nämlich vier Jahre warten, bis sie wieder Gelder erhalten.

Es ist volkswirtschaftlich unsinnig und sportpolitisch falsch, Neubauten mitzufinanzieren, die Sportvereine bei Sanierungen aber ihrem Schicksal zu überlassen. Die Folge ist nämlich, daß häufig wertvolle Bausubstanz verfällt. Insofern freuen wir uns, die CSU mit unseren Vorstößen auf den richtigen Weg gebracht zu haben. Die Einsicht nützt jedoch wenig, wenn die entsprechende Finanzausstattung verweigert wird.

Die nahezu 10000 bayerischen Sportvereine mit über 3,2 Millionen Mitgliedern erfüllen eine hervorragende Funktion in der Gesundheits- und Sozialpolitik. Ihre Betreuungsarbeit für nahezu eine Million Jugendliche ist die beste Jugendpolitik überhaupt. Insofern entlastet das ehrenamtliche Element in den Sportvereinen den Staat von einer ganzen Reihe von Aufgaben bis hin zur sozialen Rehabilitation. Nicht selten sind die Ehrenamtlichen in den Sportvereinen ein Ausgleich für nicht funktionierendes Elternhaus. Die unentgeltlichen Leistungen der Sportvereine sind für den Staat unbezahlbar. Das gleiche gilt für die gesundheitliche Prophylaxe, insbesondere auch für Senioren, sowie für die Rehabilitation Kranker und Behinderter. Nach wissenschaftlichen Untersuchungen sind 30 bis 40 Prozent aller Krankheiten auf Bewegungsmangel zurückzuführen. Die Sportförderung stellt somit die wirksamste Art der Kostendämpfung im Gesundheitswesen dar.

Insofern ist es unverständlich, ja geradezu kleinkrämerisch, aber auch volkswirtschaftlich unsinnig und sozial- sowie gesundheitspolitisch bedenklich, die Sportvereine bei ihren für den Staat und die Menschen so wichtigen Aufgaben nicht stärker zu unterstützen.

Ich hoffe, meine sehr verehrten Damen und Herren von der CSU, insbesondere aber von den GRÜNEN, daß sich diese Erkenntnis auch noch bei Ihnen breitmacht. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Heubl:** Das Wort hat die Frau Abgeordnete Würdinger!

**Frau Würdinger (CSU):** Herr Präsident, Hohes Haus! Wer von uns könnte aus seinem Leben wegdenken, was er den Büchern verdankt. Zu einem mündigen Bürger kann auch der eifrigste Fernsehzuschauer nicht werden, wenn er nicht zusätzlich die Lektüre anspruchsvoller Bücher und Zeitungen pflegt.

In Bayern gibt es zahlreiche Formen staatlicher Leseförderung, die sich keineswegs nur in Lehrplänen und in der Literaturförderung abzeichnen. Wir haben ein geordnetes staatliches, öffentliches Büchereiwesen. Auf die Bayerische Staatsbibliothek und die Regionalbibliotheken ist der Herr Kultusminister schon eingegangen.

Darüber hinaus haben die öffentlichen Büchereien in kommunaler und kirchlicher Trägerschaft als jüngster Zweig des historisch gewachsenen bayerischen Bi-

bliothekswesens in den letzten Jahrzehnten eine kontinuierliche und mitunter sogar stürmische Entwicklung erfahren. Ihre fast zweieinhalbtausend Büchereien gehören heute zu den unentbehrlichen Kulturinstitutionen in Bayern. Sie stellen Literatur und Information für alle Bürger bereit und sind Stätten der geistigen Begegnung und Auseinandersetzung. Besonders in kleineren Gemeinden, die oft ohne eine Buchhandlung sind, nimmt die öffentliche Bücherei als beinahe konkurrenzlose Bildungseinrichtung eine Schlüsselstellung ein. Die öffentlichen Büchereien sind zwar Aufgabe der Gemeinde, aber Grundsatz staatlicher Bibliothekspolitik und verfassungsmäßige Pflicht des Staates ist es, sie dabei zu fördern und zu beraten.

Die Bayerische Staatsregierung unterstützt daher die Träger der kommunalen und kirchlichen Büchereien mit Zuschüssen zur räumlichen und bestandsmäßigen Ausstattung. Im Doppelhaushalt 1983/84 waren dies zum Beispiel erst je 8,6 Millionen DM. Entsprechend den steigenden Leserzahlen und wachsenden Ausleihquoten ist der Titel im Haushalt heute um 40 Prozent höher als damals, und der Regierungsentwurf des Doppelhaushalts 1987/88 sieht erneut eine Erhöhung um 300000 DM auf je 11,3 Millionen DM vor. Von der CSU-Landtagsfraktion wurde darüber hinaus einmütig ein Antrag ihres Kulturpolitischen Arbeitskreises gebilligt, die Ansätze um weitere 700000 DM auf je 12 Millionen DM zu erhöhen.

(Beifall bei der CSU)

Damit erkennen die Bayerische Staatsregierung und die sie tragende CSU-Landtagsfraktion die enormen Leistungen der kommunalen und kirchlichen Träger nachdrücklich an. Daran wird deutlich, daß wir nicht nur reden oder Programme aufstellen, wie Kollege Trapp in anderem Zusammenhang meinte, sondern diese Programme auch in Taten umsetzen.

Das öffentliche Büchereiwesen hat für uns eben eine besondere Bedeutung, die auch im Landesentwicklungsprogramm zum Ausdruck gebracht wird: Nach den Schulen steht das öffentliche Büchereiwesen dort noch vor der Erwachsenenbildung an zweiter Stelle.

Meine Damen und Herren! Im letzten Jahr wurden an die 37 Millionen Bücher von öffentlichen Bibliotheken ausgeliehen. Über 1600000 bayerische Bürger sind als aktive Leser eingeschrieben. Leider gibt es noch einige dünn besiedelte Gebiete, in denen die Literatur bisher noch nicht zum Leser gebracht werden konnte. Trotz günstiger Förderangebote konnte in den letzten Jahren kein weiterer Landkreis gewonnen werden, eine weitere Kreisfahrbücherei in Betrieb zu nehmen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf auf das Landesentwicklungsprogramm zurückkommen. In Übereinstimmung mit dem Ergebnis einer jahrelangen Diskussion von Fachleuten und entsprechender Feststellungen der Kultusministerkonferenz wurden in die Fortschreibung dieses Programms auch Aussagen zur künftigen Entwicklung der Schulbibliotheken gemacht. Demnach soll bei weiteren Neugründungen auf die Errichtung leistungsfähiger öffentlicher Büchereien in Schulzentren, die zugleich

(Frau Würdinger [CSU])

der allgemeinen Literaturversorgung der Bevölkerung in deren Einzugsbereich dienen, besonderer Wert gelegt werden. Die Zusammenarbeit zwischen wissenschaftlichen Bibliotheken und öffentlichen Büchereien soll in weitem Umfang durch die Schulbibliotheken ergänzt werden. Dies soll als Ziel angestrebt werden.

Im Bereich der Schulbibliotheken werden in Bayern derzeit verschiedene Modelle verwirklicht, die ohne Bindung an ein festes und starres Schema den örtlichen und schulischen Notwendigkeiten Rechnung tragen. Ich darf dazu Beispiele anführen:

Bei dem einen Modell befindet sich die Schulbibliothek in der Schule und dient gleichzeitig als öffentliche Bücherei für die Gemeindebürger; bei dem anderen Modell liegt eine öffentliche Bücherei in unmittelbarer Nähe der Schule oder befindet sich im gleichen Gebäude, so daß auf eine eigene Schulbibliothek verzichtet werden kann.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bayern verfügt derzeit über 1200 Stellen für hauptamtliches Personal an öffentlichen Büchereien. Daneben aber leistet eine große Anzahl von Mitbürgern, vor allem Frauen, ehren- und nebenamtlichen Dienst für Leser und Literatur.

(Beifall der Frau Abg. Fischer)

Ihnen allen möchte ich namens der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag hier einmal öffentlich unseren Dank aussprechen.

(Beifall bei der CSU)

Die Ausgaben für die öffentlichen Büchereien sind eine Investition für die Zukunft, deren Nutzen nicht unmittelbar durch eine Kosten-Nutzen-Analyse belegt werden kann. Wie der Mensch praktische Geräte braucht, benötigt er auch geistige Geräte. Zu den unentbehrlichsten Gerätschaften gerade in unserer Zeit, so meine ich, gehört das Buch. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CSU)

**Präsident Dr. Heubl:** Als nächste kommt Frau Kollegin Paulig!

**Frau Paulig (DIE GRÜNEN):** Meine Damen und Herren, Herr Präsident! Zunächst möchte ich auf eine Pressemeldung eingehen, in der ich zitiert wurde. Ich glaube, Herr Vogele hat sie gebracht. Darin ging es um eingeschränkte Ausbildungsmöglichkeiten für Behinderte. Meine Aussage bezog sich auf die Landesschule für Blinde, Gehörlose und Körperbehinderte. An der Landesschule für Blinde umfassen die Ausbildungswerkstätten beispielsweise die Fachrichtungen Besen- und Bürstenbinden, Korbflechten und Metallteile zureichten. Die Landesschule für Körperbehinderte bietet die Fachrichtungen Buchbinden, Damenschneiderei und Metallverarbeitung. Darauf bezog sich meine Aussage, und in diesem Zusammenhang ist sie richtig zitiert.

Ich darf zu einem anderen Antrag der GRÜNEN noch einmal Stellung nehmen. Es geht dabei um die Auf-

nahme des Zusammenschlusses Bayerischer Bildungsinitiativen in den Titel der zuschufähigen Erwachsenenbildungsorganisationen. Wir haben zu diesem Antrag im Haushaltsausschuß bereits debattiert. Ich bin zum Zeitpunkt der Debatte im Haushaltsausschuß davon ausgegangen, daß der Verein **Zusammenschluß Bayerischer Bildungsinitiativen** bereits eingetragen sei. Diese Information war falsch, und Herr Kultusminister Zehetmair hat mich berichtigt. Wir sind der Sache nachgegangen, und es ist richtig: Der Verein, für den ich Zuschuß beantragt habe, ist noch nicht eingetragen, obwohl wir am 26. November die Unterlagen beim Amtsgericht eingereicht haben. Die Unterlagen wurden dort falsch abgelegt, inzwischen wurde eine Bearbeitung zugesagt.

Der Zusammenschluß der Bayerischen Bildungsinitiativen umfaßt 15 Einzelinitiativen. Alle diese Einzelinitiativen sind schon seit langem eingetragene Vereine. Ich darf Sie bitten, die Bezuschussung an diese Vereine zu beschließen. Wir beantragen also, die Liste der zuschufähigen Erwachsenenbildungsorganisationen zu ergänzen um den Zusammenschluß der Bayerischen Bildungsinitiativen.

Gegenwärtig beläuft sich die gesamte Zuschußsumme auf 5,8 Millionen DM; sie wurde seit dem Jahr 1985 um gut 70 Prozent erhöht. Damals lag sie bei 3,3 Millionen. Bei einer anteiligen Einarbeitung unseres Zuschußantrags würde sich der Zuschuß an die Hanns-Seidel-Stiftung auf 2,4 Millionen DM belaufen, der Zuschuß an die der SPD nahestehenden Vereine auf 1,7 Millionen DM, der Zuschuß an das Thomas-Dehler-Institut auf 750 000 DM und der Zuschuß an den Zusammenschluß der Bayerischen Bildungsinitiativen auf 800 000 DM.

Ich darf Ihnen im folgenden im einzelnen kurz die Vereine darstellen, damit Sie wissen, worum es sich handelt. Es handelt sich um

- Arbeitskreis Film Regensburg, eingetragen am 1. März 1976,
- Initiative Politische Bildung von unten, München, eingetragen im Oktober 1985,
- Kommunikationszentrum Herrsching, eingetragen Juni 1984,
- Alternatives Bildungs- und Begegnungszentrum Augsburg, eingetragen März 1986,
- Fränkisches Bildungswerk für Friedensarbeit Nürnberg, eingetragen Februar 1986,
- Landesverband Freie Schulen Bayern, eingetragen im April 1986 in Wolfartshausen,
- Öko-Station Oberpfalz, eingetragen September 1986,
- Bildungsforum Südost Tacherting, eingetragen Februar 1985,
- Alternative Volkshochschule Bamberg, eingetragen im Juli 1985,
- Forum für ökologische und gesellschaftspolitische Bildung München, eingetragen im Juni 1985,

(Frau Paulig [DIE GRÜNEN])

- Verein für angewandte Kultur Parasol, Passau-Regensburg, eingetragen im März 1986,
- Verein zur Förderung politischer Mitwirkung München, eingetragen im März 1984,
- Verein für Medien und Freizeitpädagogik Nürnberg, eingetragen im April 1984,
- Bildungswerk der Humanistischen Union Bayern, eingetragen in München im Januar 1980,
- Verein zur Förderung der sozialpolitischen Arbeit München, eingetragen September 1981.

Ich beantrage also die Aufnahme des Zusammenschlusses der Bayerischen Bildungsinitiativen, abgekürzt ZBB, der die genannten Vereine und Bildungseinrichtungen umfaßt. Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts müssen bei der Gewährung von Zuschüssen zwei Voraussetzungen erfüllt sein: Der Empfänger muß einer relevanten, auf Dauer angelegten Strömung in der Bundesrepublik nahestehen. Der Empfänger steht in diesem Fall der grünen alternativen Grundströmung nahe, und diese muß angesichts der Jahre seit der Gründung auch als dauerhaft bezeichnet werden. Und der Empfänger muß Gewähr dafür bieten, daß Zuwendungen nicht mißbraucht werden. Der ZBB als Zusammenschluß von rechtsfähigen und gemeinnützigen Vereinen gewährleistet, daß die Gelder nur für satzungsmäßige Zwecke verwendet werden. Ich bitte um Ihre Zustimmung. Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsident Dr. Heubl:** Als nächster hat das Wort der Herr Kollege Freller!

**Freller (CSU):** Herr Präsident, Hohes Haus! Auf der Betonwand einer Straßenunterführung stand in großen Lettern gesprüht: Seid realistisch, fordert alles!

Wer die Diskussionsbeiträge der SPD und der GRÜNEN in den letzten Stunden und Wochen mitbekommen hat, kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß der selbstkritische Spontispruch aus der Spraydose für bare Münze genommen wird.

(Zustimmung bei der CSU)

Herr Schuhmann, Sie kritisierten in der Aussprache das Anspruchsdenken. Glauben Sie nicht, daß die unrealistischen Anträge Ihrer Fraktion dieses Anspruchsdenken eigentlich fördern?

Ungeachtet dessen gilt es bei der Mittelvergabe Schwerpunkte zu setzen. Daß ich als jugendpolitischer Sprecher meiner Fraktion diese Schwerpunkte am liebsten im Jugendbereich sähe, ist naheliegend. In den vergangenen letzten Wochen habe ich mich deshalb sehr intensiv und kritisch mit dem Entwurf des Kultushaushalts auseinandergesetzt und mich insbesondere dem Kapitel 05 04, Titelgruppe 89, gewidmet. Der Ansatz belief sich 1986 auf 36,5 Millionen DM; die Staatsregierung hob ihn für 1987/88 um

eine Million DM an. Zusammen mit den 500 000 DM aus den zusätzlichen Bundesmitteln erreichte er eine Höhe von 38 Millionen DM. Dank gebührt in diesem Zusammenhang dem neuen Kultusminister Hans Zehetmair und seinem Jugendreferenten, Herrn Ministerialrat Heger; beide sahen die Notwendigkeit der Anhebung und setzten sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten nachdrücklich dafür ein. Das heißt:

- Es gibt 600 000 DM mehr für die Ausbildung der Mitarbeiter, insbesondere für die Erhöhung der Tagessätze für Jugendleiterlehrgänge.
- 200 000 DM und dazu 500 000 DM Bundesmittel gibt es mehr für die Förderung von Fahrten nach Berlin, in die DDR und an die Grenze zur DDR.
- 20 000 DM mehr gibt es für tariflich bedingte Erhöhungen von Personalkosten und Personalkostenförderung.

Damit lassen sich die Ziele der Fortschreibung des Bayerischen Jugendprogramms sicherlich nicht auf einmal, aber doch in steten Schritten erreichen.

Leider sind die Mittel für den Bau und die Sanierung von Jugendheimen und vor allem für die Sanierung von Jugendherbergen nicht erhöht worden. Wir haben zwar ein gutes und bewährtes Netz von Jugendherbergen im Freistaat, doch sind die Gebäude meist überaltert und entsprechen oft nicht mehr ganz den Erfordernissen des Brandschutzes. Sie erfordern, da häufig in historischen Gebäuden untergebracht, hohe Aufwendungen für unabweisbare Sanierungen und Modernisierungen. So freut es mich, daß ein Antrag der Jugendarbeitsgruppe in der Fraktion durchgesetzt werden konnte, den Ansatz für Jugendheime und Jugendherbergen wenigstens etwas, konkret um 600 000 DM jährlich, anzuheben. Ich danke hier in besonderer Weise Herrn Fraktionsvorsitzenden Tandler.

Nimmt man dazu den im Haushaltsausschuß positiv verbeschiedenen CSU-Antrag auf Erhöhung der Mittel zur internationalen Jugendbegegnung um 40 000 DM, so beträgt der Jugendanteil am Kultushaushalt jeweils 38,64 Millionen DM. Gegenüber den 36,5 Millionen DM des Jahres 1986 ist das eine Aufstockung um 2,14 Millionen DM oder 5,5 Prozent. Ein Mehr wäre für einen Jugendpolitiker sicherlich wünschenswert, vor allem im Hinblick auf die Haushaltssperren und die Tatsache, daß sich die Staatsregierung mit der Fortschreibung des Jugendprogramms selbst Ziele gesetzt hat, die es konsequent weiterzuführen gilt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Mensch lebt nicht vom Brot allein. Deshalb verlasse ich jetzt den Zahlenwald des Haushalts und wende mich einigen inhaltlichen Aspekten zu.

(Zuruf von der SPD: Die Zahlen waren auch unerfreulich!)

Es fällt auf, daß Jugendverbände die abnehmende Bereitschaft Jugendlicher beklagen, ehrenamtliche Verantwortung zu übernehmen. Die Gründe hierfür mögen vielfältig sein und sollten an anderer Stelle einmal untersucht werden. Doch nach

(Freller [CSU])

wie vor gibt es in unseren Vereinen und Verbänden Tausende von Jugendlichen und Erwachsenen, die uneigennützig, unentgeltlich und unverdrossen aktive Jugendarbeit betreiben. Sie üben bei den Hilfsorganisationen mit jungen Menschen den Einsatz für Menschen in Not; sie betreuen junge Sportler und Sportlerinnen, bringen sie Wochenende für Wochenende mit dem Privat-Pkw zu Wettkämpfen in Nachbarstädte; sie wecken bei Kindern die Freude am Singen, am Musizieren und an der Brauchtumpflege; sie geben sich in der kirchlichen Jugendarbeit Mühe, Woche für Woche sinnvermittelnde Gruppenstunden zu gestalten. Dazu gehört für mich allerdings nicht, mit Zehnjährigen gewalttätige Aktionen in Wackersdorf zu üben; diese Einschränkung sei mir gestattet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Da Dank und Anerkennung in der Jugendarbeit oft lange auf sich warten lassen, sei den Jugendleitern einmal von dieser Stelle, vom bayerischen Parlament aus, herzlicher Dank für die Zeit, für die Zuwendung und für den Idealismus gesagt, den sie der nachwachsenden Generation entgebringen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD:  
Dafür können sie sich nichts kaufen!)

Meine Damen und Herren! Immer wieder wird über einen sogenannten *Wertewandel*, ja Werteverlust bei der Jugend geklagt. Doch ich frage mich inzwischen: Ist dieser Wandel oder Verlust tatsächlich auf die Jugend beschränkt, wird er nicht gar von der Erwachsenenwelt vorgegeben? Droht unserer Gesellschaft nicht insgesamt der Konsens verloren zu gehen, der uns ein gesichertes Leben in Freiheit und Frieden garantiert?

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Millionen und Milliarden von Menschen haben im Laufe der Geschichte von einem Staat geträumt, in dem man in Frieden und Freiheit leben kann, in dem frei gewählte Parlamente entscheiden, in dem unabhängige Richter urteilen, in dem soziale Sicherheit garantiert ist, in dem im Miteinander der Generationen die Bildung für die Jugend einen ebenso hohen Stellenwert hat wie die Versorgung im Alter. Wir leben bei aller Detailkritik seit 40 Jahren in einem Staat, den sich in ähnlicher Weise Generationen erhofft haben und Menschen in vielen Teilen der Erde heute noch erhoffen müssen.

(Beifall bei der CSU)

Doch all dies, was nicht selbstverständlich ist, ist uns zu selbstverständlich geworden. Die Unzufriedenheit derer, die zufrieden sein müßten, wird zu einem großen politischen Problem werden. Diese Unzufriedenheit, meine sehr verehrten Damen und Herren, führt nämlich auf Dauer zu Unersättlichkeit. Wer zu lange auf dem Plateau eines Berges steht oder dort geboren wird, läuft Gefahr, nicht zu ahnen, wie schwer es war, hinaufzukommen, und wie schnell es möglich ist, abzustürzen.

(Abg. Georg Rosenbauer: Ein sehr gutes Bild!)

Der Absturz droht, wenn man die beim Aufstieg gemeinsam erkannten Gefahren plötzlich wegdiskutieren will und schützende Geländer auf einmal als überflüssig und die persönliche Freiheit einengend betrachtet.

(Zuruf von der SPD: Deswegen bleibt die CSU gleich unten!)

Es gibt eine politische Gruppierung in diesem Land, die nichts Besseres weiß, als die Bundesrepublik Deutschland im allgemeinen und Bayern im besonderen ständig aufs neue madig zu machen, wider besseres Wissen Mißtrauen zu säen, Neid und Zwietracht zu streuen; die nicht einmal mehr bereit ist, von Parlamenten beschlossene und von obersten Gerichten bestätigte Gesetze einzuhalten, indem sie zum Boykott und damit zum Gesetzesbruch aufruft, wenn sich unsere Gesellschaft einen zahlenmäßigen Überblick über die in ihr lebenden Bürger verschaffen will, um nicht an Wirklichkeiten vorbeizuplanen und vorbeizubauen.

(Abg. Dr. Kestel: Meinen Sie die GRÜNEN?)

Diese Gruppierung zeigt der Jugend nur Negativbilder dieses Staates, sie vergrößert aus einem Film mit 36 Aufnahmen nur drei unterbelichtete Bilder heraus, um mit den restlichen 33 Fotos nicht zugeben zu müssen, daß wir eine Staatsform haben, die letztlich doch mehr Sonne als Schatten kennt.

(Abg. Dr. Kestel: Das sind die Polizeifilme der CSU!)

Das ist eine Partei, die die Jugend an den Rand des besagten Plateaus führt und ihr verführerisch ins Ohr flüstert: Mit uns bist du morgen einen Schritt weiter.

Die Umkehrung des Selbstverständlichen und die Leugnung des Nichtselbstverständlichen sind Charakteristika der Gegenwart geworden. So ist es offensichtlich manchmal nicht mehr selbstverständlich, daß bei demokratisch gesinnten Menschen eine Warnlampe aufleuchtet, wenn durch imperatives Mandat, durch die Rotation von Abgeordneten und Clownerien bestimmter Parteien der repräsentative Parlamentarismus systematisch und vorsätzlich diskreditiert wird.

(Zustimmung von der CSU)

So ist es offensichtlich auch nicht mehr selbstverständlich, die Kirchen als zweifellos wichtige Träger von Werten in unserer Gesellschaft staatlicherseits zu unterstützen.

Gerade die Beratungen des Kultushaushaltes, Kollege Eykmann ist darauf sehr gut eingegangen, haben offenkundig werden lassen, wohin die Richtung bei den GRÜNEN geht. Die Fraktion der GRÜNEN in diesem Haus nimmt Anstoß an den Mitteln, die der Freistaat Bayern jährlich für die Katholische und für die Evangelische Kirche aufwendet, und beantragt Kürzung dieser Mittel. Hoffentlich hat man die Versuche der GRÜNEN, die Zuwendungen an die Kirchen zu streichen, auch in allen kirchlichen Gremien vernommen und ist dort etwas hellhöriger geworden.

(Freller [CSU])

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist offensichtlich auch nicht selbstverständlich, in der Diskussion um die Krankheit AIDS zu sagen, daß eine ethische Grundhaltung der Selbstbeherrschung und der Selbstbeschränkung zu fördern sei. Auch das ist Selbstverwirklichung.

**Präsident Dr. Heubl:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Langenberger?

**Freller (CSU):** Ja, bitte schön!

**Langenberger (SPD):** Herr Kollege Freller, hielten Sie es als Fraktion nicht für sinnvoll, die Kirchen in Fragen der Familienzusammenführung und in Asylfragen ebenso vehement zu unterstützen?

**Freller (CSU):** Sie kennen unsere Meinung. Wir machen auch in der Asylfrage eine christlich verantwortete Politik.

(Lebhafter Widerspruch von der SPD und den GRÜNEN – Beifall bei der CSU – Abg. Kamm: Du sollst kein falsches Zeugnis ablegen gegen deinen Nächsten!)

Ich komme zurück zu dem Punkt, daß es gilt, ethische Grundhaltungen auch in die Diskussion um AIDS einzubringen. Ich danke dem bayerischen Kultusminister ausdrücklich dafür, daß er für den Schulbereich entsprechende Richtlinien erlassen und Maßnahmen ergriffen und hier klar zum Ausdruck gebracht hat, daß es bei der Aufklärung um mehr geht als um medizinische und biologische Fragen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dazu gehört auch, daß man wieder sagen darf, daß die Eltern in die Aufklärungsarbeit an den Schulen einzubinden sind, und dazu gehört, daß man sagen darf, daß eine vom Vertrauen getragene, auf Liebe und Treue begründete Beziehung zum Partner ein wesentlich wirksamerer Schutz ist, als es die bloße Anwendung von Kondomen sein kann, deren so groß hervorgehobene Sicherheit von immer mehr Fachleuten in Zweifel gezogen wird. Dieses Thema wird uns im Schul- und Jugendbereich noch Kopfzerbrechen bereiten. Neben den Problemen verantwortungsbewußter Aufklärung werden immer mehr auch die Fragen des Umgangs mit und der Hilfe für AIDS-infizierte Kinder und Jugendliche in den Vordergrund rücken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich komme zum Schluß. Ich halte es für selbstverständlich, daß ich als jugendpolitischer Sprecher auf Punkte hinweise, die mir im Hinblick auf die Jugend in besonderer Weise Sorge bereiten. Oder soll jener Graffiti-Künstler recht behalten, der neben den vorhin zitierten Sätzen noch gesprüht hat: Die Hauptsache ist, daß es vorwärts geht; die Richtung ist egal!?

In der Hoffnung, daß bei manchem Zuhörer auf der Oppositionsbank der Groschen wenigstens pfennig-

weise fällt, bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

**Präsident Dr. Heubl:** Meine Damen und Herren! Ehe ich dem Herrn Kollegen Schultz als nächstem Redner das Wort gebe, darf ich den Botschafter der Volksrepublik Algerien, Herrn Bengesal, in unserer Diplomatengasse herzlich begrüßen.

(Beifall)

Bitte sehr, Herr Schultz!

**Schultz (SPD):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zu Beginn meiner Ausführungen ganz kurz auf das eingehen, was die Frau Kollegin Paulig gesagt hat!

Frau Kollegin Paulig, wenn Ihr Verein, dieser ZBB, die Voraussetzungen erfüllt, wird er natürlich genauso bezuschußt wie alle anderen Organisationen in diesem Titel; das wissen Sie ganz genau. Ich bitte, hier keine Legenden zu bilden. Ihnen wurde das im Haushaltsausschuß auch gesagt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich mit einem kurzen Zitat des Kollegen Otto Meyer aus seiner Rede vom 13. Dezember 1984 beginnen. Damals ging es ebenfalls um den Haushalt. Er führte aus; ich zitiere wörtlich:

Die Sessel des Kultusministers waren schon immer Schleudersitze, aber Hans Maier hat den Schleudersitz zu einem soliden Stuhl gemacht, der heute ein Bollwerk darstellt gegen falsche politische Tendenzen, egal ob von links oder rechts.

(Beifall von der CSU – Abg. Otto Meyer: Sehr richtig!)

Diese Äußerungen bezogen sich, wie leicht einsichtig, auf den damaligen Minister Dr. Hans Maier.

Herr Kollege Meyer, wie man sich aber täuschen kann und wie schnell einen doch die Vergangenheit einholt! Gerade weil der damalige Kultusminister Maier seinen Sitz als Bollwerk verstand gegen politische Indoktrination, gegen politische Einflußnahmen, egal aus welcher Richtung, auch aus dem rechten Parteienfeld, gerade deswegen, weil er sich gewehrt hat gegen eine willkürliche Einteilung der Lehrer in Rechte und Linke, gerade deswegen ist wohl sein Sitz zum Schleudersitz geworden.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU: Das ist doch gar nicht wahr!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der CSU! Zu seiner damals gerühmten Ausdauer, seinem Einsatz, seiner Klugheit und seinem Überblick

(Zurufe von der CSU)

– das wollen Sie nicht gerne hören, das ist mir schon klar – ist heute kein Wort mehr verloren worden, außer den Worten, die der Kollege Meyer dazu gesagt hat. Ich habe es vermißt, und ich glaube wie wohl jeder in diesem Hause, daß von demjenigen, der heute auf diesem Ministersessel sitzt und der dazu etwas

(Schultz [SPD])

hätte sagen sollen, wenn ihm das, was damals gesagt worden ist, ernst gewesen wäre, nichts gesagt worden ist. Aber das ist Ihr Problem.

Meine Damen und Herren! Unser gemeinsames Problem ist, daß unmittelbar nach dem Abgang des Ministers Maier die Schulpolitik in Bayern von höchster Stelle aus in einen Dunstkreis politischer Agitation geraten ist.

(Beifall bei der SPD)

Das muß man einmal deutlich sagen, weil diese Entwicklung draußen vor Ort Sorge macht. Wer wie der Bayerische Ministerpräsident auf der Delegiertenversammlung der Schülerunion in Starnberg ausdrücklich denen recht gibt, die die Lehrer beruflich einschüchtern wollen, weil sie sich in ihrer Freizeit an Demonstrationen gegen die WAA in Wackersdorf engagieren, betreibt doch gerade die Agitation, vor der er angeblich warnt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Worte von den sogenannten linken Lehrern sind böse, diskriminierende Äußerungen gemessen an der Wirklichkeit unserer heutigen Schulsituation. Sie kamen nicht von Ihnen, Herr Minister Zehetmair, aber glauben Sie nicht auch, daß es die ca. 70000 aktiven Lehrerinnen und Lehrer in Bayern verdient hätten, von Ihnen als ihrem obersten Dienstherrn ausdrücklich vor so pauschalen Urteilen in Schutz genommen zu werden? Hätten Sie da nicht die Fürsorgepflicht, mäßigend, klarstellend, beruhigend einzugreifen, insbesondere heute in Ihrer ersten programmatischen Rede hier im Landtag? Statt dessen gossen Sie noch ein wenig Öl ins Feuer, Herr Minister, als Sie – ich zitiere nach der Staatszeitung vom 28. November letzten Jahres – von Lehrern sprachen, die unsere Jugend gegen den demokratischen Staat und seine gewählten Institutionen aufhetzen, die die Schule nur benutzten, um für ihre Ansicht Propaganda zu machen.

(Abg. Frau Fischer: Das gibt es wirklich! –  
Frau Abg. Stamm: Das gibt es!)

Wo sind denn diese Lehrer, Herr Minister? In Ihrer Rede heute haben Sie kein Wort dazu verloren. So groß kann dieses Problem also offensichtlich nicht sein. Hier wurde ein Popanz aufgebaut, das Klima wurde massiv vergiftet. Sie werden uns an Ihrer Seite finden, wo immer es darum geht, Politagitatoren im Schulbereich, gleich welcher Couleur, das Handwerk zu legen.

(Frau Abg. Stamm: Ganz hervorragend! –  
Frau Abg. Fischer: Sehr gut!)

Sie werden aber auch unseren härtesten Widerstand überall dort finden, wo durch forsche Verallgemeinerungen der innere Frieden an den Schulen gefährdet wird. Das ist nicht von mir, es ist ein Wort der Lehrerverbände, des BLLV und des BRLV, die das zutreffend so charakterisiert haben.

Unsere Lehrer wollen, und davon gehen wir doch wohl in diesem Hause aus, in ihrer überwiegenden

Mehrzahl argumentieren und nicht agitieren. Deswegen sollte man sie nicht pauschal mit solchen Vorwürfen belasten. Es hat schon etwas Sphinxhaftes an sich, Herr Minister, wenn Sie einerseits von mehr Freiraum, mehr Eigenverantwortung, weniger Bürokratie und mehr atmosphärischer Wärme in der Schule sprechen, andererseits aber gerade denen wenig Mut machen, die Ihre Ministerworte dann auf ihren Bestand hin abklopfen.

Gehört zu mehr pädagogischem Freiraum nicht auch ein entsprechender Stundenpool, wie die SPD ihn vorgeschlagen hat, wie er sogar mit den Stimmen der CSU beschlossen worden ist? Gehört zu der atmosphärisch anheimelnden Schule nicht auch weniger Streß der Lehrer, die als Pädagogen, als Psychologen und Fachleute gefordert sind, und gehört dazu nicht auch eine entsprechende Personaldecke, wie sie an unseren Schulen mit diesem Kultushaushalt nun wirklich nicht erreicht werden kann?

Ist es nicht ein Trauerspiel, daß nach jahrzehntelanger Schulpolitik in Bayern im Zeitraum der Jahre 1982 bis 1985 im Vergleich zu allen anderen Bundesländern mit Abstand die Zahl der hauptamtlichen Lehrer, um die allein es ja geht, prozentual am stärksten zurückgegangen ist, und zwar um 3,66 Prozent? Das ist mehr als das Dreifache des so oft zitierten Landes Nordrhein-Westfalen, vom Land Hessen überhaupt nicht zu reden.

Herr Minister, gehört es nicht auch zum guten Klima an den Schulen, daß bei der Besetzung von Schulleiterstellen objektive Auswahlkriterien in den Vordergrund gestellt und eisern beachtet werden? Es bedarf recht wenig Phantasie, sich auszumalen, was es heißt, daß in Bayern der Kultusminister und Staatsminister Stoiber übereinstimmend der charakterlichen Eignung als Auswahlkriterium ein erheblich stärkeres Gewicht gegenüber der sonst so gepriesenen Leistung beimessen wollen. Mit so nebelhaften Kriterien sind Willkür und Opportunismus bei der Auswahl der Bewerber Tür und Tor geöffnet.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Charaktereigenschaften sind wahrlich ungeeignet und alles andere als förderlich, Wärme an den Schulen entstehen zu lassen. Zur Wärme an den Schulen, die Sie fördern wollen, gehören natürlich die richtigen Zielvorgaben. Eigentlich hätte man in dem Bereich nicht so große Schwierigkeiten erwarten müssen, aber sie gibt es doch. Ein Kulturprogramm und zusätzlich sogar ein bildungspolitisches Positionspapier sind die große Ausnahme bei einer im Kulturbereich sonst völlig unprogrammatisch handelnden Partei wie der CSU. In beiden Ausarbeitungen, die maßgeblich vom jetzigen Kultusminister mit verfaßt sind, strotzt es nur so von Ausdrücken wie Freude, Erfolg, Lebensnähe, Heimatverbundenheit und Bildungschancen.

Was nutzt dieses ganze bedruckte Papier, wenn daraus keine aktuellen Folgerungen gezogen werden? Die Arbeitsgemeinschaft der bayerischen Junglehrer hat es Augenauswischerei genannt, daß überhaupt keinerlei Bereitschaft besteht, die Forderungen in dem Papier auch schul- und kulturpolitisch umzusetzen.

(Schultz [SPD])

zen. Sie hat sogar einen Maßnahmenkatalog vorgelegt, der Ihnen gezeigt hätte, was da zu machen ist, und der von der CSU-Fraktion hätte übernommen werden können. Man hat Sie nahezu vorgeführt.

Herr Minister, alle diese Papiere entlarven sich im Grunde als Feigenblatt-Programm, die zur Bedekung der kulturpolitischen Blöße von CSU und Ministerium sicher denkbar ungeeignet sind. Vielleicht sollten so hohe Ansprüche gar nicht gestellt werden, wenn ein Kultusminister sich nach seinen eigenen Worten in der Schulpolitik als Ziel vor allem nur einige Schönheitsreparaturen setzt, die die Schule atmosphärisch anheimelnder gestalten sollen. Vielleicht sind dies etwas zu hohe Anforderungen an einen Minister, der sich eher daran orientiert, daß durch künftigen Schülermangel angeblich der Bestand von Schulen gefährdet sei, und der nicht sagen will, daß die soziale Lage im Bildungsbereich immer noch von einer steigenden Arbeitslosigkeit geprägt ist, daß Tausende von Lehrern noch auf der Warteliste stehen, daß Lehramtsanwärter sozial verantwortbare Aushilfsverträge haben und ähnliches mehr.

So entpuppen sich denn auch die Schwerpunkte des Kultusministers im Schulbereich für die Jahre 1987 und 1988 eher als unverbindliche Worthülsen denn als inhaltsreiche Angebote, an die das Ministerium sich selbst zu halten bereit ist.

Die besonderen Neigungen der Schüler, ihre außerunterrichtlichen Aktivitäten und internationaler Schüleraustausch sollen gefördert werden, so heißt es. Mit keinem Wort aber greift der Minister etwa in die Debatte dieses Hauses ein, wenn der Freistaat Bayern sich nach Kräften blamiert, indem er sich wegen lächerlicher 180 000 DM aus dem Konsens aller Bundesländer zur Errichtung einer Jugendbegegnungsstätte in Auschwitz davonschleicht.

(Beifall bei der SPD)

Da wäre doch Ihr Wort am Platz gewesen, Herr Minister, wenn es Ihnen schon um die internationalen Beziehungen der Jugend geht, und das unterstellen wir Ihnen doch gerne.

Die Heimat soll bewußt erlebt werden – eine wörtliche, wenn auch nicht gerade die schwergewichtigste Aussage Ihres Positionspapiers. Wir gehen mit Ihnen sicherlich einig, daß darunter nicht nur oder überwiegend nur Brauchtums- und Erinnerungspflege oder Klassenwanderungen zu verstehen sind. Nicht Fortsetzung des CSU-Landtagswahlkampfes mit weiß-blauen Heimat- und Sonnenscheinplakaten ist in der Schule gefordert, sondern neben dem Erlebnis der Schönheiten unseres Landes und der Höhepunkte seiner Geschichte Bewußtmachen einer akuten, tiefgreifenden und oft nicht wieder behebbaren Zerstörung unserer Umwelt, das im Zielkonflikt von Ökonomie und Ökologie, oft genug administrativ gefördert, auf der Strecke bleibt. Wer sich als Kultusminister nicht auch der ernsthaften Auseinandersetzung unserer Jugend mit Wackersdorf und allem, was dazugehört, unter dem Gesichtspunkt des bewußten

Erlebens stellt, Herr Minister, der ist kaum fähig, das Klassenziel in Sachen Heimatliebe zu erreichen.

(Zustimmung bei der SPD)

Oder gehört dieses Projekt nicht zu den „aktuellen Problemen der Politik“, wie Sie in Ihrer Rede formuliert haben, mit denen sich zumindest Gymnasiasten auseinandersetzen dürfen?

Dann zum Wort des Kultusministers in seinem Anschreiben an die Lehrerinnen und Lehrer in Bayern, daß man nur lieben könne, was man kenne. Natürlich ist dem zuzustimmen. Aber können wir nicht auch erwarten, daß das Kultusministerium alle Anstrengungen unternimmt, daß die eigenen Vorschläge nicht an den fehlenden finanziellen Grundlagen scheitern?

Wenn etwa im Haushaltsjahr 1986 nur weniger als die Hälfte der für die Durchführung von Schulwanderungen notwendigen Mittel bereitgestellt worden sind, so bedeutet das doch im Klartext nichts anderes, als daß die Lehrer entweder auf einen Großteil der gesetzlich zugesicherten Kosten verzichten mußten oder daß den Schülern diese Veranstaltungen zum Kennenlernen ihrer Heimat vorenthalten blieben. Wer nun aber erwartet hatte, daß das Kultusministerium von sich aus für diesen Haushalt die entsprechenden Mittel vorgeschlagen hätte, sah sich leider getäuscht. Eine lächerliche Erhöhung von vier auf 4,2 Millionen DM wurde in Ansatz gebracht; erst nach einem einstimmigen Beschluß im Kupo, die Mittel zu verdoppeln, ließ sich eine immer noch unzulängliche Anhebung der Mittel um weitere 1,8 Millionen DM erreichen. Eigentlich eine Ohrfeige, Herr Minister, für einen Kultusminister, dessen Vorschläge nicht einmal den Ansprüchen der eigenen Mehrheitsfraktion entsprechen haben.

Dies scheint aber symptomatisch zu sein für einen Kulturhaushalt, der gegenüber allen anderen Etats offensichtlich erheblich an Gewicht verloren hat. Nehmen Sie doch nur einmal die politische Gewichtung Ihrer neuen Stellen im Vergleich zu dem, was im Sicherheitsbereich angesetzt worden ist! Das, was man hier sieht, ist die Divergenz von Anspruch und Wirklichkeit.

Wenn in diesem Papier und jetzt in Ihrer Rede dann davon gesprochen wird, die Bereitschaft zum Kind zu fördern, und die Familienpolitik der Bundesregierung und der Bayerischen Staatsregierung betont wird, aber auf der anderen Seite festgestellt wird, ich zitiere hier die Ausführungen der Deutschen Liga für das Kind in „Familie und Gesellschaft“, die dem Haus vorliegen, daß seit 1981 bis zum letzten Jahr die Mittel für die Schülerförderung von einer Milliarde auf 260 Millionen, also fast auf ein Viertel, zurückgegangen sind, muß man sich doch die Frage entgegenhalten lassen: Wie glaubwürdig ist das, was hier an Politik vorgetragen wird?

(Zustimmung bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die SPD-Fraktion hat realistische Vorschläge für einen anspruchsvollen, aber auch ausgewogenen Kulturhaushalt vorgelegt. Der ihrige, Herr Minister, hat nach un-

(Schultz [SPD])

serer Meinung weder ein Prädikat noch unsere Zustimmung verdient. Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Möslein:** Als nächster hat das Wort der Kollege Dandorfer. Es stehen noch 9 Minuten Redezeit zur Verfügung, Herr Kollege.

**Dandorfer (CSU):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Monat März ist wohl nicht nur für die Kulturpolitiker dieses Hohen Hauses bedeutend, weil in diesem Monat der Kultushaushalt verabschiedet wird, sondern auch für viele Schülerinnen und Schüler in Bayern, die sich in diesem Monat mit ihrem Zeugnis bei Handwerk und Industrie, aber auch bei den Kommunen bewerben. Ich hoffe dabei, ja ich bin mir sicher, daß keiner Schule im Freistaat Bayern ein Brief ins Haus flattern wird wie der folgende, den ich Ihnen vorlesen möchte.

Auch in diesem Jahr haben sich einige Schülerinnen und Schüler Ihrer Schule um einen Ausbildungsplatz in der Verwaltung der Stadt Maintal beworben. Wie schon im Vorjahr haben wir aufgrund der Vielzahl von Bewerbungen einen Eignungstest durchführen müssen, um die erforderliche Auswahl zu treffen. Die Testergebnisse liegen uns jetzt vor. Leider ist erneut kein Schüler Ihrer Schule in die engere Wahl gekommen. Die Ursache, so sehen wir die Dinge, sind katastrophale Deutschkenntnisse der Schülerinnen und Schüler der 10. Klassen in Ihrer Gesamtschule.

(Hört, hört! bei der CSU)

In einem Diktat

– man höre und staune –

mit 60 möglichen Fehlern wurden bis zu 68 Fehler gemacht.

(Heiterkeit bei der CSU – Zuruf von der SPD:  
120 Prozent!)

– Das ist Original! Frau Meier, wenn Sie es haben wollen, ich stelle es Ihnen gern zur Verfügung!

(Abg. Kamm: Das fällt ja auf den  
Briefschreiber zurück!)

Leidtragende sind jetzt junge Menschen, denen eine Ausbildung in der Verwaltung versagt werden muß. Sie sind sicher mit uns einer Meinung, daß für den Verwaltungsberuf zumindest befriedigende Deutschkenntnisse zwingende Voraussetzung sind.

(Zustimmung der Frau Abg. Würdinger)

Gerade weil es sich nicht um Einzelfälle handelt, sehen wir uns zu diesem Schreiben veranlaßt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Jetzt dürfen Sie raten, wer das geschrieben hat: ein sozialdemokratischer Stadtrat aus der Stadt Maintal in Hes-

sen, und zwar an die beiden integrierten Gesamtschulen.

(Heiterkeit bei der CSU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dies zeigt uns wohl die Problematik einer Niveauabsenkung und des Geredes, es wäre nicht nötig, auf Kernfächer Wert zu legen. Wir haben in Bayern gerade hier in der letzten Zeit einen Schwerpunkt gesetzt durch zusätzliche Stunden in den Fächern Deutsch und Mathematik an der Hauptschule. Dabei wurden aber, das möchte ich betonen, die Lerninhalte nicht ausgeweitet, so daß eine intensive Übung und Sicherung des erlernten Stoffes gewährleistet ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Daß unsere Hauptschule auf dem richtigen Weg ist, daß wir in der Schulpolitik die richtigen Pflöcke eingerammt haben, zeigen uns wohl auch die Reden auf der in dieser Woche stattfindenden 39. Internationalen Handwerksmesse. Dort wurde immer wieder herausgestellt, daß gerade die bayerischen Schüler hervorragende Voraussetzungen für den Eintritt in einen Beruf mitbringen. Heute schon wird nach einem Facharbeitermangel im Handwerk in absehbarer Zeit ein krasser Lehrlingsmangel prognostiziert. Das Handwerk, das die Bereitschaft zeigt, weit über den Bedarf hinaus auszubilden, ist bereit, auch Hauptschüler zu übernehmen und sich für sie zu engagieren. Ich glaube, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind hierbei auf dem richtigen Weg.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich noch als Oberpfälzer ein Wort an eine Oberpfälzerin, als Oberpfälzer Lehrer an eine Oberpfälzer Lehrerin sagen! Ich war nämlich schon etwas überrascht, liebe Frau Kollegin Meier, daß Sie davon gesprochen haben, daß alle, die sich gegen die Kernenergie engagierten, im Grunde genommen gebückt und gedemütigt durch das Land ziehen müßten. Nach meiner Erfahrung ist in den letzten Monaten in der Oberpfalz genau das Gegenteil zu verzeichnen gewesen, daß sich nämlich die Kontra-WAA-Leute in den Schulen zu rühren trauen und ihren Standpunkt dort vertreten können, aber die Pro-Leute mehr und mehr verschwinden, weil sie unter Druck gesetzt werden.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Frau Meier, ich kann Ihnen namentliche Beispiele nennen. Ich selbst bin kein Atomfetischist, ich bin aber für bestimmte Punkte eingetreten. Wenn Sie unser Haus anschauen und sehen, wie verschmiert es ist, wenn Sie sehen, daß wir von der Polizei rund um die Uhr bewacht werden, und wenn Sie sehen, daß meine Privatnummer aus dem Telefonbuch verschwunden ist, weil wir den Telefonterror nicht mehr ausgehalten haben, dann glaube ich, sollten Sie merken, daß es auf der anderen Seite Leute gibt, die nicht bereit sind, mit Andersdenkenden demokratisch umzugehen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Sie sind in Ihren Ausführungen auf diese Anzeige in der „Mittelbayerischen Zeitung“ eingegangen und haben den Verdacht geäußert, daß aufgrund dessen

(Dandorfer [CSU])

die Namen der Kollegen durch das Kultusministerium festgestellt und diese womöglich bespitzelt werden könnten. Liebe Frau Kollegin Meier, ich darf Ihnen einen kurzen Ausschnitt einer Stellungnahme des BLLV aus der „Oberpfälzer Schule“ zitieren; ich weiß nicht, ob Sie die schon gelesen haben.

(Zuruf der Frau Abg. Meier)

– Warum haben Sie es dann nicht getan? Ich muß sagen, dieser Artikel hebt sich endlich einmal ab und zeigt auch die Hintergründe auf, wie solche Anzeigen zustande kommen. Ich zitiere:

Besagte Anzeige hat viele Lehrer in Sorge versetzt.

– So schreibt Herr Zipperer –

Viele fühlen sich übertölpelt. Sie haben aus Kollegialität ihren Namen unter die Liste gesetzt, weil ihnen gesagt worden ist, die Aktion diene der Beschaffung von Personalstellen oder der Reduzierung von Arbeitszeit.

(Hört, hört! bei der CSU – Kopfschütteln der Frau Abg. Christa Meier)

– Das ist nicht von mir, Frau Meier. Ich weiß nicht, warum Sie den Kopf schütteln.

(Frau Abg. Christa Meier: Weil ich das Begleitschreiben kenne!)

Ich werde es Ihnen noch klar und deutlich machen anhand des Briefes, der dazu versandt worden ist.

Manche haben den Text der Anzeige gar nicht zu Gesicht bekommen. Sie unterschrieben, weil sie überzeugt waren, sich hiermit für die Erhaltung der Meinungsfreiheit positiv einzusetzen. Viele hätten sicher nicht unterschrieben, wäre ihnen der genaue Wortlaut des Inserats vorgelegt worden. Hier wurden lautere Argumente mißbraucht, um Kolleginnen für eine dubiose Aktion zu motivieren.

Und jetzt das Zitat aus dem Aktionsbrief:

(Zuruf des Abg. Schramm)

– Hören Sie zu, was in dem Aktionsbrief stand, damit die Multiplikatoren den einen oder anderen haben überreden können, noch etwas zu spendieren oder zu bezahlen.

Sicher fällt es so leichter, zaudernde und ängstliche Lehrer und Lehrerinnen zum Mitmachen zu gewinnen, zumindest für eine anonyme Spende.

Kann man Vertrauen in eine Organisation haben,

– so schreibt Herr Zipperer weiter, und ich bin mir sicher, er ist kein CSU-Mitglied –

die aus vordergründiger Absicht Kollegen mißbraucht, täuscht und hintergeht?

(Frau Abg. Stamm: Hört, hört)

Wir vom BLLV lehnen solche Machenschaften ab! Unsere Position zur Meinungsfreiheit der Lehrer ist seit jeher eindeutig.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hinter dieser Meinungsfreiheit steht auch die CSU.

(Beifall bei der CSU)

Man geht her und zitiert in einer Anzeige nicht einmal mehr ganze Sätze, sondern zieht nur noch einzelne Worte heraus, wie geschehen, und da heißt es dann: „Ministerpräsident Strauß“, und was vom gesamten Zitat dann noch übrigbleibt, sind die zwei Worte „Doktrinierung“ und „Terrorisierung“, die dann in den Zusammenhang gebracht werden: „Doktrinierung“ und „Terrorisierung“ der Kinder durch Oberpfälzer Lehrer.

Genauso geht es unten weiter: „Lehrer betreiben“, und jetzt kommt das Zitat, „Hetze gegen die Grundordnung“.

(Frau Fischer: Unglaublich, unerhört!)

Genauso gut könnte ich in eine Anzeige hineinschreiben: „Ärzte betreiben“, und dann zitiere ich: „Hetze gegen die Grundordnung“.

Frau Meier, ich glaube, Sie sind mit mir da einer Meinung, wenn man solche Anzeigen macht, wenn man Zitate herauszieht und zu Wortfetzen verstümmelt. Sie werden nirgends finden, daß unser Kultusminister gegen „linke Lehrer“ losgegangen ist. Diese beiden Worte „linke Lehrer“ werden Sie nirgends finden; davon bin ich absolut überzeugt. Suchen Sie, und wenn Sie etwas gefunden haben, zeigen Sie es mir. Dann bin ich gern bereit, das zurückzunehmen.

(Abg. Kamm: Gilt die Wette? Schon verloren, Herr Kollege!)

Aber Sie sind sicher mit mir einer Meinung, daß es Demagogie ist, Zitate nur in Worten zu bringen oder in zerschnittenen und zerstückelten Sätzen. Herzlichen Dank!

(Starker Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Möslein:** Die Aussprache ist geschlossen. Das Wort hat der Herr Staatsminister für Unterricht und Kultus!

**Staatsminister Zehetmair:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es freut mich als Staatsminister für Unterricht und Kultus, daß zu diesem Haushalt eine viereinhalbstündige Debatte stattgefunden hat. Dabei muß und soll eine ganze Menge im Raum stehenbleiben. Denn das Parlament lebt davon, daß das Für und Wider abgewogen wird, und jede Medaille hat natürlich zwei Seiten. Ich will auch keineswegs den Eindruck erwecken, als wäre vieles von dem, was gesagt worden ist, nur so zu sehen, wie ich es dargelegt habe, und als gäbe es nicht auch eine Variante dazu.

Ich will zu den Fragen, die zu Jugendpflege, Erwachsenenbildung und Sport gestellt worden sind, keine

(Staatsminister Zehetmair)

Anmerkung machen. Ich habe schon in meiner Rede deutlich gemacht, daß hier, wie überall, das Bessere der Feind des Guten ist und daß es den Kultusminister natürlich freut, wenn die Fraktionen um entsprechende finanzielle Aufstockung ringen.

Ich will mich auf zwei grundsätzliche Blöcke beschränken. Der erste ist das Materielle. Sie werden nicht, aber auch gar nicht an Glaubwürdigkeit gewinnen, meine Damen und Herren Abgeordneten von den Oppositionsparteien, wenn Sie auch nur den Hauch des Versuches machen, wie Herr Schultz es eben getan hat, das bayerische Schulsystem zu bemitleiden. Tun Sie das ruhig weiter! Solange wir die Mehrheit haben, wird es das Beste in der Bundesrepublik bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Es ist schlichtweg nicht wahr, sondern falsch und sachlich unrichtig, wenn Sie zum Ausdruck bringen wollen, daß alle meine Ankündigungen letztlich in sich zusammenfielen und auch kein Prädikat verdienen, weil die entsprechenden Voraussetzungen so dürrtig seien. Nein, das ist Gott sei Dank nicht der Fall. Die Voraussetzungen könnten sicher in dem und dem Bereich noch besser werden. Ich bin auch froh, wenn Themen aufgegriffen werden, wie zum Beispiel das berufliche Schulwesen oder einige andere Bereiche, zum Beispiel die Sonderschulpädagogik, und die Frage gestellt wird, wie wir da noch mehr leisten können. Dazu erwarte ich mir auch Initiativen aus dem Parlament zum nächsten Nachtragshaushalt. Ich bin da allen für einen Beitrag dankbar.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie können beruhigt sein:

Erstens ist das Bild der bayerischen Schule in der Bundesrepublik Deutschland, voran bei den Eltern in Nordrhein-Westfalen, in Hessen und im Saarland, so überwältigend gut, daß wir uns vor Lob kaum retten können.

(Beifall bei der CSU)

Zweitens darf ich Ihnen sagen, Frau Abgeordnete Meier, nachdem Sie unsere Lehrer so bemitleiden wegen aufrechten Gangs etcetera: Abgesehen davon, daß Ihrem Kollegen wegen sportlicher Tüchtigkeit etwas ins Kreuz geschossen ist, hat er genauso wenig Grund wie jeder andere, statt aufrechten Gangs zu buckeln. Dafür stehe ich gerade. Aber ich darf Ihnen sagen, nicht nur für unsere Lehrer hier --

(Abg. Hiersemann: Da reden wir in Einzelfällen weiter!)

– Herr Abgeordneter Hiersemann, es ist immer gut, wenn Sie mir weiterhelfen. Aber ich werde nicht immer so folgen, wie Sie mir helfen wollen.

(Abg. Hiersemann: Das habe ich befürchtet!)

Das ist eine andere Frage.

(Abg. Hiersemann: Sehen Sie, jetzt fängt das bei Ihnen an wie beim alten, das ist immer dasselbe!)

– Schlimm, wie es scheint. Also doch Kontinuität! Und dann wirft mir der Herr Schultz vor, daß ich überhaupt kein Lob ausspreche. Ich habe gesagt: Daher habe ich ganz bewußt auf Kontinuität gesetzt. Wenn das nicht ein fachbezogenes Lob ist!

(Beifall bei der CSU und Zuruf: Jawohl! Stimmt!)

Als Minister bin ich nicht dazu da, mich über Personen zu äußern. Das macht die Fraktion. Ich danke auch dem Abgeordneten Otto Meyer und anderen, daß sie das getan haben. Da gibt es keinen Dissens zwischen uns. Da hoffen Sie vergebens.

Ich darf sagen, hier sitzen meine Herren: Wir kriegen täglich rund hundert Anfragen von Lehrern außerhalb Bayerns, die zu uns kommen wollen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Wenn es wirklich nicht nur an der Arbeitslosigkeit läge, sondern wir gleichzeitig so unerträglich wären, wie uns manchmal bedeutet wird, dann würden sie nicht alle zu uns kommen wollen. Wir würden gern viele von ihnen nehmen, meine Damen und Herren,

(Abg. Eykmann: Aber nicht alle!)

nur könnten wir dann leider die eigenen nicht alle unterbringen. Soviel zum ersten Punkt, zum Materiellen.

Das andere ist mir noch viel wichtiger, und ich nehme die diesbezüglichen Aussagen auch besonders ernst. Da wurde mir Zustimmung auch von den Oppositionsparteien signalisiert, und dafür bin ich dankbar, nämlich in der Frage, die mit Politagitation zusammenhängt, wenn sie sich auch nicht darauf beschränkt. Es wurde moniert, ich hätte nie die überwältigende Mehrheit der Lehrer in Schutz genommen. Ich darf dazu mit Genehmigung des Herrn Präsidenten aus meiner ersten Rede nach dem Amtsantritt als Kultusminister vor dem Bayerischen Philologenverband zitieren. Ich habe gesagt:

Ich dulde keine offenen oder versteckten Politagitatoren in unseren Schulen und Klassenzimmern, die unsere Jugend gegen den demokratischen Staat und seine gewählten Institutionen verhetzen,

(Beifall bei der CSU – Abg. Tandler: Sehr richtig!)

anstatt den ihnen anvertrauten, nach Orientierung suchenden jungen Menschen Lebenshilfe für die Herausforderungen und Probleme unserer Zeit zu geben. Solche Lehrer führen die Jugend nicht, sie verführen sie.

(Abg. Tandler: So ist es! – Zuruf von der SPD: Das ist doch ein Allgemeinplatz!)

– Darf ich fortfahren? Ich habe weiter gesagt, und damit ist Ihr Anliegen beantwortet, das auch meines ist:

Die weitaus überwiegende Mehrheit der Lehrer

– damals Gymnasiallehrer –

(Staatsminister Zehetmair)

hebt sich jedoch von diesem Zerrbild des Lehrers ab. Die Regel ist der Lehrer, der loyal, gründlich, gewissenhaft, voll Liebe zu seinem Beruf und mit beherrschter Begeisterung seinen Dienst leistet, nein, mehr noch: für den die Arbeit mit unseren Schülern Erfüllung bedeutet. Ich danke allen diesen Lehrern für ihren täglichen Einsatz und bitte sie, dieses hohe Berufsethos nicht als überholt, als gestrig zu betrachten, sondern als immer gültiges Ziel anzusehen. Mehr denn je braucht unsere Jugend Vorbilder. Das Wort „verba docent exempla trahunt“ gilt unverändert.

(Beifall bei der CSU)

Eigentlich müßte das für einen Minimalkonsens ausreichend sein.

Meine Damen und Herren! Sie brauchen keine Sorge zu haben, daß die Frage der charakterlichen Eignung etwa im Sinne einer Schnüffelei, als welche Sie sie immer wieder ansprechen, von uns oder von mir behandelt werden könnte. Nein, so nicht. Viele wollen zu uns kommen, nur einen kleinen Teil können wir nehmen. Das Kind ist unser wertvollstes Gut, auch deswegen, weil wir zum kinderärmsten Land der Welt geworden sind. Es ist unser aller Pflicht, ganz gleich, wo Sie in diesem Parlament stehen oder was Sie parteipolitisch denken, die besten Lehrer für unsere Kinder auszusuchen. Da kann es nicht allein die objektive Note in der Staatsprüfung sein, sondern es muß auch tägliche Bewährung, Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit und die Bereitschaft, außerhalb des Stundenmaßes zur Verfügung zu stehen, gegeben sein.

(Beifall bei der CSU)

Sie werden sehen, nichts anderes ist von mir beabsichtigt. Im übrigen könnte ich es mir leicht machen und sagen, daß das nicht von mir eingeführt ist. Derzeit läuft noch die Anhörung. Bei den Schulbeurteilungen gilt das gleiche. Auch hier wurde unterstellt, und wenn die KEG da von anderer Seite zitiert wird, werden wir schon sehr hellhörig --

(Zuruf von der SPD)

– Von Ihnen nehme ich es besonders ernst. Sie sollten das Ganze nicht schon als fait accompli nehmen. Wenn drin steht, daß Oberbürgermeister und Landrat beteiligt sind, dann ist das eben so, das habe ich schon gesagt. Das hat für die Volksschule folgende rechtliche Begründung: Das Schulamt ist ein Kollegialorgan; dort ist der Schulamtsdirektor der pädagogische Vorgesetzte. Daneben gibt es die rechtliche Spitze, den Oberbürgermeister bzw. Landrat. Von daher stammt die Formulierung. Sie sollten nicht von vornherein alles Mögliche hineininterpretieren. Schon mancher von Ihnen wollte Landrat werden, und er wäre dann sicher auch noch ein anständiger Mensch.

(Heiterkeit)

Also Sie sollten nicht so generalisieren.

(Abg. Hiersemann: Das hat doch mit einer sachfremden Unterlage nichts zu tun!)

– Wir werden das genau prüfen, da ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Wir wollen hier genauso wie bei der Schulleitereinstellung, wo man mir auch manches vorwirft, was ich überhaupt nicht kapieren kann, für folgendes Gewährleistung tragen: Es soll nicht nur die Papierform gelten wir bisher, vielmehr sollen die zwei oder drei Damen oder Herren der engeren Wahl eine Chance haben und eingeladen werden, sich vorzustellen, natürlich nicht alle zu mir, sondern an die zuständige Stelle bei den Regierungen. Auf dieser Erkenntnisgrundlage wollen wir dann austarieren, wer der Bestgeeignete ist. Denn das A und O einer personalen Pädagogik, wie ich sie heute in den Mittelpunkt gestellt habe, ist auch die richtige Besetzung einer Schule.

(Beifall bei der CSU)

Die Kürze der Zeit verbietet es, daß ich noch mehr sage. Ich darf mit folgendem abschließen:

Alle Beamten sind auf den Staat vereidigt. Das hat Frau Abgeordnete Meier dankenswerterweise schon betont. Völliger Konsens, kann ich nur sagen, und die Vereidigung auf den Staat, nicht auf irgendeine Regierungspartei oder Regierung, reicht uns voll und ganz. Aber das muß auch für Sie gelten, meine sehr geehrten Damen und Herren. Was der Herr Abgeordnete Dandorfer eben gerade aus Wackersdorf an bemerkenswerten und bedenklichen Vorgängen berichtet hat und wenn ich mir dazu die Annonce, aus der zitiert wurde, vor Augen führe, dann kann ich nur sagen: Wenn Ihnen der Konsens, der pädagogische Auftrag, den Sie mir heute zugestanden haben, eine gemeinsame Sorge ist, dann müßte ich ab und zu auch mal andere Töne von Ihnen vernehmen, in Wort und in Schrift.

(Beifall bei der CSU)

Denn damit, was Sie, um es zurückzugeben, so schön mit kreativ ausdifferenzieren formulieren, bin ich zwar einverstanden, aber dann müssen wir wenigstens über die Inhalte und Ziele reden. Und wenn da die Bayerische Verfassung gilt, sind wir in hohem Maße konsensfähig. Ich danke Ihnen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Möslin:** Recht herzlichen Dank für die kurze, präzise und zusammenfassende Stellungnahme, Herr Staatsminister.

Ich darf in der Diplomatenloge den Präsidenten der Hamburger Bürgerschaft begrüßen. Herr Präsident Willich, seien Sie recht herzlich willkommen im Maximilianeum und nehmen Sie gute Eindrücke mit in die Hansestadt Hamburg.

(Beifall)

Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Einzelplans 05 für 1987/88 und die Beschlußempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 11/853.

Kapitel 05 01 wird zur unveränderten Annahme empfohlen.

Kapitel 05 02.

(Erster Vizepräsident Möslein)

Bei Titel 531 11 ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Wax-Wörner, Paulig und Fraktion auf Drucksache 11/749. Mit dem Antrag wird die Streichung des Haushaltsansatzes bei diesem Titel gefordert. Der Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung. Wer entgegen dieser Empfehlung für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen! – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Bei Titel 547 01 des gleichen Kapitels ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Wax-Wörner, Paulig und Fraktion auf Drucksache 11/750, wonach der Ansatz der Haushaltsmittel gestrichen werden soll. Der Ausschuß empfiehlt die Ablehnung des Änderungsantrags. Wer entgegen dieser Empfehlung für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktion der GRÜNEN. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag abgelehnt.

Damit bleibt Kapitel 05 02 unverändert.

Kapitel 05 04.

Entsprechend dem Änderungsantrag der Abgeordneten Breitner, Böhm, Stamm und anderer und Fraktion auf Drucksache 11/705 schlägt der Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen vor, bei Titel 681 06 die Haushaltsansätze für 1987 und 1988 um je 900 000 DM auf 16 Millionen DM zu erhöhen. Die Erläuterungen zu diesem Titel sollen entsprechend geändert werden. Ich darf auf Drucksache 11/853 verweisen.

Bei Titelgruppe 87 des gleichen Kapitels ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Wax-Wörner, Paulig und Fraktion auf Drucksache 11/751, wonach ein neuer Titel mit einem Haushaltsansatz für 1988 in Höhe von 500 000 DM für die Finanzierung pädagogischen Personals für die Landschulheime eingestellt werden soll. Der Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung. Wer entgegen dieser Empfehlung für die Annahme des Änderungsantrages ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktion der GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen! – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Bei der gleichen Haushaltsstelle ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Wax-Wörner, Paulig und Fraktion auf Drucksache 11/752, wonach für die Teilnahme bedürftiger Schüler an Schulfreizeiten in Schullandheimen im Haushalt eine Million eingestellt werden soll. Der Ausschuß empfiehlt die Ablehnung des Änderungsantrags. Wer entgegen der Empfehlung für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Wiederum die Fraktion der GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen! – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Einschlägig ist bei der gleichen Haushaltsstelle ein weiterer Änderungsantrag der Abgeordneten Wax-Wörner, Paulig und Fraktion auf Drucksache

11/753, wonach zur Verbesserung der Situation der Landschulheime der Haushaltsansatz für 1987 um 3,6 Millionen und für 1988 um 3,8 Millionen erhöht werden soll. Auch hier empfiehlt der Ausschuß Ablehnung. Wer entgegen dieser Empfehlung für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen! – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Bei der Titelgruppe 88 ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Hiersemann, Karl Heinz Müller, Christa Meier und anderer und Fraktion auf Drucksache 11/666, wonach zur Förderung der Kinderhorte der Haushaltsansatz für 1987 und 1988 um je 27 Millionen DM erhöht werden soll. Der Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt Ablehnung. Wer entgegen dieser Empfehlung für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen! – Danke schön. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Bei der Titelgruppe 89 ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Trapp, Christa Meier und anderer auf Drucksache 11/629, wonach zur Förderung der Jugendarbeit der Haushaltsansatz für 1987 und 1988 um je zwei Millionen DM erhöht werden soll. Der Ausschuß empfiehlt die Ablehnung des Änderungsantrags. Wer entgegen dieser Empfehlung für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe bitte ich anzuzeigen! – Das ist die Mehrheit. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Bei der gleichen Titelgruppe ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Wax-Wörner, Paulig und Fraktion auf Drucksache 11/754. Nach diesem Antrag sollen die Mittel zur Förderung für den Ring politischer Jugend gestrichen werden und gleichzeitig der Ansatz für Maßnahmen für arbeitslose Jugendliche um 200 000 DM und für jugendliche Ausländer um 640 000 DM erhöht werden. Der Ausschuß empfiehlt die Ablehnung des Änderungsantrags. Wer entgegen dieser Empfehlung für die Annahme des Änderungsantrags ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen! – Das ist die Mehrheit. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Entsprechend dem Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Rost, Freller, Anneliese Fischer und anderer auf Drucksache 11/703 schlägt der Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen vor, den Haushaltsansatz bei Titel 684 89 für 1987 und 1988 um jeweils 40 000 DM zu erhöhen. Die Erläuterungen unter 1j) ändern sich entsprechend.

Der Ausschuß schlägt ferner aufgrund des Änderungsantrags der Abgeordneten Freller, Georg Rosenbauer, Werkstetter und anderer auf Drucksache 11/704 vor, bei Titel 893 89 die Haushaltsansätze für 1987 und 1988 um je 600 000 DM zu erhöhen. Die Summe der Titelgruppe beträgt somit für beide Jahre 38 640 000 DM.

Bei der Titelgruppe 90 ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Wax-Wör-

(Erster Vizepräsident Möslein)

ner, Paulig und Fraktion auf Drucksache 11/755, wonach die Ansätze für Schulsportwettkämpfe und Schulsportfeste um je 20 Prozent gekürzt werden sollen. Der Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung des Änderungsantrags. Wer entgegen dieser Empfehlung für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der GRÜNEN. Wer stimmt dagegen? – Das ist die Mehrheit. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Bei der Titelgruppe 91 ist einschlägig der Antrag der Abgeordneten Hiersemann, Leichtle und anderer und Fraktion auf Drucksache 11/154. Mit dem Antrag wird gefordert, ein Sportstättenanierungsprogramm aufzulegen und mit jährlich 20 Millionen DM auszustatten. Die Ausschüsse für kulturpolitische Fragen und für Staatshaushalt und Finanzfragen empfehlen die Ablehnung. Wer entgegen dieser Empfehlung für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen! – Das ist die Mehrheit. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Bei der gleichen Haushaltsstelle ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Leichtle, Christa Meier und anderer auf Drucksache 11/630, wonach die staatlichen Zuschüsse für Übungsleiter pro Übungsstunde von drei DM auf fünf DM erhöht werden sollen. Der Ausschuß empfiehlt die Ablehnung des Änderungsantrags. Wer entgegen dieser Empfehlung für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen! – Das ist die Mehrheit. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Bei der gleichen Haushaltsstelle ist einschlägig ein weiterer Änderungsantrag der Abgeordneten Leichtle, Christa Meier und anderer auf Drucksache 11/720, wonach zur Förderung des Sportstättenbaus die Ansätze für 1987 und 1988 um je zehn Millionen DM erhöht werden sollen. Auch hier empfiehlt der Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen die Ablehnung. Wer entgegen dieser Empfehlung für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen! – Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Bei der gleichen Haushaltsstelle ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Wax-Wörner, Paulig und Fraktion auf Drucksache 11/756, wonach die Ausgaben zur Förderung des Sportwesens für 1987 und 1988 um jeweils 28 500 000 DM gekürzt und zur Förderung des Versehrten Sportverbands die Mittel auf 500 000 DM aufgestockt werden sollen. Der Ausschuß empfiehlt die Ablehnung des Änderungsantrags. Wer entgegen dieser Empfehlung für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der GRÜNEN. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen! – Das ist die Mehrheit. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Der Haushaltsausschuß schlägt vor, bei der Titelgruppe 91 einen neuen Titel 698 91 mit der Zweckbestimmung „Zuweisung zum Grundstockver-

mögen der Stiftung „Sicherheit im Skisport“ und mit dem Ansatz von je 500 000 DM für die Jahre 1987 und 1988 auszubringen. Die Summe der Titelgruppe erhöht sich somit für beide Jahre um diesen Betrag.

Bei der Titelgruppe 92 des gleichen Kapitels ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Wax-Wörner, Paulig und Fraktion auf Drucksache 11/757. Nach diesem Änderungsantrag soll die Bezeichnung der Titelgruppe „Förderung der Ostkunde und allgemeiner Maßnahmen für politische Bildung im Schulwesen“ geändert werden in „Allgemeine Maßnahmen für politische Bildung im Schulwesen“. Der Ausschuß empfiehlt die Ablehnung des Änderungsantrags. Wer entgegen dieser Empfehlung für die Annahme ist, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wiederum die Fraktion der GRÜNEN. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen! – Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Bei der Titelgruppe 97 des gleichen Kapitels ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Wax-Wörner, Paulig und Fraktion auf Drucksache 11/758, wonach zur Förderung der dezentralen Lehrerfortbildung die Summe der Titelgruppe um 500 000 DM aufgestockt werden soll. Vom Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen wird die Ablehnung empfohlen. Wer entgegen dieser Empfehlung für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktion der GRÜNEN. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen! – Das ist die Mehrheit. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Bei Kapitel 05 04 ist noch einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Wax-Wörner, Paulig und Fraktion auf Drucksache 11/759, wonach eine neue Titelgruppe mit der Zweckbestimmung „Austausch von deutschen und tschechoslowakischen Kindergärtnerinnen und Erzieherinnen“ mit einem Haushaltsansatz für 1988 von 300 000 DM aufgenommen werden soll. Der Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung. Wer entgegen dieser Empfehlung für die Annahme ist, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wiederum die Fraktion der GRÜNEN. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Unter Berücksichtigung der vom Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen erhöhen sich die Kapitelsummen bei den Gesamtausgaben und beim Zuschuß für beide Jahre um jeweils 2 040 000 DM.

Kapitel 05 05.

Bei Titel 684 06 ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Wax-Wörner, Paulig und Fraktion auf Drucksache 11/760. Nach diesem Antrag sollen die Zweckbestimmung des Titels wie folgt ergänzt werden „... und an den Zusammenschluß Bayerischer Bildungsinitiativen e.V.“, ein Haushaltsvermerk angebracht und die Erläuterungen neu gefaßt werden. Der Ausschuß empfiehlt die Ablehnung des Änderungsantrags. Wer dagegen für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktion der GRÜNEN. Die

(Erster Vizepräsident Möslein)

Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen! – Damit ist der Antrag abgelehnt.

Bei der Titelgruppe 75 des gleichen Kapitels ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Straßer und anderer auf Drucksache 11/546, wonach Übungsleiterzuschüsse für staatlich anerkannte Dirigenten und Chorleiter gewährt und die Mittel im Haushalt entsprechend aufgestockt werden sollen. Der Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung. Wer entgegen dieser Empfehlung für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen! – Das ist die Mehrheit. Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der Fraktion der GRÜNEN ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Zuruf der Frau Abg. Christa Meier)

– Der kommt später.

Entsprechend den Änderungsanträgen der Abgeordneten Kling, Otto Meyer, Werkstetter und anderer auf Drucksache 11/701 und Baumann, Wengenmeier und anderer auf Drucksache 11/848 schlägt der Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen vor, bei Titel 653 75 den Haushaltsansatz für 1987 und 1988 um je 1 300 000 DM, bei Titel 684 75 für 1987 und 1988 um je 200 000 DM und bei Titel 893 75 für 1987 um eine Million DM zur Erweiterung der Musikakademie Hammelburg zu erhöhen. Die Summe der Titelgruppe beträgt somit für 1987 14 639 100 DM und für 1988 14 456 000 DM.

Bei der Titelgruppe 78 des gleichen Kapitels ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Wax-Wörner, Paulig und Fraktion auf Drucksache 11/761, wonach die Mittel zur Förderung der Heimatpflege für beide Haushaltsjahre um jeweils 800 000 DM gekürzt werden sollen. Der Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung. Wer dagegen für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Wiederum die Fraktion der GRÜNEN. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen! – Das ist die Mehrheit. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Bei der Titelgruppe 80 ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Christa Meier, Schultz und anderer auf Drucksache 11/633, wonach zur Förderung des öffentlichen Büchereiwesens der Haushaltsansatz für 1987 und 1988 um jeweils zwei Millionen DM erhöht werden soll. Der Ausschuß empfiehlt die Ablehnung. Wer entgegen dieser Empfehlung für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen! – Das ist die Mehrheit. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Entsprechend dem Änderungsantrag der Abgeordneten Würdinger, Eykmann, Anneliese Fischer und anderer auf Drucksache 11/702 schlägt der Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen bei dieser Titelgruppe vor, die Haushaltsansätze für 1987 und 1988 bei Titel 684 80 um je 500 000 DM und bei Titel 893 80 um je 200 000 DM zu erhöhen. Die

Summe der Titelgruppe erhöht sich somit für beide Jahre auf nunmehr 12 Millionen DM.

Bei der Titelgruppe 81 des gleichen Kapitels ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Christa Meier, Radermacher, Dr. Manfred Schuhmann auf Drucksache 11/634, wonach zur Förderung der Erwachsenenbildung die Ansätze für 1987 um fünf Millionen und für 1988 um sieben Millionen DM erhöht werden sollen. Der Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung. Wer dagegen für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Das ist die Mehrheit. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Entsprechend dem Änderungsantrag der Abgeordneten Eykmann, Otto Meyer, Dr. Merkl und anderer auf Drucksache 11/708 empfiehlt der Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen, bei Titel 684 81 die Haushaltsansätze für 1987 und 1988 um je eine Million DM zu erhöhen. Die Summe der Titelgruppe erhöht sich um den gleichen Betrag. Unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen Änderungen erhöhen sich die Kapitelsummen bei den Gesamtausgaben und beim Zuschuß für 1987 und für 1988 auf 73 217 700 DM.

Kapitel 05 10 und 05 11 sollen unverändert bleiben.

Kapitel 05 12.

Bei Titel 422 01 ist einschlägig der Antrag der Abgeordneten Christa Meier, Straßer, Trapp und anderer auf Drucksache 11/274, wonach das Pflichtstundenmaß für Fachlehrer an Volksschulen in gleicher Höhe wie für die übrigen Lehrkräfte festgesetzt werden soll. Die Ausschüsse für kulturpolitische Fragen, für Fragen des öffentlichen Dienstes und für Staatshaushalt und Finanzfragen empfehlen die Ablehnung. Wer entgegen dieser Empfehlung für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Letzteres ist die Mehrheit. – Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Bei der gleichen Haushaltsstelle ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Christa Meier, Trapp, Straßer und anderer auf Drucksache 11/632, wonach die Planstellen für Lehrer an Grund- und Hauptschulen um 400 erhöht und die Mittel hierfür entsprechend ausgebracht werden sollen. Der Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung. Wer entgegen dieser Empfehlung für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Auch dieser Antrag ist abgelehnt.

Einschlägig ist noch ein weiterer Antrag der Abgeordneten Christa Meier, Trapp und anderer auf Drucksache 11/142, mit dem die Einführung eines freiwilligen 10. Schuljahres an den Hauptschulen gefordert wird. Die Ausschüsse für kulturpolitische Fragen, für Fragen des öffentlichen Dienstes und für Staatshaushalt und Finanzfragen empfehlen die Ablehnung. Wer dagegen für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimment-

(Erster Vizepräsident Möslein)

enthaltungen? – Bei einer Stimmenthaltung ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Bei Titel 425 02 des gleichen Kapitels ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Wax-Wörner, Paulig und Fraktion auf Drucksache 11/762, wonach zusätzlich 800 Stellen für angestellte Lehrer im Haushalt eingestellt werden sollen. Es wird die Ablehnung empfohlen. Wer entgegen dieser Empfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der SPD ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Nach dem Antrag der Abgeordneten Kobler, Dr. Pollwein und anderer auf Drucksache 11/109 und dem Änderungsantrag der Abgeordneten Otto Meyer, Eykmann, Dr. Rost und anderer auf Drucksache 11/709 sollen die Mittel für Reisekosten bei Lehrern für Skikurse, Schullandheimaufenthalte, Lehr- und Studienfahrten und zur Förderung von Aufenthalten in Schullandheimen, Jugendherbergen usw. aufgestockt werden. Der Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt daher, bei Kapitel 05 12 Titel 527 31 die Ansätze für 1987 und 1988 um je 590 000 DM zu erhöhen.

Bei dem Kapitel 05 12 ist noch einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Wax-Wörner, Paulig und Fraktion auf Drucksache 11/763. Nach diesem Antrag soll ein neuer Titel 684 03 mit der Zweckbestimmung „Zuschüsse an private Volksschulen für laufende Zwecke“ mit einem Haushaltsansatz für 1987 und 1988 in Höhe von je zehn Millionen DM eingestellt werden. Der Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung. Wer dagegen für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Bei dem gleichen Kapitel ist einschlägig der Antrag der Abgeordneten Schultz, Christa Meier und anderer auf Drucksache 11/271, wonach die Mittel für Schullandheimaufenthalte und Klassenfahrten mindestens verdoppelt werden sollen. Während der Ausschuß für kulturpolitische Fragen dem Antrag unverändert zustimmt, empfiehlt der Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen die Ablehnung. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Mit Mehrheit abgelehnt.

Die Kapitelsummen des Kapitels 05 12 erhöhen sich durch die vorgeschlagene Änderung bei den Gesamtausgaben und dem Zuschuß für 1987 und 1988 um jeweils 590 000 DM.

Kapitel 05 13.

Bei Titel 422 01 ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Christa Meier, Radermacher, Straßer und anderer auf Drucksache 11/631, wonach die Planstellen für Lehrer an Schulen für Behinderte um 50 Stellen erhöht und die

erforderlichen Mittel dafür ausgebracht werden sollen. Der Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung. Wer dagegen für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Mit Mehrheit abgelehnt.

Bei Titel 527 31 des gleichen Kapitels sollen auf Vorschlag des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen die Haushaltsansätze für 1987 und 1988 um je 82 000 DM erhöht werden.

Bei Titel 653 01 des gleichen Kapitels ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Wax-Wörner, Paulig und Fraktion auf Drucksache 11/764. Danach sollen zur Förderung der Integration blinder Schüler in die Oberstufe von Gymnasien die Mittel bei Titel 653 01 für 1988 um 500 000 DM angehoben und ein neuer Titel 883 01 mit einem Ansatz von ebenfalls 500 000 DM ausgebracht werden. Es wird die Ablehnung vom Ausschuß vorgeschlagen. Wer entgegen dieser Empfehlung für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Bei Titel 893 01 ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Wax-Wörner, Paulig und Fraktion auf Drucksache 11/765, wonach der Ansatz für 1987 um 1 500 000 DM und für 1988 um 4 000 000 DM gekürzt werden soll. Zugleich soll der Ansatz der Titelgruppe 76 bei Kapitel 05 04 um diese Beträge erhöht werden. Der Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung. Wer entgegen dieser Empfehlung für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Auch dieser Antrag ist abgelehnt.

Bei Kapitel 05 13 ist noch einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Wax-Wörner, Paulig und Fraktion auf Drucksache 11/766, wonach eine neue Titelgruppe mit der Bezeichnung „Modellversuch zur Integration sinnes- und körperbehinderter Schüler in allgemeinbildenden und beruflichen Regelschulen“ mit einem Haushaltsansatz für beide Jahre in Höhe von zehn Millionen DM eingestellt werden soll. Der Ausschuß empfiehlt die Ablehnung. Wer entgegen dieser Empfehlung für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Durch die vorgeschlagene Änderung erhöhen sich die Kapitelsummen bei Kapitel 05 13 bei den Gesamtausgaben und beim Zuschuß für beide Jahre um jeweils 82 000 DM.

Kapitel 05 14.

Bei Titel 111 01 ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Wax-Wörner, Paulig und Fraktion auf Drucksache 11/767, wonach der Ansatz auf 4 500 000 DM gekürzt werden soll. Der Ausschuß empfiehlt die Ablehnung. Wer dagegen für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Stimment-

(Erster Vizepräsident Möslein)

haltungen? – Bei Stimmenthaltung der SPD-Fraktion mit Mehrheit abgelehnt.

Kapitel 05 14 bleibt somit unverändert.

Kapitel 05 15.

Bei Kapitel 05 15 ist einschlägig der Antrag der Abgeordneten Dr. Götz, Dr. Manfred Schuhmann und anderer auf Drucksache 11/391, nach dem die Klassenfrequenz von mehr als 32 Schülern durch die Neuzuteilung von zusätzlichen Planstellen an den staatlichen Berufsschulen gesenkt werden soll. Die Ausschüsse für kulturpolitische Fragen und für Staatshaushalt und Finanzfragen empfehlen die Ablehnung. Wer entgegen dieser Empfehlung für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Mit Mehrheit ist der Antrag abgelehnt.

Bei dem gleichen Kapitel ist einschlägig der Änderungsantrag des Abgeordneten Franzke auf Drucksache 11/543, nach dem die Berufsschule Landshut verstaatlicht und dafür die erforderlichen Mittel und Planstellen im Haushalt eingestellt werden sollen. Der Ausschuß empfiehlt die Ablehnung. Wer entgegen dieser Empfehlung für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Bei dem gleichen Kapitel ist einschlägig der Änderungsantrag des Abgeordneten Hering auf Drucksache 11/578, wonach die Städtische Fachschule für Technik in Hof verstaatlicht werden soll. Der Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung. Wer entgegen dieser Empfehlung für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der Fraktion der GRÜNEN ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Bei Titel 422 01 des gleichen Kapitels ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Christa Meier, Straßer und anderer auf Drucksache 11/671, wonach die Planstellen für Berufsschullehrer für beide Jahre um jeweils 175 Stellen erhöht und die erforderlichen Mittel dafür ausgebracht werden sollen. Der Ausschuß empfiehlt die Ablehnung. Wer entgegen dieser Empfehlung für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Nach dem Änderungsantrag der Abgeordneten Wax-Wörner, Paulig und Fraktion auf Drucksache 11/769 sollen die Ansätze bei Titel 422 41 für Mehrarbeitsvergütungen für Beamte für 1987 um 3300000 DM und für 1988 um 3200000 DM gekürzt und die Ansätze bei Titel 422 01 für die Bezüge der planmäßigen Beamten um die gleichen Beträge erhöht werden. Damit sollen sich die Planstellen für Fachlehrer um 50 erhöhen. Der Ausschuß empfiehlt die Ablehnung des Änderungsantrags. Wer dagegen für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? –

Damit ist der Änderungsantrag mit Mehrheit abgelehnt.

Bei Titel 425 02 des gleichen Kapitels ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Wax-Wörner, Paulig und Fraktion auf Drucksache 11/770, wonach zusätzlich 330 Stellen für Lehrkräfte im Angestelltenverhältnis an Berufsschulen und Berufsoberschulen eingestellt werden sollen. Vom Ausschuß wird die Ablehnung empfohlen. Wer entgegen dieser Empfehlung für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der GRÜNEN. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Entsprechend dem Änderungsantrag der Abgeordneten Werkstetter, Dr. Vogele, Freller und anderer auf Drucksache 11/707 empfiehlt der Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen, bei Titel 425 12 des gleichen Kapitels die Haushaltsansätze für 1987 und 1988 um je 2400000 DM zu erhöhen. Bei Titel 427 21 des gleichen Kapitels soll der Haushaltsvermerk neu gefaßt werden. Ich darf hierzu auf Drucksache 11/853 verweisen.

Bei Titel 527 31 soll auf Vorschlag des Ausschusses der Haushaltsansatz für 1987 und 1988 um je 138000 DM erhöht werden.

Durch die vorgeschlagenen Änderungen erhöhen sich die Kapitelsummen des Kapitels 05 15 bei den Gesamtausgaben und beim Zuschuß für 1987 und 1988 um je 2538000 DM.

Kapitel 05 16 wird zur unveränderten Annahme empfohlen.

Kapitel 05 17.

Bei Titel 425 02 ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Wax-Wörner, Paulig und Fraktion auf Drucksache 11/771, wonach 50 Planstellen für Lehrkräfte im Angestelltenverhältnis an den Fachoberschulen zusätzlich ausgewiesen werden sollen. Der Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen schlägt vor, den Änderungsantrag abzulehnen. Wer dagegen für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mit Mehrheit abgelehnt.

Kapitel 05 17 bleibt somit unverändert.

Kapitel 05 18.

Bei Kapitel 05 18 ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Wax-Wörner, Paulig und Fraktion auf Drucksache 11/772. Danach sollen bei Titel 422 41 der Ansatz für Mehrarbeitsvergütungen für Beamte für die Jahre 1987 und 1988 um jeweils 800000 DM gekürzt und die Ansätze bei Titel 422 01 für die Bezüge der planmäßigen Beamten um die gleichen Beträge erhöht werden. Dadurch sollen zwölf zusätzliche Planstellen für Fachlehrer an Realschulen ausgewiesen werden. Der Ausschuß empfiehlt die Ablehnung. Wer entgegen dieser Empfehlung für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der GRÜNEN. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Erster Vizepräsident Möslein)

Bei Titel 425 02 des gleichen Kapitels ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Wax-Wörner, Paulig und Fraktion auf Drucksache 11/773, wonach 70 zusätzliche Planstellen für Lehrkräfte im Angestelltenverhältnis an den Realschulen ausgewiesen werden sollen. Der Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung. Wer dagegen für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Wiederum die Fraktion der GRÜNEN. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Auf Vorschlag des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen sollen bei Titel 527 31 Kapitel 05 18 die Ansätze für 1987 und 1988 um je 250 000 DM erhöht werden.

Die Kapitelsummen bei den Gesamtausgaben und beim Zuschuß erhöhen sich somit für beide Jahre um diesen Betrag.

Kapitel 05 19.

Bei Titel 422 01 ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Christa Meier, Dr. Manfred Schuhmann, Schultz und anderer auf Drucksache 11/669, wonach die Planstellen für Gymnasiallehrer für 1987 und 1988 um zusätzliche 175 Stellen erhöht und die hierfür erforderlichen Mittel ausgebracht werden sollen. Auch hier wird die Ablehnung empfohlen. Wer entgegen dieser Empfehlung für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Bei Titel 425 02 des gleichen Kapitels ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Wax-Wörner, Paulig und Fraktion auf Drucksache 11/774. Danach sollen zusätzlich 300 Stellen für Lehrkräfte im Angestelltenverhältnis an Gymnasien ausgewiesen werden. Der Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung. Wer entgegen dieser Empfehlung für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mit Mehrheit abgelehnt.

Entsprechend dem Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Rost, Dr. Wilhelm, Eykmann und anderer auf Drucksache 11/706 schlägt der Ausschuß vor, bei Titel 425 12 des Kapitels 05 19 den Haushaltsansatz für 1987 um 1 200 000 DM zu erhöhen.

Bei Titel 527 31 des gleichen Kapitels sollen die Haushaltsansätze für 1987 und 1988 um je 740 000 DM erhöht werden.

Unter Berücksichtigung dieser Änderungen erhöhen sich die Kapitelsummen des Kapitels 05 19 bei den Gesamtausgaben und beim Zuschuß für 1987 um jeweils 1 940 000 DM und für 1988 um jeweils 740 000 DM.

Kapitel 05 20 soll unverändert bleiben.

Kapitel 05 30.

Bei Titel 526 12 ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Wax-Wörner,

Paulig und Fraktion auf Drucksache 11/775. Danach sollen die Mittel für die Entwicklung von Lehrplänen gestrichen werden. Der Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung. Wer entgegen dieser Empfehlung für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der GRÜNEN. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Kapitel 05 30 bleibt somit unverändert.

Kapitel 05 31.

Einschlägig ist der Änderungsantrag der Abgeordneten Wax-Wörner, Paulig und Fraktion auf Drucksache 11/776, wonach für 1987 teilweise und für 1988 die Mittelansätze ganz für das Staatsinstitut zur Ausbildung der Lehrer an Realschulen in München gekürzt werden sollen. Der Ausschuß empfiehlt die Ablehnung. Wer entgegen dieser Empfehlung für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der GRÜNEN. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Kapitel 05 31 bleibt somit unverändert.

Kapitel 05 32.

Der Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen schlägt vor, bei Kapitel 05 32 Titel 518 11 und Titel 531 11 jeweils folgenden Haushaltsvermerk anzubringen: „Die Ausgabebefugnis bei 518 11 und 531 11 erhöht sich um die Mehreinnahmen bei 119 01.“

Die Kapitelsummen bei Kapitel 05 32 bleiben somit auch unverändert.

Kapitel 05 33 soll unverändert bleiben.

Kapitel 05 34.

Bei Titelgruppe 74 ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Christa Meier, Schultz und anderer auf Drucksache 11/672, wonach zur Vermehrung der Bibliotheksbestände der Bayerischen Staatsbibliothek die Haushaltsansätze für 1987 und 1988 um je 1 500 000 DM erhöht werden sollen. Der Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung. Wer entgegen dieser Empfehlung für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Somit bleibt Kapitel 05 34 unverändert.

Kapitel 05 41.

Bei Titelgruppe 73 ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Christa Meier, Schultz und anderer auf Drucksache 11/670, wonach die Haushaltsansätze für 1987 und 1988 zur Vermehrung der Buchbestände staatlicher Bibliotheken um jeweils 220 000 DM erhöht werden sollen. Der Ausschuß empfiehlt die Ablehnung. Wer dagegen für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Kapitel 05 41 bleibt somit unverändert.

Die Kapitel 05 42 und 05 43 werden zur unveränderten Annahme empfohlen.

(Erster Vizepräsident Möslein)

Kapitel 05 50.

Einschlägig ist der Änderungsantrag der Abgeordneten Wax-Wörner, Paulig und Fraktion auf Drucksache 11/777. Danach soll eine symbolische Kürzung der Zuwendungen an die Katholische Kirche in Höhe von jeweils 10 000 DM erfolgen. Der Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung. Wer entgegen dieser Empfehlung für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das ist das übrige Haus. Stimmenthaltungen? – Keine. Ich werde berichtet, daß auch einige Abgeordnete der SPD dem Antrag zugestimmt haben.

(Widerspruch bei der SPD)

Das können wir anschließend klären. Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

Damit bleibt Kapitel 05 50 unverändert.

Die Kapitel 05 51, 05 52 und 05 53 werden zur unveränderten Annahme empfohlen.

Meine Damen und Herren! Damit kommen wir zur Schlußabstimmung. Durch die vorgetragenen Änderungen ergeben sich folgende Abschlußsummen des Einzelplans 05:

1987

Gesamteinnahmen: 76 267 700 DM

Gesamtausgaben: 7 153 578 400 DM

Gesamtzuschuß: 7 077 310 700 DM

(Glocke des Präsidenten)

– Darf ich bitten, daß nach dieser Aufregung wieder Ruhe eintritt!

1988

Gesamteinnahmen: 76 174 700 DM

Gesamtausgaben: 7 350 662 200 DM

Gesamtzuschuß: 7 274 487 500 DM

Wer dem Einzelplan 05 mit den vorgetragenen Änderungen und mit den soeben bekanntgegebenen Abschlußsummen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Die Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen! – Die Stimmenthaltungen bitte ich anzuzeigen! – Damit ist der Einzelplan 05 angenommen.

Dem Einzelplan 05 sind folgende Anlagen angefügt:

1. Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen im Einzelplan 05

(Fortgesetzte Unruhe – Glocke des Präsidenten)

2. Stellenplan für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus.

Der Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt, zu dem Stellenplan bei Kapitel 05 32 Titel 422 31 eine Änderung vorzunehmen. Ich darf auf Drucksache 11/853 verweisen.

3. Nachweis des Sondervermögens – Anlage A –

4. Sonderausweis der staatlichen Hochbaumaß-

nahmen mit mehr als 750 000 DM Gesamtkosten im Einzelfall für den Bereich des Einzelplans 05 (Anlage S).

Zur Anlage S schlägt der Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen bei Kapitel 05 14 und 05 53 Änderungen vor. Ich darf hier auf die Anlage zur Drucksache 11/853 verweisen.

Das Hohe Haus ist mit diesen Änderungen einverstanden und nimmt im übrigen von den Anlagen Kenntnis.

Der Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen schlägt im Zusammenhang mit der Beratung des Einzelplans 05 noch folgende Beschlußfassung vor:

Im übrigen wird das Staatsministerium der Finanzen ermächtigt, die aufgrund der vorstehenden Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen zum Sachhaushalt und der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans 05 vorzunehmen.

Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der Fraktion der GRÜNEN und der SPD so beschlossen.

Ich lasse nun abstimmen über den Antrag auf Drucksache 11/847. Der Haushaltsausschuß schlägt eine Neufassung vor. Ich verweise auf Drucksache 11/879. Wer dem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen! – Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der Fraktion der GRÜNEN so beschlossen.

Damit sind die Tagesordnungspunkte 2 und 3 erledigt.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 14:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hiersemann, Kolo, Starzmann und Fraktion betreffend Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten (Drucksachen 11/9, 11/116, 11/264, 11/803)**

Die Beschlußempfehlung der Ausschüsse wurde einstimmig gefaßt. Damit entfällt die Berichterstattung. Mit dem Dringlichkeitsantrag wird die Staatsregierung ersucht, bei den Verhandlungen mit dem Bund über die Umsetzung der Richtlinien des Rates der Europäischen Gemeinschaften über die Umweltverträglichkeit zu prüfen, inwieweit Projekte einer Umweltverträglichkeitsprüfung nach Maßgabe entsprechender Kriterien und Schwellenwerte unterzogen werden können; ob für militärische Anlagen eine den militärischen sicherheitsrelevanten Aspekten Rechnung tragende Umweltverträglichkeit vorgesehen werden kann und neben einer Regelung des Verfahrens der Umweltverträglichkeitsprüfung auch materielle Normen als Standort festgelegt werden können.

(Fortgesetzte allgemeine Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Ich bitte bei diesem Antrag betreffend Umweltver-

(Erster Vizepräsident Möslein)

träglichkeitsprüfung auch eine Verträglichkeit hinsichtlich der Beratungen sicherzustellen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Gibt es Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt? – Der Kollege Starzmann hat das Wort!

(Zuruf von der CSU: Einstimmig!)

Herr Kollege Starzmann, der Antrag wurde einstimmig verabschiedet.

(Abg. Hiersemann: Herr Kollege Hölzl hat mich gebeten, daß der Antrag auf morgen vertagt wird, er will dazu reden!)

Es wird beantragt, diesen Tagesordnungspunkt morgen aufzurufen. Das Hohe Haus ist damit einverstanden.

Darf ich feststellen, ob Punkt 18 der Tagesordnung heute behandelt werden kann oder auch auf morgen vertagt werden soll? –

(Frau Abg. Stamm: Absetzen! Morgen!)

– Es wird auch hier die Absetzung bis morgen verlangt. Ich bitte in der Tagesordnung mitzulesen, damit ich schon beim Aufruf des Tagesordnungspunktes feststellen kann, ob er heute noch behandelt werden kann.

Ich rufe dann auf Tagesordnungspunkt 19:

**Antrag des Abgeordneten Wirth und anderer betreffend Widerspruch des Präsidialrats der ordentlichen Gerichtsbarkeit gegen Personalentscheidungen des Staatsministeriums der Justiz (Drucksachen 11/39, 11/250, 11/788)**

Besteht mit der Behandlung Einverständnis? – Dem scheint so.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Ich bitte, Ruhe einkehren zu lassen. Über die Beratungen des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes (Drucksache 11/788) berichtet Herr Kollege Dr. Braun. Er hat das Wort.

**Dr. Braun (SPD):** Berichterstatter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Ausschuß für Fragen des öffentlichen Dienstes befaßte sich in seiner Sitzung vom 24. Februar 1987 mit dem Antrag des Kollegen Wirth und anderer Kollegen von der SPD auf Drucksache 11/39 in der Fassung der einstimmigen Beschlußempfehlung des Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen. Mitberichtersteller war Kollege Jetz von der CSU, Berichterstatter war ich.

Nach einer Diskussion wurde der Antrag mit den Stimmen der CSU gegen die Stimmen der SPD und der GRÜNEN abgelehnt.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Wortmeldungen? –

(Abg. Hiersemann: Dr. Braun!)

– Sie haben das Wort, Herr Kollege Dr. Braun!

**Dr. Braun (SPD):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Gewaltenteilung, also die Zuweisung der Hauptaufgaben der staatlichen Gewalt an Rechtsprechung, Gesetzgebung und Regierung als Verwaltungsspitze, das heißt an unterschiedliche und voneinander unabhängige Staatsorgane, gehört zu den Grundlagen unseres Rechtsstaates. Dieses Kernprinzip hat auch in Artikel 5 der Bayerischen Verfassung seinen Niederschlag gefunden.

Die Geschichte dieses Grundsatzes ist zugleich die Geschichte seiner Gefährdungen und Durchbrechungen. Das gilt auch für das Verhältnis zwischen zweiter und dritter Gewalt, also zwischen Exekutive und Judikative, das heißt, zwischen Verwaltung und Rechtsprechung.

Die richterliche Unabhängigkeit ist ein konstituierendes Merkmal des Rechtsstaates. Diese Unabhängigkeit zeigt sich vor allem in zwei Elementen: in der sachlichen Unabhängigkeit, also der Weisungsungebundenheit, und in der persönlichen Unabhängigkeit.

(Fortgesetzte allgemeine Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Zur Wahrung der persönlichen Unabhängigkeit werden die Richter von der Justizverwaltung auf Lebenszeit ernannt. Die Beförderungen der Richter erfolgen in Bayern durch die Justizverwaltung. Das ist hergebrachte Praxis. Die Beförderung der Richter durch die Verwaltung ist damit zugleich eine mögliche Einbruchsstelle für die Unabhängigkeit der Justiz.

Hier prallen naheliegende Interessen aufeinander: auf der einen Seite die Justizverwaltung, die fast allein die Entscheidung hat, auf der anderen Seite die Richter als Einzelpersonlichkeiten, die dem Gesetz und ihrem Gewissen verantwortlich sind und sich so wohl auch fühlen und verstehen, die aber natürlich gleichzeitig das Bestreben haben, befördert zu werden.

Die Entscheidung über die Karriere des Richters liegt also in der Hand des Ministeriums. Die Gefährdungen, die sich daraus ergeben, haben zwei Seiten:

Einmal ist für den Richter die Gefahr gegeben, sich anpassungsfähig zu zeigen. Dann besteht die Gefahr, daß neben objektiven Kriterien wie der fachlichen und persönlichen Leistung Anpassungsfähigkeit, im Extremfall politische Einstellung, letztlich Stromlinienförmigkeit zählen.

Dabei stellt sich natürlich auch die Frage: Welche Aussichten hat der unbequeme Richter? Ich möchte in diesem Zusammenhang nur an einen Einzelfall erinnern: Im Herbst gab es eine Anzeigenaktion von Richtern und Staatsanwälten, die zu einer erheblichen Aufregung bei der Justizverwaltung führte.

(Abg. Dr. Wilhelm: Völlig zu Recht!)

Der Herr Präsident des Oberlandesgerichts hat in einem Schreiben Disziplinierungsmaßnahmen versucht, übrigens kam der Präsident dieses Gerichts kurz zu-

(Dr. Braun [SPD])

vor von der Verwaltung; er war von der Verwaltung ernannt worden.

(Abg. Dr. Wilhelm: Das hat damit gar nichts zu tun! – Gegenruf des Abg. Hiersemann: Sehr viel!)

Diese Maßnahme führte zu Protesten der gewählten Münchner Richterräte am Amtsgericht und beim Landgericht München I. Klugerweise hat man dann einen Rückzieher gemacht. Es verschwand alles sozusagen hinter dem Vorhang, es verlief im Sand. Ich unterstelle nichts, aber ich möchte bei dieser Gelegenheit schon die Hoffnung äußern, daß bei künftigen Personalentscheidungen diese Anzeige nicht mehr oder weniger unausgesprochen wieder aus der Schublade gezogen wird.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich meine, die Objektivität sollte durch solche Zeichen von Mut und Engagement nicht beeinträchtigt werden.

Es herrscht nun ein gewisser Unmut, weil höchste Richterstellen häufig mit Beamten des Justizministeriums besetzt werden. Damit soll in keiner Weise die fachliche Qualifikation der betreffenden Herren in Frage gestellt werden. Aber natürlich gibt es auch fachlich geeignete Kollegen in der Richterschaft, die sich daher zurückgesetzt fühlen. Das wirkt sich um so härter aus, je knapper die Stellen sind. Es gibt dann auch groteske Situationen. Der Chef eines Gerichts beispielsweise, der selbst kurz zuvor von der Verwaltung kam, hält einem Kollegen, der sich um seine Beförderung bemüht, vor, er habe bestimmt zu wenig richterliche Praxis. Ein solcher Chef muß sich natürlich die Gegenfrage gefallen lassen, wie es denn mit seiner eigenen Praxis aussieht.

(Zustimmung bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Der Antrag auf Drucksache 11/39, um den es heute in der Fassung der Beschlußempfehlung des Rechts- und Verfassungsausschusses geht, bezieht sich auf das Verhältnis von Judikative und Exekutive. Der Antrag ist zugegebenermaßen nicht dramatisch, aber er berührt doch dieses sehr subtile Verhältnis. Das Deutsche Richtergesetz und in seiner Ausführung das Bayerische Richtergesetz sehen die Bildung des Präsidialrates am Bayerischen Obersten Landesgericht vor. Dieser Präsidialrat ist bei Ernennungen von Richtern zu beteiligen. Es handelt sich hier ohnehin um eine äußerst schwache Beteiligungsform, lediglich um eine Anhörung, wenngleich diese Beteiligungsweise formalisiert ist. Innerhalb von vier Wochen können schriftliche Stellungnahmen zur persönlichen und fachlichen Eignung abgegeben werden.

Es ist anzuerkennen, daß die bayerische Regelung über das bundesrechtliche Minimum hinausgeht. Das will ich ausdrücklich betonen; in Bayern sind sogar Gegenvorschläge möglich. Insgesamt handelt es sich aber doch um ein rudimentäres Mitwirkungsrecht. Immerhin ist die Bildung eines Präsidialrates, den es sonst in der Verwaltung nicht gibt, Ausfluß und Folge der Eigenständigkeit der Justiz als eines eigenständigen

Teils der staatlichen Gewalt. Deshalb ist der Vergleich mit dem Personalrat unzureichend.

Die Antragsteller wollen nun wissen, in wie vielen Fällen der Präsidialrat der ordentlichen Gerichtsbarkeit in den vergangenen zehn Jahren Personalentscheidungen des Staatsministeriums der Justiz widersprochen hat und welches die Hauptgründe hierfür waren.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Dem Parlament steht mit Sicherheit eine Antwort zu. Der Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen hat sich mit dieser Frage sehr eingehend befaßt und in einer sehr gründlichen Diskussion zu einem Kompromiß gefunden, mit dem, glaube ich, alle leben könnten. Ich möchte ausdrücklich auch den Kollegen von der CSU meine Anerkennung dafür aussprechen, daß sie in diesem Spannungsfeld zu einer gemeinsamen Entscheidung gefunden haben.

Die Antragsteller der SPD mußten dabei zwar Abstriche machen, aber meiner Auffassung nach waren es durchaus vertretbare Abstriche. Denn es geht auch darum, die Persönlichkeitsrechte der Personen, deren Beförderung zu diskutieren ist, zu wahren. Der gefundene Kompromiß wahrt einerseits die Persönlichkeitsrechte, er wahrt das Recht auf Anonymität, er wahrt das Recht darauf, daß persönliche Angelegenheiten nicht in die öffentliche Diskussion gezogen werden, aber er wahrt auch das Recht des Parlaments, kritisch das Verhältnis der Exekutive und der Judikative zu beobachten.

Umso erstaunlicher nun war, was sich im Ausschuß für Fragen des öffentlichen Dienstes ereignete. Es kam zu einem totalen Meinungssturm, den ich mir nicht erklären kann. Das heißt, erklären kann man ihn sich schon, wenn man sich überlegt, daß es offensichtlich Interventionen gab. Das Justizministerium hat Bedenken angemeldet, und prompt ist der Antrag dann in der Abstimmung glatt abgelehnt worden.

Meine Damen und Herren! Einer Antwort auf eine Anfrage des Kollegen Kolo ist zu entnehmen, daß das Ministerium die Art der Mitwirkung des Präsidialrats als einen rein innerdienstlichen Vorgang wertet. Ich glaube, dem kann man nicht folgen. Es geht nicht an, unter dem Vorwand, Persönlichkeitsrechte wahren zu wollen, über das Verhältnis von Justiz und Exekutive eine Dunstglocke zu stülpen und damit dieses komplizierte, subtile Verhältnis aus der öffentlichen Diskussion herauszunehmen und damit sozusagen auch das Parlament zu entmachten.

(Zustimmung bei der SPD)

Dabei wäre eine anonymisierte Mitteilung voll ausreichend. Was uns interessiert, ist das Gewicht dieser Mitwirkung. Uns interessiert nicht die Diskussion im Einzelfall, uns interessiert vielmehr, wie das Gewicht insgesamt in den letzten zehn Jahren verteilt war, ob es viele oder wenige Fälle gab. Die Antwort auf diese Frage ist entscheidend für die weitere Beurteilung und auch möglicherweise dafür, ob weitere Initiativen veranlaßt sind.

(Dr. Braun [SPD])

Mich persönlich hat, ich muß sagen, fast geärgert, daß in der Diskussion Schutz des Präsidialrats vorgetäuscht wurde, daß man deswegen die Argumente des Präsidialrats nicht offenlegen wolle. Gemeint war aber die Geheimhaltung der Entscheidungen des Ministeriums. Die Dinge wurden direkt auf den Kopf gestellt.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich kann nur noch einmal betonen: Die Mitwirkung des Präsidialrats ist keine innerdienstliche Angelegenheit. Hier ist letztlich das Problem des Umgangs der zweiten mit der dritten Gewalt berührt, und das interessiert die erste Gewalt.

Welche geheimhaltungsbedürftigen Tatsachen liegen letztlich darin, wenn beispielsweise bekannt wird, daß der Präsidialrat, um jetzt eine fiktive Zahl zu nennen, in fünf, zehn oder auch nur einem Fall widersprochen hat? Ich vermag darin keine geheimhaltungsbedürftige Tatsache zu erkennen.

Immer wieder wird der Funktionsverlust des Parlaments beklagt. Hier hätten wir Gelegenheit, in einem Parlamentsbeschluß unsere Ansprüche zu betonen und zu bewahren.

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Möslin:** Als nächstem Redner erteile ich dem Abgeordneten Jetz das Wort!

**Jetz (CSU):** Hohes Haus, sehr geehrter Herr Präsident! Mit Antrag vom 7. November 1986 haben die Abgeordneten Wirth und andere den Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen, daß der Justizminister im Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen darüber berichtet, in welchen Fällen der Präsidialrat der ordentlichen Gerichtsbarkeit in den vergangenen Jahren Personalentscheidungen des Staatsministeriums der Justiz widersprochen hat. Dieser Antrag fand im Rechtsausschuß keine Mehrheit, es wurde jedoch einstimmig der Kompromiß gefunden, daß zwar auf eine namentliche Aufführung verzichtet, aber weiterhin gefordert wird, daß vom Justizministerium die Hauptgründe für den Widerspruch des Präsidialrates bekanntgegeben werden.

Meine Damen und Herren! Der Antrag wurde auch im Ausschuß für den öffentlichen Dienst behandelt und mit den Stimmen der CSU abgelehnt. Im Rechtsausschuß hatte der Vertreter der SPD den Antrag damit begründet, daß in den mittleren und höheren Richterkreisen Unmut darüber bestehe, daß Richterstellen nahezu ausschließlich mit Beamten aus dem Justizministerium besetzt werden. Hierzu wurde vom Justizministerium aber festgestellt, daß alle Stellen mit qualifizierten Leuten besetzt würden, die im Durchschnitt über 7 1/2 Jahre Richter und Staatsanwälte gewesen wären.

In dem Zeitraum, über den die Auskunft gefordert wurde, also zwischen 1983 und 1985, so steht in der Auskunft, wurden 14 Richterstellen nach B 5 und höher besetzt. Davon wurden ganze vier Stellen mit

Leuten aus dem Ministerium, zehn Stellen mit anderen besetzt. Da kann man doch beim besten Willen nicht behaupten, daß fast ausschließlich mit Beamten aus dem Ministerium besetzt worden wäre. Ganze 28 Prozent waren es, meine Damen und Herren! Das muß hier einmal festgestellt werden.

Hohes Haus! Es ist ganz klar, da sind wir uns doch einig, daß die Besetzung solcher Stellen bei den nicht Berücksichtigten Enttäuschung hervorruft. Andererseits müssen Eignung und Qualifikation nach wie vor entscheidend sein.

Der Präsidialrat ist ein Gremium, das von den Richtern gewählt wird, also ein unabhängiges Gremium. Die Einzelheiten sind im Richtergesetz geregelt. Unter anderem ist in Artikel 39 geregelt, daß die Mitglieder des Präsidialrats der Verschwiegenheit unterliegen.

Die im Bayerischen Richtergesetz geregelte Beteiligung des Präsidialrats in Personalangelegenheiten im Bereich der richterlichen Beförderungsmäße ist ein justizinternes Verfahren zur Vorbereitung der endgültigen Entscheidung des Staatsministers der Justiz. Herr Dr. Braun, daran gibt es keinen Zweifel. Die gesetzliche Ausgestaltung des Beteiligungsrechts des Präsidialrats als einer unabhängigen Vertretung der Richterschaft ist im besonderen Maße auf eine vertrauliche Zusammenarbeit mit der obersten Dienstbehörde und dem Justizminister ausgerichtet. Der gesetzgeberische Zweck der Beteiligungsform kann nur erreicht werden, wenn der Meinungsaustausch zwischen den Vertretungsorganen, sprich: Präsidialrat und Ministerium, vertraulich bleibt.

Da eine endgültige Personalentscheidung, wie ich schon erwähnt habe, immer Probleme hervorruft, besonders bei jenen, die nicht zum Zuge gekommen sind, wird es nach wie vor ein Problem bleiben, Entscheidungen so zu fällen, daß alle zufriedengestellt sind.

Die die endgültige Personalentscheidung vorbereitenden internen Vorgänge gehören nicht zum ausforschbaren Kernbereich der Exekutive und dürfen dem Parlament nicht offengelegt werden, auch nicht in anonymisierter Form.

Das Kontrollrecht des Parlaments wird durch diese Geheimhaltung nicht beeinträchtigt. Es kann doch nicht so weit gehen, daß wir die Entscheidung des Präsidialrates mehr oder weniger durch unser Kontrollrecht erfahren. Wir haben ein Kontrollrecht gegenüber dem Justizminister und dem Justizministerium, darüber gibt es gar nichts zu diskutieren, aber wir haben keinen Rechtsanspruch, die Entscheidungen, die im Präsidialrat gefällt worden sind, zu erfahren, auch nicht in anonymisierter Form.

Ich kann mir nicht vorstellen, Hohes Haus, daß die Präsidialräte mit der dem Antrag zugrundeliegenden Forderung der SPD einverstanden wären. Ich bitte daher, der Entscheidung des Ausschusses für den öffentlichen Dienst zu folgen und den Antrag der SPD abzulehnen. Danke schön!

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Möslein:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Der Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen empfiehlt eine Neufassung des Antrags, der Ausschuß für Fragen des öffentlichen Dienstes empfiehlt die Ablehnung. Wer ist entgegen der Empfehlung des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes für die Annahme des Antrags in der ursprünglichen Fassung? –

Herr Kollege Hiersemann!

**Hiersemann (SPD):** Herr Präsident, namens der SPD-Fraktion beantrage ich namentliche Abstimmung.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Es ist namentliche Abstimmung beantragt. Wer dem Antrag in seiner ursprünglichen Fassung zustimmen will, den bitte ich, mit Ja zu stimmen, wer ihn ablehnt, mit Nein.

Ich bitte, die Vorbereitungen für die namentliche Abstimmung zu treffen und mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Namensaufruf)

Ich bitte, das Alphabet zu wiederholen. –

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zur Auszählung der Stimmen wird die Sitzung unterbrochen.

(Unterbrechung der Sitzung von 19.00 Uhr bis 19 Uhr 03 Minuten)

**Erster Vizepräsident Möslein:** Die Sitzung wird wieder aufgenommen. Ich bitte, die Plätze einzunehmen.

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt: Mit Ja stimmten 61, mit Nein 98, eine Stimmenthaltung. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Mit **Ja** stimmten die Abgeordneten Bäumer, Frau Bause, Brandl Max (Cham), Brandl Max (Passau), Dr. Braun, Frau Burkei, Engelhardt Walter, Fichtner, Franz, Franzke, Gausmann, Geisberger, Dr. Götz, Frau Haas, von Heckel, Hefe, Heinrich, Hering, Hiersemann, Hollwich, Frau Jungfer, Dr. Kaiser Heinz, Kaiser Willi, Kamm, Dr. Kestel, Klasen, Frau König, Langenberger, Leichtle, Loew, Dr. Magerl, Frau Martini, Mehrlich, Frau Meier Christa, Frau Memmel, Moser, Müller Karl-Heinz, Frau Paulig, Frau Pausch-Gruber, Frau Psimmas, Frau Radermacher, Dr. Ritzer, Frau Romberg, Frau Rothe, Dr. Rothemund, Frau Scheel, Schlosser, Dr. Schuhmann Manfred, Schuhmann Otto, Schultz, Schramm, Sommerkorn, Starzmann, Stenglein, Straßer, Trapp, Warnecke, Frau Wax-Wörner, Weber, Dr. Weiß Armin und Zierer.

Mit **Nein** stimmten die Abgeordneten: Asenbeck, Bauereisen, Baumann, Beck, Frau Dr. Berghofer-Weichner, Frau Dr. Biebl, Böhm, Breitner, Dandorfer, Daum, Dick, Diethel, Dinglreiter, Dumann, Eykman, Fendt, Frau Fischer, Dr. Fischer, Freller, Gabsteiger, Dr. Glück Gebhard, Grossmann, Gruber, Gürteler, Heckel, Frau Hecker, Heiter, Hofmann, Huber Erwin, Dr. Huber Herbert, Ihle, Jetz, Kaiser Gebhard, Kaul, Dr. Kempfner, Kiesel, Kling, Klinger, Kobler, Kopka, Lang, Dr. Lautenschläger, Lechner, Leeb, Leschanowsky, Loscher-Frühwald, Dr. Maier,

Christoph, Marxreiter, Maurer, Dr. Mayer Martin, Dr. Merkl, Meyer Otto, Miller, Mittermeier, Möslein, Müller Willi, Nätscher, Neder, Niedermayer, Dr. Pollwein, Ponnath, Freiherr von Redwitz, Regensburg, Dr. Richter, Ritter, Rosenbauer Georg, Dr. Rost, Schmid Albert, Schön Gustl, Schön Karl, Dr. Schosser, Frau Schweiger, Seehuber, Sinner, Spitzner, Frau Stamm, Stein, Strehle, Tandler, Traublinger, Frau von Traitteur, Urban, Dr. Vogele, Vollkommer, Dr. Vorndran, Dr. von Waldenfels, Wallner, Welnhöfer, Dr. Weiß Manfred, Werkstetter, Widmann, Dr. Wilhelm, Will, Wünsche, Frau Würdinger, Würth, Zeller und Zeitler.

Mit **Ich enthalte mich** stimmte der Abgeordnete Dr. Matschl.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 20:

**Antrag der Abgeordneten Naumann, Harrer betreffend Verbesserung des Bezirksverkehrs (Regionalverkehrs) der DB (Drucksachen 11/40, 11/361, 11/434, 11/798)**

Die Beschlußempfehlung der Ausschüsse wurde einstimmig gefaßt. Die Berichterstattung kann damit entfallen. Mit dem Antrag wird die Staatsregierung aufgefordert, weiterhin und verstärkt bei der Bundesregierung und der Deutschen Bundesbahn darauf hinzuwirken, daß die Deutsche Bundesbahn den Bezirksverkehr, insbesondere in den Zeiten starken Berufs- und Schülerverkehrs, nachhaltig verbessert.

Gibt es Wortmeldungen? – Ich sehe keine. Wir kommen zur Abstimmung. Die Ausschüsse empfehlen die Neufassung des Antrags, ausgedruckt auf der Drucksache 11/361. Wer dieser Neufassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen! – Stimmenthaltungen? – Einstimmig angenommen.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 21:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Tandler, Dr. Schosser, Otto Meyer und Fraktion betreffend Verbesserung des Technologie- und Wissenstransfers (Drucksachen 11/42, 11/94, 11/259, 11/321, 11/837)**

Über die Beratung im Ausschuß für kulturpolitische Fragen (Drucksache 11/94) berichtet der Kollege Dr. Schosser. Er hat das Wort.

**Dr. Schosser (CSU), Berichtersteller:** Herr Präsident, Hohes Haus! Der Kulturpolitische Ausschuß hat sich mit dieser Thematik befaßt.

Ich habe dargelegt, daß nach Meinung der CSU die Beziehungen zwischen Wirtschaft und Hochschule wesentlich verbessert werden könnten; daß Anträge, die bisher in Fülle verabschiedet worden seien, noch nicht zum erstrebten Ziel geführt hätten und daß wir diesen Prozeß, an dessen Nützlichkeit, von unserer Seite zumindest, keinerlei Zweifel bestehe, doch beschleunigen sollten.

Der Mitberichtersteller Kollege Hering hatte grundsätzlich keine Einwände, wollte aber einige Fragen beantwortet wissen, die das Thema betrafen. Sie wurden vom Vertreter der Staatsregierung beantwortet.

(Dr. Schosser [CSU])

Die Vertreterin der GRÜNEN, Frau Wax-Wörner, hatte offensichtlich Bedenken gegen den Antrag.

Am Schluß haben CSU und SPD zugestimmt mit der Ergänzung, daß über das zu Veranlassende bis zum 1. Juli dieses Jahres berichtet wird. Die GRÜNEN waren dagegen. Ich bitte um Bestätigung dieses Beschlusses.

**Erster Vizepräsident Möslin:** Danke für die Berichterstattung. Wortmeldungen sehe ich keine. Wir kommen zur Abstimmung. Die Ausschüsse empfehlen Zustimmung mit der Maßgabe, daß folgender Satz angefügt wird: „Dem Landtag ist bis zum 1. Juli 1987 zu berichten.“ Wer dem Dringlichkeitsantrag mit dieser Ergänzung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe! – Das ist die Fraktion der GRÜNEN. Stimmhaltungen? – Keine. Damit ist dem Antrag stattgegeben.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 22:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Wax-Wörner, Bause und Fraktion betreffend Einsatz von Lehrern und Schülern bei der Volkszählung 1987 (Drucksachen 11/423, 11/522, 11/875)**

Über die Beratung im Ausschuß für kulturpolitische Fragen (Drucksache 11/522) berichtet Frau Kollegin Wax-Wörner.

(Abg. Bäumer: Leider nicht im Saal!)

– Wer kann die Berichterstattung übernehmen? Wird auf die Berichterstattung verzichtet?

(Abg. Hiersemann: Es wird verzichtet!)

– Es wird verzichtet. Wortmeldung dazu?

(Abg. Hiersemann: Warnecke!)

– Der Kollege Warnecke. Er hat das Wort!

**Warnecke (SPD):** Herr Präsident, meine Damen und Herren Kollegen! Die SPD-Fraktion tritt diesem Antrag der Fraktion der GRÜNEN entgegen.

(Sehr gut! bei der CSU)

Das Problem, das Grundlage dieses Antrages ist, hat auch das Bundesverfassungsgericht vor vier Jahren beschäftigt. Ich zitiere aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15. Dezember 1983:

Den Bürgern treten Zähler entgegen, die Einblick in die Unterlagen erhalten, wenn der ausgefüllte Erhebungsbogen offen abgegeben wird. Deshalb müssen Maßnahmen getroffen werden, um Interessenkollisionen möglichst zu vermeiden. Dem Schutzbedürfnis wird zwar schon weitgehend durch die aufgeführten verschiedenen Möglichkeiten der Abgabe des ausgefüllten Fragebogens Rechnung getragen. Dies allein reicht jedoch bei einer Massenerhebung mit etwa 600 000 Zählern (...) für einen effektiven Schutz des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung nicht aus. Mit Recht haben die Datenschutzbeauftragten deshalb in ihrer Besprechung vom 22. März 1983 angeregt,

auf den Einsatz von Zählern zu verzichten, bei denen im Hinblick auf ihre dienstliche Tätigkeit Interessenkonflikte nicht auszuschließen sind.

In Konsequenz dessen hatte die SPD-Fraktion vor vier Jahren bereits beantragt, daß Finanzbeamte und Polizeibeamte nicht als Zähler eingesetzt werden sollten. Diese Berufsgruppen sind heute mit Recht von der Zählertätigkeit ausgenommen. Es liegt auf der Hand, wenn ein Steuerinspektor heute abend erfährt, daß jemand mit dem Radl zu seinem Arbeitsplatz fährt, und morgen gibt dieser Betreffende seinen Lohnsteuerjahresausgleich ab und macht für jeden Entfernungskilometer die Pauschale geltend, daß das Konflikte aufwerfen könnte. Das ist durch die zugrundeliegenden gesetzlichen und verwaltungsmäßigen Regelungen ausgeschlossen.

Aber meine Damen und Herren Kollegen von den GRÜNEN: Trifft das denn auf die Lehrer zu? Wir können uns nicht vorstellen, daß Sie das ernst meinen.

(Zurufe von der CSU)

Erstens sind die Lehrer keine Vollzugsbeamten wie Polizeibeamte oder Steuerbeamte. Sie haben ja selber einige Lehrer in Ihren Reihen. Ich hoffe, liebe Kollegin Wax-Wörner, Sie haben sich niemals als „pädagogische Vollzugsbeamtin“ empfunden.

Zweitens. All die Lehrerinnen und Lehrer, die ich kenne, wissen von ihren Schülerinnen und Schülern erheblich mehr, als mit diesen Fragebögen abgefragt wird.

(Abg. Fendt: Und deren Familien!)

Wenn das nicht so sein sollte, dann, meine ich, sollte der Lehrer sich vielleicht etwas mehr um den familiären Hintergrund seiner ihm ja nicht nur für einige Unterrichtsstunden am Tag anvertrauten Schüler kümmern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Frau Abg. Stamm)

Denn der soziale Hintergrund der Schülerschaft ist ja schließlich auch wichtig für die pädagogische Arbeit.

Wenn nun ein Lehrer als Zähler eingeteilt wird und zu einer Familie kommt, mit der er in einen wie auch immer gearteten Konflikt geraten zu können glaubt, dann ist doch jeder Lehrer intelligent genug zu sagen: Meine liebe Familie Schumann, ich bin bei Ihnen als Zähler eingeteilt, aber ich will gar nicht wissen, was Sie in den Fragebogen eintragen. Sie haben die Möglichkeit, ihn selbst auszufüllen, hier haben Sie einen Umschlag! Senden Sie das Ding ausgefüllt portofrei an die zentrale Erhebungsstelle zurück! Damit ist jeder Interessenkonflikt ausgeschaltet. So einfach könnte sich das Problem lösen lassen, wenn es wirklich einmal ausnahmsweise einen Interessenkonflikt geben könnte.

Wir meinen, meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, daß Sie etwas opportunistisch auf einen Zug allgemeinen Unwillens aufgesprungen sind, der sich bei vielen Lehrerinnen und Lehrern breitgemacht hat, nämlich nicht zählen zu wollen, was bei vielen verständlich ist. Viele, die

(Warnecke [SPD])

jetzt mit Abiturkorrekturen betraut sind, sollen gleichzeitig zählen. In manchen Schulen ist es so gemacht worden, daß für jede Lehrerin und jeden Lehrer ein Los in einen Topf geworfen wurde. Dann wurden ausgerechnet diejenigen als Zählerinnen und Zähler gezogen, die Kinder haben. Das ist natürlich nicht gut.

Wir meinen aber, daß man diese Berufsgruppe nicht pauschal ausnehmen kann. Ansonsten kommt morgen mit gutem Recht die nächste Berufsgruppe, und am Schluß gibt es niemanden mehr, der zählt. Das ist aber sicherlich nicht der Sinn des Volkszählungsgesetzes.

(Beifall bei der SPD – Abg. Hiersemann:  
Dann hätten die GRÜNEN ja ihr Ziel erreicht!)

**Zweiter Vizepräsident Dr. Rothmund:** Das Wort hat die Frau Kollegin Wax-Wörner!

**Frau Wax-Wörner (DIE GRÜNEN):** Ich bitte um Entschuldigung, daß ich aus persönlichen Gründen die Berichterstattung versäumt habe.

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wir meinen, daß es bei diesem Antrag um den pädagogischen Auftrag der Lehrkräfte geht, in erster Linie um die Notwendigkeit einer wirklich vertrauensvollen Beziehung zwischen Elternhaus und Lehrkraft, auch innerhalb der Nachbarschaft. Wenn wir sehen, wie Lehrkräfte eingesetzt sind und wie breit das Feld ist, aus dem Schülerinnen und Schüler kommen, dann kann man eben nicht nur von einer direkten Nachbarschaft sprechen, sondern von einer Nachbarschaft im übertragenen Sinne.

Natürlich geht es hier nicht um „Vollzug“ im klassischen Sinn, das hat auch das Innenministerium betont. Es geht auch nicht, wie die CSU meint, um einen Zweifel an der Zuverlässigkeit der Lehrerschaft. Vielmehr geht es um diese ganz diffizile Vertrauensbeziehung zwischen Lehrer und Elternhaus, eine Vertrauensbeziehung, die, wie Sie wissen, gerade in Schulbereichen, die sozial unter Umständen schwierig sein können, über viele Jahre hinweg aufgebaut wird. Da geht es dann natürlich auch nicht darum, daß die Eltern irgendwelche Antworten in die Bögen hinschreiben, die der Verwaltung oder der einzelnen Lehrkraft längst bekannt sind, sondern es geht darum, daß die Lehrkraft in die Wohnungen geht. Wir wissen aber, daß vielen Eltern ein häuslicher Besuch von seiten der Lehrkraft äußerst unangenehm sein kann.

(Zuruf von der CSU: Wenn Sie kommen, schon!)

Denn Objektivität hin, Objektivität her: Sie wissen sehr wohl, daß der Eindruck von sozialen Verhältnissen auf die Notengebung Einfluß hat und daß bei der Elternschaft, ob begründet oder nicht, das spielt dabei keine Rolle, Ängste entstehen können, die dieser speziellen Beziehung mehr schaden als nützen.

(Zuruf von der CSU: Das ist an den Haaren herbeigezogen!)

Das ist das eine.

Das zweite, und darauf wurde im Kulturpolitischen Ausschuß auch nicht eingegangen, ist der Punkt, daß auch Schülerinnen und Schüler zu dieser Zählertätigkeit herangezogen werden sollten, sogar Schüler und Schülerinnen, die noch nicht volljährig sind. Ich meine, das Einverständnis des Elternhauses oder der Erziehungsberechtigten ändert nichts daran, daß wir hier, ähnlich ist es bei den Frauen, Jugendliche einer direkten persönlichen Gefahr aussetzen, die wir gerade als Erzieher und Erzieherinnen unter keinen Umständen verantworten können. Deswegen bitte ich Sie, unserem Antrag zuzustimmen. Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Dr. Rothmund:** Nächster Redner ist der Kollege Dr. Matschl!

**Dr. Matschl (CSU):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin ein bißchen verwundert darüber, daß es angesichts der Debatte und des Ergebnisses dieser Debatte im Kulturpolitischen Ausschuß heute noch zu einer Aussprache im Plenum kommt. Ich hätte gemeint, mit dieser Aussprache und Debatte im Kulturpolitischen Ausschuß hätte es sein Bewenden gehabt. Nein, es muß heute noch einmal erörtert werden.

Zunächst danke ich dem Herrn Kollegen Warnecke, den ich heute in einer völlig neuen Weise erlebt habe.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU – Abg. Hiersemann: Während Sie wirklich immer derselbe sind!)

– Darauf ist Verlaß, Herr Hiersemann, da haben Sie recht.

Er ist dem Antrag der GRÜNEN zwar sehr moderat entgegengetreten, aber immerhin: Er ist dem Antrag entgegengetreten, und das auch mit zutreffenden Argumenten.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Abg. Hiersemann: Und das erstaunt Sie!)

Vieles von dem, was er gesagt hat, kann ich übernehmen. Gestatten Sie mir aber, meine Damen und Herren, doch noch die eine oder andere Bemerkung hierzu:

Herr Kollege Warnecke, Sie haben sehr euphemistisch formuliert, daß der Antrag der GRÜNEN darauf abziele, opportunistisch auf einen Zug des allgemeinen Unwillens aufzuspringen. Das ist wirklich sehr zurückhaltend formuliert.

(Abg. Hiersemann: Sie lieben mehr den Knüppel!)

Ich glaube allerdings, es ist schlicht die Absicht der GRÜNEN, diese Volkszählung zu boykottieren, wie sie oft und deutlich genug gesagt haben. Deshalb ist es auch absolut unredlich und dient nur der Vernebelung, wenn das Mitglied der GRÜNEN ausführt, es

(Dr. Matschi [CSU])

gehe um den „pädagogischen Auftrag der Lehrkräfte“, den man nicht antasten wolle, oder um die „Vertrauensbeziehung zwischen Elternhaus und Lehrerschaft“. Es wurde gar die schlimme Meinung geäußert, die Kenntnis der sozialen Verhältnisse des Kindes und der Familie könnte „Einfluß auf die Notengebung“ haben. Das müßte eigentlich einen Aufschrei aller Lehrer in dieser Fraktion zur Folge haben.

(Zuruf von der SPD: Da gibt es doch keine!)

Meine Damen und Herren! Was die Schülerinnen und Schüler angeht, die auch mitmachen können, wenn sie noch nicht volljährig sind, so ist das, wie man weiß, an die Zustimmung der Erziehungsberechtigten geknüpft und an Freiwilligkeit. Wenn es Gefahr geben sollte, ist schließlich auch daran gedacht, daß die Zählung nicht durch einzelne Schüler, sondern durch zwei oder meinetwegen auch drei gemeinsam vorgenommen werden kann.

Mit anderen Worten: Was von seiten der GRÜNEN für diesen Antrag angeführt wird, ist eine Vernebelung des Umstands, daß sie die Volkszählung total blockieren wollen und auch vor keinem noch so unsinnigen Antrag zurückschrecken, um dieses Ziel zu erreichen.

Eine letzte Bemerkung, meine Damen und Herren: Wer denn sonst, wenn nicht der öffentliche Dienst, soll diese Volkszählung eigentlich durchführen?

(Zuruf von den GRÜNEN: Niemand!)

Sollen wir die freien Berufe, die Handwerker, die Meister, die Ärzte, die Anwälte oder sonst jemanden heranziehen, die dann natürlich für den Verdienstaustfall, den sie erleiden, entschädigt werden müßten? Wer denn sonst, wenn nicht der öffentliche Dienst, soll diese Volkszählung durchführen? Und innerhalb des öffentlichen Dienstes halte ich die Lehrer sogar für sehr geeignet, sich an dieser Volkszählung zu beteiligen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Abg. Leeb: Weil die zählen können!)

Es wurde mit Recht vom Kollegen Warnecke gesagt, daß ein guter Lehrer sehr viel mehr über das soziale Umfeld eines Kindes wissen muß, als er je durch eine solche Befragung im Rahmen der Volkszählung erfahren kann.

Deshalb meine ich, daß kein Grund besteht, diesem Antrag der GRÜNEN zuzustimmen. Vielen Dank.

(Beifall bei der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Dr. Rothmund:** Das Wort hat der Kollege Bäumer!

**Bäumer (DIE GRÜNEN):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich denke, daß auch die großen Fraktionen in diesem Haus ihre eigenen bzw. die Gesetzentwürfe, denen sie im Bundesrat zugestimmt haben, ernst nehmen, und dabei sollte man dann auch bleiben. In § 10 des Volkszählungsgesetzes steht ausdrücklich, daß die Zähler Gewähr für Zuver-

lässigkeit und Verschwiegenheit bieten müssen. Sie dürfen nicht eingesetzt werden in unmittelbarer Nähe ihrer Wohnung und auch nicht, wenn aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit oder aus anderen Gründen zu besorgen ist, daß Erkenntnisse aus der Zählertätigkeit zu Lasten der Auskunftspflichtigen genutzt werden. Da ist es doch wohl sehr legitim und auch einsehbar, daß bestimmte Berufsgruppen nicht herangezogen werden sollen, die in der Tat noch zu erweitern sind. Ich habe zum Beispiel überhaupt kein Verständnis dafür, daß Sozialarbeiter herangezogen werden und dadurch das Vertrauensverhältnis, das bei ihrer unheimlich schwierigen Arbeit gegeben sein muß, gefährdet wird. Darüber wird man sich unterhalten müssen.

(Widerspruch bei der CSU – Abg.

Niedermayer: Unglaublich! So ein Blödsinn!)

– Ob Sie das als Blödsinn ansehen oder nicht, das Tolle an der Geschichte ist doch, daß Sie mit allen Ihren Reden hier nur beweisen, daß die Bevölkerung das alles nicht will, und daß Sie selbst wissen, daß keiner als Schnüffler eingesetzt werden will.

(Starke Unruhe)

Deswegen müssen Sie ja zu Zwangsmaßnahmen greifen, weil offensichtlich die Bevölkerung das nicht will.

(Abg. Leeb: Nur die grünen Schwätzer wollen es nicht! – Weiterer Zuruf von der CSU: 17 Jahre hat es keine Diskussion gegeben!)

– Natürlich. Aber Sie haben offenbar eine siebzehnjährige Entwicklung nicht mitgekriegt. Wir haben heute eine Art der Datenverarbeitung, die es früher nicht gegeben hat. Offenbar schlafen Sie immer noch, das tun Sie in anderen Fragen auch, das billige ich Ihnen auch zu.

(Zuruf von der CSU: Mit dem Kopf denken, nicht mit dem Kehlkopf!)

– Es wäre manchmal besser, Sie würden rechtzeitig denken und nicht hinterher, um dann erstaunte Gesichter zu machen. Jedenfalls ist bei Lehrern, das hat die Kollegin Wax-Wörner schon gesagt, natürlich zu besorgen, daß sie Erfahrungen machen und Erkenntnisse, von denen sie bisher nicht wissen. Ich unterstelle Herrn Hiersemann und Herrn Warnecke, daß auch sie nicht wollen, daß Lehrer zu sehr im Familienleben der Schüler schnüffeln.

(Widerspruch bei der CSU – Abg.

Niedermayer: Eine Unverschämtheit, eine Diffamierung!)

– Regen Sie sich doch nicht so auf. Ich bin ja auch gezwungen, stundenlang dem zuzuhören, was Sie einem zumuten. Die paar Minuten werden Sie jetzt noch Zeit haben. Also es geht zum Beispiel darum, daß über Familienverhältnisse ganz andere Dinge plötzlich bekannt werden, die vielleicht später für die Beurteilung dieses Schülers ungut sein können, je nachdem – –

(Anhaltende Unruhe)

**Zweiter Vizepräsident Dr. Rothemund:** Meine Damen und Herren! Ich bitte, den Redner doch reden zu lassen. Das ist sein gutes Recht. Das sind keine Zwischenrufe mehr, das ist offenkundig der Versuch, den Redner am Reden zu hindern. Bitte, Herr Kollege Bäumer!

(Weitere Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Bäumer (DIE GRÜNEN):** Wir können ja tauschen. Ich höre mir Ihr Gemurmel eine halbe Stunde an, und dann mach ich da fünf Minuten, und dann sind wir fertig. Ich kann ja verstehen, daß Sie sich aufregen. Sie regen sich auf, weil Sie wissen, daß hier ein Projekt gestartet wird, das von der Bevölkerung mit guten Gründen so nicht akzeptiert wird.

(Widerspruch)

Sie regen sich auf, weil Sie unfähig sind, eigene Beschlüsse kritisch zu hinterfragen und vielleicht zu sagen, verflixt nochmal, warum haben wir die Zeit seit 1983 nicht in der Tat besser genutzt; wenn wir das gemacht hätten, wären wir jetzt vielleicht zu einstimmigen Beschlüssen gekommen.

(Lachen bei der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Dr. Rothemund:** Das Wort hat der Herr Staatsminister Zehetmair!

**Staatsminister Zehetmair:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf namens der Staatsregierung die ungeheuerlichen Vorwürfe gegenüber der Lehrerschaft in aller Härte und Deutlichkeit zurückweisen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Ich möchte nicht so weit gehen und unterstellen, daß Sie aus einem solchen Milieu kommen, denn das wäre schon schlimm genug. Ich möchte mich aber mit aller Deutlichkeit dagegen verwahren, daß man sagt, daß Lehrer wegen der Schüler und deren sozialem Umfeld und eines dadurch möglichen Einflusses auf die Notengebung nicht eingesetzt werden könnten. Dann wäre es schlimm um unsere Lehrer bestellt.

(Beifall bei CSU und SPD)

Sie können ganz getrost sein: Das Gegenteil ist der Fall. Die Lehrer genießen ein besonderes Vertrauen, und sie müssen ihrerseits auch dieses besondere Vertrauensverhältnis gewährleisten. Dasselbe gilt für die Sozialpädagogen, die angesprochen worden sind. Wo kämen wir denn da hin, wenn gerade hier zu besorgen wäre, daß nicht das notwendige Fingerspitzengefühl vorhanden ist! Wer behauptet, die Bevölkerung sei gegen dies alles, ist eh schon völlig unglaubwürdig.

**Zweiter Vizepräsident Dr. Rothemund:** Herr Staatsminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Wax-Wörner?

**Frau Wax-Wörner (DIE GRÜNEN):** Herr Staatsminister, können Sie sich vorstellen, daß es Eltern gibt,

die einen Besuch von Lehrkräften in ihrer Wohnung nicht wünschen?

(Heiterkeit – Glocke des Präsidenten)

Und was tun Sie bei einem solchen Elternwunsch?

**Staatsminister Zehetmair:** Natürlich kann ich mir vorstellen, Frau Abgeordnete, daß es dies gibt. Dann wird sich der Vertreter entsprechend sensibel verhalten und demokratische Regeln beachten. Das vermisse ich bei Ihnen. Das ist doch das Problem!

(Beifall bei der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Dr. Rothemund:** Nächster Redner ist der Herr Kollege Brosch. – Er verzichtet. Dann hat das Wort der Herr Kollege Hiersemann!

**Hiersemann (SPD):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Bäumer, ich habe in der Tat etwas dagegen, wenn Lehrer ohne Billigung von Eltern im Privatleben von Schülern oder ihrer Eltern herumschnüffeln. Nur hat es mit Schnüffeln weiß Gott nichts zu tun, was die Lehrkräfte im Einsatz der Volkszählung machen.

(Beifall bei CSU und SPD)

Wenn man sich den Fragebogen ansieht und weiß, was in den verschiedensten Dateien unseres Landes heute gespeichert ist, dann kann man kein Verständnis mehr für die Hysterie haben, die gerade von Ihnen hier erzeugt wird.

(Beifall bei CSU und SPD)

**Zweiter Vizepräsident Dr. Rothemund:** Herr Kollege Hiersemann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Bäumer?

**Hiersemann (SPD):** Natürlich!

**Bäumer (DIE GRÜNEN):** Herr Kollege Hiersemann, wie erklären Sie sich dann, daß unter anderem die GEW, aber auch Gruppierungen und Zusammenschlüsse von Sozialarbeitern, ausdrücklich sagen, daß sie nicht eingesetzt werden wollen, weil sie fürchten

(Starker Widerspruch)

– verflixt nochmal, lassen Sie mich ausreden –, daß sie dann Dinge erfahren, die hinterher die Zusammenarbeit erschweren?

**Hiersemann (SPD):** Herr Kollege Bäumer, ich kann mir in solchen Fällen eine ganz einfache Lösung vorstellen, nämlich, daß solche Lehrer und Sozialarbeiter darum bitten, es wird dann auch so gehandhabt, in einem Stadtteil eingesetzt zu werden, wo weder ihre Kinder noch ihre Betreuungspersonen sitzen. Damit kann man es doch wohl nicht begründen. Aber ich habe mich eigentlich aus folgendem Grund gemeldet:

Ich selbst und viele in meiner Partei und Fraktion waren gegen die Volkszählung, wie sie 1983 geplant war. Ich habe damals mit vielen anderen zusammen meine Hoffnung auf das Bundesverfassungsgericht gesetzt.

(Hiersemann [SPD])

Diese Hoffnung hat nicht getrogen. Nun hat der Bundestag ein neues Gesetz beschlossen, das sehr penibel beraten worden ist, das den Kriterien des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vollkommen Rechnung trägt. Damit stellt sich für mich die Frage, wo Verantwortung in der Politik beginnt und wo sie aufhört.

(Beifall bei CSU und SPD)

Ich kann nicht den Spruch des Bundesverfassungsgerichts gegenüber dem alten Volkszählungsgesetz akzeptieren und sagen, wir halten das für in Ordnung, daß hier Recht geschaffen wurde, aber wir akzeptieren auch nicht ein Gesetz, das diesem Urteil entspricht; das betrifft auch die Personen, die zählen. Der Kollege Warnecke hat mit Recht darauf hingewiesen, welcher Kreis vom Bundesverfassungsgericht hier ausgenommen worden ist. Wer sich die Urteilsbegründung ansieht, der weiß, mit welcher Akribie die Bundesverfassungsrichter hier gearbeitet haben. Wenn sie Bedenken wie bei diesem Kreis auch noch bei anderen gehabt hätten, hätten sie es hineingeschrieben.

Wenn ich das Urteil des Bundesverfassungsgerichts akzeptiere, muß ich auch die Konsequenzen daraus akzeptieren und darf mich nicht ständig aus der Verantwortung davonstehlen wollen.

(Beifall bei der SPD und der CSU)

Lassen Sie mich noch ein Letztes sagen. Ich weiß, daß es Menschen in unserem Land gibt, die gegenüber der Volkszählung Bedenken haben. Ich kenne auch die Ursachen dafür: Manche Diskussionen über manche Sicherheitsgesetze wären besser unterblieben, wenn man solche Ängste nicht gerade noch provozieren wollte. Nur, diejenigen, Herr Kollege Bäumer, die ständig öffentlich zum Boykott der Volkszählung aufrufen und damit auch Ängste erneut begründen, verhalten sich unredlich, wenn sie sich auf diese Ängste vor der Volkszählung beziehen; denn sie setzen selber mit Ursachen für diese Ängste.

(Zuruf von der CSU: Genauso ist es!)

Hier findet also eine ausgesprochen merkwürdige Diskussion statt. Wir werden jedenfalls diesem Antrag nicht zustimmen.

(Beifall bei der SPD und bei der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Dr. Rothmund:** Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Die Ausschüsse empfehlen die Ablehnung des Dringlichkeitsantrages. Wer entgegen dieser Empfehlung für die Annahme ist, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das ist die Fraktion der GRÜNEN. Wir kommen zu den Gegenstimmen. – Ich frage nach den Stimmenthaltungen. – Bei einer Stimmenthaltung aus den Reihen der Fraktion der GRÜNEN mit allen Stimmen aus CSU und SPD gegen Stimmen der GRÜNEN abgelehnt.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 23:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rothe, Waxwörner und Fraktion betreffend Belastung von**

**Milch, Fleisch und Getreideprodukten (Drucksachen 11/85, 11/232, 11/635)**

Über die Beratungen im Ausschuß für Ernährung und Landwirtschaft (Drucksache 11/232) berichtet Frau Kollegin Rothe. Ich erteile ihr das Wort.

**Frau Rothe (DIE GRÜNEN), Berichterstatterin:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Über diesen Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN, der zunächst lautete: „Die Staatsregierung wird aufgefordert, alle Werte von Milch, Fleisch und Getreideprodukten der jeweiligen Landkreise zu veröffentlichen“, wurde im Landwirtschaftsausschuß nach einer langen Debatte um die Folgen von Tschernobyl abgestimmt. Der Antrag wurde abgelehnt. Dagegen ist er im Umweltausschuß mit einer kleinen Veränderung angenommen worden.

Ich möchte hier nicht noch einmal alles wiederholen, was im Landwirtschaftsausschuß gesagt worden ist. Ich bitte nur darum, den Antrag in der geänderten Fassung anzunehmen, wie sie vom Ausschuß für Landesentwicklung und Umweltfragen empfohlen wird.

**Zweiter Vizepräsident Dr. Rothmund:** Wortmeldungen? Herr Kollege Heinrich? – Ich will Sie nicht dazu drängen, das Wort zu ergreifen, angesichts der Beratungssituation ohnehin nicht. Weitere Wortmeldungen? Frau Kollegin Rothe? – Auch nicht.

Meine Damen und Herren! Wir kommen dann zur Abstimmung. Der Ausschuß für Ernährung und Landwirtschaft empfiehlt die Ablehnung, der Ausschuß für Landesentwicklung und Umweltfragen empfiehlt die Neufassung des Antrages. Wer entgegen der Empfehlung des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft für die Annahme des Antrags in der Fassung des Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen ist, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 24:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hiersemann, Herbert Müller, Starzmann und Fraktion betreffend gestaffelte Milchpreise anstatt Quotenregelung bei der EG (Drucksachen 11/125, 11/231, 11/802)**

Über die Beratungen im Ausschuß für Ernährung und Landwirtschaft (Drucksache 11/231) berichtet anstelle des Kollegen Herbert Müller Herr Kollege Starzmann.

**Starzmann (SPD), Berichterstatter:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieser Antrag stammt aus einer Zeit, als die neue Quotenkürzung durch die EG noch nicht beschlossen war, aber ins Haus stand. Der Antrag wurde im Landwirtschaftsausschuß beraten. Berichterstatter war der Kollege Herbert Müller, Mitberichterstatter der Kollege Heiler von der CSU-Fraktion.

Der Berichterstatter hat das Antragsbegehren vorgetragen, das darin besteht, daß sich die

(Starzmann [SPD])

Staatsregierung dafür einsetzen soll, daß anstelle einer weiteren Quotenkürzung bei Milch gestaffelte Preise eingeführt werden, die zur Reduzierung der Milcherzeugung führen sollen, und daß mindestens, wenn es doch zur Quotenregelung kommen sollte, der vom Bayerischen Landtag schon beschlossene Weg beschritten wird, daß Landwirte, die weniger als 60000 kg Milch pro Jahr erzeugten, von einer neuen Kürzung ausgenommen werden.

Herr Kollege Müller hat darauf hingewiesen, daß das Instrument der Quotenkürzung nicht zur Mengengrenzung bei der Milcherzeugung geführt habe. Er fügte hinzu, er könne sich auch kaum vorstellen, daß eine weitere Kontingentierung diejenigen Leute ausnehme, die schon beim erstenmal betroffen gewesen seien. Er begrüßte demgegenüber den Vorschlag der Bayerischen Staatsregierung, durch eine gestaffelte Mitverantwortungsabgabe eine Kürzung der Milchproduktion zu erreichen.

Der Mitberichtersteller wies darauf hin, daß das Überschußproblem bei der Milch nur durch Mengenreduzierung gelöst werden könne. Absatz 2 des Dringlichkeitsantrages, daß Betriebe unter 60000 Litern pro Jahr vom Abzug verschont werden sollten, stimme mit einem Beschluß des Bayerischen Landtags überein, so daß ein neuer Beschluß nicht notwendig wäre, zumal sich die Staatsregierung wohl für dieses vom Bayerischen Landtag schon einmal beschlossene Ziel einsetzen werde.

Der Landwirtschaftsausschuß hat auf Antrag der CSU den Dringlichkeitsantrag mit den Stimmen der CSU gegen die Stimmen der SPD bei einer Stimmenthaltung der GRÜNEN abgelehnt.

**Zweiter Vizepräsident Dr. Rothmund:** Ich habe keine Wortmeldungen. Wir kommen zur Abstimmung. Die Ausschüsse empfehlen die Ablehnung des Dringlichkeitsantrages. Wer entgegen dieser Empfehlung für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Stimmen von SPD und von Teilen der GRÜNEN. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Bei einigen Stimmenthaltungen aus den Reihen der GRÜNEN mit den Stimmen der CSU abgelehnt.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 25:

**Antrag der Abgeordneten Jungfer, Christa Meier und anderer betreffend Frauenbild in bayerischen Schulbüchern (Drucksachen 11/130, 11/326, 11/808)**

Über die Beratungen im Ausschuß für kulturpolitische Fragen (Drucksache 11/326) berichtet der Kollege Schultz. Ich erteile ihm das Wort.

**Schultz (SPD), Berichterstatter:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Kulturpolitische Ausschuß hat am 28. Januar 1987 über diesen Antrag beraten. Berichterstatter war meine Wenigkeit, Mitberichterstellerin war Frau Kollegin Würdinger.

Die Mitberichterstellerin äußerte in den Ausschußberatungen die Ansicht, daß der Antrag der SPD eigentlich überflüssig sei, weil das Landtagsplenum bereits am 22. Juli 1986 einem Antrag der Frauen der CSU zugestimmt habe, in dem unter anderem festgelegt worden sei: „Die Lernmittel sind so zu gestalten, daß Frauen und Männer ausgewogen in gleichen beruflichen und gesellschaftlichen Tätigkeiten dargestellt werden.“

Von der SPD wurde unterstrichen, daß es hier vor allen Dingen um die Umsetzung derartiger Beschlüsse gehe, gleich, ob sie von der CSU oder von der SPD eingebracht worden seien.

Herr Kollege Freller meinte dazu, wenn die SPD die Gleichstellung der Frau dadurch sichern wolle, daß zukünftig in Schulbüchern stehe, der Vater male sich Lidschatten und die Mutter rasiere sich, so trage das der Bedeutung des Themas nicht Rechnung.

Dieser bedeutende Satz wurde von Frau Kollegin Radermacher dahin kommentiert, daß die Frauen in der CSU-Fraktion ihren männlichen Kollegen, die das Thema nicht begriffen hätten, nahelegen sollten, lieber zu schweigen.

Nach ausführlicher Diskussion wurde der Antrag mit den Stimmen der CSU gegen die Stimmen von SPD und GRÜNEN bei einer Enthaltung abgelehnt.

**Zweiter Vizepräsident Dr. Rothmund:** Danke. Ich habe Wortmeldungen. Frau Kollegin Jungfer!

**Frau Jungfer (SPD):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich muß schon sagen, mich hat die Haltung der CSU-Fraktion wahnsinnig enttäuscht. Eigentlich hatte ich erwartet, daß Sie einem solchen Antrag zustimmen. Wenn Sie schon ablehnen, dann hätte es wenigstens mit ein paar intelligenteren Begründungen geschehen sollen, als dies im Kulturpolitischen Ausschuß geschehen ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hier von Erbsenzählerei zu reden, ist der Sache weiß Gott nicht angemessen. Den Vogel hat wieder einmal der Kollege Freller abgeschossen mit seiner Äußerung, ob es denn darum ginge, daß in Schulbüchern Mütter sich rasieren und die Väter sich schminken.

Meine Damen und Herren! In allen deutschen Schulbüchern, wirklich nicht nur in den bayerischen, wimmelt es von überholten Rollenklischees. Frauen und Mädchen kommen zu wenig vor, was schlicht signalisiert, daß sie weniger wichtig sind. Frauen und Mädchen sind nur in einer begrenzten Zahl von Tätigkeiten zu sehen. Die Hauptrolle der Frauen in unseren Schulbüchern ist die der Hausfrau und Mutter. Frauen kommen nur in ganz wenigen Berufen vor, und wenn, dann sind es zuarbeitende, dienende Berufe.

Die Zahl wissenschaftlicher Untersuchungen, die diese Fakten belegen, sind mittlerweile Legion. Eines dabei ist allerdings neu.

(Unruhe)

(Frau Jungfer [SPD])

– Ich glaube, ich sollte mal ein bißchen Pause machen, bis Sie sich ausgequatscht haben.

(Allgemeiner Beifall – Abg. Dr. Wilhelm: Ein etwas unparlamentarischer Ausdruck!)

Neu, meine Damen und Herren, und jetzt möchte ich wirklich wissen, ob ich den Satz noch zu Ende bringen kann – –

**Zweiter Vizepräsident Dr. Rothmund:** Frau Kollegin, Sie sollten sich wirklich bemühen, das zu tun. Notfalls greift der Präsident ein. Sie haben das Wort!

Frau **Jungfer** (SPD): Danke. – Neu ist, daß sich Mütter dagegen wehren, daß ihre Kinder mit solch alten Rollenklischees traktiert werden. Das führte auch in der Kultusministerkonferenz jüngst dazu, eine entsprechende Empfehlung an die Kultusminister der einzelnen Länder zu geben.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Die Staatsregierung hat diese Verantwortung schlicht abgeschoben. Zu glauben, daß mit der Aufnahme von bestimmten Formulierungen in den allgemeinen Kriterienkatalog für die Begutachtung der Schulbücher etwas getan sei, indem man dort reinschreibt, daß es eine Selbstverständlichkeit sei, daß Männer und Frauen gleichberechtigt dargestellt werden, und zu glauben, daß man damit die Sache wegbringen könnte, ist selbstverständlich eine Illusion, und das weiß auch die Staatsregierung.

Die Wahrheit ist: Nicht nur das alltägliche Verhalten von Frauen und Mädchen ist in den Schulbüchern wirklichkeitsfremd eingengt, auch die historische Leistung von Frauen in Politik, Wissenschaft und Literatur wird verdrängt, wird bewußt klein gemacht.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Nur zwei Beispiele dafür:

Wer weiß schon, daß Aphra **Behn**, die ersten Romane schrieb, übrigens einen davon gegen die Sklaverei? In fast allen Literaturgeschichten steht, es sei Daniel Defoe gewesen 40 Jahre später mit seinem „Robinson Crusoe“.

Wer weiß schon, daß es eine Frau war, die die erste Computer-Software entwickelt hat, die die ersten Programme schrieb?

Es gibt Beispiele aus allen Wissenschaften. Alles was Frauen an Großem und Bedeutendem geleistet haben, wird tunlichst verdrängt oder geleugnet und damit den nachwachsenden Mädchen nicht als Modell angeboten.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich gehe noch einen Schritt weiter: Ich erwarte von den Schulbüchern auch eine ehrliche Darstellung der jahrhundertealten Bemühungen von Frauen um Freiheit und eine ehrliche Darstellung der Widerstände und Gegenargumente. Auch das würde den jungen Mädchen ihre Selbstfindung erleichtern.

Ich möchte als Beispiel dafür Jean-Jacques **Rousseau** anführen, der als großer Pädagoge der Freiheit verehrt und allen Generationen weitervermittelt wurde. Rousseau hat nicht nur den „Emile“ erdacht als Symbolfigur des Knaben, der in Freizügigkeit aufwachsen muß, damit er ein freier Mensch werden kann, sondern auch „Sophie“, der ein ganz anderes Los zugeordnet war. Für Sophie hatte Rousseau folgende Bildungsziele: „Die Frau ist dazu geschaffen, Männer zu unterhalten und für sie zu sorgen“; Mädchen müssen in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt und dazu ermahnt werden, sich selbst aufzuopfern, um „jene Fügsamkeit zu erlangen, die eine Frau ihr Leben lang braucht; denn sie werden immer einem Manne untergeordnet sein und nie die Freiheit haben, ihre eigene Meinung über die seine zu setzen“.

**Zweiter Vizepräsident Dr. Rothmund:** Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Eykmann?

**Eykmann** (CSU): Frau Kollegin Jungfer, ist Ihnen bekannt, daß Rousseau seine Kinder ins Findelhaus bringen mußte, weil er nicht in der Lage war, sie zu erziehen, obwohl er so großartige Bücher geschrieben hat, die Sie gerade zitiert haben?

Frau **Jungfer** (SPD): Auch das, Herr Kollege Eykmann, ist mir selbstverständlich bekannt.

(Abg. Dr. Wilhelm: Was sagen Sie dazu?)

– Ich finde das sehr schlimm. Was sagen Sie dazu, Herr Kollege Wilhelm?

Freiheit also für Emile auf Kosten der Hälfte der Menschheit. Diese explizite Forderung für Sophie ist heute selbstverständlich verschwunden. Aber das Bild von Sophie und Emile prägt nach wie vor die meisten Schulbücher. Das ist nicht nur eine Irreführung der Mädchen, sondern auch der Buben; denn der klassische Emile ist nicht ohne die klassische Sophie denkbar. Und damit Sophie freier wird, muß Emile sich ändern.

Mit diesem Beispiel wollte ich deutlich machen, daß weit mehr notwendig ist, als schlicht „Frauen zu zählen“. Es geht hier um keine Erbsenzählerei, es geht um Frauen. Es ist eine große Aufgabe, die Geschlechtsdiskriminierung aus den Schulbüchern zu entfernen. Dabei ist selbstverständlich ein Antrag nicht genug. Ich erwarte mir ein ernsthafteres Bemühen der Staatsregierung. Die Sozialdemokraten wollen gerne dabei helfen.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb habe ich die ganz ernsthafte Bitte an Sie, Kolleginnen und Kollegen von der CSU-Fraktion, diesem Antrag zuzustimmen. Ohne deutliche Signale werden noch viele Mütter rebellisch werden, und das mit Recht.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Dr. Rothmund:** Als nächste hat das Wort Frau Kollegin Würdinger!

Frau **Würdinger** (CSU): Herr Vorsitzende – –

(Allgemeine Heiterkeit)

– Freud ist überall! Herr Vorsitzender!

**Zweiter Vizepräsident Dr. Rothmund:** Vielleicht gelingt's beim dritten Anlauf!

(Erneute Heiterkeit)

Frau **Würdinger** (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Berichterstatter, Sie haben nur teilweise den Verlauf der Sitzung des Ausschusses wiedergegeben. Sie haben zwar darauf hingewiesen, daß ich von Anfang an erklärt habe, daß dieser Antrag der SPD-Fraktion überflüssig sei, weil ein Antrag der CSU-Fraktion vom vorigen Sommer vom Haus einstimmig verabschiedet worden sei. Sie haben aber vergessen zu sagen, daß wir diesen Antrag der SPD zusammen mit einer Petition zum selben Thema behandelt haben.

Das ist in diesem Zusammenhang sehr wichtig. Wir hatten Ihnen angeboten, Ihren Antrag abzuändern, und zwar in einen Prüfungsantrag, daß die Staatsregierung einen Bericht gibt, inwieweit der Antrag der CSU, der im Plenum bereits im vorigen Jahr verabschiedet worden ist, erledigt wurde. Dem konnten Sie nicht zustimmen, und deswegen waren wir, nachdem Ihr Antrag überflüssig war, zu einer Petition dahin bereit, daß die Staatsregierung verpflichtet wird, bis zum 1. Juli dieses Jahres zu berichten, inwieweit der CSU-Antrag vollzogen ist.

Kolleginnen und Kollegen, ich darf Ihnen, vor allem den verehrten Damen und Herren von der Fraktion der GRÜNEN, zitieren, was in dem Antrag der CSU-Fraktion stand, den der vorhergehende Landtag verabschiedet hat. Unter 2,1 heißt es dort:

In der Lehreraus- und -fortbildung ist die Gleichstellung von Frauen und Männern zu behandeln. Die Lernmittel sind so zu gestalten, daß Frauen und Männer ausgewogen in gleichen beruflichen und gesellschaftlichen Tätigkeiten dargestellt werden.

Schneller, kürzer und mehr auf den Punkt gebracht kann man das Anliegen, das in Ihrem Antrag enthalten ist, eigentlich gar nicht darstellen.

Frau Kollegin Jungfer, Sie gehören dem Kulturpolitischen Ausschuß nicht mehr an, aber Sie haben voriges Jahr offenbar unserem Antrag im Plenum zugestimmt.

(Abg. Frau Jungfer: Selbstverständlich!)

– Gut. Wenn Sie hier eine Debatte über die Geschichte der Frauen in Europa eröffnen wollen, dann können wir diese Debatte schon einmal führen. Dann sprechen wir aber über alle Frauen und nicht nur über die paar von Ihnen zitierten.

Ich möchte noch auf den Ablauf der Sitzung im Ausschuß eingehen. Dort haben wir nicht nur über die Ausführungen des Kollegen Freller gesprochen, wie es der Herr Berichterstatter dargestellt hat, sondern

wir haben sehr lange und sehr ausführlich unter Beteiligung fast aller Kollegen das Thema berührt. Ich weise in diesem Zusammenhang auch darauf hin, daß sich nicht alle Frauen schämen, wenn sie in ihrer Hausfrauentätigkeit dargestellt werden.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe das im Ausschuß sehr deutlich gesagt, man hat dort Erbsenzählerei betrieben. Man hat sich dagegen verwahrt, daß in einem Schulbuch folgende Situation beschrieben wird: Detlev baut das Rührgerät zusammen, die Mutter bäckt und kocht, der Vater sieht fern und die Tochter bügelt. Ich habe dazu ausgeführt, daß ich als berufstätige Frau, die ich lange Jahre war, und heute in der Politik Tätige durchaus auch Backen und Kochen als kreative Tätigkeit empfinde. Und so geht es vielen Frauen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Man sollte nicht Erbsenzählerei betreiben und soweit gehen, daß man an Textaufgaben in Mathematikbüchern Anstoß nimmt, in denen es heißt, es werden 25 Autos verkauft, 24 an einen Mann und eines an eine Frau. Da muß ich schon sagen, das ist zu niedrig angesetzt, das finde ich zu wenig klug und intelligent, Frau Kollegin, hier eine Benachteiligung festzustellen. Ich habe mich mit Schulbüchern ausführlich befaßt und habe dabei festgestellt, daß wirklich alle wichtigen Autorinnen vorkommen. Aber offenbar geht es Ihnen nicht um eine Ausgewogenheit, sondern darum, ein einseitiges Frauenbild darzustellen, wie sich die Frauen in ihrer Mehrheit in diesem Lande aber sicher nicht dargestellt sehen möchten.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Ich könnte noch mehrere Beispiele aus der Ausschußdebatte zitieren, die fortgeschrittene Zeit und die Rücksicht auf die Kollegen und die Tagesordnung verbieten es mir. Wir sind gerne bereit, noch des öfteren hier ans Rednerpult zu kommen, um auf Ihre Angriffe zu antworten, wenn Sie meinen, die Diskussion so führen zu sollen.

Ich persönlich schätze Literatur nach dem ein, der sie verfaßt hat. Da kann es sogar vorkommen, daß ein Mann etwas schreibt, was wir alle bedenken sollten. Nachdem die Frau Kollegin Meier heute morgen einen Oberpfälzer Dichter ausführlich hat sprechen lassen, möchte ich mit Genehmigung des Präsidenten jetzt Erich Kästner zu Gehör bringen mit seinem Gedicht „Für Kleinmütige“:

Niemand weiß, wie reich du bist.

Freilich mein' ich keine Wertpapiere,

keine Villen, Autos und Klaviere,

und was sonst sehr teuer ist,

wenn ich hier vom Reichtum referiere.

Nicht den Reichtum, den man sieht und versteuert,

will ich jetzt empfehlen,

es gibt Werte, die kann keiner zählen,

selbst wenn er die Wurzel zieht,

und kein Dieb kann diesen Reichtum stehlen.

Die Geduld ist so ein Schatz, oder der Humor

und auch die Güte und das ganze übrige Gemüte.

Denn im Herzen ist viel Platz,

(Frau Würdinger [CSU])

und es ist wie eine Wundertüte.  
Arm ist nur, wer ganz vergißt,  
welchen Reichtum das Gefühl verspricht.  
Keiner blickt Dir hinter das Gesicht,  
keiner weiß, wie reich Du bist,  
und Du weißt es manchmal selber nicht.

(Zuruf des Abg. Klasen)

– Sie können jetzt vielleicht sagen, Herr Kollege Klasen: Thema verfehlt.

(Abg. Klasen: Richtig!)

Aber offenbar sind Sie noch nicht einmal ein Kleinmütiger, wenn Sie nicht verstehen, was wichtig ist im Leben.

(Beifall bei der CSU – Lachen und Zurufe bei der SPD und den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Dr. Rothmund:** Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Bause. Ich erteile ihr das Wort.

Frau **Bause** (DIE GRÜNEN): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Würdinger, Sie haben von einem zahlenmäßigen Übergewicht gesprochen, daß wir angeblich einseitig Frauen in den Schulbüchern bevorzugt haben wollten. Wenn man die heutigen Schulbücher anschaut, kann man wirklich nicht von einem zahlenmäßigen Übergewicht reden.

Ich möchte mit einem Zitat beginnen.

(Zurufe von der CSU)

Sie können dann vielleicht mal raten, wo das her ist:

Die Kritik an der Darstellung der Aufgabenteilung der Geschlechter in Schulbüchern reicht zurück bis in die 60er Jahre. Sie hat sich bereits damals daran entzündet, daß Mädchen und Frauen fast nur im Haushalts- und Konsumbereich eine Rolle spielen, während die Gebiete der Technik, der Geschäfts- und Arbeitswelt nahezu ausschließlich Jungen und Männern vorbehalten bleiben. Die Lebenssituation der Frauen und der Familien wird einseitig dargestellt. Die Lebenswirklichkeit in ihrer Vielfalt wird nicht berücksichtigt. Vorbilder einer partnerschaftlichen Aufgabenverteilung in der Familie fehlen ebenso häufig wie die Darstellung von Frauen und Müttern im Arbeitsleben. Und dieses, obwohl die Frauen inzwischen mehr als ein Drittel aller Erwerbstätigenstellen inne haben.

Dieses Zitat stammt nicht, wie Sie vielleicht vermuten werden, aus der feministischen Literatur, sondern aus einem Bericht der Bundesregierung vom 31. März 1983 mit dem Titel: „Bericht der Bundesregierung über Erfahrungen mit dem die Gleichbehandlung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz betreffenden Teil des arbeitsrechtlichen EG-Anpassungsgesetzes“.

Auch in der Enquête-Kommission „Frau und Gesellschaft“ der Bundesregierung ist aufgeführt, daß Schulbücher in allen Unterrichtsfächern starken Ein-

fluß auf geschlechtsspezifische Rollenbilder ausüben und damit eine nicht zu unterschätzende Breitenwirkung haben bei der Entwicklung von Leitvorstellungen bei der nachwachsenden Generation. Denn Schulbücher werden nicht einfach wie eine beliebige Literatur wahrgenommen, sondern sie werden von Schülerinnen und Schülern und auch von Lehrern und Eltern als amtliche Bücher angesehen, die das gesellschaftlich anerkannte Wissen weitervermitteln sollen. Deshalb ist es nachgerade verheerend, wenn Schulbuchanalysen folgendes ergeben; ich zitiere aus dem Zwischenbericht der Enquête-Kommission:

Von der Tatsache, daß ein Großteil der Frauen berufstätig ist und in der Doppelbeanspruchung durch Beruf und Haushalt bzw. Kindererziehung lebt, wird fast gar nicht oder nur sehr unzulänglich Notiz genommen. Das Leitbild der Nur-Mutter oder Nur-Hausfrau wird oft idealisiert oder verniedlicht, ohne daß zugleich die Problematik dieser Rolle zur Geltung gebracht wird. Die Gleichwertigkeit von Unverheiratet- und Verheiratetsein wird überhaupt nicht thematisiert. Die unverheiratete Frau wird in antiquierten Denkklišees beschrieben. Der Familie wird eine Idylle angedichtet, die ihr nicht eigen ist. Vor allem wird nicht registriert, daß heute mehr Familien als früher auch an außerfamiliären Aktivitäten interessiert sind. ... Auf die vielfältigen Rollenwechsel innerhalb und außerhalb des Hauses, die mit dem Älterwerden der Frauen verbunden sind, wird kaum eingegangen.

Dies aus dem Bericht der Enquête-Kommission „Frau und Gesellschaft“.

Wenn man diese Untersuchungen liest, wird einem wieder einmal deutlich, daß die Erziehung in den Schulen die systematische Benachteiligung der Frauen aufrechterhält, die schlechte Realität zu verfestigen sucht. Die Untersuchungen zeigen die Wirksamkeit eines sogenannten „heimlichen Lehrplans“, der unbewußt rezipiert wird und in dem auch immer wieder die Machtlosigkeit und die geringere Wertschätzung von Frauen vermittelt wird.

Es reicht aber nicht aus, unsere Schulbücher nur auf Rollenklishees oder auf ein quantitativ ausgewogenes Verhältnis von Männern und Frauen hin zu untersuchen. Es müssen auch, das hat meine Kollegin Frau Jungfer schon angesprochen, die Bildungsinhalte in diesen Büchern in eine kritische Analyse mit einbezogen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich denke hier zum Beispiel an die Sachkunde-, Sozialkunde- und Geschichtsbücher. Wer lernt denn schon in der Schule, ich zum Beispiel habe es nicht gelernt, daß es neben sogenannten „Vätern des Grundgesetzes“ „auch Mütter des Grundgesetzes“ gab?

(Beifall bei den GRÜNEN)

In welchen Schulbüchern erfahren wir zum Beispiel etwas über die Kämpfe der Frauen um das Wahlrecht, wo erfahren wir insgesamt in Schulbüchern überhaupt etwas von der totgeschwiegenen und vergessenen Geschichte der Frauen?

(Frau Bause [DIE GRÜNEN])

(Beifall der Frau Abg. Jungfer – Abg. Otto Meyer: In allen Geschichtsbüchern!)

– Diese Geschichtsbücher zeigen Sie mir mal!

Die Linguistik-Professorin Frau Senta Trömmel-Plötz hat zu diesem Thema folgendes gesagt; ich zitiere mit Genehmigung:

In der Bundesrepublik können Mann und Frau alle möglichen Fächerkombinationen für das Lehramt studieren und mit dem Staatsexamen abschließen, ohne jemals etwas über den Beitrag von Frauen zu diesen jeweiligen Studiengebieten oder auch über ihren Ausschluß aus diesen Gebieten gehört zu haben. Frau und Mann können dann in den Schuldienst eintreten

(Fortgesetzte allgemeine Unruhe – Glocke des Präsidenten)

und dieses Nichtwissen an Schüler und Schülerinnen weitergeben. Das Nichtwissen wird durch unser Bildungssystem produziert und reproduziert. Die Ignoranz kann bestehen bleiben.

Im Fach Geschichte sieht das zum Beispiel so aus, daß diese primär als die Geschichte der Kriege weißer Männer in Europa und Nord- und Südamerika dargestellt wird.

(Beifall bei den GRÜNEN und Teilen der SPD)

Über andere Perspektiven, etwa darüber, wie Indianer und Indianerinnen oder die Schwarzen der USA oder Afrikas die Geschichte sehen, herrscht Nichtwissen. Obwohl Frauen genausoviel und genauso lange Geschichte gemacht haben wie Männer, wird in unseren Schulen und Universitäten keine alternative Version zur Männergeschichte angeboten. Männer machen unsere Geschichte, indem sie unsere Geschichtsbücher machen und definieren, was Geschichte ist. Die Geschichte derjenigen weißen Männer, die Geschichte machten, muß dann als die Geschichte der Menschheit herhalten.

Es reicht also nicht aus, unsere Schulbücher nur im Hinblick auf die dargestellte stereotype Geschlechtsrolle zu verändern, sondern es muß auch das vermittelte Wissen in diesen Büchern nach den Kriterien der Gleichberechtigung und des neuesten Wissensstandes aus dem Bereich der Frauenforschung überarbeitet werden.

Im bayerischen Richtlinienkatalog vom 1. August 1986 zur Begutachtung von Lernmitteln heißt es dazu: „Das Lernmittel muß den neuesten gesicherten Stand der Fachwissenschaft und Fachdidaktik berücksichtigen. Es darf keine sachlichen Fehler enthalten.“ Der neueste Stand der Forschung ist ein ganz anderer als in diesen Schulbüchern wiedergegeben. Und es ist auch einfach sachlich falsch, die Beteiligung von Frauen zu unterschlagen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Teilen der SPD)

In diesem Richtlinienkatalog heißt es weiter:

Es ist darauf zu achten, daß Männer und Frauen gleichberechtigt dargestellt sind (vgl. Art. 3 Abs. 1 und 2 GG sowie Art. 118 BV). Das Lernmittel darf darüber hinaus nicht der Entwicklung einseitiger Rollenvorstellungen über die Position von Männern und Frauen in Gesellschaft und Familie Vorschub leisten.

Auf diesen Punkt wird ja auch in der Diskussion seitens der CSU immer wieder hingewiesen nach dem Motto: Ja, da haben wir es ja schon, ist ja alles in bester Ordnung, was wollt ihr denn überhaupt!

Betrachtet man die Schulbücher, hinkt natürlich die Realität weit hinter diesen Richtlinienforderungen her. Trotz dieser schönen Richtlinien wurden bisher keine Anstalten gemacht, frauendiskriminierenden Lehrbüchern die Anerkennung zu versagen und diese auszusondern. Da heißt es dann immer, das sei zu teuer, das können wir uns nicht leisten, das regle sich im Laufe der Zeit ja von alleine; wenn die Schulbücher kaputt seien, könnten sie ja ausgesondert und durch neue ersetzt werden.

Ich möchte einmal erleben, was passieren würde, wenn ein anderes derart hohes Verfassungsgut wie die Gleichberechtigung von Frau und Mann in Artikel 3 des Grundgesetzes in einem Schulbuch so mißachtet würde; wenn zum Beispiel Religion oder Familie lächerlich gemacht würden. Ein solches Schulbuch würde niemals anerkannt, eine bestehende Anerkennung würde sofort mit der Begründung entzogen, es widerspreche der Verfassung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Beim Gleichheitsgrundsatz des Artikels 3 des Grundgesetzes ist ein solches konsequentes Vorgehen aber anscheinend nicht notwendig.

(Beifall bei den GRÜNEN und Teilen der SPD)

Da wird meistens abgewiegelt, mißverstanden; dann darf es vor allem nichts kosten, und es darf vor allem nicht zu schnell gehen. Ich meine, es ist ein Skandal, wie hier mit dem Grundsatz der Gleichberechtigung umgegangen wird.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Dr. Rothmund:** Meine Damen und Herren! Ich habe noch eine Wortmeldung. Herr Kollege Schultz hat sich zu Wort gemeldet, aber versprochen, nur zwei Minuten zu reden. Ich denke, dann könnten wir diesen Tagesordnungspunkt abschließen.

**Schultz (SPD):** Sehr verehrter Herr Präsident, ich werde noch weniger reden.

Meine Damen und Herren, Frau Kollegin Würdinger! Ich habe eigentlich nur zitiert, und ich habe ausführlich auch Ihre Ausführungen zitiert. Ich habe vielleicht den Satz noch anzufügen: Einem Antrag auf einen Bericht, inwieweit dieser Auftrag erfüllt sei beziehungsweise werde, hätte die CSU zugestimmt. Er habe aber nicht vorgelegen. Der jetzt vorliegende Antrag der SPD sei überflüssig. Und als zweite Äuße-

(Schultz [SPD])

rung von Ihnen noch: Nach wie vor spreche sie sich – damit sind Sie, Frau Würdinger, gemeint – für eine Ablehnung des Antrags der SPD aus.

Ich glaube nicht, daß das unkorrekt war. Ich finde es positiv, daß Sie sich jetzt in der Wertung von der Äußerung Ihres Kollegen Freller distanziert haben. Das Lidschattenzitat entsprach wirklich nicht der Wichtigkeit dieses Antrags. Ich habe es dennoch vortragen, um zu zeigen, wie damals argumentiert worden ist.

**Zweiter Vizepräsident Dr. Rothmund:** Meine Damen und Herren! Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur **A b s t i m m u n g**. Die Ausschüsse empfehlen die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dieser Empfehlung für die Annahme des Antrags ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Mit den Stimmen der CSU gegen die Stimmen von SPD und GRÜNEN **a b g e l e h n t**.

Damit ist die heutige Sitzung geschlossen.

(Schluß der Sitzung: 20 Uhr 06 Minuten)

## Mündliche Anfragen gem. § 73 Abs. 2 Satz 2 GeschO

Abg. Dr. Götz (SPD), Fragesteller:

**Kann die Staatsregierung die Erklärung des Ingolstädter Oberbürgermeisters bestätigen, daß eine finanzielle Beteiligung des Bundes bei der Sanierung von Gebäuden zur Errichtung einer wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät in Ingolstadt nur dann erfolgt, wenn die katholische Kirche als Träger auch Besitzer der entsprechenden Gebäude und nicht nur Erbbauberechtigter ist?**

**Antwort der Staatsregierung:**

Nach dem Hochschulbauförderungsgesetz ist eine Mitfinanzierung des Bundes bezüglich der Erwerbskosten eines Grundstücks und der darauf befindlichen Gebäude nur dann möglich, wenn der Träger der Hochschule Eigentum am Grundstück erwirbt. Die Zahlung eines Erbpachtzinses gehört zu den laufenden Aufwendungen, die vom Bund nicht refinanziert werden. Ich kann daher die Aussage von Herrn Oberbürgermeister Schnell bestätigen.

Von den Erwerbskosten zu unterscheiden sind die Kosten für erforderliche Umbaumaßnahmen; diese sind als Investitionsmaßnahmen nach dem Hochschulbauförderungsgesetz mitfinanzierbar, auch wenn das Gebäude nur langfristig angemietet oder auf Erbpacht erworben wird.

Abg. Dr. Merkl (CSU), Fragesteller:

**Sieht die Staatsregierung angesichts der sich häufenden widersprüchlichen Urteile zum Thema „Sitzblockaden“ – zum Teil entscheidet der Anfangsbuchstabe des Täternamens über Verurteilung wegen Nötigung oder Freispruch – einen Handlungsbedarf des Gesetzgebers, wenn ja, ist beabsichtigt, über den Bundesrat eine entsprechende Initiative zu ergreifen und in welcher Richtung?**

**Antwort der Staatsregierung:**

Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Entscheidung vom 11. November 1986 festgestellt, daß die Teilnahme an Sitzblockaden grundsätzlich wegen Nötigung strafbar ist. Der Gesetzgeber könne derartige Handlungen als Ordnungswidrigkeit oder als

strafwürdiges Unrecht einstufen. Jedoch müsse § 240 StGB verfassungskonform ausgelegt werden. Unter Heranziehung aller Umstände müsse im Einzelfall festgestellt werden, ob die vom Gesetzgeber als Strafbarkeitskorrektiv gedachte Verwerflichkeitsklausel erfüllt sei. Diese Feststellung obliege den Fachgerichten. Im Rahmen dieser Feststellung sei der Strafrichter nicht gehalten, die sogenannten Fernziele zu berücksichtigen.

Seit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts sind in Bayern nur verhältnismäßig wenige Urteile wegen Sitzblockaden bekannt geworden. Man kann nicht sagen, daß in großer Zahl unterschiedliche Urteile bei gleichem Sachverhalt gefällt worden sind. Man wird der Rechtsprechung Zeit geben müssen, sich auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts einzustellen. Insbesondere müssen obergerichtliche Entscheidungen abgewartet werden.

Ich teile aber auch die in der Frage anklingende Auffassung, daß man langfristig bundesweit zu einer einheitlichen rechtlichen Beurteilung gelangen muß, ungeachtet eventueller Unterschiede in den tatsächlichen Verhältnissen. Deshalb begrüße ich die Vereinbarung der Bonner Koalitionsparteien, daß das Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Zusammenwirken zwischen den zuständigen Ressorts des Bundes und der Länder daraufhin überprüft werden soll, welche gesetzgeberischen Konsequenzen aus dem Urteil gezogen werden sollen.

Für eine Bundesratsinitiative der Staatsregierung besteht derzeit kein Anlaß.

Abg. Otto Schuhmann (SPD), Fragesteller:

**Ich frage die Staatsregierung, ob es zur Zeit neben dem Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft gegen den Seßbacher Bürgermeister Hendrik Dressel wegen zu hoher Nitratbelastung im Trinkwasser der Wasserversorgung des Seßbacher Gemeindeteils Lechenroth in Bayern noch ähnliche Ermittlungsverfahren gibt bzw. in der Vergangenheit gegeben hat?**

**Antwort der Staatsregierung:**

Neben dem in der Frage genannten Verfahren konnten durch fernmündliche Rundfrage bei den Staatsan-

waltschaften zwei weitere Verfahren wegen zu hoher Nitratbelastung im Trinkwasser festgestellt werden:

- Die Staatsanwaltschaft Coburg leitete aufgrund von Presseberichten über zu hohe Nitratbelastung im Trinkwasser des Marktes Mitwitz ein Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt ein.
- Die Staatsanwaltschaft München II führt ein Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt wegen zu hohen Nitratgehalts im Trinkwasser der Gemeinde Mammendorf.
- Die Staatsanwaltschaft Würzburg führte 1982 ein Ermittlungsverfahren wegen zu hoher Nitratbelastung im Trinkwasser der Gemeinde Sommerbach.

Abg. Dandorfer (CSU), Fragesteller:

**Wie beurteilt die Bayerische Staatsregierung den Bericht des Januarheftes „GEO“ über die Lebensqualität in Bayern, und worauf führt sie die relativ schlechte Einstufung der Oberpfälzer Wahlkreise zurück?**

**Antwort der Staatsregierung:**

Die Verfasser des Artikels beziehen sich bei ihrer Auseinandersetzung mit den Lebensverhältnissen in den verschiedenen Teilräumen der Bundesrepublik Deutschland zu Recht auf das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes. Ihre Folgerungen bedürfen jedoch insoweit einer Klarstellung, daß nicht gleiche, sondern gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen in allen Landesteilen anzustreben sind.

Gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen erfordern insbesondere:

- zeitgemäße Wohnungen in Stadt und Land
- ein vielseitiges Angebot an qualifizierten Arbeitsplätzen in Wohnortnähe
- Einrichtungen der privatwirtschaftlichen Versorgung der Bevölkerung mit Gütern und Dienstleistungen aller Bedarfsstufen
- leistungsfähige Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge und der Erschließung
- eine bürgernahe, wirtschaftliche und leistungsfähige Organisation der Verwaltung und Rechtspflege
- gesunde Umweltbedingungen

Der Kriterienkatalog des GEO-Artikels ist als Maßstab für den Stand der Lebens- und Arbeitsverhältnisse nur bedingt geeignet. Jedenfalls erlaubt er aufgrund seiner Zusammensetzung sowie seiner schematischen Anwendung nicht die notwendige Berücksichtigung regionaler Besonderheiten. So bedarf etwa das Einkommen als Indikator für den Wohlstand eines Raumes der Relativierung durch die regional z.T. erheblich unterschiedlichen Kosten für die Bestreitung des Lebensunterhalts, z. B. für Miete. Fragwürdig ist auch die gleichgewichtige Bewertung aller Indikatoren; so geht z. B. der Anteil der Frauen im Beruf mit gleichem Gewicht wie die Arbeitslosigkeit in die Gesamtbewertung ein.

Die Ergebnisse der Studie sind deshalb mit Vorbehalten zu bewerten; sie bedürfen auf jeden Fall einer weiteren Differenzierung bzw. Interpretierung.

Die positive Einschätzung der Lebensverhältnisse in Bayern entspricht insoweit der Auffassung der Staatsregierung, daß in den letzten Jahrzehnten durch eine vorausschauende und zukunftsorientierte Politik die Voraussetzungen für den technischen und wissenschaftlichen Fortschritt geschaffen wurden. Wichtige Zukunftsindustrien wie die Luft- und Raumfahrtindustrie, die Elektronik und die Gentechnik haben ihren Standort in Bayern. Bei der Arbeitslosenquote lag Bayern im September 1986 mit 5,7% deutlich unter dem Bundesdurchschnitt (8,2%) und dem Wert etwa von Nordrhein-Westfalen (10,5%). Die Attraktivität Bayerns als Lebensraum resultiert aber auch aus dem hohen Standard der Umweltqualität, der auf die konsequente bayerische Politik zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen zurückzuführen ist. Die hohe Umwelt- und Wohnqualität ist unbestreitbar zu einem wesentlichen Standortfaktor geworden.

Trotz höherer Wachstumsraten, geringerer Beschäftigungseinbußen und größerer Einkommenszuwächse liegt Bayern hinsichtlich der Wirtschaftskraft und des Wohlstandsniveaus aber noch immer unter dem Bundesdurchschnitt. Dies zeigt sich beispielsweise am Bruttoinlandsprodukt je Einwohner, das 1984 nur 97% des Bundesdurchschnitts erreichte. Zur Deckung des Nachholbedarfs und zum weiteren Abbau der Disparitäten besteht daher, etwa im Rahmen der Regionalförderung oder beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, auch künftig die Notwendigkeit einer gezielten Unterstützung insbesondere für die strukturschwachen ländlichen Gebiete und dort vor allem für das Grenzland.

Bei den Gebieten, die innerhalb Bayerns noch einen Nachholbedarf bei der Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen haben, kommt der Oberpfalz ein besonderes Gewicht zu. Im Landesentwicklungsprogramm Bayern ist der überwiegende Teil des Regierungsbezirks Oberpfalz den Gebieten zugeordnet, die zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen nachhaltig gestärkt werden sollen. Insoweit stimmt das Ergebnis der GEO-Studie, allgemein betrachtet, mit der Auffassung der Staatsregierung überein. Für die Einstufung der einzelnen Oberpfälzer Wahlkreise bzw. deren Platzziffern bei der Rangfolge zum Stand gleichwertiger Lebens- und Arbeitsbedingungen gelten jedoch die eingangs dargelegten generellen Vorbehalte gegen die Untersuchungsmethodik, ohne daß die besondere Problematik in einzelnen Bereichen, z. B. bei der Arbeitslosigkeit, verkannt würde. Eine Auseinandersetzung mit den Indikatoren und ihrer Gewichtung bei der Bewertung der Lebensverhältnisse in den Oberpfälzer Wahlkreisen im einzelnen würde den Rahmen dieser Mündlichen Anfrage sprengen. Wesentlicher ist, daß auch Zukunftsperspektiven einbezogen werden. Positive Auswirkungen für die künftige Entwicklung der Oberpfalz sind beispielsweise zu erwarten:

- durch den weiteren Ausbau der Universität Regensburg, insbesondere auch des Klinikums
- durch die Ansiedlung des BMW-Werkes Regensburg mit im Endausbau rd. 6000 Arbeitsplätzen (ohne die sekundären Beschäftigungsauswirkungen),
- durch den Bau der Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf, die rd. 1600 neue Arbeitsplätze bieten wird,
- durch die fertiggestellte Autobahnverbindung München-Regensburg und die zügige Vollendung der Autobahnstrecken Regensburg-Weiden-Mitterteich.

Abg. Knauer (SPD), Fragesteller:

**Ist die Staatsregierung der Meinung, daß entstehende Defizite beim Modellprojekt des Müllzweckverbandes Nordwestoberfranken, „Grüne Tonne“ und „Sortieranlage Blumenrod“, den allgemeinen Müllgebühren zugeordnet werden sollen; wenn nein, ist dann die Staatsregierung bereit, die jährlich anfallenden Defizite zu übernehmen?**

**Antwort der Staatsregierung:**

Nach den geltenden abfallwirtschaftlichen Zielsetzungen ist grundsätzlich eine möglichst weitgehende Wiederverwertung von Abfällen anzustreben, um die Menge der zu entsorgenden Abfälle zu verringern und Rohstoffe zu sparen. Damit kommt der getrennten Sammlung und Sortierung von Abfällen aus Haushalten steigende Bedeutung zu.

In Bayern werden derzeit verschiedene fachlich aufeinander abgestimmte Modellversuche zur Erprobung unterschiedlicher Systeme zur getrennten Wertstoffsammlung durchgeführt, die mit erheblichen staatlichen Mitteln gefördert werden.

Eines dieser Verfahren, das angesprochene Modellprojekt, läuft im Gebiet des Zweckverbands für Abfallbeseitigung in Nordwestoberfranken. In dem zeitlich begrenzten Test sind 80000 bis 100000 Einwohner des Zweckverbandsgebiets versuchsweise an das Sammelsystem „Grüne Tonne“ angeschlossen. Eine für die weitere Aufbereitung der erfaßten Stoffe bestimmte Sortieranlage ist in Blumenrod errichtet worden.

Nachdem dem Modellversuch überregionale Bedeutung zukommt, hat das Ministerium erklärt, das auf drei Jahre befristete Verfahren höchstmöglich zu fördern. Für die Wertstoffsortieranlage wurde eine Förderung von 80% der Kosten des Gesamtvorhabens gewährt. Bei Aufwendungen von insgesamt rund 7,5 Mio DM für die Wertstoffsortieranlage hat das Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen 3,7 Mio DM Zuschüsse und 2,3 Mio DM zinsverbilligte Darlehen bewilligt. Damit ist trotz der knappen Finanzlage für den Zweckverband eine äußerst günstige Finanzierung möglich geworden. Weitere Zuschüsse in Höhe von rd. 1,6 Mio DM oder 50% der anfallenden Kosten sind zur Anmietung der Tonnen

für die Zeitdauer des 3-jährigen Versuchszeitraums bewilligt worden. Zusätzliche Fördermittel sind bereits für die wissenschaftliche Begleitung des Versuchs in Aussicht gestellt.

Die durch staatliche Mittel nicht abgedeckten Kosten des Modellversuchs können nach entsprechender Änderung der Gebührensatzung auf die Benutzer der öffentlichen Abfallentsorgung des Zweckverbands umgelegt werden. Weitere staatliche Fördermittel lassen sich insoweit nicht bereitstellen.

Abg. Franz (SPD), Fragesteller:

**Bis wann ist mit der Fertigstellung der Bodenkarte, insbesondere für den Regierungsbezirk Unterfranken, zu rechnen und welche Gründe waren für die verzögerte Erstellung in den vergangenen Jahren maßgeblich?**

**Antwort der Staatsregierung:**

Flächendeckend für Bayern gibt es die bodenkundliche Übersichtskarte im Maßstab 1:500000. In größeren Maßstäben (1:25000 oder 1:50000) nach modernen Gesichtspunkten erstellte Bodenkarten liegen bislang etwa für ein Sechstel der Fläche Bayerns vor. In Unterfranken sind die Blätter 1:25000 6022 Rothenbuch, 6125 Würzburg und 6227 Iphofen kartiert.

Die bodenkundliche Kartierung in größeren Maßstäben ist sehr zeitaufwendig. Um für aktuelle Fragestellungen im Rahmen des Bodenschutzes rasch flächendeckende Informationen zu erhalten, ist das Geologische Landesamt deshalb seit 1982 dazu übergegangen, eine Grundinventur der Böden Bayerns, nach Landschaften geordnet, vorzunehmen, deren Ergebnisse im „Bodenkataster Bayern“ zusammengefaßt werden. Unterfranken ist bei diesen Arbeiten bereits zum größten Teil erfaßt worden. Für den Bodenkataster wird u.a. ein Schwerpunktprogramm „Ballungs- und Industrieräume sowie Flußtäler“ mit zeitlicher Priorität der Bearbeitung und verdichteter Probennahme durchgeführt. Hierfür werden derzeit u.a. die Räume Aschaffenburg, Würzburg und Schweinfurt sowie das Maintal bearbeitet. Nach Fertigstellung der Untersuchungen werden die Ergebnisse in der Reihe „GLA-Fachberichte“ publiziert werden.

Für eine großmaßstäbige kartenmäßige Darstellung sind die Erhebungen im Rahmen des Bodenkatasters nicht geeignet. Es ist deshalb geplant, die Ergebnisse in eine Karte im Maßstab 1:200000 umzusetzen, die Schritt für Schritt EDV-gestützt erstellt werden soll. Die Vorarbeiten hierfür laufen derzeit auf Bund/Länder-Ebene. Wann diese Karte für Unterfranken vorliegen wird, kann deshalb gegenwärtig noch nicht gesagt werden.

Im Interesse des zügigen Fortgangs sollen die Arbeiten am Bodenkataster Bayern im Doppelhaushalt 1987/88 mit je 1 Mio. DM unterstützt werden.

Abg. Kolo (SPD), Fragesteller:

**Welche Konsequenzen zieht die Bayerische Staatsregierung aus der Tatsache, daß die erste**

**Teilgenehmigung nach Auffassung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs rechtswidrig ist und die DWK ihren Antrag auf Teilgenehmigung der Wiederaufarbeitungsanlage zurückgenommen hat bzw. einen Antrag auf Änderung des WAA-Hauptprozeßgebäudes eingereicht hat?**

**Antwort der Staatsregierung:**

1. Die von Kollegen Kolo der Anfrage zugrundegelegte Annahme, die erste Teilgenehmigung zur Errichtung der Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf (WAW) sei „nach Auffassung des BayVGH rechtswidrig“, trifft so nicht zu.

Richtig ist vielmehr, daß der BayVGH den Verfahrensbeteiligten als vorläufige Rechtsmeinung mitgeteilt hat, er neige der Auffassung zu, daß die Errichtung des äußeren Zauns, der Anlagenwache und des Brennelement-Eingangslagers der WAW keiner atom-rechtlichen Genehmigung bedarf. Zu dieser Auffassung des BayVGH zu einer Rechtsfrage, einer Ansicht, die im übrigen von keinem der Verfahrensbeteiligten geteilt wird, wird in der mündlichen Verhandlung am 02. 04. 87 verhandelt werden.

Wenn man die vom BayVGH angedeutete enge Auffassung zum atomrechtlichen Anlagenbegriff als richtig unterstellt, genügt für die Errichtung des Außenzauns, der Anlagenwache und des Brennelement-Eingangslagers der WAW die von der Regierung der Oberpfalz erteilte Baugenehmigung.

2. Kollege Kolo irrt, wenn er von einer Rücknahme des Antrags auf Teilgenehmigung der WAW durch die DWK ausgeht.

Die DWK hat lediglich mit Schreiben vom 27. 02. 87 ihren am 17. 12. 84 gestellten Genehmigungsantrag für die Baugrube des Hauptprozeßgebäudes der WAW, also lediglich für einen Teil der mit der ersten atomrechtlichen Teilgenehmigung des Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen vom 24. 09. 85 genehmigten Maßnahme, zurückgenommen. Diese Rücknahme erfolgte deshalb, weil sich für die DWK im Zuge der fortschreitenden Planung abzeichnet, daß die Baugrube für das Hauptprozeßgebäude anders zu bemessen sein wird.

Entsprechend der Antragsrücknahme durch die DWK wird das Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen unverzüglich die mit der ersten Teilgenehmigung zur Errichtung von WAW vom 24. 09. 85 erteilten atomrechtlichen Genehmigung der Baugrube für das Hauptprozeßgebäude aufheben.

**Abg. Starzmann (SPD), Fragesteller:**

**Bis wann beabsichtigt die Staatsregierung die von der Regierung von Oberbayern kürzlich genehmigte Landschaftsschutzverordnung für das Rotwandgebiet durch eine von der Staatsregierung immer für sachgerecht gehaltene und vom Landtag geforderte Naturschutzgebietsausweisung zu ersetzen, oder ist damit zu rechnen, daß künftig überall dort, wo Naturschutzgebietsverordnungen in Vorbereitung sind, auf unbestimmte Zeit nur Landschaftsschutzverordnungen erlas-**

**sen werden, wenn der Kreistag, wie im Falle Miesbach, gegen ein Naturschutzgebiet Stellung nimmt?**

**Antwort der Staatsregierung:**

Die Verordnung des Landkreises Miesbach über das Landschaftsschutzgebiet „Rotwand“ tritt in Kürze in Kraft. Das Landratsamt Miesbach hat darüber hinaus flankierende Maßnahmen zur Lenkung des Erholungsverkehrs (z. B. Ausarbeitung und Verteilung eines Faltblatts zum Thema Tourenskifahren) eingeleitet. Ferner wurden mit den Almbauern entgeltliche Vereinbarungen über Beschränkungen der Weidenutzung geschlossen und besonders empfindliche Flächen eingezäunt. Es kommt nun darauf an, wie sich diese begleitenden Maßnahmen – zusammen mit der Landschaftsschutzverordnung – in der Praxis bewähren. Solange nicht darüber Klarheit besteht, wird die Regierung von Oberbayern das förmliche Verfahren zur Festsetzung eines Naturschutzgebiets nicht einleiten.

Die Rotwand ist – insbesondere wegen ihrer Naturausstattung, der herrschenden almwirtschaftlichen Nutzung und der Erholungskonzentration – ein Sonderfall, der mit anderen Schutzgebietsprojekten nicht vergleichbar ist. Für Landschaftsteile, die im Sinne des Art. 7 BayNatSchG schutzwürdig sind, wird wie bisher je nach Dringlichkeit und Arbeitskapazität der Regierungen die Festsetzung als Naturschutzgebiet angestrebt. Der Äußerung des zuständigen Kreistages kommt bei der Abwägung innerhalb des Inschutznahmeverfahrens zwar hohes Gewicht zu, sie ist jedoch nicht verbindlich.

**Abg. Kopka (CSU), Fragesteller:**

**Kann man davon ausgehen, daß es aufgrund der Gespräche des Herrn Ministerpräsidenten mit dem Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker anläßlich der Leipziger Messe in absehbarer Zeit zu einer Städtepartnerschaft zwischen Hof und Plauen kommt, bzw. welche Möglichkeiten sieht die Bayer. Staatsregierung, diese seit langem angestrebte Partnerschaft durch weitere Initiativen zu realisieren?**

**Antwort der Staatsregierung:**

Der Herr Ministerpräsident hat sich bereits im Juli vorigen Jahres beim Staatsratsvorsitzenden der DDR für die Verwirklichung der geplanten Städtepartnerschaft eingesetzt.

Bei den Gesprächen anläßlich seines Besuchs der Leipziger Messe am letzten Wochenende hat er das Thema erneut zur Sprache gebracht. Der Staatsratsvorsitzende hat einer Städtepartnerschaft zwischen Plauen und Hof zugestimmt.

Man kann deshalb davon ausgehen, daß die von der Stadt Hof angestrebte Städtepartnerschaft mit der Stadt Plauen zustandekommen wird.

Weitere Initiativen der Staatsregierung zur Realisierung der Partnerschaft erscheinen derzeit weder möglich noch erforderlich. Die zuständigen staatli-

chen Behörden sind aber selbstverständlich gerne bereit, die Stadt Hof bei der Gestaltung der Partnerschaft zu beraten, z. B. bei der Abfassung der Partnerschaftsvereinbarung.

Frau Abg. **Burkel** (SPD), Fragestellerin:

**Meldungen aus Presse, Rundfunk und Fernsehen ist zu entnehmen, daß Frau Bundesfamilienministerin Süßmuth**

1. die Gründung eines AIDS-Beirats als beratendes Gremium für die Bundesregierung begrüßt und
2. unter Berufung auch auf die Empfehlung des AIDS-Beirats die Meldepflicht für AIDS-Kranke mit allem Nachdruck abgelehnt hat.

Unter Bezugnahme auf das im „Spiegel“ vom 12.01.1987 veröffentlichte Interview mit Herrn Staatssekretär des Innenministeriums, Dr. Gauweiler, frage ich die Bayer. Staatsregierung:

1. Tritt die Staatsregierung der Meinung des Herrn Dr. Gauweiler bei, daß
  - a) der für die Beratung der Bundesregierung gegründete Nationale AIDS-Beirat nur Scheinaktivitäten entfaltet und
  - b) daß der Nationale AIDS-Beirat überflüssig ist, weil es bereits einhundert solcher Beiräte gäbe?
2. Steht die Staatsregierung hinter der Forderung des Herrn Staatssekretärs Dr. Gauweiler nach einer Meldepflicht für AIDS-Kranke und, wenn ja,
  - a) sieht die Staatsregierung vor, für Bayern auf dem Verordnungswege eine Meldepflicht einzuführen und, wenn dies aus rechtlichen Gründen nicht möglich ist,
  - b) wird die Staatsregierung den Entwurf einer entsprechenden Gesetzesänderung, die die Einführung der Meldepflicht beinhaltet, einbringen, und für wann ist dies vorgesehen?
3. Welche Maßnahmen hat die Staatsregierung bis 31. 12. 86 auf Landes- und Bundesebene ergriffen, um die Bundesregierung zur Einführung der Meldepflicht zu bewegen?
4. Herr Staatsminister Dr. Hillermeyer hat die Aufklärung der bayerischen Schülerinnen und Schüler über die Gefahren von AIDS gefordert.
 

In welchen Schultypen und in welcher Weise wurde bzw. wird die Aufklärung durchgeführt, und wurde bzw. wird dabei auch auf den Gebrauch von Kondomen als den von allen Seiten derzeit unbestritten sichersten Weg der Vorbeuge hingewiesen?
5. Wie stellt sich die Staatsregierung zu der Frage, daß von seiten der Gesundheitsämter den Drogenabhängigen kostenlos Kanülen abgegeben werden?

#### Antwort der Staatsregierung:

Zu 1:

Die Äußerung von Herrn Staatssekretär Dr. Gauweiler ist vor folgendem Hintergrund zu sehen:

Der Nationale AIDS-Beirat wurde von der Bundesregierung berufen, um sie bei der Bekämpfung von AIDS zu beraten. Nach Äußerung des BMJFFG sollten auch die Länder in die Arbeit des Nationalen AIDS-Beirats einbezogen werden. Die Zusammensetzung und Aufgabenstellung des Beirats wurden mit den Ländern allerdings nicht abgestimmt. Bayern hat deshalb durch seinen Vertreter auf der konstituierenden Sitzung des Nationalen AIDS-Beirats am 18. 12. 1986 dem BMJFFG sein Befremden über die Nichtbeteiligung der Länder bei der Zusammensetzung des Nationalen AIDS-Beirats ausgedrückt.

Der Nationale AIDS-Beirat hat nunmehr in die Koalitionsvereinbarungen Eingang gefunden. Weitere Bayerische Vertreter sollen auf Vorschlag der Staatsregierung in den Nationalen AIDS-Beirat berufen werden.

Zu 2:

Bayern wird im Bundesrat eine Initiative für ein AIDS-Gesetz einbringen, das unter anderem Regelungen für eine Meldung aller Infektions-, Erkrankungs- und Todesfälle in anonymer codierter Form enthält. Dies kann auch in Form einer Laborberichtsspflicht für ein zentrales AIDS-Infektionsregister geschehen; eine namentliche Meldung soll für diejenigen Infizierten und Kranken eingeführt werden, bei denen erkennbar ist, daß sie fahrlässig oder vorsätzlich die Infektion weiterverbreiten.

Sollte erkennbar sein, daß eine bundeseinheitliche Regelung in absehbarer Zeit nicht erreicht werden kann, wird die Staatsregierung in einer Verordnung nach § 7 Abs. 3 Bundes-Seuchengesetz für Bayern eine anonyme codierte Meldepflicht einführen.

Zu 3:

Entsprechend den bis dahin vorliegenden Äußerungen des wissenschaftlichen Beirats ist die Staatsregierung in dieser Frage nicht bei der Bundesregierung vorstellig geworden.

Zu 4:

Mit Schreiben vom 03. Februar 1987 hat das Kultusministerium alle öffentlichen und privaten Schulen in Bayern angewiesen, in Zusammenarbeit mit den Gesundheitsbehörden die Aufklärung über die Immunschwächekrankheit AIDS in den Schulunterricht aufzunehmen. Vor allem die fächerübergreifenden Themen der Familien- und Sexualerziehung bieten in allen Schularten Anknüpfungspunkte. Auf den Gebrauch von Kondomen wird dabei hingewiesen.

Da der Unterricht an den bayerischen Schulen im Sinne der Wertentscheidungen und Bildungsziele gemäß Art. 124 Abs. 1, Art. 131 Abs. 1 und 2 sowie Art. 135 Satz 2 der Bayerischen Verfassung auszurichten ist, kann es für die Schule nicht damit getan sein, den Schülern nur den Rat zu geben, bei Sexualkontakten Kondome zu verwenden. Noch mehr gilt es, die Schüler zur Einsicht in die Notwendigkeit sittlicher

Entscheidungen und verantwortungsbewußten Handelns sowohl in ihrer eigenen Lebensführung als auch in ihrer Verantwortung gegenüber den Mitmenschen und damit unserer staatlichen Gemeinschaft zu führen. Im Hinblick auf eine mögliche Infektion mit HIV muß bei den Schülern die ethische Grundhaltung der Selbstbeherrschung und Selbstbeschränkung und die Akzeptanz der medizinisch als notwendig erachteten Maßnahmen, die eine Weitergabe des Virus verhindern sollen, gefördert werden.

Zu 5:

Die Interministerielle Arbeitsgruppe zur Bekämpfung des Drogen- und Rauschmittelmisbrauchs hat zu der Frage Stellung genommen, ob kostenlos Einmalspritzen an Drogenabhängige ausgegeben werden sollen, um so die Verbreitung von AIDS zu verhüten. Die Arbeitsgruppe lehnt eine kostenlose Ausgabe ab. Sie hat einmal rechtliche Bedenken. So könnte die Ausgabe von Einmalspritzen den Tatbestand eines Vergehens nach § 29 Abs. 1 Nr. 10 des Betäubungsmittelgesetzes erfüllen. Die Arbeitsgruppe hält es auch nicht für vertretbar, wenn durch die Verteilung von Spritzen dem Drogenmißbrauch Vorschub geleistet würde.

Eine Ausgabe von Einmalspritzen durch Drogenberatungsstellen, wie sie verschiedentlich befürwortet wurde, hat auch die Deutsche Hauptstelle gegen die Suchtgefahren e.V. in ihrer Stellungnahme vom 09. 12. 1985 abgelehnt.

Abg. **Franzke** (SPD), Fragesteller:

**Trifft es zu, wie bei den Beratungen des Kreisshaushaltes Landshut behauptet wird, daß durch den Bau von 2 Donaubrücken und des Tunnels in Landshut für den Kreisstraßenbau erheblich weniger Finanzmittel zur Verfügung stehen, und welche Auswirkungen hat das für den Straßenbau in Niederbayern?**

**Antwort der Staatsregierung:**

In Niederbayern wurde seit Ende der sechziger Jahre schon eine ganze Reihe von Großprojekten gefördert, ohne daß der Ausbau des Kreis- und Gemeindestraßennetzes benachteiligt worden ist. Zu nennen sind beispielsweise:

- die Osttangente Landshut,
- der Autobahnzubringer Bayer. Wald im Landkreis Passau,
- die Nationalpark-Basisstraße, Lkr. Freyung-Grafenau,
- die Donaubrücken am Schanzl in Passau, bei Osterhofen im Lkr. Deggendorf und bei Bogen im Lkr. Straubing-Bogen.

Seit Ende 1986 ist die Donaubrücke bei der Steinbachmühle in Passau im Bau. Sie wird voraussichtlich bis zum Baubeginn der Donaubrücke bei Kelheim, der für 1989 angestrebt wird, fertiggestellt sein.

Mit dem Hofbergtunnel in Landshut wird nach realistischer Einschätzung wegen der sich abzeichnenden

technischen und rechtlichen Schwierigkeiten nicht vor 1991 begonnen werden können. Wegen der zeitlich versetzten Bauabwicklung der Großvorhaben wird es auch künftig möglich sein, Kreis- und Gemeindestraßen entsprechend ihrer Bedeutung und Dringlichkeit angemessen zu fördern.

Abg. **Trapp** (SPD), Fragesteller:

**Wie hoch war 1986 der Anteil von Ablehnungen bei Anträgen von Bediensteten des Freistaates Bayern auf Jugendleitersonderurlaub, und was waren die Hauptablehnungsgründe?**

**Antwort der Staatsregierung:**

Über die Erteilung des Jugendleitersonderurlaubs entscheidet im staatlichen Bereich der jeweilige Dienstvorgesetzte. Über Gewährung und Ablehnung wird weder eine zentrale Statistik geführt, noch ist der Dienstvorgesetzte verpflichtet, für sich statistische Aufzeichnungen zu führen. Deshalb würde selbst eine - vom Verwaltungsaufwand her kaum vertretbare - Umfrage bei allen staatlichen Behörden keine zuverlässigen Ergebnisse erwarten lassen.

Abg. **Hilmar Schmitt** (SPD), Fragesteller:

**Ist die Forderung des Landkreises Aschaffenburg zur Rückzahlung von Gastschulbeiträgen gegenüber der Stadt Aschaffenburg berechtigt?**

**Antwort der Staatsregierung:**

Nach Mitteilung des Landkreises Aschaffenburg hat die Stadt Aschaffenburg dem Landkreis für die Jahre 1973 mit 1982 für weiterführende und berufliche Schulen Gastschülerbeiträge in Rechnung gestellt, wobei hierin von der Stadt auch eine Position „Unfallversicherung“ (Beiträge an den Gemeindeunfallversicherungsverband) einbezogen wurde. Da es sich offensichtlich bei der Umlage an den Gemeindeunfallversicherungsverband um nach Einwohnerwerten bemessene Beiträge ohne Rücksicht darauf handelt, ob die Stadt Schulträger ist oder nicht, spricht einiges dafür, daß die Umlage nicht zum laufenden Schulaufwand gehört und deshalb bei der Berechnung der Gastschülerbeiträge außer Ansatz zu lassen ist. Die Stadt Aschaffenburg hat dementsprechend auch für die Jahre 1979 bis 1982 eine Rückzahlung an den Landkreis geleistet, verweigert jedoch Rückzahlungen für die Jahre 1973 mit 1978 unter Hinweis auf Erlöschen des Rückforderungsanspruchs. Die Stadt beruft sich hierbei auf Art. 71 des Gesetzes zur Ausführung des Bürgerlichen Gesetzbuches, wonach auf eine Geldzahlung gerichtete öffentlich-rechtliche Ansprüche eines Landkreises grundsätzlich in drei Jahren erlöschen.

Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus ist für die Entscheidung dieser Frage nicht zuständig. Es handelt sich um eine Streitsache zwischen zwei kommunalen Gebietskörperschaften, die ggf. von den Verwaltungsgerichten zu entscheiden ist.

Abg. **Max Brandl** (SPD) [Passau], Fragesteller:

**Nachdem bei den Koalitionsverhandlungen, insbesondere durch den Einsatz der CSU-Verhand-**

**lungspartner, der Spitzensteuersatz für Großverdiener gesenkt wurde, frage ich die Staatsregierung, was sie unternommen hat, daß endlich die Kilometerpauschale für Arbeitnehmer erhöht wird?**

**Antwort der Staatsregierung:**

Mit der Gegenüberstellung der Senkung des Spitzensteuersatzes und der Anhebung der Kilometerpauschale versuchen Sie, Unvergleichbares miteinander zu vergleichen. Die Senkung des Spitzensteuersatzes ist nur ein Teil der in den Koalitionsverhandlungen beschlossenen Steuerentlastungen, welche sich in erster Linie zugunsten der breiten Schicht der Arbeitnehmer auswirken werden.

So entfallen von den 44 Mrd Steuerentlastung

7 Mrd auf die Erhöhung des Grundfreibetrags;

6,7 Mrd auf die Senkung des Eingangssteuersatzes, der zuletzt durch die SPD im Jahre 1975 erhöht worden war;

23,7 Mrd kostet die durchgehende Begradigung des Tarifverlaufs, welche allen Steuerzahlern mit zu versteuernden Einkommen von über 18 000 DM bei Ledigen bzw. 36 000 DM bei Verheirateten und damit großen Teilen der Arbeitnehmerschaft, insbesondere den Facharbeitern und Angestellten zugute kommt;

2 Mrd der Steuerentlastungen entfallen auf die Anhebung des Kinderfreibetrags um 540 DM je Kind.

Die aufgezählten Maßnahmen, welche allein ein Volumen von ca. 39,4 Mrd DM in Anspruch nehmen, ma-

chen deutlich, daß die beschlossenen Steuerentlastungen zum allergrößten Teil den Arbeitnehmern und den Familien mit Kindern zugute kommen werden.

Die Bayer. Staatsregierung hält weiter an dem Anliegen einer Anhebung der Kilometerpauschale fest. Bei den Koalitionsverhandlungen mußte jedoch aus grundsatzpolitischen Erwägungen eine allgemeine Senkung der Steuerlast bei der Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer den Vorrang haben. Angesichts der gezielten durchgreifenden Entlastungen für alle Arbeitnehmer ist dies auch sachlich gerechtfertigt.

Frau Abg. Haas (SPD), Fragestellerin:

**Ist die Staatsregierung bereit, in bezug auf die Behandlung von Mitgliedern sowie Bewerberinnen und Bewerbern für den öffentlichen Dienst Konsequenzen aus dem Ergebnis des Untersuchungsausschusses der ILO zu ziehen?**

**Antwort der Staatsregierung:**

Der Bericht der sogenannten ILO liegt der Bayer. Staatsregierung noch nicht vor, sondern ist dem Vernehmen nach nur der Bundesregierung übersandt worden. Deshalb ist es derzeit noch nicht möglich, über den Inhalt dieses Berichts oder über etwaige Konsequenzen zu sprechen.

Ich darf jedoch schon heute betonen, daß die Bayer. Staatsregierung entsprechend der eindeutigen Verfassungsrechtslage auch künftig von allen Beamten die volle Verfassungstreue fordern wird.

DLP11/16

S. 918